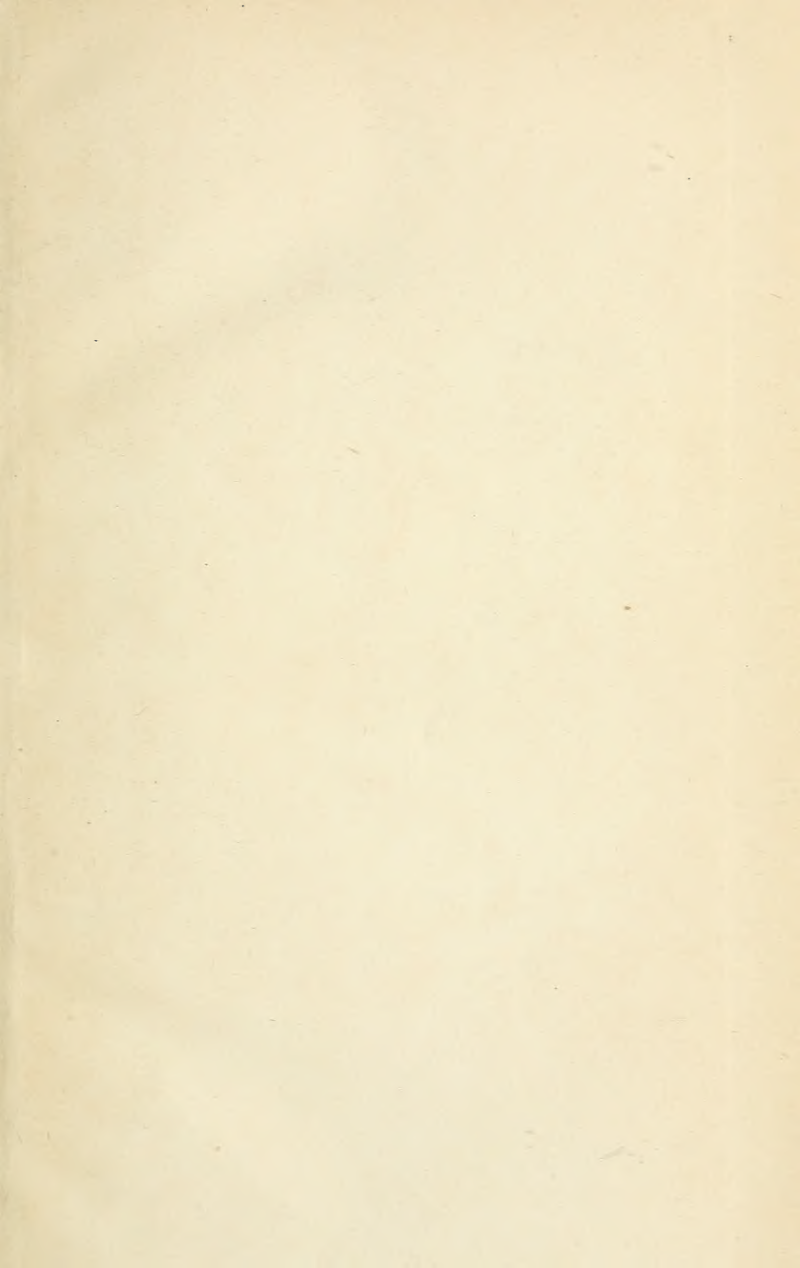
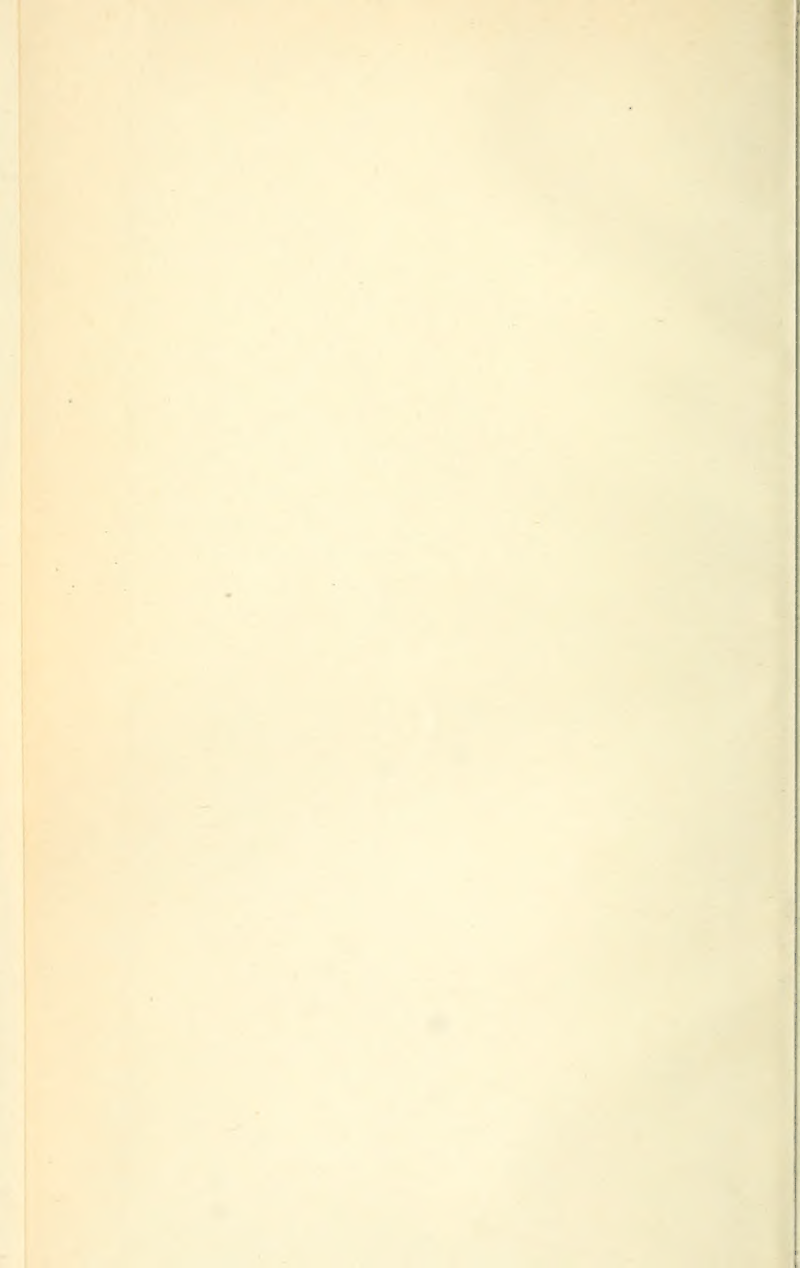
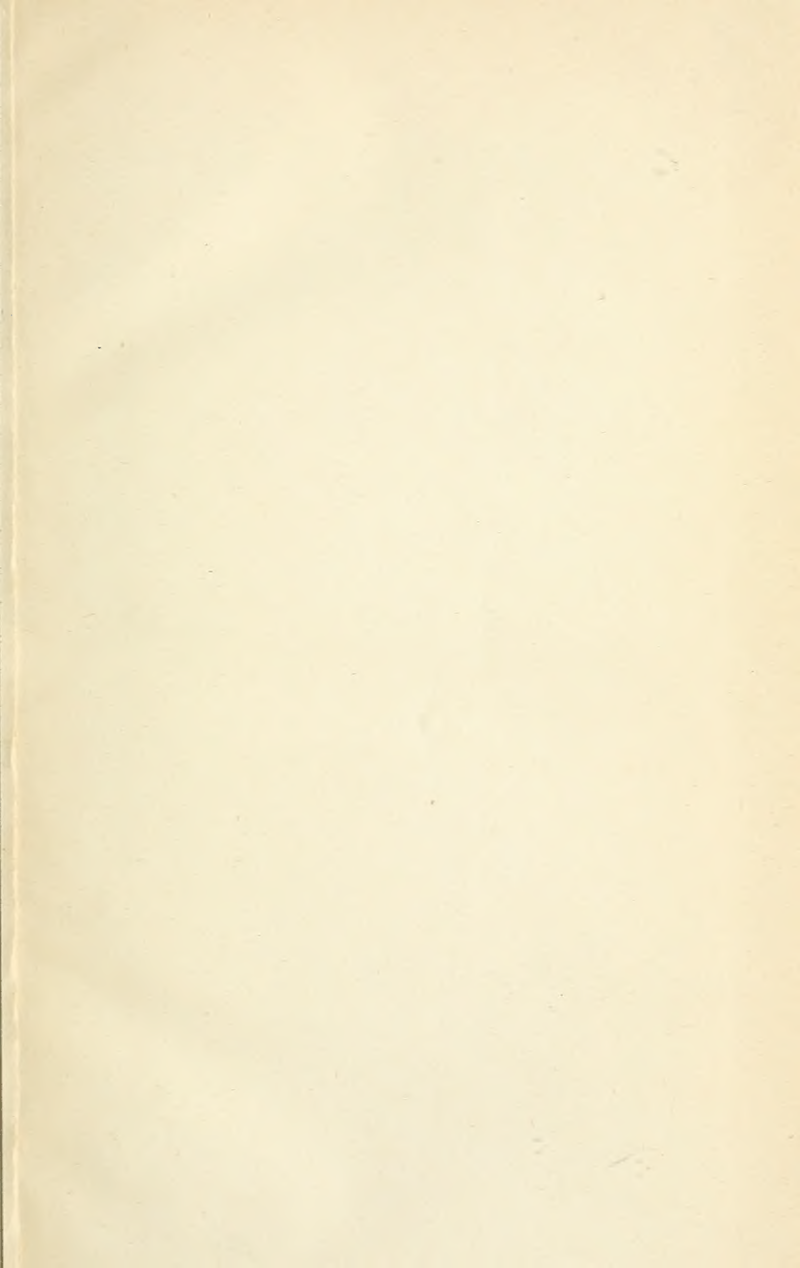
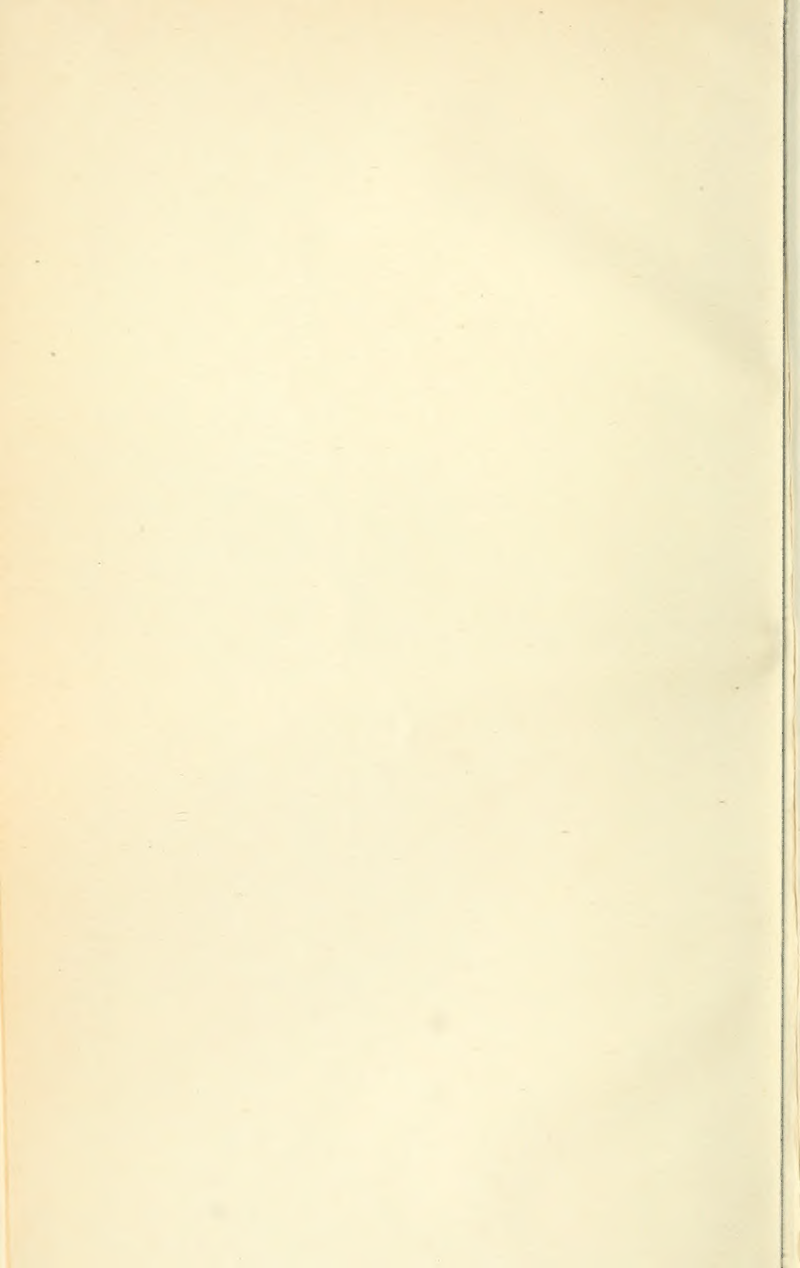








Memoiren zur Zeitgeschichte.

Von

Oskar Meding.

(Gregor Samarow.)

Zweite Abtheilung.

Das Jahr 1866.



Leipzig:

F. A. Brockhaus.

1881.

Das Jahr 1866.

Von

Oskar Meding.

(Gregor Samarow.)



Leipzig:
F. A. Brockhaus.

1881.

Vorwort.

Indem ich die zweite Abtheilung meiner Erinnerungen der Oeffentlichkeit übergebe, habe ich im allgemeinen nur auf die Bemerkungen zurückzuweisen, welche ich dem ersten Bande vorausschickte.

Die nachfolgenden Aufzeichnungen stammen aus einer Zeit gewaltiger Bewegung und heißer Kämpfe. Was damals die Zeit bewegte und erfüllte in mächtigem Ringen, das wird und soll in den Blättern meiner Erinnerungen deutlich und lebendig zu Tage treten zur Feststellung der historischen Wahrheit über manche Vorgänge, welche bisher nicht vollständig oder nicht richtig bekannt waren.

Alles aber, was jene Zeit an Erbitterung und feindlichem Zwiespalt in sich trug, das möge versöhnt werden in der gemeinsamen nationalen Arbeit für das große neu geeinigte Vaterland. Diese Einigung erstrebten und ersehnten alle Gegner in jenen

Kämpfen — jeder auf seine Weise und nach seiner Ueberzeugung. Die Weltgeschichte hat ihr Urtheil gesprochen — diesem Urtheil sich zu beugen ist für Jeden Pflicht gegen das große Vaterland und Pflicht gegen sich selbst, und wenn dabei vieles Theuere versank, so darf die Pietät wehmüthiger Erinnerung den klaren Blick für die Gegenwart nicht trüben, die Kraft der Arbeit für die Zukunft nicht lähmen.

So mögen denn auch meine Erinnerungen an ihrem geringen Theile dazu beitragen, die Sieger und die Besiegten in jenen großen Kämpfen mit dem Geiste des Friedens zu erfüllen — des Friedens, der ja das letzte und höchste Ziel der ringenden Menschheit auf Erden ist.

Wohldenberg, im Mai 1881.

Oskar Meding.

Inhalt.

I.

Bacmeister als Minister des Innern. — Die Reform der Gewerbegesetzgebung. — Aufhebung des Zunftzwanges. — Zusammensetzung der Commission zur Berathung des neuen Gewerbegesetzes aus Vertretern der verschiedenen Interessen und politischen Parteien. — Freundlicher persönlicher Verkehr des Ministers mit den Mitgliedern der Opposition. — Bürgermeister Miquel und Stadtsyndicus Albrecht. — Vollendung der Organisation der Preßleitung und wirksame Thätigkeit derselben. — Verstimmung der Bureaukratie. — Verbissenheit und Intriguen in bureaukratischen Kreisen. — Funfzigjährige Gedenktage der auf dem Wiener Congreß mit der Krone Hannover vereinigten Provinzen. — Reise des Königs in das Wendland und nach Ostfriesland. — Staatsrechtliche Erziehung des Kronprinzen. — Professor Maxen.

Der Winter 1865 begann unter günstigen Auspicien für die innern Verhältnisse und unter scheinbarer äußerer Ruhe, sodaß man glauben konnte, es werde nun eine Aera glücklicher und fruchtbringender Entwickelung für Hannover anbrechen.

Das Ministerium war in sich einig und besaß, soweit das überhaupt bei dem Charakter des Königs, der stets so eifersüchtig über seine monarchische Autorität wachte, nur immer möglich war, das volle Vertrauen des Königs. Die leitende Kraft des neugebildeten Cabinets war Bacmeister, der Minister des Innern. Sein weitumfassender Geist gab ihm große politische Gesichtspunkte, seine allseitige, feine und gründliche Bildung ließ ihn diese Gesichtspunkte zu systematischer Ordnung zusammenfassen, und seine lange Erfahrung in der praktischen Beamtencarrière lieferte ihm die Mittel zur Ausführung seiner Pläne und zur Ueberwindung der bureaukratischen Schwierigkeiten. Seine hohe geistige Ueberlegenheit, der eine seltene Beherrschung der Sprache und des Ausdrucks zur Seite stand, sowie sein fester Charakter, der bei aller klugen Zurückhaltung doch stets wahr und aufrichtig blieb und nie vom gegebenen Worte wich, sicherten ihm die vollkommenste Herrschaft über den Grafen Platen, der Bacmeister's hervorragende Eigenschaften um so mehr bewunderte, je weniger er davon besaß, und der, wie er selbst häufig sagte, sich stets sous le charme seines Collegen befand. Die Minister Dietrichs und Leonhardt wollten nichts weiter sein als Chefs ihrer Ressorts, deren Leitung sie mit meisterhafter Sicherheit

führten; Herr von Hodenberg war so viel jünger als Graf Platen und Bacmeister, daß er sich diesen willig unterordnete und sich darauf beschränkte, mit vorsichtiger und sicherer Hand die noch immer fortdauernde Verwirrung auf kirchlichem Gebiete — eine Folge der Katechismusbewegung — allmählich zu ordnen. Bacmeister selbst, ein Mann von den liebenswürdigsten Formen, ließ seine Collegen niemals seine Ueberlegenheit fühlen und war gerade dadurch seiner unbestrittenen Führung um so sicherer.

So war denn seit lange, und seit meinem Eintritt in den hannoverischen Dienst zum ersten mal, ein völlig homogenes und einiges Ministerium vorhanden, das nach unten hinab alle bureaukratischen Intriguen unmöglich machte und nach oben, dem Könige gegenüber, sichern Rückhalt hatte. Bacmeister begriff den Charakter des Königs vollkommen und hatte auch sympathisches Verständniß für denselben. Er war strenger Royalist, nach seiner Ueberzeugung bedurfte jedes Staatswesen einer mächtigen monarchischen Concentration, und oft sprach er es aus, daß der schlimmste Fehler eines willenskräftigen Herrschers weniger Schaden anrichte und leichter zu verbessern sei als die schwankende Unsicherheit, welche der Wettkampf zwischen bureaukratischem und parlamentarischem Eigensinn in dem mo-

dernen constitutionellen Staat entstehen lasse. Dabei aber war er mit klarem Blick den Bedürfnissen der neuen Zeitentwickelung zugewendet; er erkannte die Nothwendigkeit freisinnigen Fortschreitens auf allen Gebieten des politischen Lebens und war stets bereit, nothwendige Reformen ebenso furchtlos als fest anzugreifen.

Eins der wichtigsten und dringendsten Reformbedürfnisse trat ihm nun auf dem nationalökonomischen Gebiete in den Gewerbeverhältnissen des Königreichs Hannover entgegen. Es bestand noch fast völlig unverändert, wie ein Stück starrer Vergangenheit in die neue Zeit hineinragend, die alte Zunftverfassung mit all ihrem einengenden Zwang, der freilich dem Handwerk einen sichern festen Boden gab, aber zugleich jede freie Bewegung in lähmender Weise einengte. Hier that Abhülfe noth und die wirthschaftliche Gesundheit des öffentlichen Lebens erheischte dringend eine Aenderung.

Auf der andern Seite mußten diese Verhältnisse mit ungemein vorsichtiger Hand angefaßt werden, denn die Zünfte bildeten den Kern des ganzen hannoverischen Bürgerthums, das bürgerliche Handwerk aber war zugleich politisch die festeste Stütze der Regierung und der monarchischen Ordnung, und gerade durch die

Organisation der Zünfte war es zu verhindern möglich, daß die Kreise der kleinern Bürger vollständig der liberalen Agitation in die Hände fielen. Es konnte daher — und dies lag auch den rein wirthschaftlichen Ueberzeugungen des Ministers fern — nicht daran gedacht werden, eine vollständige Gewerbefreiheit nach der liberalen Schablone einzuführen. Die Aufgabe mußte vielmehr sein, die Zünfte in ihren gesunden Existenzbedingungen zu erhalten und zu kräftigen, dagegen aber die starren Fesseln zu lösen, in welche sie bisher das gewerbliche Leben eingeengt hatte, und die Möglichkeit eines Gewerbebetriebes auch außerhalb der Zünfte herzustellen.

Der Minister besprach mit mir sehr eingehend die Angelegenheit, und ich konnte nach allen Richtungen mit vollster Ueberzeugung sowol seine Ziele als die Wege, die er zur Erreichung derselben einschlug, nur durchaus billigen und ihm dabei meine rückhaltsloseste Unterstützung zur Verfügung stellen. Ich hatte auch bei dieser Gelegenheit wieder Veranlassung, Bacmeister's weiten politischen Blick ebenso zu bewundern als seine bis in die kleinsten Details eingehende Geschäftskenntniß und die Feinheit und gewandte Sicherheit, mit welcher er Personen und Verhältnisse zur Erreichung seiner Ziele zu behandeln verstand.

Es kam zunächst darauf an, den König zur Genehmigung der von ihm beabsichtigten Reform zu bestimmen, und um dahin zu gelangen, schlug Bacmeister den ganz entgegengesetzten Weg ein, als dies Herr von Hammerstein gethan hatte. Er stellte dem Könige die beabsichtigte Aenderung der Gewerbegesetzgebung nicht als eine gleichgültige und nicht nur äußerliche Maßregel dar, wie dies Herr von Hammerstein mit seinem Wahlgesetze gethan hatte, sondern er erklärte sogleich bei der ersten Anregung seines Planes, daß es sich um eine tiefeingreifende, das ganze wirthschaftliche Leben des Landes berührende Maßregel handle, und bat den König, derselben seine höchste Aufmerksamkeit zuzuwenden und die einschlagenden Fragen nach allen Seiten auf das unparteiischste und sorgfältigste prüfen zu lassen. Er wies auf das dem Könige so nahe liegende und so klar verständliche Beispiel Englands hin, wo die Zünfte und Gilden in freier Selbstthätigkeit aus eigener Kraft blühen und mächtig sind, obgleich ihnen kein das sämmtliche gewerbliche Leben lähmender Zwang zur Seite steht. An vielen Beispielen führte er die Verderblichkeit eines solchen Zwanges in Hannover aus, und der König schloß sich nach ernster Prüfung den Gründen des Ministers durchaus an.

Um nun nach allen Seiten gerecht zu sein und

sowol die Interessen der bisher privilegirten zünftigen Gewerbe als diejenigen des allgemeinen wirthschaftlichen Lebens vollkommen zu würdigen, schlug der Minister die Zusammensetzung einer vorberathenden Commission vor, in welcher alle verschiedenen Ansichten und Interessen Vertretung finden sollten. Denn wenn die Vertreter aller so verschiedenen Standpunkte, namentlich auch Vertreter der ständischen Opposition, an der Durcharbeitung der neuen Gesetzgebung nicht theilgenommen haben würden, so wäre gar keine Aussicht vorhanden gewesen, ein betreffendes Gesetz in der Kammer zur Annahme zu bringen.

Mit großem Geschick wählte der Minister die Mitglieder dieser Commission aus. Es wurden in dieselbe auch der inzwischen zum Bürgermeister von Osnabrück gewählte Miquel und der hannoverische Stadtsyndicus Albrecht, zwei sehr entschiedene Oppositionsmitglieder, aufgenommen.

Die Zünfte ihrerseits thaten alles Mögliche, um die beabsichtigte Reform zu verhindern. Sie wendeten sich in Petitionen an den König und fanden in den Hofkreisen Vertreter, welche das ganze Reformwerk als einen gefährlichen Eingriff in die conservative Staats- und Gesellschaftsordnung darzustellen geneigt waren.

Der König, den ich unausgesetzt über die öffentliche Stimmung unterrichtete, blieb fest.

Bacmeister selbst befürwortete die Aufnahme zweier zünftiger Handwerksmeister in die Commission zur Berathung des Gewerbegesetzes, und obgleich die Verschiedenheit der Meinungen und Interessen in dieser Commission dadurch noch bunter wurde, so gelang es doch der geschickten und energischen Leitung des Ministers, alle diese so heterogenen Elemente in der Zustimmung zu seinen Principien und auch zu den von ihm vorgeschlagenen formellen Bestimmungen zu vereinigen.

Es kam ein Gesetzentwurf zu Stande, welcher den Zunftzwang aufhob, dagegen aber den Zünften, indem er ihnen einerseits die freie Concurrenz entgegenstellte, andererseits in ihren Ehrenrechten, in der Vertretung des Handwerks, in den Kranken-, Witwen- und Unterstützungskassen und den gewerblichen Bildungsanstalten, die in ihre Hand gelegt wurden, eine so mächtige Anziehungskraft gab, daß jeder einzelne immerhin den Drang fühlen mußte, sich den Zünften anzuschließen. Der auf diese Weise zu Stande gekommene Gesetzentwurf, an welchem der König trotz immer und immer wieder versuchter Einwirkungen festhielt, wurde denn auch von den Ständen angenommen und wäre, wenn

die so schnell hereinbrechende Katastrophe nicht das Königreich Hannover unter dem Zusammensturze des Deutschen Bundeslebens begraben hätte, für lange Generationen hin ein segensreiches Denkmal der staatsmännischen Thätigkeit des Ministers Bacmeister geblieben.

Wie dieser in der einen speciellen Frage die verschiedensten und bisher sich so feindlich gegenüberstehenden Elemente zu gemeinnütziger und fruchtbarer Thätigkeit vereinigt hatte, so war er auch im allgemeinen politischen Leben mit Erfolg bestrebt, die scharfe und gehässige Erbitterung verschwinden zu lassen, welche bisher die politischen Parteien und insbesondere die Regierung und die parlamentarische Opposition voneinander getrennt hatte.

Bacmeister hatte, wie früher schon erwähnt, das Ministerium des Innern nur unter der Bedingung übernommen, daß der König ihm jederzeit seine Entlassung geben würde, wenn er fühlen sollte, daß seine Gesundheit den Anstrengungen seiner Amtsthätigkeit nicht mehr gewachsen sei. Er mochte dabei, obwol seine Gesundheit zart und schwankend war, wol den Hintergedanken gehabt haben, sich den Rückzug offen zu halten, wenn er nicht im Stande sein sollte, seine Ideen zur Durchführung zu bringen. Infolge dieses Vorbehalts

hatte er auch seine Familie noch nicht nach Hannover kommen lassen und lebte in einer provisorischen Wohnung als Garçon. Er konnte daher in seinem Hause noch keinen geselligen Mittelpunkt für den Ideenaustausch und die persönliche Annäherung der verschiedenen Parteien bilden, obwol er mit mir die Wichtigkeit eines derartigen Mittelpunktes, der bisher in Hannover vollständig gefehlt hatte, durchaus anerkannte. Indessen that er in dieser Beziehung dennoch das Mögliche, und seine Bemühungen hatten auch den ausgezeichnetsten Erfolg.

Ich erinnere mich, bei den Diners, die er im British-Hotel zu geben pflegte, die lebhaftesten politischen Gegner versammelt und auch den Grafen Borries im freundlichen Verkehre mit den Mitgliedern der Opposition gesehen zu haben, denen er früher nur in erbitterten parlamentarischen Kämpfen gegenübergestanden hatte. Aber auch im täglichen Verkehre war Bacmeister für die Ausgleichung der politischen Gegensätze thätig. Der Minister pflegte, da er eben als Garçon lebte, häufig den Abend in einem besonders für ihn reservirten Zimmer des damals sehr eleganten und besuchten Armster'schen Restaurants zuzubringen, wohin ich ihn fast regelmäßig begleitete.

Der Minister ließ nun die Führer der Opposition,

insbesondere Miquel und Albrecht, wissen, daß es ihm angenehm wäre, wenn er dort am Abend mit ihnen zusammenträfe, und ich führte ebenso häufig diejenigen Personen, mit welchen der Minister zu verkehren wünschte, in das reservirte Zimmer.

Es entwickelte sich dort ein ungemein anregender und interessanter Verkehr, bei welchem die bisher so schroff voneinander geschiedenen Persönlichkeiten aus den verschiedenen politischen Parteien sich kennen und auch anerkennen lernten, und bei welchem Bacmeister selbst durch seine hinreißende Liebenswürdigkeit und seine große geistige Ueberlegenheit alles beherrschte.

Diese ungezwungenen Abendzusammenkünfte gehören mit zu meinen angenehmsten und lehrreichsten Erinnerungen, und sie trugen wesentlich dazu bei, aus den politischen Parteikämpfen alle Bitterkeit und persönliche Gehässigkeit zu entfernen. Hier hatte ich besonders Gelegenheit, Miquel und Albrecht näher kennen und schätzen zu lernen. Miquel, der damalige Bürgermeister von Osnabrück, war auch äußerlich eine überaus interessante Erscheinung. Sein bleiches und etwas kränkliches Gesicht war von Geist durchleuchtet, seine scharfblickenden dunkeln Augen sprühten von Feuer und Leben und schienen, wenn man sich mit ihm unterhielt,

die Gedanken, bevor man sie in Worte gekleidet, schon erfaßt zu haben. Er besaß ein außerordentlich ausgedehntes, dabei ebenso tiefes und gründliches Wissen auf allen Gebieten, und trotz seiner berufsmäßigen Beschäftigung mit der Jurisprudenz, welche so häufig alles geistige Leben zu absorbiren pflegt, verfolgte er mit dem lebhaftesten Eifer auch die weiten Gebiete der Wissenschaft und Kunst. Dabei besaß er die angenehmsten Formen der besten Gesellschaft und die Unterhaltung mit ihm war ebenso erfreulich und wohlthuend als anregend und belehrend. Er war im eminentesten Sinne das, was man einen Realpolitiker nennt, und weit entfernt von liberaler Einseitigkeit. Baemeister hatte den lebhaften Wunsch, ihn in die Regierung zu ziehen; er sprach oft mit mir darüber, und ich bin überzeugt, daß auch der König, wenn er Miquel persönlich kennen gelernt hätte, nicht nur Gefallen an ihm gefunden, sondern auch Vertrauen zu ihm gefaßt haben würde. Denn Miquel war ein Mann, der seiner ganzen Natur nach nicht danach strebte, die Autorität zu untergraben; er würde sie kräftig und nachdrücklich zur Ausführung seiner freisinnigen Ideen gehandhabt haben, welche durchaus nicht überall mit der landläufigen liberalen Schablone übereinstimmen.

Weniger genial als Miquel, stand der Stadtsyndi-

cus Albrecht mehr auf dem Boden der engern hannoverischen Verhältnisse; aber auch er besaß einen klar und scharf blickenden Geist, große Rechtlichkeit und Unparteilichkeit, und gerade ihm gegenüber war die persönliche Annäherung an den Leiter der Regierung von großer Wichtigkeit, da er durch dieselbe von vielen in der politischen Parteiisolirung vorgefaßten Meinungen zurückgebracht wurde.

Der Verkehr in diesem vertraulichen Kreise, welcher sich in ungezwungenster geselliger Heiterkeit um den Minister bildete, war von hoher politischer Bedeutung und gab Bacmeister einen größern Einfluß, als ihn jemals ein Minister vor ihm und selbst der Graf Borries in der Periode seiner unbestrittenen Herrschaft über die Majorität der Zweiten Kammer ausgeübt hatte.

Die Kreise des verbissenen Liberalismus, denen es nur um die Opposition quand même zu thun war, wurden darüber freilich sehr verstimmt. Sie misgönnten dem Minister den großen Erfolg, den er durch die Reform der Gewerbegesetzgebung, welche Herr von Hammerstein gar nicht anzurühren gewagt, fast spielend errungen hatte, indem er ein nach allen Richtungen befriedigendes und von den Führern der Opposition mit vertheidigtes Gesetz zu Stande gebracht hatte.

Man streute dann böswillig das Gerücht aus, die Vollziehung des Gewerbegesetzes durch den König werde endlich doch dieselben Schwierigkeiten finden wie diejenige der Wahlgesetz-Novelle unter dem frühern Ministerium. Auch die bureaukratischen Kreise unterstützten bereitwillig solche leise geflüsterte Gerüchte, da sie in Bacmeister trotz seiner feinen Form einen noch schärfern und strengern Meister fanden als in dem Grafen Borries, und alle ihre kleinen, eigensinnigen Intriguen sogleich erkannt und zerstört sahen.

Diese pessimistischen Vorhersagungen zerfielen selbstverständlich bald, da der König keinen Augenblick zögerte, das neue Gewerbegesetz zu vollziehen. Er hatte dasselbe ja vom ersten Augenblicke an als eine hochwichtige und tiefeinschneidende Reform erkannt; er hatte die commissarische wie auch die ständische Berathung über dasselbe auf das eingehendste verfolgen lassen und sowol den maßgebenden Grundsätzen des Gesetzes als den einzelnen Bestimmungen desselben aus voller und freier Ueberzeugung seine Zustimmung gegeben. Bacmeister hatte in einer ungemein kurzen Zeit eine der wichtigsten Fragen des hannoverischen Staatslebens gelöst und den Boden zu neuer Entwickelung des wirthschaftlichen Lebens im Königreiche Hannover geschaffen.

Besonders peinlich empfand Herr von Bennigsen

diese Erfolge des Ministers des Innern, welche ihm den Boden persönlicher Angriffe entzogen, während er doch fühlte, daß ein Mann wie Baemeister ihm ein weit gefährlicherer Gegner war als Graf Borries; auch bedrohte die immer markanter hervortretende Stellung Miquel's in sehr bedenklicher Weise die bisherige Alleinherrschaft des Präsidenten des Nationalvereins über die parlamentarische Opposition.

Miquel besaß im hohen Grade die positive Kraft realer, schöpferischer Gedanken, welche Herrn von Bennigsen abging. Ohne die Katastrophe von 1866 hätte es nicht fehlen können, daß Miquel binnen kurzer Zeit die parlamentarische Führung übernommen und Herrn von Bennigsen in die zweite Stelle zurückgedrängt oder gänzlich eklipsirt hätte. Bemühte man sich auch äußerlich, diese Verhältnisse zu verdecken, so war doch das Schisma in der liberalen Partei deutlich wahrnehmbar.

Die von dem überzeugungstreuen Dr. Eichholz geleitete „Zeitung für Norddeutschland" schlug einen wesentlich andern Ton an und die hämischen, verdächtigenden Ausfälle gegen die Regierung fanden nur noch im „Hannoverschen Courier", dem Organ der niedern Locale, einen Platz.

Auch mit dem Grafen Platen stand Baemeister in

dem vortrefflichsten Verkehr. Er suchte und bedurfte dessen Vermittelung, der Graf Platen während des vorigen Ministeriums so gern den Schein herablassender Protection gegeben hatte, nicht, da er das Vertrauen des Königs besaß und völlig auf eigenen Füßen stand. Daneben imponirte Bacmeister's geistige Ueberlegenheit, die er dennoch niemals fühlen ließ, dem Grafen Platen fortdauernd, und dieser zog ihn auch in den auswärtigen Angelegenheiten stets zu Rathe, freilich ohne seine Meinung so zu befolgen, wie es für das Wohl Hannovers wünschenswerth gewesen wäre.

Zum ersten mal, seit ich in den hannoverischen Dienst getreten, bestand zu jener Zeit dauernd eine ungetrübte Einigkeit in dem Ministerium, ebenso wie zwischen dem Könige und seinen Ministern das vollständige und offene Vertrauen ohne Unterbrechung herrschte, und unter diesen Verhältnissen entwickelte sich auch meine unmittelbare Dienstthätigkeit, die Leitung der Presse und der öffentlichen Meinung, immer erfreulicher und fruchtbarer.

Die „Neue Hannoverische Zeitung", der officielle Staatsanzeiger, sprach, so oft es nöthig war, mit voller anerkannter Autorität und ohne jemals in irgendwelche Polemik einzugehen, die Ansichten der Regierung, über welche das gesammte Ministerium einig war, aus.

Die „Nordsee-Zeitung", das von der Regierung gestützte und geführte, aber in seiner unmittelbaren Redaction unabhängige Blatt, erhob sich zu einem bedeutsamen, namentlich auch im Auslande anerkannten und beachteten Organ. Die tüchtigen und wohlunterrichteten Correspondenten und Mitarbeiter — zu denen unter andern in Wien der damalige Redacteur der „Wiener Zeitung", spätere Geheimrath von Teschenberg, gehörte — schafften dem Blatte einen reichen und interessanten Inhalt, und ich setzte dasselbe stets in die Lage, von der Höhe wirklich politischer und staatsrechtlicher Sachkenntniß herab über die Tagesfragen urtheilen zu können.

Die kleine Provinzialpresse verbreitete die Anschauungen und Gründe der Regierung wie einen feinen Regen über das Land, und meine Correspondenten in den europäischen Hauptstädten hielten mich durch ihre fortlaufenden ausführlichen Berichte über die dort herrschende Stimmung unterrichtet, indem sie zugleich nach meinen Instructionen ihre Correspondenzen, ohne eine Spur der hannoverischen Inspiration, den verschiedensten großen Zeitungen zugehen ließen.

Die täglichen Zeitungsauszüge für den König und die Minister wurden mit einer stets steigenden Präcision und Schnelligkeit angefertigt und setzten alle Mit-

glieder der Regierung in den Stand, mit kleiner Mühe und geringem Zeitaufwand jederzeit auf der Höhe der öffentlichen Meinung zu stehen.

Auch zog ich die Wissenschaft und Kunst in den Bereich der Thätigkeit meines Bureau. Ich ließ in jeder Woche einen ausführlichen Bericht über die neuesten Erscheinungen auf diesen Gebieten anfertigen, der besonders bei Ihrer Majestät der Königin lebhaftes Interesse erregte. Da ich auch die verschiedenen Witzblätter für besonders bemerkenswerthe Organe der öffentlichen Tagesmeinung erachtete, so ließ ich durch ein besonderes typographisches Verfahren, welches unmittelbare Abdrücke von den Blättern selbst ermöglichte, aus allen Witzblättern Deutschlands, Englands und Frankreichs in jeder Woche die besten Bilder und die geistreichsten Bemerkungen auf einem Bogen zusammenstellen, eine Sammlung von hohem Interesse, welche besonders den König ungemein amusirte und von der ich heute noch einen Theil besitze, der gewissermaßen ein Bouquet der pikantesten Blüten bildet, welche die satirische Kritik der Zeitereignisse in diesen Tagen trieb. Es war in dieser Beziehung so ziemlich alles erreicht, was mir als Ziel einer richtig organisirten Preßleitung vorgeschwebt hatte. Die Regierung war stets wahrheitsgetreu, ausführlich und schnell über

alle Interessen und Ansichten der verschiedenen Cabinete und politischen Parteien unterrichtet, wie sich dieselben in den Organen der öffentlichen Meinung abspiegelten, und umgekehrt drang der leitende Gedanke der Regierung einheitlich und gleichzeitig nach den verschiedensten Richtungen, klar entwickelt und ausführlich motivirt, in die Oeffentlichkeit.

Die kleinere Bureaukratie freilich wurde über eine solche Preßleitung täglich mehr erbittert, da dieselbe alle ihre Intriguen aufrollte und alle Dunkelheiten erleuchtend zerstreute. Der zähe bureaukratische Widerstand machte sich besonders in Betreff der gleichmäßigen Vertheilung der Regierungsdruckarbeiten geltend. Es war bestimmt worden, daß diese Vertheilung in jedem Jahre nach meinem Vorschlage von dem Gesammtministerium vorgenommen werden sollte, doch waren die Schwierigkeiten und Verzögerungen in der Aufstellung der Verzeichnisse der bei den einzelnen Behörden zur Vergebung kommenden Druckarbeiten fast unüberwindlich, und es wurde endlich einem der tüchtigsten Rechnungsbeamten, dem Commissar Sengstock, die Vollmacht ertheilt, sich die betreffenden Acten in allen Bureaux der Regierung vorlegen zu lassen, um die Listen anzufertigen.

Trotz des Eifers und der Geschäftskenntniß dieses

Beamten war doch der Widerstand der bureaukratischen Kreise so groß, daß derselbe bei Ausbruch des Krieges von 1866 sein Commissorium noch nicht hatte vollständig durchführen können.

Daneben wurden die Vorarbeiten für die Ausführung der mit der Reuter'schen Telegraphencompagnie in London getroffenen Abmachungen eifrig weiter geführt. Das submarine Kabel von Hull nach Emden sollte im Anfange des Sommers 1866 gelegt werden. Es kam darauf an, die in Aussicht genommenen Verhandlungen mit den verschiedenen deutschen Regierungen zur Begünstigung des Reuter'schen Telegraphenverkehrs in Angriff zu nehmen, und daraus erwuchsen mir zahlreiche neue Arbeiten, die indessen ebenso interessant waren, als sie mir im Hinblick auf den großen zu erreichenden Zweck Freude und Befriedigung verursachten.

Von der Verbissenheit, welche in den bureaukratischen Kreisen herrschte und aus welcher die Agitation des Nationalvereins fortwährend Nahrung zog, möge hier nur ein besonders eigenthümliches Beispiel angeführt werden.

In der berliner „Kreuzzeitung" erschien eine kleine Correspondenz aus Hannover, in welcher über eine kleine kirchliche Feier bei Gelegenheit irgendeines Familienereignisses im königlichen Hause berichtet und

unter anderm der Bibeltext der bei dieser Gelegenheit gehaltenen Predigt citirt wurde. Man hatte die citirte Bibelstelle nachgeschlagen, und in derselben hieß es ungefähr: „Wehe dem Lande, dessen König blind ist!"

Die ganze Sache war natürlich erfunden, und ich vermochte nicht zu begreifen, wie gerade die „Kreuzzeitung" zu einem so plumpen Ausfalle habe die Hand bieten können. Zugleich aber hörte ich, daß von gewisser Seite bis in die Hofkreise hinein mit boshaftem Kopfschütteln Bemerkungen darüber gemacht wurden, daß solche hämische Angriffe gegen die Person des Königs gerade von der Partei in Preußen ausgingen, zu der ich gehörte und mit der ich stets in Verbindung gestanden hatte.

Ueber solche Verdächtigungen empört, beschloß ich, der Sache auf den Grund zu gehen. Der damalige Redacteur der „Kreuzzeitung", Dr. Beutner, war das Opfer einer Mystification geworden, indem er die Correspondenz, welche er trotz der ihm unbekannten Handschrift von seinem gewöhnlichen Correspondenten gesendet glaubte, als ganz harmlos aufgenommen hatte, ohne die Bibelstelle nachzuschlagen. Er war tief entrüstet, entschuldigte sich sogleich, als der Sachverhalt ihm bekannt wurde, und sendete mir das Manuscript zur Erforschung des Urhebers ein.

Ich ließ mir nun von dem Bureau, welches den verschiedenen Ministerialbeamten die Schreibmaterialien zu liefern hatte, die sämmtlichen dort ausgestellten Quittungen vorlegen und dieselben durch vereidigte Schriftkundige mit dem Manuscript der geheimnißvollen Correspondenz vergleichen.

Die Schriftkundigen erklärten denn auch sehr bald, daß die Handschrift eines Bureaubeamten des Finanzministeriums mit dem fraglichen Artikel übereinstimmte. Die Untersuchung wurde eingeleitet. Nach einigen Tagen erklärte ein höherer Finanzbeamter, unter welchem jener Secretär arbeitete und den wol niemand einer solchen That für fähig gehalten hätte, sich als den Schuldigen, indem er zugleich flüchtig wurde und sein Bekenntniß in einem zurückgelassenen Briefe niederschrieb.

Der König war schmerzlich bewegt, verzieh aber großmüthig die Beleidigung und unterstützte die Familie des Schuldigen in ihrer bedrängten Lage.

Es schien, als ob das Jahr 1865 wie im sinkenden Abendlicht noch zum letzen mal das hannoverische Königthum mit besonders hellem Glanze überstrahlen und dem Stolze des Königs auf sein Land und Volk eine besonders freudige Genugthuung bereiten sollte. Gerade in diesem Jahre unternahm der König mehrere Reisen in die Provinzen, bei denen ihm große

Huldigungen entgegengebracht wurden und seine persönliche Liebenswürdigkeit ihm alle Herzen gewann. Ich begleitete Se. Majestät im Hochsommer auf einer Reise in das Wendland, bei welcher der König die verschiedenen Städte der Provinz Lüneburg und mehrere Großgrundbesitzer, wie z. B. den Grafen Grote in Breese, den Grafen Bernstorff in Gartow und den Landschaftsdirector von Knesebeck in Corvin besuchte.

Diese Reise bot hochinteressante Momente und zeigte das eigenthümliche Leben des Wendenvolkes in anmuthigen und lehrreichen Bildern; war aber auch nicht wenig schwierig und anstrengend, da man häufig den ganzen Tag über bei 30 Grad Réaumur in gestickter Uniform auf den sandigen Landstraßen umherfahren und dann abends wieder nach so viel Staub und Hitze frisch bei den großen Diners erscheinen mußte, zu denen der König die Vertreter der ganzen Gegend versammelte.

Nicht minder anstrengend, aber auch nicht minder interessant und anregend war die Reise, welche der König im December, mitten im strengsten Winter, nach Aurich machte, um dort die funfzigjährige Gedenkfeier der Vereinigung der Provinz Ostfriesland mit der Krone Hannover zu begehen. Auch diese Reise fand trotz des ungünstigen Wetters unter fortwährenden Repräsentationen statt, und wir waren häufig gezwungen,

im Wagen Toilette zu machen. Der Aufenthalt in Aurich selbst, wo die ostfriesischen Stände versammelt waren, verlief unter fortwährenden anstrengenden Festen.

In jene Zeit fielen überhaupt die funfzigjährigen Gedenktage für alle jene Provinzen und Gebietstheile, welche der Wiener Congreß mit der Krone Hannover vereinigt hatte. Aus allen diesen Ortschaften erschienen dann Ende 1865 und Anfang 1866 zahlreiche Deputationen in Hannover, welche der König jedesmal in besonders feierlicher Weise empfing und denen er stets den aus der Tiefe seines Herzens emporsteigenden Wunsch wiederholte, daß das Welfenhaus mit seinen Unterthanen „bis zum Ende aller Dinge“ verbunden bleiben möge.

Man hat über diese von dem Könige häufig wiederholte Redewendung viel gespottet; dieselbe ging indeß aus seiner innigen Liebe für sein Land, die all sein Denken und Fühlen erfüllte, und aus seiner Ueberzeugung von der göttlichen Unverletzbarkeit des monarchischen Rechts hervor. Jene Worte waren kein anmaßendes Pochen auf seine Macht, sondern nur ein frommer Herzenswunsch, und der edle, unglückliche Fürst ahnte damals nicht, wie schnell dieser aus seinem innersten Wesen hervorquellende Wunsch von dem daherbrausenden Strome der Weltgeschichte fortgespült werden würde.

Zu jener Zeit hatte der König noch eine Entscheidung zu treffen, welche für ihn von hoher Wichtigkeit war und ihn ganz besonders beschäftigte.

Die erste, um mich so auszudrücken, die Schulerziehung des Kronprinzen Ernst August war vollendet. Der Prinz hatte statt der Gouverneure und Erzieher in der Person des Rittmeisters von Klenck von der Garde-du-Corps einen Adjutanten und einen eigenen Hofhalt erhalten.

Es kam nun darauf an, demselben auch die für einen künftigen Regenten so bedeutungsvolle staatsrechtliche Ausbildung zu geben.

Der König war dagegen, den Kronprinzen behufs dieser Studien nach der Landesuniversität zu senden, wie dies im preußischen Königshause Sitte ist. Ich weiß nicht, aus welchem Grunde — ob er darin eine Schmälerung der unnahbaren Würde des königlichen Hauses erblickte, oder ob die Königin ihren erlauchten Sohn nicht zu voller Selbständigkeit von sich lassen wollte, genug, der Besuch der Universität Göttingen seitens des Kronprinzen war von vornherein ausgeschlossen.

Es wurde nun vorgeschlagen, die bedeutendsten Staatsrechtslehrer von Göttingen nach Hannover kommen zu lassen, um dem Kronprinzen dort Vorträge zu halten. Dies wäre immerhin mit großen Schwie-

rigkeiten verknüpft gewesen, da diese Herren ja durch ihre Berufsthätigkeit an den Aufenthalt in Göttingen gebunden waren und in Rücksicht auf ihre dort zu lesenden Collegien nur schwer die Zeit zu solchen regelmäßig wiederholten Reisen hätten finden können.

Als der König mit mir über die Sache sprach, erlaubte ich mir, ihn auf diese Schwierigkeit aufmerksam zu machen, und fügte hinzu, daß, auch von derselben abgesehen, derartige vereinzelte Vorträge nicht dem zu erreichenden Zwecke zu entsprechen schienen. Es sei, um eine gründliche und allseitige Durchbildung des Kronprinzen auf den staatsrechtlichen Gebieten zu erreichen, meiner Ansicht nach nothwendig, daß ein tüchtiger Jurist einer so hohen Aufgabe seine volle Kraft ganz und ausschließlich widme und im täglichen Verkehre mit dem jungen Prinzen, im Anschluß an dessen Individualität, das juristische Wissen eröffne und sozusagen in succum et sanguinem führe.

Ich hatte bei einer frühern Gelegenheit einen jungen, in Göttingen habilitirten Privatdocenten, den Dr. jur. Maxen, kennen gelernt. Derselbe war ein ungemein kenntnißreicher junger Mann, der sich, aus armer Familie stammend, ganz aus eigener Kraft emporgearbeitet hatte. Er war ein gediegener und feiner Jurist und schien mir vollständig die geeignete Persönlichkeit zu

sein, um sich mit voller und ganzer Kraft der staatsrechtlichen Erziehung des Kronprinzen zu widmen.

Ich schlug dem Könige vor, diesen in jeder Weise tüchtigen und befähigten Mann, dessen ehrenhafter Charakter ihm die allgemeinste Achtung erworben hatte, zum Staatsrechtslehrer des Kronprinzen zu bestimmen und denselben in dieser Eigenschaft dem Hofstaat Sr. königlichen Hoheit beizugeben, damit er außer den regelmäßigen Vorträgen auch durch steten Umgang und Verkehr an der juristischen Erziehung seines erlauchten Schülers wirken könne.

Der König billigte meine Ansicht; auch die vorgeschlagene Persönlichkeit schien ihm den an die Erfüllung des großen Zweckes zu stellenden Anforderungen zu entsprechen. Er ließ durch den Justizminister Leonhardt ganz vertrauliche Erkundigungen über den Dr. Maxen einziehen; er ernannte ihn zum Professor der juristischen Facultät und berief ihn dann, als der Bericht des Justizministers, ganz meinen vorläufigen Mittheilungen entsprechend, auf das vortheilhafteste sowol für die persönlichen als die juristischen Eigenschaften des Dr. Maxen ausfiel, an den Hof, um die Stellung als Staatsrechtslehrer des Kronprinzen zu übernehmen.

Diese Wahl erregte großes Aufsehen, da Dr. Maxen früher in Göttingen vielfach zurückgedrängt und von

den namhaften Professoren von oben herab behandelt worden war, um so mehr, als er sich zur katholischen Religion bekannte und bei jeder Gelegenheit eine der herrschenden Strömung in den Professorenkreisen scharf entgegengesetzte streng conservative Gesinnung an den Tag legte. Die Wahl war indessen nach meiner Ueberzeugung eine vortreffliche, und ich glaube durch die Anregung derselben dem Kronprinzen einen wirklichen Dienst für sein ganzes Leben erwiesen zu haben.

Professor Maxen erwarb sich schnell das wohlverdiente Vertrauen seines fürstlichen Schülers. Durch seine liebenswürdigen Umgangsformen wußte er das Interesse desselben auch für die trockenern Materien des Studiums anzuregen, und ich erinnere mich, daß später in Wien die österreichischen Erzherzoge über die gediegenen Kenntnisse des Prinzen auf den verschiedenen Gebieten des Staatsrechts häufig ihre Verwunderung ausdrückten. Der Prinz hat seinem Lehrer durch alle Wechsel der Verhältnisse seine Zuneigung und sein Vertrauen bewahrt. Professor Maxen ist noch heute im Dienste des Herzogs von Cumberland und steht an der Spitze der herzoglichen Vermögensverwaltung.

Wäre es dem Prinzen vom Schicksal bestimmt gewesen, die Regierung des Königreichs Hannover anzutreten, so würde der juristische Unterricht des Pro=

fessors Maxen allgemeine und verdiente Anerkennung gefunden haben.

Ich habe früher im Laufe dieser Aufzeichnungen Gelegenheit gehabt, von der im politischen Leben so gewöhnlichen Undankbarkeit zu sprechen, welche geneigt ist, geleistete Dienste durch eifrige und bittere Feindschaft zu vergelten. Bei dem Professor Maxen war dies nicht der Fall. Er ist mir zu allen Zeiten, bis die Verhältnisse uns auseinanderführten, ein treuer und zuverlässiger Freund gewesen.

Während so das innere Leben in dem Königreiche Hannover sich immer freundlicher und hoffnungsvoller gestaltete, ballten sich an dem großen politischen Horizont immer fester die finstern Wolken zusammen, welche die drohenden Wetter in ihrem Schoße bargen, und einem von oben herab auf die Welt niederschauenden Blicke hätte das Leben und Treiben in den einzelnen deutschen Staaten wie das Spiel der Mücken im flüchtigen Sonnenstrahl erscheinen müssen, der eben noch über den Rand des aufsteigenden Gewitters hervorblitzt.

II.

Schärfere Differenzen zwischen Preußen und Oesterreich. — König Georg beschließt unbedingte Zurückhaltung. — Verstimmung des Königs und des Grafen Platen über die österreichische Politik. — Oesterreichische und preußische Werbungen um Hannover. — Das diplomatische Corps in Hannover. — Graf Ingelheim. — Prinz Ysenburg. — Graf Reiset. — Herr von Persiani. — Die englische Gesandtschaft. — Sir Charles Wyke. — Graf Quadt. — Herr von Middelburgh. — Diplomatische Bewegung. — Zur Vorbereitung in den entscheidenden Ereignissen. — Die Stellung Frankreichs. — Verhandlungen des Kaisers Napoleon und des französischen Ministeriums mit Preußen und Oesterreich. — Doppelspiel der französischen Politik. — Geheimer Vertrag zwischen Frankreich und Oesterreich vom 12. Juni 1866. — Zusammenkunft des Kaisers Napoleon und des Grafen Bismarck in Biarritz. — Die italienisch-preußische Allianz. — Drouyn de l'Huys über den Grafen Bismarck und dessen rückhaltslose Offenheit. — Französische Bedingungen für den bevorstehenden Krieg. — Die Entschädigung Hannovers von Preußen angeregt. — Der Kaiser Napoleon drängt zum Kriege.

Mit dem Ende des Jahres 1865 begannen die kaum beschwichtigten Differenzen zwischen Oesterreich

und Preußen, welche das ganze deutsche Bundesleben in Mitleidenschaft zogen, eine ernstere Schärfe anzunehmen.

Preußen trat immer deutlicher mit den Bestrebungen einer Bundesreform im Sinne der preußischen Führung in Norddeutschland hervor, und Oesterreich suchte entschiedener noch als bisher die Bundesregierungen an sich zu fesseln, um zunächst auf negativem Boden in der Vertheidigung gegen die preußischen Bestrebungen die deutschen Cabinete im Sinne der bei dem Fürstentage in Frankfurt gescheiterten Bestrebungen an die wiener Politik zu fesseln.

Der König, welcher, wie mehrfach erwähnt, stets das Heil und die Sicherheit Deutschlands in der freundlichen Einigkeit der beiden Großmächte des Bundes begründet erachtete, war über diese wachsende Entfremdung tief betrübt, wenn er auch freilich noch lange nicht an die nahe drohende Möglichkeit eines kriegerischen Ausbruchs glaubte; denn es war damals fast ein politisches Axiom, daß die europäischen Mächte einen das Gleichgewicht des Welttheils erschütternden Krieg in Deutschland nicht dulden würden. Er beschloß gleich beim Beginn der schärfern Verstimmung eine unbedingte Zurückhaltung. Seiner Ueberzeugung zufolge konnte er den preußischen Bundesreformvorschlägen

nicht zustimmen; ebenso wenig aber billigte er es andererseits, daß Oesterreich über die Rechtsprüfung der schleswig-holsteinischen Erbansprüche hinweg immer entschiedener die Prätensionen des Herzogs von Augustenburg begünstigte und der demokratisch gefärbten Bewegung zu Gunsten dieses Prätendenten sichtlichen Vorschub leistete. Die absoluteste Zurückhaltung von den Differenzen zwischen den beiden Großmächten schien ihm daher ebenso sehr der politischen Klugheit in Rücksicht auf die Machtstellung Hannovers als den Bundespflichten zu entsprechen. Er sprach es sogleich auf das bestimmteste aus, daß nach seiner Ueberzeugung ein Streit zwischen zwei Mitgliedern des Deutschen Bundes nur am Bunde selbst geführt und ausgetragen werden dürfte; ein Krieg zwischen zwei Bundesgliedern sei ein Verbrechen gegen das Grundprincip des Bundes, und wenn je eine so beklagenswerthe Eventualität eintrete, so sei es Pflicht einer jeden deutschen Regierung, sich daran in keiner Weise weder auf der einen noch auf der andern Seite zu betheiligen.

Im allgemeinen stand, abgesehen von den preußischen Bundesreformvorschlägen, der König bei dem Beginne des Conflicts mit seinen Sympathien mehr auf preußischer als auf österreichischer Seite.

Die feste Entschiedenheit, mit welcher der preußische

Ministerpräsident Graf Bismarck die monarchische Autorität gegen die parlamentarischen Uebergriffe vertheidigte, die sich damals bis zu Ungeheuerlichkeiten steigerten, welche heute kaum glaublich erscheinen, fand des Königs lebhaftesten Beifall, und die Hinneigung der österreichischen und sächsischen Politik zu der demokratischen Bewegung erfüllte ihn mit ernsten Besorgnissen. Mehrfach habe ich auf des Königs unmittelbare Veranlassung in der hannoverischen Presse sehr entschieden für die preußische Regierung in den Conflicten mit dem Abgeordnetenhause Partei genommen, und als z. B. das preußische Abgeordnetenhaus sich gegen einen Beschluß des Obertribunals erhob, welcher angeblich die Redefreiheit der Abgeordneten einschränken sollte, ließ der König einen Artikel in der „Nordsee-Zeitung" abdrucken, welcher an den Fall des Müllers von Sanssouci und an das alte Wort: „Es gibt noch Richter in Berlin", erinnerte und darauf hinwies, wie sich der absolute Monarch in der Fülle seiner unumschränkten Macht dem Gesetze und dem Richterspruche gebeugt habe, während der Parlamentarismus rechtsgültige Beschlüsse der Gerichtshöfe für null und nichtig zu erklären bereit sei.

Graf Platen theilte vollkommen die politischen Anschauungen des Königs, wenn er auch noch weniger

als dieser an die Möglichkeit eines wirklichen Kriegsfalles glaubte.

Auch er war über die österreichische Politik tief verstimmt, und dies um so mehr, als der früher schon erwähnte Dr. Bärens, welcher in der persönlich gegen ihn gerichteten verdächtigenden Agitation in Betreff der Veröffentlichungen des englischen Blaubuches hervorragend verwendet worden war, bei der österreichischen Statthalterschaft angestellt wurde, worin der Graf, und auch mit Recht, eine rücksichtslose persönliche Verletzung erblickte. Dennoch aber konnte er sich von der eigenthümlichen Abhängigkeit, in welcher seine persönlichen Erinnerungen, vielleicht auch die Traditionen seiner Familie ihn stets Oesterreich gegenüber hielten, nicht völlig freimachen, wodurch in Wien stets von neuem die Hoffnung erregt wurde, daß es doch endlich gelingen werde, Hannover auf die österreichische Seite hinüberzuziehen.

Die von dem Könige befohlene absolute Zurückhaltung in den Differenzen zwischen den beiden Großmächten stimmte, abgesehen von seiner politischen Ueberzeugung, auch durchaus mit der jeder festen Entscheidung nach irgendeiner Seite hin abgeneigten Charaktereigenthümlichkeit des Grafen Platen überein; freilich

faßte er die daraus hervorgehende Situation fortwährend zu optimistisch auf.

Während des Winters 1865 und des Frühjahrs 1866 fanden sowol von preußischer als von österreichischer Seite unausgesetzt die eifrigsten Bestrebungen statt, um Hannover zu gewinnen. Graf Platen fühlte sich ungemein wohl in dieser lebhaft umworbenen Position, welche zugleich seiner persönlichen Eitelkeit schmeichelte, und dachte nicht daran, daß die schmeichelhaften Werbungen von beiden Seiten eben nur so lange dauern könnten, bis ein wirklicher Conflict zum Ausbruch käme.

Gerade in jener Zeit entwickelte sich an dem hannoverischen Hofe ein so lebhafter diplomatischer Verkehr wie selten zuvor, und es erscheint daher nothwendig, auch die Persönlichkeiten des damals in Hannover accreditirten diplomatischen Corps näher zu charakterisiren.

Oesterreich wurde vertreten durch den Grafen von Ingelheim. Dieser Diplomat, früher Gesandter in Athen und damals fast 60 Jahre alt, war ein österreichischer Aristokrat von altem Schlage mit allen vorzüglichen Eigenschaften, aber mit vielen der Schwächen, welche dem österreichischen Adel eigenthümlich sind. Er besaß eine feine allgemeine Bildung, viel Weltkenntniß und Weltsitte, verbunden mit jener gutmüthig wohl-

wollenden Treuherzigkeit, welche die Formen der wiener Gesellschaft so angenehm machen. Sein politischer Blick, sonst klar und scharf, war befangen durch den unbedingten Glauben an den Beruf Oesterreichs, die erste Rolle in der Welt zu spielen, und auch an die Macht des Kaiserstaates, diese Rolle in Anspruch zu nehmen und zu behaupten; in dem Grunde seines Herzens war der alte stolze Spruch tief eingegraben: „Austria est imperatura orbi universo.“

Graf Ingelheim kannte den Grafen Platen in allen seinen Eigenthümlichkeiten ganz genau und wußte dessen Deferenz gegen den wiener Hof und gegen die wiener Gesellschaft mit großer Geschicklichkeit zu benutzen. Er erkannte klar, daß es bei der Festigkeit der Anschauungen des Königs unmöglich sein würde, Hannover zu einer bestimmten Parteinahme für Oesterreich zu bewegen; er war deshalb bemüht, durch seinen Einfluß auf den Grafen Platen jede Annäherung an Preußen und jede Verständigung mit dem berliner Cabinet zu verhindern, wol in der Ueberzeugung, daß die Verhältnisse dann endlich doch Hannover auf die österreichische Seite drängen würden.

Graf Ingelheim war Garçon, machte aber dessenungeachtet ein seiner Stellung und seinem persönlichen Reichthum entsprechend großes und angenehmes Haus.

Wegen seiner ungemein liebenswürdigen Eigenschaften war er bei der hannoverischen Gesellschaft besonders gern gesehen und benutzte seinen Einfluß auf dieselbe, um die Stimmung der Hofkreise, welche ohnehin vielfach mit der österreichischen Armee und Gesellschaft zusammenhingen, immer mehr für die wiener Politik zu gewinnen und so den König mit einer durchaus österreichischen Atmosphäre zu umgeben.

Preußen wurde vertreten durch den Prinzen Gustav zu Ysenburg und Büdingen, einen Mann von den feinsten und liebenswürdigsten Formen und von der wohlwollendsten Gesinnung. Er gehörte, schon als Mitglied einer reichsfürstlichen Familie, nicht zu denjenigen Kreisen, welche in der preußischen Bureaukratie und Armee vielfach verbreitet und geneigt sind, auf alles Außerpreußische und namentlich auf die übrigen deutschen Staaten mit verletzendem Hochmuth herabzublicken. Er hatte eine hohe persönliche Verehrung für den König Georg und das königliche Haus, und so sehr er auch von der Mission Preußens in Deutschland und von der durch dieselbe bedingten Nothwendigkeit der preußischen Politik überzeugt war, so war er doch von dem innigen Wunsche beseelt, diese Nothwendigkeit mit den Rechten der deutschen Bundesgenossen seines Herrn in Einklang zu bringen.

Lange schon erfüllte ihn die Besorgniß, daß die unsichere und dadurch unzuverlässig scheinende Haltung der hannoverischen Politik zu einer verhängnißvollen Katastrophe führen würde, und an seinen Bemühungen lag es wahrlich nicht, wenn ein innigeres Vertrauens-verhältniß zwischen Berlin und Hannover und eine Annäherung der beiden Höfe immer und immer wieder Hindernisse fand.

Seine Stellung war schwierig und nicht angenehm.

Der größte Theil der hannoverischen Hofgesellschaft, auch der mit der Regierung frondirende Adel trug eine große Preußenfeindlichkeit zur Schau oder zeigte wenigstens eine kühle Zurückhaltung, welche fast zu einer Sache der Mode geworden war, die auch diejenigen mitmachten, bei denen sie nicht Ueberzeugung war, oder die überhaupt zu politischen Ueberzeugungen nicht die Fähigkeiten besaßen. Es war dem Prinzen daher sehr schwer, einen außergeschäftlichen Einfluß in der Gesellschaft auszuüben; auch lebte er, abgesehen von dem speciellen Verkehre mit dem Hofe, sehr zurückgezogen, wozu ihn ein schmerzlicher Familienverlust noch mehr veranlaßte. Mit dem Grafen Platen stand er persönlich auf dem besten Fuße und ließ es auch außerhalb seiner unmittelbaren diplomatischen Erklärungen an freundlichen und wohlmeinenden Warnungen

nicht fehlen. Dieselben fanden indeß nicht den Glauben und die Beachtung, die sie verdienten, und Graf Platen scheute es, intimere Beziehungen zu einem preußischen Gesandten zu zeigen, um den Bemerkungen zu entgehen, die ihm darüber jedesmal von österreichischer Seite gemacht wurden.

Der Gesandte Napoleon's war der Graf von Reiset; ein Mann mit allen liebenswürdigen Eigenschaften des vornehmen Franzosen, von vieler diplomatischer Feinheit und einer tiefen künstlerischen, namentlich musikalischen Bildung, durch welche er dem Könige ganz besonders sympathisch wurde.

Seine Aufgabe in jener Zeit war indeß nur eine vorsichtige, vollständig zurückhaltende Beobachtung sowie die Aufrechthaltung der freundlichen Beziehungen, welche sich zwischen Napoleon III. und Georg V. in Baden-Baden gebildet hatten. Er machte ein angenehmes Haus, das der König besuchte. So erinnere ich mich noch einer Soirée im Winter 1865, bei welcher die königliche Familie und der ganze Hof erschien. Es wurde eine musikalische Composition des Grafen aufgeführt, und während die Gesellschaft versammelt war, traf ein Telegramm des Kaisers ein, in welchem er den König im Hause seines Vertreters begrüßte.

Der russische Gesandte Herr von Persiani war ein

sehr bejahrter kränklicher Mann aus der alten diplomatischen Schule, welcher meist wenig diplomatische Geschäfte hatte, da ja außer dem Hafenverkehre in gewöhnlichen Zeiten kaum völkerrechtliche Beziehungen zwischen Hannover und Rußland bestanden. Er pflegte indeß mit Takt und Geschick das persönliche Freundschafts- und Verwandtschaftsverhältniß zwischen dem kaiserlich russischen und königlich hannoverischen Hause.

Die englische Gesandtschaft hatte in Hannover eine ganz besondere Stellung, indem sie nicht nur die englischen Staatsinteressen vertrat, sondern auch die rein persönlichen Beziehungen unterhielt, welche zwischen der Königin von England und dem Könige Georg als dem Chef des braunschweig-lüneburgischen Gesammthauses bestanden. Nach der Abberufung des Sir Howard, welcher durch seine im englischen Blaubuche veröffentlichten einseitigen Berichte über misverstandene Aeußerungen des Grafen Platen unmöglich geworden war, bekleidete Sir Charles Wyke den besonders ehrenvollen und von der englischen Diplomatie sehr gesuchten Posten in Hannover.

Er stand von alters her zu dem königlichen Hause in persönlichen Beziehungen und war wol von allen Diplomaten derjenige, der den meisten Einfluß auf den König ausüben konnte, da ihm in seiner Eigenschaft als Haus-

gesandter stets der Zutritt zu Sr. Majestät offen stand und der König auch von seiner Geburt und ersten Erziehung her stets eine Vorliebe für den Umgang mit den Mitgliedern der englischen Gesellschaft behalten hatte.

Der Gesandte des Königs von Baiern, Graf von Quadt-Wykradt-Isny, bairischer Standesherr und durch seine Gemahlin Verwandter des Grafen Rechberg, unterstützte, soweit er seinen Einfluß geltend machen konnte, den Grafen Ingelheim, um Hannover von jeder Annäherung an Preußen zurückzuhalten.

Der holländische Ministerresident van Middelburgh blieb der eigentlichen Politik ganz fern und beschäftigte sich nur mit den zahlreichen Beziehungen, welche sich aus der Grenzberührung zwischen Hannover und Holland und aus dem Handelsverkehre ergaben.

Die übrigen diplomatischen Vertreter der deutschen und auswärtigen Staaten residirten in Berlin und erschienen nur bei besondern Familienfesten des königlichen Hauses am hannoverischen Hofe.

Mit dem Winter 1865 war nun in das diplomatische Stillleben, welches sonst wie natürlich am hannoverischen Hofe zu herrschen pflegte, eine größere Bewegung gekommen. Die bekannten Aeußerungen Napoleon's über die unnatürliche Einengung der preußischen Grenzen hatten den König unangenehm berührt und

es waren auch in ganz vorsichtiger Weise darüber Andeutungen gemacht worden, welche freilich nur zu allgemeinen Erklärungen geführt hatten, die in der Form sehr freundlich und beruhigend, in der Sache indeß wenig aufklärend waren. Hätte der König in Paris eine Vertretung gehabt, welche auch nur annähernd im Stande gewesen wäre, den dunkeln und verborgenen Wegen der Napoleonischen Politik zu folgen, so wäre er vielleicht wachsamer geworden und hätte sich schneller zu entschiedenem Handeln entschlossen; aber seit Jahren war die hannoverische Diplomatie im Auslande, eingewiegt durch die Sicherheit, welche der Deutsche Bund gewährte, daran gewöhnt, sich vorzugsweise mit den angenehmen Seiten der diplomatischen Stellung und mit den laufenden Bureauarbeiten derselben zu beschäftigen, in den politischen Berichten aber nur die officiellen Erklärungen der Minister oder gelegentliche Bemerkungen der Gesandten der Großmächte zu referiren.

Durch meine verschiedenen Correspondenten kamen mir zwar mehrfach Andeutungen zu über das, was damals insbesondere zwischen Frankreich, Preußen und Italien vorging; allein diese Andeutungen, so sehr sie auch die Aufmerksamkeit des Königs erregten, konnten nicht die Basis für eine diplomatische Thätigkeit bilden, und so kam es, daß zu der Zeit, in welcher schon

überall die Vorbereitungen für den großen Kampf des Jahres 1866 getroffen wurden, Hannover in ruhiger Sicherheit lebte und Graf Platen sich immer mehr in seiner allseitig umworbenen Stellung gefiel.

Um die Entwickelung der Ereignisse besser zu verstehen, mag hier gleich eine Darstellung der vorbereitenden, zu jener Zeit noch mit völligem Dunkel bedeckten Vorgänge eingefügt werden, wie ich sie später nach den Mittheilungen, die mir in Paris von eingeweihter Seite gemacht worden, zusammengestellt habe. Diese Darstellung von französischer Seite, — obgleich sie, wie ich später festzustellen in der Lage war, den wirklichen Vorgängen nur theilweise entspricht, — ist insofern hochinteressant, als sie die Illusionen erkennen läßt, welche man sich in Frankreich machte, ebenso wie das Doppelspiel, das Napoleon III. nach allen Seiten hin auch mit seinen Ministern trieb, und endlich den Wunsch der kaiserlichen Regierung, ihr Prestige als leitende Macht Europas auch in dem Augenblick noch scheinbar festzuhalten, in welchem ihr alle Fäden der wirklichen Leitung der Ereignisse entschlüpften.

Unzweifelhaft war man schon seit längerer Zeit in Wien sowol wie in Berlin von der Nothwendigkeit des Krieges überzeugt und entschlossen, diesen Krieg aufzunehmen; denn die tiefe Misstimmung, welche der

demüthigende Ausgang des frankfurter Fürstentages in Wien erregt und welche einen Augenblick die österreichische Politik zum Anschlusse an Preußen gedrängt, hatte dem erneuten und lebhaften Wunsche Platz gemacht, um jeden Preis die alte Suprematie des Hauses Habsburg wiederzugewinnen und die preußische Führung in Norddeutschland nicht zuzulassen. Umgekehrt war Graf Bismarck fest entschlossen, die Herzogthümer Schleswig und Holstein dem preußischen Einflusse nicht wieder entziehen zu lassen und überhaupt die getheilte und eingezwängte Macht Preußens in Norddeutschland abzurunden und zu stärken und zugleich die Führung der norddeutschen Staaten und den Schutz ihrer Grenzen zu übernehmen.

Diese Gegensätze waren unversöhnlich. Der Vertrag von Gastein war wol unzweifelhaft in dem innern Gedanken beider Contrahenten nur ein Waffenstillstand, auf welchen später erst der definitive Friede oder, was beiden diametral sich gegenüberstehenden Ansprüchen wahrscheinlicher war, der Krieg folgen mußte. Sowol für Oesterreich als für Preußen war es aber von höchster Wichtigkeit in diesem Kriege, sich den Beistand Frankreichs zu sichern oder sich wenigstens die Gewißheit zu verschaffen, daß Frankreich sich nicht im entscheidenden Moment auf die Seite des Gegners stellen

werde. Es begannen daher schon von jenem Augenblicke an von Wien diplomatische Bemühungen, sich der Haltung Frankreichs zu vergewissern.

Von seiten Oesterreichs handelte man mit der dieser Macht eigenthümlichen Langsamkeit, während der preußische Ministerpräsident Graf Bismarck mit seiner genialen Kühnheit und schnellen Entschlossenheit unmittelbar auf das Ziel losging.

Nach meiner Ueberzeugung wollte Napoleon den Krieg zwischen Preußen und Oesterreich; er hoffte, die beiden Mächte würden sich in diesem gewaltigen Kampfe so sehr schwächen, daß er in die Lage kommen werde, als unbestrittener Schiedsrichter zwischen sie zu treten. Vielleicht mochte er auf den Sieg des einen Gegners rechnen, um dann als Retter der unterliegenden Macht des Bündnisses derselben für lange Zeit um so sicherer zu sein. Er fürchtete vor allem die österreichisch-preußische Einigkeit; die Convention von Gastein hatte in Paris sehr unangenehm berührt, und Drouyn de l'Huys hatte schon am 29. August 1865 eine Circulardepesche an die französischen Diplomaten gerichtet, in der er sich in einem außergewöhnlich scharfen Tone darüber aussprach, daß die beiden deutschen Großmächte ohne Mitwirkung der übrigen europäischen Cabinete über die Herzogthümer verfügten.

Um so bereitwilliger nahm man daher in Paris die Anzeichen der wieder schärfer ausbrechenden Differenzen zwischen Wien und Berlin auf; um so eifriger that man alles, um den drohenden Conflict zu schärfen und zur kriegerischen Entscheidung zu treiben. Hierbei fand wieder das unglückselige Doppelspiel statt, von welchem der Kaiser Napoleon niemals lassen konnte, das so lange Jahre hindurch die europäische Politik verwirrte und endlich für ihn selbst verhängnißvoll wurde. Er machte durch seinen auswärtigen Minister eine officielle Politik, indem er zugleich daneben persönlich in der entgegengesetzten Richtung thätig war, bereit, im gegebenen Augenblicke, wie er das so oft gethan, den Minister fallen zu lassen und das im Stillen Vorbereitete zum Erstaunen aller Welt sichtbar werden zu lassen.

Diesmal wendete sich die officielle Politik Oesterreich zu, welches sich ebenso wie Preußen für den bevorstehenden Kampf die feste und womöglich wohlwollende Neutralität Frankreichs zu sichern bestrebt war.

Der Kaiser, welcher die italienischen Verschwörer fürchtete, die ihn stets an sein Wort: „Frei bis zur Adria", erinnerten, und welcher außerdem die immer drohender auftretende italienische Actionspartei von Rom abwenden wollte, indem er den nationalen Aspirationen

Italiens eine andere Genugthuung gab, bezeichnete in den Verhandlungen mit Oesterreich sehr deutlich den Preis seiner Neutralität. Dieser Preis war Venetien.

Obwol nun damals bereits in Wien viele Stimmen auch in der unmittelbaren Umgebung des Kaisers laut wurden, welche den Besitz italienischer Provinzen nicht als ein Glück für Oesterreich erklärten und dazu riethen, diese Besitzungen als eine Quelle steter Unruhe der deutschen Stellung des Kaiserstaates zu opfern, so zögerte doch der österreichische Stolz immer und immer wieder mit dieser Concession, durch welche er sich, wenn sie rechtzeitig gemacht worden wäre, vor der schweren Niederlage von 1866 hätte bewahren können.

Die Verhandlungen gingen indeß immer weiter, und endlich, am 12. Juni 1866, also unmittelbar vor dem Ausbruche des Krieges, wurde in Wien zwischen dem Herzog von Gramont und dem Grafen Mensdorff eine geheime Convention abgeschlossen, welche eins der eigenthümlichsten diplomatischen Actenstücke ist und manches sonst Unerklärliche verstehen läßt.

In dieser geheimen Convention verpflichtete sich Frankreich im Falle eines Krieges zwischen Oesterreich und Preußen zu einer vollständigen Neutralität sowie auch dazu, alles aufzubieten, um gleiche Neutralität von Italien zu erlangen.

Oesterreich dagegen verpflichtete sich, Venetien an Frankreich beim Abschlusse des Friedens abzutreten für den Fall, daß die österreichischen Waffen gegen Preußen siegreich sein sollten, — sowie auch für den Fall eines österreichischen Sieges in Italien, wenn dennoch die italienische Neutralität nicht zu erlangen sein sollte, nichts an dem status quo ante bellum in Betreff der Lombardei ändern zu lassen. Endlich stipulirte noch dieser eigenthümliche Vertrag, daß, wenn der Ausgang des Krieges die gegenseitige Stellung der deutschen Mächte untereinander verändern sollte, Oesterreich sich verpflichte, die Zustimmung Frankreichs nachzusuchen, bevor es irgendeine territoriale Veränderung annehme, welche geeignet sei, eine Veränderung des europäischen Gleichgewichts herbeizuführen.

Dieser Vertrag, welcher abgeschlossen wurde unmittelbar bevor Oesterreich die letzten entscheidenden Schritte zur Herbeiführung des Krieges unternahm, gibt den Schlüssel zu den fast unerklärlichen Vorgängen nach der Schlacht von Königgrätz. Das Opfer Venetiens war schon vorher ins Auge gefaßt und beschlossen, freilich für den Fall eines Sieges in Deutschland; doch war es ja natürlich, daß dieses Opfer nach der so unerwarteten, zerschmetternden Niederlage zur Rettung angeboten wurde, und die Bestimmung, daß

Oesterreich keine durch den Ausgang des Krieges bedingte territoriale Veränderung in Deutschland annehmen solle ohne Frankreichs Zustimmung, rechtfertigt, wenigstens dem wiener Cabinet gegenüber, vollständig die Einmischung Napoleon's in die Friedensverhandlungen. Außerdem aber gab dieser Vertrag Frankreich allen Vortheil; der Kaiser kam in die Lage, Italien gegenüber als Geschenkgeber auftreten zu können, und erlangte für alle Fälle einen Rechtstitel zur Theilnahme am Friedensabschluß, denn Veränderungen in den Verhältnissen der deutschen Mächte untereinander mußten ja unter allen Umständen eintreten, mochte nun Oesterreich oder Preußen siegreich bleiben.

Diesem Vertrage waren noch einzelne Erläuterungen beigefügt worden. Frankreich verpflichtete sich für den Fall der Abtretung Venetiens an Italien, daß die weltliche Herrschaft des Papstes und das Gebiet der päpstlichen Staaten unter allen Umständen intact erhalten werden sollten, versprach auch, für die dann zu ziehende Grenze in Italien zu garantiren, sowie das Princip einer von Italien an Oesterreich zu zahlenden Entschädigung für die Festungen im venetianischen Gebiete zu vertreten.

Frankreich übernahm ferner die Verpflichtung, Italien gegenüber dafür einzutreten, daß der Hafen von Vene-

dig nicht in einer die österreichische Flotte und die österreichischen Häfen bedrohenden Weise befestigt werde.

Endlich versprach Frankreich noch in einer besondern Erklärung, sich im Falle eines österreichischen Sieges einer Vergrößerung des Kaiserstaates in Deutschland nicht zu widersetzen, wenn diese Vergrößerung nicht so bedeutend wäre, um das europäische Gleichgewicht zu alteriren, und wenn Oesterreich unter allen Umständen darauf verzichtete, ganz Deutschland unter seine Oberhoheit zu vereinigen.

Auch hier also erwarb Frankreich unter scheinbarer Concession wieder den Rechtstitel zur Ausübung einer Vermittelung bei den künftigen Friedensverhandlungen, welche fast zu einem Schiedsrichteramt werden mußte.

Dies war das Resultat der langen Verhandlungen mit Oesterreich, welche erst unmittelbar vor dem Ausbruche des Krieges zum Ziele führten und bei denen das wiener Cabinet um so mehr dupirt erscheint, wenn man in Betracht zieht, was inzwischen nach preußischer Seite hin vorgegangen war.

Graf Bismarck mußte natürlich vor dem Eintritt in einen so gewaltigen Kampf, der über die ganze Zukunft Preußens und Deutschlands entscheiden, ja das europäische Gleichgewicht in seinen Grundlagen verändern sollte, die möglichste Sicherheit des Erfolges

gewinnen; dazu gehörte vor allem die Neutralität Frankreichs für alle Fälle und außerdem ein Bündniß mit Italien, welches besonders im Hinblick auf das übrige Deutschland wichtig war.

Man täuschte sich in Berlin nicht darüber, daß der größte Theil der deutschen Bundesstaaten auf die Seite Oesterreichs treten würde; dadurch mußte ein nicht unbedeutender Theil der preußischen Streitkräfte absorbirt und von der Action gegen die österreichische Armee abgezogen werden. Der gleichzeitige italienische Krieg sollte nun das Gleichgewicht wiederherstellen und auch die österreichische Streitmacht theilen, sodaß zwischen den sich unmittelbar gegenüberstehenden österreichischen und preußischen Armeen die gleiche Verhältnißzahl wiederhergestellt würde.

Zwischen Deutschland und Italien hatte bis zu jener Zeit ein einigermaßen gespanntes Verhältniß bestanden. Den ersten italienischen Einheitsbewegungen war die preußische Regierung wenig freundlich, ja zum Theil entschieden feindlich gegenübergetreten, und lange hatte das berliner Cabinet mit der Anerkennung des Königreichs Italien gezögert. Es mußte also auch für die Verhandlungen zur Anbahnung eines preußisch-italienischen Bündnisses der Anknüpfungspunkt unter schwierigen Verhältnissen gesucht werden.

Man war damals in der politischen Welt über zeugt, daß der preußische Ministerpräsident Graf Bismarck für die Ausführung seiner Ideen bei der preußischen Vertretung in Paris, wo damals der Graf von der Goltz preußischer Gesandter war, entweder nicht das volle Verständniß oder nicht die genügend entschiedene und rückhaltslose Unterstützung fände.

Die Kaiserin Eugenie, zu allen Zeiten trotz äußerlich freundlicher Beziehungen eine Gegnerin Preußens und eifrige Freundin Oesterreichs, übte, wie man zu bemerken glaubte, durch den in der That großen Zauber ihrer Persönlichkeit auf den preußischen Gesandten einen entscheidenden Einfluß aus, und man nahm in eingeweihten Kreisen an, daß sie sich mit dem Gedanken trage, den Grafen von der Goltz an die Stelle des Grafen Bismarck treten zu sehen.

Allen diesen verschiedenen Verhältnissen und Einflüssen mochte es zuzuschreiben sein, wenn zwischen Preußen und Frankreich auf dem diplomatischen Wege durch die preußische Gesandtschaft keine Verhandlungen eingeleitet wurden, da dieselben kaum im Stande gewesen wären, so klare Resultate herbeizuführen, wie es dem willenskräftigen Sinne des Grafen Bismarck entsprach, der, sobald er einmal eine politische Noth-

wendigkeit erkannt, derselben auch mit der vollen Energie seines Charakters entgegenschritt.

Graf Bismarck ging im November 1865 selbst nach Biarritz, wo sich damals der Kaiser Napoleon befand, um im persönlichen Ideenaustausche möglichste Klarheit zu gewinnen.

Es unterliegt keinem Zweifel, wenn auch über die dort stattgefundenen Reden nur die Betheiligten allein Kenntniß haben können, daß Napoleon dem preußischen Ministerpräsidenten gegenüber sich günstig aussprach, während er durch seine officielle Politik Oesterreich zu unterstützen schien.

Daß Napoleon den Hintergedanken hatte, sich im Falle eines preußischen Sieges eine territoriale Compensation für Frankreich gewähren zu lassen, sei es durch ein Gebiet am linken Rheinufer, sei es in Belgien oder in Luxemburg, ist gewiß. So viel aber steht fest, daß der preußische Ministerpräsident es mit ungemeiner Geschicklichkeit verstand, jede eingehende Erörterung zu vermeiden, und der Klippe auswich, sich seinerseits zu engagiren. Er bekämpfte Napoleon mit dessen eigenen Waffen und erreichte ganz im Gegensatz zur österreichischen Diplomatie ohne eigene Verpflichtungen von dem Kaiser die Förderung seiner Zwecke. Napoleon versprach dem Grafen Bismarck mündlich

für den Krieg mit Oesterreich seine „neutralité bienveillante“. Nähere Modalitäten über dieselbe wurden nicht discutirt, auch über künftige Arrangements wurde nichts festgestellt. Obgleich der Kaiser sich über die Möglichkeiten der Zukunft nicht aussprach, so machte er doch dem Grafen Bismarck den Eindruck, als hoffe er auf eine Niederlage Preußens und werde dann bereit sein, gegen Entgelt Hülfe zu leisten.

Dies alles ging neben und ohne den damaligen französischen auswärtigen Minister Drouyn de l'Huys vor sich, welcher fortwährend den Krieg in Deutschland zu vermeiden, oder wenn derselbe nicht mehr zurückzuhalten sein sollte, wenigstens das Gewicht des französischen Einflusses entschieden für Oesterreich geltend machen wollte. Drouyn de l'Huys sprach sich noch später mir gegenüber in dieser Beziehung sehr klar und bestimmt aus.

Das alte Frankreich, sagte er, habe überall in Deutschland, in Italien und in den Niederlanden dem Hause Habsburg sich gegenüber befunden und es sei deshalb die Aufgabe der bourbonischen Politik gewesen, Oesterreich überall zu bekämpfen, seine Macht zu brechen und seinem Einflusse Hindernisse zu bereiten. Dies sei jetzt nicht mehr der Fall: überall, wo früher der Einfluß des habsburgischen Kaiserthums Frankreich

entgegengetreten sei, stände demselben jetzt Preußen gegenüber. Preußen strebe nach der politischen und militärischen Einigung Deutschlands, und deshalb sei es für das Napoleonische Frankreich geboten, überall gegen Preußen für Deutschland einzutreten. Die Politik des Ministers Drouyn de l'Huys ging daher zu jener Zeit vollständig getrennt neben der des Kaisers Napoleon her. Der Kaiser mochte sich vorbehalten, je nach dem Gange der Ereignisse entweder seine eigenen geheimen Fäden fallen zu lassen oder aber seinen Minister zu desavouiren und seine persönliche Politik auch officiell aufzunehmen.

Im auswärtigen Ministerium in Paris galt damals die Absicht, welche den Grafen Bismarck nach Biarritz geführt hatte, als im wesentlichen gescheitert. Thatsächlich indeß trug der preußische Ministerpräsident die Zusicherung einer wohlwollenden Neutralität von seiten des Kaisers mit sich fort, und unmittelbar darauf begannen die Verhandlungen mit Italien, infolge deren sich bald darauf der General Govone nach Berlin begab, um dort in aller Stille die Verabredung über die militärischen Operationen gegen Oesterreich zu treffen. Merkwürdig ist in dieser Beziehung eine Aeußerung, welche Drouyn de l'Huys mir gegenüber im Jahre 1869 über jene Epoche that und über

welche ich unter dem unmittelbaren Eindruck seiner Worte eine Aufzeichnung notirte. Drouyn de l'Huys erzählte mir wörtlich Folgendes über ein Gespräch, das er mit dem Grafen Bismarck gehabt:

„Quelquefois cet homme d'État vous étonne par sa franchise. Dans un entretien que j'avais avec lui, il m'expliqua la nécessité politique pour la Prusse à prendre la domination sur l'Allemagne du Nord et de faire la guerre à l'Autriche pour y arriver. Après cela il m'a dit ceci:

„Je vous demande le consentiment à cette guerre fatalement nécessaire, et en même temps les conditions de votre consentiment. Si c'était une guerre de défense, je ne vous en parlerais pas; car vous comprenez, qu'étant attaqué on se défend sans demander la permission de personne.

„Je ne vous en parlerais non plus, si l'honneur de la Prusse était engagé, car je défendrais l'honneur de ma patrie, s'il le fallait, contre le monde entier.

„Mais la guerre dont il s'agit est purement et simplement une guerre d'ambition, c'est-à-dire d'une ambition qui est un devoir pour la Prusse, à laquelle elle ne saurait jamais renoncer sans manquer à la mission que l'histoire lui impose.

„Maintenant on est ambitieux ou on ne l'est pas selon les chances sur lesquelles on peut compter. Quand on ne voit pas de succès possible, on remet ses ambitions pour un moment plus favorable. J'aurai affaire à l'Autriche et à une grande partie de l'Allemagne et vous ne me croirez pas assez fou pour m'engager dans une lutte aussi sérieuse, sans être sûr et certain, que vous ne tomberez pas sur moi.

„Si vous ne la voulez pas — pas de guerre.

„Si vous la voulez, faites vos conditions."

Drouyn de l'Huys fügte hinzu, daß er sich die größte Mühe gegeben habe, um vom Kaiser Napoleon das einzige Wort zu erlangen: „Ich will den Krieg in Deutschland nicht"; aber daß er denselben niemals habe dazu bestimmen können, dies Wort auszusprechen.

Drouyn de l'Huys muß bei dieser Mittheilung entweder eigene Erinnerungen mit Aeußerungen, an die ihn Napoleon glauben lassen wollte, zusammengeworfen oder die Absicht gehabt haben, seine Politik vor derjenigen des Kaisers als die richtige hervorzuheben, oder endlich auch der Macht Frankreichs ein ganz besonderes Relief zu geben, indem er die Auffassung verbreitete, als habe es nur von der Befolgung seiner Rathschläge von seiten des Kaisers abgehangen, den Krieg von 1866 zu verbieten.

Da nun Aeußerungen in dem Sinne der oben angeführten mehrfach gemacht und auch in französische Journale und Broschüren übergegangen sind, so wird auch in der künftigen französischen Geschichtschreibung eine ähnliche Darstellung ihren Platz finden und vielleicht stereotyp werden.

Deshalb lege ich besondern Werth darauf, in dieser retrospectiven Zusammenstellung der dem Feldzuge von 1866 vorhergehenden Ereignisse ausdrücklich hervorzuheben, daß, wie ich später bestimmt festzustellen Gelegenheit hatte, Derartiges oder nur analog Aehnliches thatsächlich niemals vorgekommen ist. In all der verworrenen Dunkelheit, welche das wundersame Doppelspiel der Napoleonischen Politik über jene Zeit verbreitet, steht historisch nur fest, daß das französische Ministerium unter Drouyn de l'Huys nur mit Oesterreich verhandelte, während preußischerseits nur der Graf Bismarck persönlich und mündlich mit dem Kaiser Napoleon über den bevorstehenden Krieg sprach und von demselben ohne specielle Erörterungen der Eventualitäten der Zukunft die Zusage einer „neutralité bienveillante“ erhielt.

Napoleon behielt seine eigentlichen Hintergedanken ausschließlich für sich. Er war mit seinem auswärtigen Ministerium nur darin völlig einig, um jeden Preis eine scharfe Trennung zwischen Oesterreich und

Preußen zu erreichen und womöglich Deutschland in zwei Theile zu spalten, wobei indeß Drouyn de l'Huys den Gesichtspunkt festhielt, wenn möglich den Krieg zu vermeiden oder ihn wenigstens für Oesterreich so günstig zu wenden, daß eine vollständige Niederlage desselben und die Herstellung der preußischen Hegemonie vermieden würde. Er würde dann nach seiner Hoffnung als Beschützer des geschlagenen Preußens seinen Lohn gefordert haben.

Endlich im Februar 1866 erklärte der Kaiser an Drouyn de l'Huys die Bedingungen, welche er für die Möglichkeiten der künftigen Entscheidung festgehalten wissen wolle. Dieselben waren die folgenden:

Für den Fall, daß der Krieg zwischen Preußen und Oesterreich einen für Preußen siegreichen Ausgang nehmen sollte, genehmigt Frankreich die Annexion der Herzogthümer Schleswig und Holstein an Preußen unter der Bedingung der Zurückgabe der nördlichen Districte von Schleswig an Dänemark.

Frankreich genehmigt die territoriale Vereinigung der beiden Hälften der preußischen Monarchie durch die Erwerbung einzelner entsprechender Theile von Hannover und Kurhessen. Hannover soll für diese Gebietsabtretung entschädigt werden und dafür ein Territorialäquivalent in Lauenburg und Holstein erhalten.

Frankreich genehmigt den preußischen Oberbefehl über das neunte und zehnte Bundesarmeecorps, um in dem Norden von Deutschland den preußischen Einfluß einheitlich herzustellen. Preußen dagegen wird sich einem ähnlichen Arrangement, welches zwischen Oesterreich und den süddeutschen Staaten getroffen werden möchte, nicht widersetzen.

In dem Falle, daß der Krieg einen für Preußen ungünstigen Ausgang nehmen sollte, verpflichtet sich der Kaiser, jede Schwächung Preußens zu verbieten und den status quo ante bellum aufrecht zu erhalten.

In diesen Bedingungen war für keinen Fall von irgendwelchen Compensationen für Frankreich die Rede, und man sieht, daß auch hier der Kaiser Napoleon sich freie Hand für seine Hintergedanken zu erhalten bemüht war, von denen er glaubte, daß sie erfolgreicher in bestimmter Form ausgesprochen werden könnten, wenn die beiden deutschen Großmächte demnächst durch den Krieg geschwächt und kampfunfähig dastehen würden.

Die vorstehend formulirten Bedingungen waren indeß lediglich eine Instruction des Kaisers zur Richtschnur für seinen Minister. Sie wurden in Berlin weder mitgetheilt, noch bildeten sie den Gegenstand von Verhandlungen oder Abmachungen. Napoleon glaubte, indem er sich in eine undurchdringliche Wolke hüllte, daß er im

entscheidenden Augenblick dem Blitz werde gebieten können, der doch seiner Hand bereits entschlüpft war.

Von diesem Augenblicke an that Napoleon alles, um den Ausbruch des Krieges, welcher nach seiner Meinung Deutschland spalten und unmächtig machen sollte, zu beschleunigen. Er erwartete wol unzweifelhaft, daß, auch wenn Preußen die Führung in Norddeutschland bis zu den Grenzen des neunten und zehnten Bundesarmeecorps erlangen sollte, die süddeutschen Staaten, besonders Baiern und Würtemberg, sich nicht ohne weiteres der österreichischen Hegemonie unterwerfen, sondern, wie dies zur Zeit des Rheinbundes geschehen, eine Anlehnung an Frankreich suchen würden. Damit wäre dann das Ziel einer dauernden Zerklüftung Deutschlands unter Befestigung des französischen Einflusses in Deutschland erreicht gewesen.

Als die Dinge dem französischen Wunsche nach nicht schnell genug vorwärts gingen, wurde Napoleon ungeduldig. Er sendete im April 1866 Agenten nach Köln, Koblenz, Trier, Aachen und Mainz an den Rhein, um sich über die öffentliche Meinung in Deutschland zu informiren.

Die Berichte, welche er erhielt, theilten übereinstimmend mit, daß die öffentliche Stimme in Deutschland sich mehr und mehr für Oesterreich ausspreche

und daß die Politik des Grafen Bismarck und ein Krieg zwischen Preußen und Oesterreich von Tag zu Tag unpopulärer werde.

Aus Süddeutschland liefen ähnliche Berichte ein. Aus Baiern wurde gemeldet, daß dort die österreichische Partei mächtig sei, daß man vor allem Italien fürchte, und wenn das Bündniß zwischen Italien und Preußen bekannt werde, die bairische Regierung sich unzweifelhaft auf die österreichische Seite stellen würde. Freilich, wurde hinzugefügt, würde von Baiern nur eine laue Kriegführung zu erwarten sein.

Wie vorher erwähnt, gingen zu derselben Zeit die Verhandlungen mit Oesterreich weiter. Man that von österreichischer und sächsischer Seite alles Mögliche, um Napoleon zu gewinnen. Man suchte von Paris aus unter der Hand in Berlin bekannt werden zu lassen, eine hohe fürstliche Dame habe an Napoleon einen Brief geschrieben, der auf denselben einen tiefen Eindruck gemacht, der Kaiser werde immer ungeduldiger, und wenn der Ausbruch des Krieges sich noch lange verzögere, so werde es nicht mehr möglich sein, die Basis der wohlwollenden Neutralität aufrecht zu erhalten.

Die Zögerungen in der Entwickelung der Dinge wurden vorzugsweise dem König Wilhelm zugeschrieben, welcher die höchste Abneigung gegen einen Krieg mit

seinen deutschen Bundesgenossen hegte und kein Mittel unversucht lassen wollte, um einen freundlichen Austrag der schwebenden Differenzen herbeizuführen. Insbesondere wollte der König einen feindlichen Zusammenstoß mit Hannover vermeiden und eine Verständigung mit seinem königlichen Vetter erreichen, — freilich zunächst aus der Besorgniß, eine feindliche oder drohende Macht mitten in der preußischen Operationsbasis zu haben, gewiß aber, wie es die Gerechtigkeit anzuerkennen fordert, ebenso sehr aus dem dringenden Wunsche, das hannoverische Königshaus vor den verhängnißvollen Folgen zu bewahren, welche eine feindliche Stellung Hannovers gegen Preußen in einer so ernsten Krisis demnächst nach sich ziehen mußte.

Endlich gab das Vorgehen Oesterreichs den Ausschlag. Am 12. Juni wurde der österreichische Gesandte am preußischen Hofe telegraphisch angewiesen, Berlin zu verlassen; am 13. verließ der preußische Gesandte, nachdem er seine Pässe erhalten, Wien und am 14. wurde der provocirende österreichische Antrag auf die Mobilisirung der nichtpreußischen Bundesarmeecorps in Frankfurt gestellt und von der Bundesversammlung angenommen, wodurch dann der Krieg entschieden war.

Wenn man diese Data zusammenhält mit dem Drängen des Kaisers Napoleon in Berlin und der

vorher erwähnten zwischen dem Herzog von Gramont und dem Grafen Mensdorff abgeschlossenen geheimen Convention, so erscheint die letztere in einem noch eigenthümlichern Lichte, und man möchte kaum die Annahme zurückweisen, daß das wundersame Doppelspiel der französischen Politik keinen andern Zweck gehabt hat, als Oesterreich zu einem provocatorischen Vorgehen zu drängen, um endlich den ungeduldig erwarteten Conflict zum Ausbruch zu bringen.

Wer damals in die Zukunft zu sehen vermocht hätte, dessen Lippen würden sich unzweifelhaft zu den Worten geöffnet haben: Quos deus perdere vult dementat prius.

Die Darstellung dieser der großen Katastrophe von 1866 vorhergehenden, damals vom Schleier des Geheimnisses bedeckten Vorgänge beruhen, wie ich nochmals besonders hervorhebe, auf später mir von sehr eingeweihter Seite gewordenen Mittheilungen. Ich habe es indeß für nöthig gehalten, dieselbe hier einzufügen, weil sie einmal manche Irrthümer berichtigt, besonders interessante Lichter auf die Geschichte jener Zeit wirft, und weil sie mir auch zum vollen Verständnisse dessen nöthig erscheint, was sich zu jener Zeit in Hannover begab.

III.

Erneutes Drängen der preußischen Regierung, die Beziehungen zu Hannover klar zu stellen. — Oesterreichische Propositionen. — Das wiener Cabinet will die Brigade Kalik und den General von Gablenz zur Verfügung Hannovers stellen. — Ablehnung dieser Propositionen von seiten des Königs Georg. — Einwirkung der englischen Diplomatie, um Hannover zum Anschluß an Oesterreich zu bewegen. — Reise des Grafen Platen nach Berlin. Resultatloser Verlauf derselben. — Das Vermählungsproject des Prinzen Albrecht von Preußen mit der Prinzessin Friederike von Hannover. Verhängnißvolle Verzögerung desselben. — Meine Sendung nach Kassel, um den Kurfürsten von Hessen zu einer gemeinsamen Neutralität mit Hannover zu bestimmen. — Strömung am hessischen Hofe. — Besorgnisse des Ministers Abée. — Sendung des Grafen von Wimpffen nach Kassel und des Prinzen Karl Solms nach Hannover. — Erneute Bündnißanträge des Kaisers Franz Joseph. — Erneute Abweisung derselben durch den König. — Oesterreichischer Mobilmachungsantrag am Bunde. — Die Abstimmung Hannovers. — Preußens Austritt aus dem Bunde. — Preußische Sommation an Hannover.

Je näher der kriegerische Ausbruch des deutschen Conflicts drohte und je mehr man sich in Wien und

Berlin darauf nach allen Richtungen hin vorbereitete, um so mehr mußte der preußischen Regierung daran gelegen sein, ihre Verhältnisse zu Hannover klar zu stellen und in befriedigender Weise zu ordnen. Das preußische Interesse an der Stellung Hannovers war fast noch größer als das österreichische. Für Oesterreich wäre ein thatkräftiges Offensiv- und Defensivbündniß mit Hannover allerdings eine sehr wesentliche Hülfe gewesen; für Preußen wog die Unterstützung Hannovers bei weitem nicht so viel, dagegen mußte ein feindliches Hannover eine große Gefahr für Preußen bilden, und eine solche Eventualität mußte daher um jeden Preis vermieden werden.

Das Augenmerk der preußischen Politik richtete sich also, sobald der Krieg dort als unvermeidlich erkannt worden war, weniger darauf, eine Theilnahme Hannovers am Kriege gegen Oesterreich auf preußischer Seite zu erreichen, als vielmehr die Sicherheit einer unbedingten und für Preußen wohlwollenden Neutralität zu erlangen, welche der preußischen Macht den Verkehr zwischen ihren beiden Hälften gestattete und ihr die Besorgniß vor einer auf eigenem Boden auffliegenden feindlichen Mine nahm.

Eine drohende Pression in dieser Beziehung auszuüben, war nicht möglich, solange der Deutsche Bund

bestand, widerstrebte außerdem auch, wie schon erwähnt, dem Könige von Preußen auf das äußerste, der um jeden Preis eine freundliche Verständigung mit dem Könige Georg erzielen wollte und sogar im voraus den Gedanken festgehalten hatte, daß Hannover für etwäige demnächstige Gebietsabtretungen zur Verbindung der beiden Theile der preußischen Monarchie anderweitig zu entschädigen sein würde. Es wurde daher zunächst in vertraulichen Andeutungen, sodann in officieller Weise durch den Prinzen Ysenburg der Abschluß eines Neutralitätsvertrags mit Preußen beantragt, während von österreichischer Seite die Werbungen um ein hannoverisches Bündniß immer eifriger betrieben wurden, je mehr die Entscheidung nahte.

Der zu jener Zeit von Preußen vorgeschlagene Neutralitätsvertrag ist, wie hier schon zuvor bemerkt werden muß, nicht zu verwechseln mit der später im letzten Augenblicke gestellten Sommation auf Abschluß eines Bündnisses. Zu jener Zeit wurde eben nichts weiter verlangt als die unbedingte Neutralität mit der Gewährung der freien Bewegung preußischer Truppen zwischen den beiden Gebietshälften; es war von keiner Beschränkung der hannoverischen Souveränetät, von keiner Unterordnung unter militärisch preußische Führung die Rede.

Oesterreich auf der andern Seite proponirte, seine Vorschläge in der Entwickelung der Verhandlungen immer mehr präcisirend, eine active Theilnahme Hannovers am Kriege gegen Preußen. Das wiener Cabinet erklärte sich bereit, zur Verstärkung der hannoverischen Armee die in Schleswig befindliche österreichische Brigade Kalik dem Könige von Hannover zur Disposition zu stellen und demselben zugleich den General von Gablenz, den bewährtesten österreichischen Feldherrn, behufs des Commandos der so combinirten Streitmacht abzutreten. Unter solchen Umständen wäre dann freilich die hannoverische Position für Preußen ganz außerordentlich gefährlich geworden und hätte jedenfalls eine sehr bedeutende preußische Truppenmacht von dem eigentlichen österreichischen Kriegsschauplatze zurückgehalten.

Der König stand fest auf seinem stets eingenommenen Standpunkte. Er erklärte einen Krieg zwischen zwei Mitgliedern des Deutschen Bundes für ein Verbrechen gegen die Bundespflichten, an dem kein deutscher Fürst, wenn es beklagenswertherweise stattfinden sollte, sich betheiligen dürfe. Er wies deshalb, wie ich so vielen gegentheiligen Behauptungen gegenüber nicht bestimmt genug versichern kann, die österreichischen Bündnißvorschläge vom ersten Augenblicke, in welchem

dieselben an ihn herantraten, auf das allerentschiedenste zurück. Umgekehrt erklärte er sich sogleich zu der von Preußen gewünschten Neutralität bereit, indem er bemerkte, daß diese Neutralität nur das von ihm verlange, was ohnehin seine Pflicht als Mitglied des Deutschen Bundes sei, nämlich sich von einem Kriege fern zu halten, an den er noch nicht glauben wolle und den er, wenn der Fall dennoch eintreten sollte, tief beklagen würde.

Graf Platen erklärte dann auch dem Prinzen Ysenburg die Bereitwilligkeit, die gewünschte Neutralität anzunehmen, zögerte jedoch fortwährend mit dem Abschlusse des formellen Vertrags, auf welchen der Prinz wiederholt drang. Er fürchtete sich vor dem Lärm, den ein solcher Abschluß, wenn er bekannt würde, in Frankfurt und Wien hervorrufen müßte.

Er wies auch die österreichischen Anerbietungen zurück, vielleicht aber nicht mit der Entschiedenheit, mit welcher der König seine Erklärung über diesen Punkt abgegeben hatte; denn Graf Platen gefiel sich zu sehr in seiner von beiden Seiten so eifrig umworbenen Stellung und äußerte häufig sehr befriedigt, daß Hannover noch nie eine so einflußreiche und bedeutungsvolle Rolle gespielt habe als gegenwärtig. Von Wien

aus wurden die Bemühungen, den Abschluß des Bündnisses zu erreichen, dennoch fortgesetzt.

Es ist nicht zu leugnen, daß Graf Platen, dessen klarer, scharf empfänglicher Geist die Nothwendigkeit der Situation und die Richtigkeit der vom Könige befohlenen politischen Haltung vollkommen erkannte, sich in einer sehr schwierigen Situation befand, deren Anforderungen die Festigkeit seines Charakters wol überstiegen.

Fast ohne Ausnahme war die ganze hannoverische Gesellschaft, der Hof und die Umgebung des Königs prononcirt österreichisch gesinnt, und sie stimmten damals mit der liberalen Partei überein, welche, wie man sich erinnert, zu jener Zeit durchweg gegen Preußen agirte und in ihrer Presse unermüdlich für Oesterreich eintrat. Diesen verschiedenen Strömungen scharf und rücksichtslos entgegenzutreten und zwischen ihnen fest und ruhig dahinzuschreiten, lag nicht in der schmiegsamen Natur des Grafen Platen.

Der Staatsrath Zimmermann war einer der wenigen, welche die Gefahr einer österreichischen Politik Hannovers klar erkannten; aber auch er war zu sehr an das Princip des Lavirens gewöhnt, als daß er dazu beigetragen hätte, den Grafen Platen zu entschiedenerm Auftreten zu bestimmen.

Sein Grundsatz war: die Ohren anzulegen und sich unsichtbar zu machen, bis der Sturm vorübergegangen sei.

Graf Platen tröstete sich damit, daß er ja mit Preußen ganz vortrefflich stände, und daß zum wirklichen Abschlusse des Neutralitätsvertrags immer noch Zeit sein werde.

Ich unterließ es meinerseits niemals, so oft sich Gelegenheit dazu bot, den König auf die Nothwendigkeit der Gewinnung eines festen vertragsmäßigen Bodens für die Eventualitäten der Zukunft aufmerksam zu machen.

Der Hauptgrund, den die Freunde Oesterreichs für den Anschluß an die wiener Politik anführten, war der, daß Hannover im Falle eines österreichischen Sieges, an den sie glaubten, seine Zögerungen oder gar seine Hinneigung zu Preußen schwer werde büßen müssen. Ich glaubte darauf erwidern zu sollen, daß Oesterreich, so sehr es vielleicht auch durch einen hannoverischen Neutralitätsvertrag mit Preußen verstimmt werden möchte, doch im Falle eines entscheidenden Sieges, an den ich nicht glaubte, unmöglich dem überwundenen Preußen Hannover ausliefern könnte; daß es im Gegentheil trotz aller Verstimmung dennoch im Falle eines Sieges in Deutschland die hannoverische Macht im

Norden eher verstärken als verringern müsse; daß aber umgekehrt Preußen, wenn es siegreich bleiben sollte, mit dem zweifelhaften oder feindlichen Hannover sehr übel verfahren würde. Der Neutralitätsvertrag sichere also für den Fall des preußischen Sieges die Zukunft Hannovers vollkommen, während dieselbe umgekehrt bei einem Siege Oesterreichs ohnehin niemals gefährdet sein könne.

Der König erkannte die Richtigkeit dieser Gründe durchaus an und blieb unerschütterlich fest auf seinem Standpunkte. Freilich glaubte er auch damals noch immer nicht an den wirklichen Ausbruch des Conflicts und drang deshalb auch nicht entschieden genug auf den formellen Abschluß des Neutralitätsvertrags, für dessen Verzögerung Graf Platen fortwährend anführte, daß es nicht klug sei, die vortheilhafte, nach beiden Seiten günstige Stellung aufzugeben und Oesterreich bitter zu verletzen, solange nicht die Ereignisse den unbedingt zwingenden Moment dafür herbeigeführt haben würden.

Die Neutralität war beschlossen und die Gewißheit dieses Beschlusses beruhigte den König; sein Festhalten an dem als richtig erkannten Beschlusse war übrigens um so höher anzuschlagen, als auch andere diplomatische Einflüsse sehr entschieden auf ihn einzuwirken versuchten.

Der französische Gesandte hielt sich von jeder Aeußerung über den Gang der deutschen Angelegenheiten mit der äußersten Vorsicht vollständig fern, was bei dem Spiele, welches Napoleon während jener Zeit trieb, ja durchaus erklärlich war.

Dagegen entwickelte die englische Diplomatie eine sehr lebhafte, gegen Preußen gerichtete Thätigkeit. Mehrfach theilte mir der König mit, daß Lord Clarendon in persönlich an Se. Majestät gerichteten Briefen ihn zum entschiedenen Anschlusse an Oesterreich zu bewegen suchte, und Sir Charles Wyke wiederholte unausgesetzt die dringendsten Vorstellungen in demselben Sinne.

Ich konnte nicht umhin, bei einer solchen Gelegenheit an den bösen Dämon zu erinnern, welcher die Gestalt des Deiphobus annahm, um den Hektor gegen Achill zu reizen, und der dann, als der unglückliche Sohn des Priamus seinen Speer verschleudert hatte und sich nach einer neuen Waffe umsah, verschwunden war. Die spätere Haltung Englands sollte diesem Vergleiche völlig recht geben.

Die Mahnungen des Lord Clarendon und des Sir Charles Wyke gaben dem Grafen Platen einen Grund mehr, immer weiter den Abschluß eines Vertrages zu verzögern, der außer dem Deutschen Bunde und Oester-

reich auch noch die Hannover am nächsten stehende europäische Großmacht verletzen mußte.

Auch der Minister Bacmeister war entschieden für den Anschluß an Preußen in Form des geforderten Neutralitätsvertrags. Es läge, so äußerte er sich mehrfach, eine große Versuchung darin, durch die Annahme der österreichischen Vorschläge einen Weg zu betreten, der bei glücklichem Ausgange Hannover zu einer hoch bedeutungsvollen norddeutschen Macht erheben könne. Eine solche Versuchung würde im Stande sein, ihn zu reizen, wenn sich auf dem offen stehenden Wege eine begründete Aussicht auf Erfolg zeige; aber eine solche vermöge er nicht zu erblicken. Denn er traue Oesterreich nicht zu, daß es gegen die scharf concentrirte, wohlorganisirte und vortrefflich geleitete preußische Militärmacht siegreich in die Schranken treten werde, „und" — so fügte er dann gewöhnlich kopfschüttelnd hinzu — „für eine kühne Politik, welche mit hohem Einsatze um hohen Gewinn spielt, ist der König nicht gemacht; er müßte dazu sein eigener Minister und vor allem auch sein eigener General sein, und er müßte nicht bei all seiner Festigkeit in den Grundsätzen so viel Neigung zum Hinausschieben entscheidender Maßregeln haben". Die kühne Politik biete also keinerlei Aussicht auf Erfolg, und deshalb müsse man sich so

zeitig als möglich auf die sichere Stellung zurückziehen, welche durch den Neutralitätsvertrag mit Preußen geboten wäre.

So zogen sich die Dinge hin, bis es, wie vorher erwähnt, den preußischen Verhandlungen gelungen war, eine feste Rückendeckung nach Frankreich hin zu gewinnen, und es mußte nun dem berliner Cabinet vor allem darauf ankommen, auch in Deutschland die Basis für seine Action klar zu stellen und ganz besonders in Betreff der Haltung Hannovers eine feste Sicherheit zu gewinnen.

Anfang des Jahres 1866 erging die Aufforderung an den Grafen Platen, nach Berlin zu kommen, um in persönlicher Besprechung die eingeleiteten Verhandlungen zu erledigen. Graf Platen leistete dieser Einladung bereitwillig Folge.

Ich sah dieselbe ein wenig bedenklich an, denn ich fürchtete, daß dabei wenig Faßbares herauskommen würde. Was nothgethan und zu richtigen Zielen geführt hätte, wäre immer nur eine persönliche Begegnung der beiden Könige von Preußen und Hannover gewesen. Die hohen Herren hätten sich meiner Ueberzeugung nach ohne Zweifel verständigt, und eine geschickte Anregung der Traditionen des Siebenjährigen

Krieges wäre bei dem Könige Georg von großem Einflusse gewesen.

Man schien in Berlin indeß die hannoverischen Verhältnisse in dieser Beziehung nicht genügend zu kennen, und meine Befürchtungen sollten sich leider bestätigen; denn die Reise des Grafen Platen nach Berlin bewirkte in ihren Folgen, statt eine Verständigung herbeizuführen, größere Entfremdung.

Graf Platen wurde in Berlin mit der äußersten Zuvorkommenheit aufgenommen. Er war glücklich über die Aufmerksamkeiten, die man ihm erwies, und über die liebenswürdige Auszeichnung, welche auch der König Wilhelm persönlich ihm zutheil werden ließ. Freilich bewegte ihn auch dabei immer die Sorge, was man in Wien zu seinem berliner Aufenthalte sagen möchte, und er trachtete danach, in Oesterreich den Verdacht der Annäherung an Preußen oder eines Ueberganges in das preußische Lager abzuwenden. Auch wurde seine persönliche Empfindsamkeit ein wenig dadurch erregt, daß man ihm in Berlin trotz aller entgegenkommenden Aufmerksamkeiten nur das Großkreuz des Rothen Adlerordens verlieh, dessen Erste Klasse er bereits besaß. Da Herr von Beust und Herr von der Pfordten den Schwarzen Adlerorden besaßen, zu welchem sich Graf Platen als Mitglied des hohen Adels um so mehr

für berechtigt hielt, so erblickte er in jener Verleihung eine Zurücksetzung gegen die Minister von Baiern und Sachsen.

In politischer Beziehung sprach er sich sehr entgegenkommend, aber wol ebenso geschmeidig ausweichend aus. Er erklärte die principielle Zustimmung zur gewünschten Neutralität, suchte aber den formellen Abschluß derselben auf den Weg diplomatischer Detailverhandlungen hinauszuschieben, und so kehrte er zurück, ohne daß irgendein Resultat erzielt und irgendetwas definitiv abgemacht war, was er denn auch zu seiner großen Befriedigung dem Grafen Ingelheim, der seiner Rückkehr mit gespanntester Erwartung entgegensah, versichern konnte.

Weit verhängnißvoller war aber bei der Reise des Grafen Platen ein Zwischenfall, welcher ganz das Gegentheil der dabei obwaltenden Absicht zur Folge hatte.

Ich habe an einer frühern Stelle dieser Aufzeichnungen der vorsichtigen und vertraulichen Anknüpfung Erwähnung gethan, welche ich nach dem Aufenthalte in Norderney in Betreff einer Familienverbindung zwischen den königlichen Häusern der Welfen und Hohenzollern eingeleitet hatte. Dieselbe war in Berlin überaus günstig aufgenommen worden. Eines Tages

nun, während Graf Platen in Berlin war, fuhr Graf Bismarck bei demselben vor und erklärte, daß er vom Könige beauftragt sei, den Wunsch einer Verbindung des Prinzen Albrecht Sohn von Preußen mit der Prinzessin Friederike von Hannover auszusprechen.

Graf Platen, der die Eigenthümlichkeiten des hannoverischen Hofes und insbesondere die unberechenbaren Anschauungen der Königin in solchen Fragen kannte, erschrak über diese so plötzlich in officieller Form an ihn herantretende Frage. Er erwiderte, daß er in der angeregten Verbindung ein Glück für beide königlichen Häuser erblicke, und daß die in Frage stehenden hohen fürstlichen Personen auch nach seiner Ueberzeugung besonders füreinander passend seien. Er bäte jedoch, da er über einen so delicaten Punkt sich zu äußern keine Vollmacht habe, den Grafen Bismarck, dessen Frage nicht als eine officielle Aeußerung betrachten zu dürfen, sondern die Sache so aufzufassen, daß sie beide über diese vortreffliche Idee einig seien und so jeder an seinem Theile zur Ausführung derselben wirken wolle. Trotzdem war es aber nun unvermeidlich, daß das fürstliche Heirathsproject an die hannoverische Königsfamilie, wenn auch nicht in absolut officieller Form, so doch als ein Gegenstand politischer Natur herantrat.

Dasselbe fand, von dieser Seite betrachtet, denn

auch bei der Königin, deren Einfluß in Familien-angelegenheiten bei dem Könige stets maßgebend war, den allerhärtesten Widerstand.

Ihre Majestät erklärte, daß ihre Tochter noch zu jung sei und daß dieselbe nicht der Politik geopfert werden solle.

Der König, ungemein, ja fast sensitiv empfindlich für alle Trübungen des Familienfriedens, zögerte mit der Entscheidung, um Zeit zu gewinnen, seine Gemahlin für die ihm durchaus willkommene und sympathische Idee zu stimmen; er glaubte dies vielleicht um so mehr thun zu können, als das Project auch jetzt nur in Form einer vertraulichen Anfrage an ihn gelangt war. Indeß ist einem großen Fürstenhause gegenüber in einer dasselbe so unmittelbar in delicatester Weise berührenden Angelegenheit jede Zögerung immer eine Verletzung, und sie mußte in Berlin um so mehr als eine solche empfunden werden, als man dort ja die Sache bereits zu einem formellen Antrage für reif gehalten hatte.

Als der König daher endlich durch den Grafen Platen erwidern ließ, daß er in der projectirten Verbindung eine freudige und ehrenvolle Befestigung der alten Verwandtschaftsbande der königlichen Häuser von Preußen und Hannover erblicke, daß er aber niemals

einen zwingenden Einfluß auf die Wahl seiner Tochter auszuüben entschlossen sei, und daß er daher wünsche, den beiden jungen fürstlichen Personen Zeit zu näherer Bekanntschaft miteinander und zur Prüfung ihrer Gefühle zu lassen, so mochte und mußte der berliner Hof vielleicht in einer solchen gewundenen Antwort die Ablehnung des Antrages erblicken und jedenfalls sich zu der Erwartung berechtigt halten, daß die Wiederaufnahme der Sache demnächst von Hannover zu erfolgen habe. Auch mußte dadurch in Berlin erneute Verstimmung gegen den hannoverischen Hof und neues Mistrauen gegen die hannoverische Politik erweckt werden, um so mehr, als die unmittelbar nach der Rückkehr des Grafen Platen durch den Prinzen Ysenburg aufgenommenen Verhandlungen über den Abschluß des Neutralitätsvertrags wieder verzögernden Hinhaltungen begegneten, indem Graf Platen dem Prinzen unter Wiederholung der principmäßigen Bereitwilligkeit fortwährend in der liebenswürdigsten Weise erklärte, daß ja die Sache durchaus nicht so große Eile habe und in den formellen Punkten der reiflichsten Erwägung bedürfe.

Ich war tief betrübt über diese Wendung einer Sache, welche in ihrem Anlaufe so viel Erfolg versprach und auf welche ich so große Hoffnungen gesetzt hatte.

Das Unglück lag daran, daß das Project zu früh auf den officiellen Weg kam; hätte etwa durch einen Besuch des Prinzen Albrecht in Hannover oder an einem befreundeten Hofe eine Begegnung der fürstlichen Herrschaften stattgefunden und hätte die Sache dann an die Königin in Gestalt einer Herzensneigung, womöglich mit romantischer Färbung, gebracht werden können, so würde die hohe Frau unzweifelhaft ebenso eifrig und entschieden für dieselbe gewirkt haben, als sie ihr jetzt entgegentrat.

Auch Graf Platen bedauerte den Vorfall aufrichtig und theilte ganz meine Ansicht über den peinlichen Eindruck, den die Zögerung in Berlin hatte hervorrufen müssen: doch tröstete er sich damit, daß man ja immer das Project wieder aufnehmen könne und daß der Faden nicht abgeschnitten sei. Es ist mir indeß ein wenig zweifelhaft, ob er mit der vollen Entschiedenheit, welche diese wichtige Angelegenheit verdiente, für dieselbe auch der Königin gegenüber eingetreten sein möge. In politischer Beziehung war ihm vielleicht die Zögerung nicht unerwünscht, da die Familienverbindung mit dem berliner Hofe zu jener Zeit unzweifelhaft die feste Annäherung an Preußen und die höchste Verstimmung in Oesterreich, ja vielleicht einen Bruch mit dem wiener Cabinet hätte herbeiführen müssen. Aber auch diese

ganze Angelegenheit war ein klarer Beweis dafür, wie hohen Werth man in Berlin damals auf die freundliche Verständigung mit Hannover legte und wie sehr der König von Preußen und die preußische Regierung bemüht waren, für eine solche Verständigung den ehrenvollsten und vortheilhaftesten Weg zu öffnen. Wäre der Neutralitätsvertrag damals geschlossen und während des darauffolgenden Krieges streng gehalten worden, so hätte nicht nur von einer spätern Annexion von Hannover niemals die Rede sein können, sondern das Königreich Hannover würde auch nach dem Kriege eine ganz besondere und eximirte Stellung in Norddeutschland eingenommen haben, denn der König von Preußen hätte auch als Sieger an einem einmal geschlossenen Vertrage unverbrüchlich festgehalten. Die diplomatische und militärische Unterordnung, welche man von Berlin aus später im Norddeutschen Bunde den Besiegten auferlegte, hätte man von einem Bundesgenossen, der einen vor dem Kriege geschlossenen Vertrag treu erfüllte, niemals fordern können und würde sie auch nicht gefordert haben. Um dann später Hannover dem Norddeutschen Bunde einzufügen, hätten besondere Verhandlungen stattfinden müssen, bei welchen Hannover die volle Freiheit seiner Entschließungen und zugleich den Vortheil der dankbaren Rücksicht gehabt haben würde,

welche ihm Preußen schuldete. Der König von Hannover wäre also im Stande gewesen, Zugeständnisse, welche er der norddeutschen Bundeseinheit und später etwa dem Deutschen Reiche machen wollte, an die für ihn vortheilhaftesten und ehrenvollsten Bedingungen zu knüpfen, sodaß also die wenigen Paragraphen jenes Neutralitätsvertrags noch heute die Grundlage einer besonders ehrenvollen und bevorzugten Stellung des hannoverischen Königreichs und des Welfenhauses im neuen Deutschland gebildet haben würden.

Ich wurde indeß nicht müde, den König bei jeder Gelegenheit auf die Gefahr der Situation und auf die Wichtigkeit einer Sicherung der Zukunft auf vertragsmäßiger Basis hinzuweisen. Meine Haltung und Ueberzeugung, aus der ich kein Hehl machte und welche ich auch, so oft das thunlich war und sich Gelegenheit dazu bot, in der Presse zum Ausdruck brachte, zogen mir viel Feindschaft und Verdächtigung zu. Man fing an, wie mir sehr wohl bekannt war, sich zuzuflüstern, daß ich wol ein geheimer preußischer Agent sein möge, und eigenthümliche Intriguen des Herrn von Stockhausen in Berlin, die mir durch das offene Vertrauen des Königs vollkommen bekannt wurden, trugen zu solchen Verdächtigungen bei. In der wol sehr natürlichen Verstimmung darüber enthielt ich mich

soviel als möglich jeder Berührung des Gebietes der auswärtigen Politik und bat auch den König, mich zu den Conseilsitzungen, welche über dieselbe stattfanden, nicht mehr zuzuziehen.

Auch über diese Zurückhaltung möchte ich mir heute fast Vorwürfe machen. Vielleicht wäre es meine Pflicht gewesen, noch rücksichtsloser und entschiedener meine Ansichten durchzufechten, statt mich darauf zu beschränken, sie so selten als möglich und niemals ohne Aufforderung auszusprechen.

Preußen drang inzwischen immer fester und entschiedener auf den Vertragsabschluß, während Oesterreich im Gegentheil alles aufbot, um denselben zu verhindern.

Es wurden nicht nur von österreichischer Seite fortwährende Vorstellungen über vermuthete preußische Separatverhandlungen gemacht, sondern man stellte von Wien auch endlich den Antrag am Bunde, die Bundesversammlung möge den Regierungen von Preußen und Hannover die Erwartung aussprechen, daß sie keine Verträge abschließen möchten, die den Bundesgrundsätzen widersprächen.

Alle diese Schritte machten den Grafen Platen immer noch ängstlicher und bestärkten ihn in der fortwährenden Verzögerung der Verhandlungen mit Preußen.

Er fürchtete vor allem eine Isolirung Hannovers; um auch diesem Grunde zu begegnen, regte ich beim Könige den Gedanken an, sich mit dem Kurfürsten von Hessen und demnächst mit dem Großherzog von Oldenburg in Verbindung zu setzen und mit beiden gemeinschaftlich den Neutralitätsvertrag mit Preußen zu schließen. Der König hätte dadurch nicht nur Preußen einen Dienst geleistet, denn die Neutralität Kurhessens und Oldenburgs war im hohen Grade erwünscht, sondern er hätte auch durch die Schaffung eines größern, vertragsmäßig verbundenen neutralen Gebietes für alle Fälle eine mehr widerstandsfähige Macht vereinigt.

Die Beziehungen zu Kurhessen waren in der letzten Zeit ganz besonders intim geworden. Ich war dem Minister Abée persönlich näher getreten; derselbe schloß sich unter der billigenden Zustimmung des Kurfürsten der hannoverischen Politik so vollständig an, daß sogar die diplomatischen Erklärungen vollständig identisch von beiden Regierungen abgegeben wurden und daß ich mehrfach in Gemeinschaft mit dem Legationsrath von Kaltenborn in Kassel auch die hessischen diplomatischen Schriftstücke ausarbeitete. Es war daher begründete Aussicht vorhanden, den Kurfürsten zum gemeinsamen Neutralitätsabschlusse mit dem Könige, den er persönlich in hohem Grade verehrte, zu bewegen, dadurch alle Beden-

ken abzuschneiden und diese so unglückselig verzögerte Frage endlich zum Abschlusse zu bringen.

Der König billigte meinen Gedanken durchaus, ebenso Graf Platen, dem jede, wenn auch noch so kurze Frist für eine definitive Erklärung erwünscht war, und der auch bei der endlichen Entscheidung lieber an der Seite anderer deutscher Mächte stehen und mit diesen den österreichischen Unwillen theilen wollte.

Der König befahl mir, sogleich zum Kurfürsten zu reisen und die Sache in dem von mir angegebenen Sinne dort zur Anregung, womöglich zum Abschlusse zu bringen. Um meine Sendung, wegen welcher Graf Platen eine österreichische Interpellation fürchtete, mit dem vollständigsten Geheimniß zu umgeben, nahm ich zum äußern Vorwande derselben die früher erwähnte Reuter'sche Telegraphenangelegenheit. Der Vertrag, welchen Kurhessen über seine Telegraphenlinien abgeschlossen hatte, lief ab, und wir wünschten nun mit dem Kurfürsten einen ähnlichen Vertrag zu Gunsten Hannovers abzuschließen, wobei dann der Reuter'schen Compagnie auch auf den hessischen Linien die ihr in Hannover zugestandenen Begünstigungen zutheil werden sollten. Obwol auch diese Angelegenheit für uns von großer Wichtigkeit war und mir lebhaft am Herzen lag, so trat sie doch in jener Zeit vor den drängenden

politischen Tagesfragen zurück und bildete damals gewissermaßen nur den äußern Vorwand meines Erscheinens in Kassel.

Ich nahm einen Brief des Königs an den Kurfürsten mit, in welchem der König erklärte, daß er es für nöthig halte, den unsichern Zuständen in Deutschland gegenüber sich zu einer absolut neutralen Haltung, welche ohnehin durch die Bundesgesetze vorgeschrieben sei, zu verpflichten und dadurch den Frieden seines Landes zu sichern. Er wünsche indeß, in einer so wichtigen Sache sich mit seinem nächsten Nachbar und Bundesgenossen zu verständigen und, wenn der Kurfürst seine Ansichten theile, in Gemeinschaft mit ihm den rechtlich und politisch als nothwendig erkannten Schritt zu thun.

Ich reiste am 16. Mai nach Kassel ab und fand die dortigen Zustände in einer ähnlichen Lage wie diejenigen in Hannover.

Der Minister Abée begrüßte meine Ankunft mit großer Freude. Er erkannte die Gefahr der Situation sehr scharf und hielt die von Preußen auch in Kurhessen verlangte Neutralität für den einzigen Weg der Rettung. Der ganze Hof war fast fanatisch österreichisch gesinnt; beim Kurfürsten war dies nicht der Fall, aber in ihm lebte noch die alte, grollende Ver-

stimmung gegen Preußen aus der Zeit der Verfassungs-wirren, und zugleich hatte er Rechtsbedenken gegen die Zulässigkeit eines Separatvertrags in einer Sache, welche den ganzen Deutschen Bund anging.

Ich überzeugte mich bei den Besuchen, die ich mit den Cavalieren des Hofes wechselte, daß man mich hier mit großem Mistrauen betrachte und nichts mehr fürchte als eine Annäherung an Preußen. Der Minister Abée im Gegentheil hoffte, daß die von dem Könige von Hannover geschehene Anregung den Kurfürsten zum Abschlusse des Neutralitätsvertrags bewegen werde, den er vom praktisch politischen Gesichtspunkte ebenfalls für nützlich und geboten erachtete, zu dem er sich jedoch aus den vorstehend angeführten Beweggründen noch immer nicht entschließen konnte. In Kassel war also, wenn sonst die Verhältnisse ähnlich wie in Hannover lagen, der Kurfürst selbst das zögernde Element, und es galt ganz besonders, ihn zu dem nothwendigen, aber seinem Gefühle peinlichen Entschlusse zu bestimmen.

Der Kurfürst empfing mich in seiner gewohnten liebenswürdigen Weise und hörte, nachdem er das Schreiben des Königs gelesen, meinen Vortrag, den der Minister Abée eifrig unterstützte, äußerst aufmerksam an, indem er häufig sogar Zeichen der Zustimmung

machte. Er behielt sich jedoch, wie dies in seinem Charakter lag und in so wichtiger Sache ja auch völlig natürlich und richtig war, die Entscheidung vor und forderte mich auf, mit dem Minister die Sache zunächst noch weiter zu besprechen und in Bezug der Form zu erörtern.

Bei den Conferenzen, die ich mit dem Minister Abée hatte, und an welchen auch der Legationsrath von Kaltenborn und Herr von Meyer, der kurhessische Gesandte in Paris, theilnahmen, herrschte vollständige Einstimmigkeit über die Nothwendigkeit, die Neutralität abzuschließen, und der Minister Abée sagte mir auch nach den ersten Tagen, daß der Kurfürst sich immer mehr dieser Ansicht zuneige, und daß es wol gelingen werde, ihn zu dem Abschlusse zu bestimmen.

Es war eine eigenthümlich schwere und verhängnißvolle Zeit. Die Schwüle des schon hoch heraufgestiegenen Wetters lastete auf Seele und Geist. Ich erinnere mich immer noch wehmüthig eines Abends, an welchem ich mit dem Minister Abée einen längern Spaziergang über die um die Stadt Kassel sich hinziehenden Höhen machte; auf einem Punkte, von welchem man die Stadt und die im Frühlingsgrün und im duftenden Blütenschmucke schimmernde Gegend weithin übersehen konnte, blieb der alte Herr stehen und

sagte mit feuchtem Blicke: „Wie entsetzlich ist es zu denken, daß bald vielleicht so viel Wohlstand und Friede von dem drohenden Kriege zerstört wird!“ Er faltete die Hände und fuhr mit fast andächtigem Tone fort: „Gott wolle es geben, daß es uns gelingt, meinen Herrn zu bestimmen, daß er den einzigen Weg der Rettung einschlägt und daß so wenigstens dieses schöne Land vor dem Unheile des Krieges bewahrt bleibe!“

Wir standen eine Zeit lang schweigend und tief bewegt nebeneinander, und ich schloß mich dem Wunsche und Gebete des treuen Dieners seines Fürsten und seines Landes aus tiefstem Herzen an.

Leider sollte dieser Wunsch nicht erfüllt werden: bereits waren die Schicksalslose geworfen und das schwarze Los war gefallen.

Am 20. Mai war ich zum Diner beim Kurfürsten auf Wilhelmshöhe. Nach der Tafel trat der Kurfürst zu mir heran und sagte: „Soeben habe ich die Anzeige erhalten, daß Graf Wimpffen mit einer besondern Mission des Kaisers von Oesterreich hierher kommen wird. Zu Ihrem Könige ist der Prinz Karl Solms geschickt. Es ist unmöglich, jetzt eine Entscheidung zu treffen; wir sind es jedenfalls dem Kaiser schuldig, zu hören, was er uns zu sagen hat. Auch der König wird vielleicht nach der an ihn gerichteten Botschaft

seine Entschlüsse bestimmen wollen und es natürlich finden, daß ich in diesem Augenblicke keine bestimmte Antwort geben kann."

Ich war im hohen Grade bestürzt über diese Mittheilung. Was auch von Oesterreich kommen mochte, es konnte in meinen Augen nichts an der Nothwendigkeit der Neutralität weder für Hannover noch für Kurhessen ändern; dagegen aber war jede Verzögerung verhängnißvoll, da die österreichisch-preußischen Differenzen auch am Bunde bereits einen immer drohendern Charakter annahmen.

Indeß war nichts zu machen, und ich bat den Kurfürsten um die Erlaubniß, mich verabschieden und sogleich nach Hannover zurückkehren zu dürfen, um mich über die dortigen Vorgänge zu informiren und des Königs weitere Befehle einzuholen.

Als ich in mein Hotel zurückkam, fand ich den nachstehenden Brief des Grafen Platen vor:

„Hannover, 19. Mai 1866.

Euer Hochwohlgeboren

interessantes Schreiben vom 17. d. habe ich erhalten und beeile mich, Ihnen darauf zu erwidern, daß die Verhandlungen in Bezug auf den mit Preußen abzuschließenden Neutralitätsvertrag noch nicht begonnen haben und schwerlich während des bevorstehenden Festes

beginnen werden. Besondere Vorsicht ist um so mehr bei den Verhandlungen anzuempfehlen, als Oesterreich in der heutigen Bundestagssitzung beantragt hat, die Bundesversammlung möge den Regierungen von Hannover und Preußen die Erwartung aussprechen, daß sie keine Verträge abschließen möchten, die den Bundesgrundsätzen widersprächen.

Was die Ordensangelegenheit betrifft, so hat mir der König die Annahme des Wilhelmsordens verboten. Die Behauptung des Kurfürsten, daß Beust, weil er den Stephansorden besitze, den Löwenorden hätte erhalten müssen, dürfte wol nicht stichhaltig sein.

Es wäre wol gut, wenn Sie recht bald zurückkehrten, da Ihre Anwesenheit zu Kassel zu der Vermuthung Anlaß geben könnte, wir suchten Hessen zu einem Neutralitätsvertrage zu bewegen — eine Vermuthung, die uns bei Oesterreich sehr schaden muß. Der König ist dieser Ansicht und hat mich beauftragt, Ihnen zu empfehlen, die Telegraphenangelegenheit schnell zu beendigen und dann zurückzukehren.

Mit vollkommenster Hochachtung habe ich die Ehre zu sein Euer Hochwohlgeboren

ergebenster

(Gez.) Platen-Hallermund.

P. S. Meine besten Empfehlungen an den Minister Abée."

Es war klar, daß auch Graf Platen die österreichischen Mittheilungen abwarten und neue Frist gewinnen wollte, wozu das in jene Tage fallende Pfingstfest den Vorwand geben sollte.

Als ich nach Hannover zurückkehrte, fand ich dort alles in lebhaftester Unruhe, und die österreichische Parteibewegung ging in allen Kreisen außerordentlich hoch; besonders war der ganze Hof immer entschiedener für Oesterreich begeistert und setzte ein immer gläubigeres Vertrauen in die österreichischen Siege.

Prinz Ysenburg hatte am 29. Mai von neuem und immer dringender die schleunige Aufnahme der Verhandlungen über die Neutralität und den Abschluß des Vertrags beantragt, und zugleich war die Mobilisirung des westfälischen Armeecorps von Berlin aus angeordnet worden.

Prinz Karl von Solms-Braunfels, des Königs Halbbruder aus der frühern Ehe der Königin Friederike, Feldmarschallieutenant in der österreichischen Armee, war von Wien angekommen, und alle Welt fühlte, daß man sich in dem Scheitelpunkte der Krisis befinde und daß die Entscheidung fallen müsse.

Prinz Karl Solms hatte den Auftrag, noch einmal auf das dringendste den Antrag auf ein Bündniß mit Oesterreich zu wiederholen, bei welchem für die

Dauer des Krieges die in Holstein befindliche Brigade Kalit und der General von Gablenz dem Könige zur Verfügung gestellt werden sollten. Zugleich überbrachte der Prinz, den man in Wien ohne Zweifel wegen seiner Verwandtschaft mit dem königlichen Hause zu dieser Mission ausgewählt hatte, dem Könige ein Schreiben des Kaisers Franz Joseph, in welchem dieser persönlich auf das allerdringendste den Beitritt Hannovers zum österreichischen Bündnisse erbat, zugleich für den Fall des Sieges wesentliche Macht- und Gebietserweiterungen auf Kosten des Gegners, an dessen Niederwerfung man damals in der Hofburg nicht zweifelte, versprach. Da mir der Wortlaut dieses so bedeutungsvollen Schreibens nicht mehr vorliegt, so müssen hier alle nähern Angaben über die Details des Inhalts unterbleiben. Soviel ich mich erinnere, lagen die zugesagten Vergrößerungen theils in Holstein, theils in andern Gebieten, über welche man nach dem Siege glaubte verfügen zu können.

Es mag hier gleich hinzugefügt werden, daß dieses Schreiben des Kaisers von Oesterreich ein eigenthümliches Schicksal hatte; dasselbe war nicht in die Kanzlei gekommen, sondern bei der demnächst erfolgenden schleunigen Abreise des Königs auf dessen Schreibtische liegen geblieben. Der Hofmarschall Graf Alfred Wedel

fand, wie er mir später erzählte, den Brief dort, und im höchsten Grade erschrocken, auf einem so frei daliegenden Papier die Unterschrift des Kaisers Franz Joseph zu sehen, warf er den Brief ins Feuer und überwachte sorgfältig die Zerstörung des verhängnißvollen Documents durch die Flammen.

Der König war über seinen Entschluß keinen Augenblick im Zweifel und fand auch bei seinem Minister unbedingte Zustimmung, wenn auch Graf Platen im stillen vielleicht noch immer die Hoffnung hegen mochte, eine ganz definitive Entscheidung womöglich so lange hinauszuschieben, bis die Chancen des Erfolges sich noch klarer übersehen lassen würden. Der König erklärte auf das bestimmteste, daß seine Pflicht als Bundesfürst ihm verbiete, irgendein Bündniß abzuschließen für den Fall eines Krieges, den er als eine schwere Verletzung des Bundesgrundgesetzes betrachte und so lange für unmöglich halten müsse, bis die unheilvolle und nicht genug zu beklagende Thatsache ihm entgegentreten würde.

Er wies den Antrag Oesterreichs ohne jeden Rückhalt ab und äußerte sich auch dem Prinzen Karl Solms gegenüber fast verletzt über die Zumuthung, sich durch fremde Gebiete bereichern zu sollen, da es sein höchster Stolz sei, unter seinem Scepter nur angestammt

welfische Besitzungen vereinigt zu sehen. Alle Bemühungen des Prinzen Solms und des Grafen Ingelheim, den Entschluß des Königs zu ändern, waren umsonst, und nachdem dies in Wien bekannt geworden, erhielt die Brigade Kalik den Befehl, schleunigst zurückzukehren und ihren Platz in der österreichischen Armeeaufstellung einzunehmen.

Nachdem so das österreichische Bündniß definitiv zurückgewiesen war, wäre es nun wol unzweifelhaft an der Zeit gewesen, ohne die Verzögerung einer Stunde mit Preußen den Vertrag über die Neutralität abzuschließen, welche im Princip vom Könige angenommen war. Prinz Ysenburg drängte von neuem und stellte zur Erklärung der Situation die Anfrage, ob Hannover sich durch die zugesagte Neutralität verhindert erachten würde, Anträgen zuzustimmen, welche am Bunde mit feindlicher Absicht gegen Preußen gestellt werden möchten.

Graf Platen erwiderte, daß Hannover sich für verpflichtet halte, solange der Bund bestände, dessen Beschlüsse als bindend zu respectiren, daß es aber stets bemüht sein werde, feindliche Anträge gegen Preußen zu verhindern, und solchen Anträgen seinerseits niemals zustimmen werde.

Diese Erklärung konnte in Preußen wenig befriedigen. Schärfer noch drängte Prinz Ysenburg auf den

Abschluß des Vertrags, und in Berlin begann man, als Graf Platen immer noch zögerte, sich zu rüsten, um nöthigenfalls die von Hannover drohende Gefahr militärisch zu unterdrücken.

Am 12. Juni begann dann Oesterreich seine Offensiv-action und stellte am Bunde den Antrag auf Mobilisirung der nichtpreußischen Armeecorps.

Die hannoverische Abstimmung über diesen Antrag suchte das bisher beobachtete Spiel vorsichtiger Zurückhaltung fortzusetzen. Hannover stimmte für die Mobilmachung, doch mit Ausschluß der österreichischen Armeecorps. Es war ja nun juristisch und diplomatisch ganz richtig, daß in dem Beschlusse der Mobilmachung der Bundesarmee ohne die österreichischen Corps ein Mistrauen und eine feindliche Absicht gegen Preußen direct nicht gefunden werden konnte, auch lehnte Hannover die gegen Preußen gerichteten Motive des österreichischen Antrages ausdrücklich ab; allein die Zeit war zu feinen juristischen und diplomatischen Unterscheidungen nicht mehr angethan. Die gewaltige Realpolitik trat in ihre Rechte und zerriß die kleinen Gewebe, welche man sonst am Bundestage zu spinnen gewohnt gewesen.

Preußen hatte den Mobilmachungsbeschluß als einen feindlichen betrachten zu müssen erklärt und mußte nun alle diejenigen, welche bedingt oder unbedingt für

diesen Beschluß stimmten, als seine Gegner betrachten. Dazu kam die verhängnißvolle Maßregel der Verfrühung der Exercirzeit, welche in Hannover getroffen wurde. Bei dieser Maßregel lag die Absicht vor, dem Bundesbeschlusse auf Mobilmachung in einer andern Form Folge zu geben, welche Preußen gegenüber nicht verletzend sein sollte; denn indem man der zu beschleunigenden Ernte wegen die Einberufung der Reserven zu den Fahnen früher als sonst anordnete, wurde die Armee thatsächlich mobil gemacht. Dem Bundesbeschlusse war also Genüge geleistet und man konnte dieselbe Maßregel in Frankfurt als Gehorsam gegen den Bund darstellen, welche man in Berlin als eine einfache Zweckmäßigkeitsanordnung erklärte.

Der König, im Bewußtsein der von ihm beschlossenen und gewissenhaft ernst gemeinten Neutralität, stimmte dieser militärischen Maßregel auf den Antrag seiner Generale zu, ohne sich wol über deren Tragweite klar zu werden; wie denn überhaupt in jenen Tagen alles im Fluge hastiger Eile sich abspielte. Auch hielt der König wol selbst den Ausbruch des Krieges damals noch nicht für so unmittelbar drohend; man erwartete immer noch Vermittelungen neutraler Großmächte, und er hoffte, die Exercirzeit beenden und die Truppen entlassen zu können, bevor ernste Conflicte

ausbrächen. Er hatte auch die Verhandlungen der gemeinsamen Neutralität mit Kurhessen immer noch im Auge, und die Identität der hannoverischen und kurhessischen Politik wurde fortgesetzt.

Noch vor der Abstimmung der Anträge am Bunde kam der Minister Abée spät am Abend persönlich nach Hannover, nachdem er mich durch ein Telegramm benachrichtigt hatte. Ich empfing ihn am Bahnhofe und führte ihn noch gegen Mitternacht zum Grafen Platen, wo dann die gleichlautende Abstimmung festgesetzt und auch die gemeinsame Neutralität ausführlich erörtert wurde, der gegenüber sich Graf Platen freilich immer noch mit zögernder Zurückhaltung aussprach.

Für das berliner Cabinet wurde nach dem Mobilmachungsbeschlusse in Frankfurt, welcher den Austritt Preußens aus dem Bunde zur Folge hatte, die Rücksicht der Selbsterhaltung allein maßgebend.

Im Begriff, den Kampf mit Oesterreich, Sachsen und den süddeutschen Staaten aufzunehmen, bei welchem die ganze Zukunft der Hohenzollernmonarchie auf dem Spiele stand, konnte Preußen nicht mitten in seiner Operationsbasis, ja in seinem Rücken, die hannoverische Macht zurücklassen, welche sich durch die Verfrühung der Exercirzeit allmählich auf den Kriegsfuß zu setzen begann. Nachdem auf dem Wege der Ver-

handlung der Neutralitätsvertrag nicht zum Abschlusse gekommen war, mußte man sich in Berlin zu raschem Handeln entschließen, und da man in der letzten Zeit ein tiefes Mistrauen gegen die hannoverische Politik gefaßt hatte und befürchtete, daß dennoch durch den Prinzen Solms irgendwelche Abmachungen getroffen seien, so glaubte man sich jetzt auch mit der Zusage der Neutralität nicht mehr begnügen zu können. Zeit zu weitern Verhandlungen war nicht mehr vorhanden, und so forderte denn die preußische Regierung jetzt in Form einer kategorischen Sommation ein Bündniß nach Maßgabe der Bundesreformvorschläge, welche sie inzwischen gestellt hatte.

Diese Sommation, welche in den politischen Actenstücken jener Tage veröffentlicht wurde, mag zum Verständniß der weitern Entwickelung hier im Wortlaut folgen:

„Der in der Sitzung des Bundestages vom 11. d. M. gestellte Antrag auf Mobilmachung eines Bundesheeres gegen Preußen in Verbindung mit der Haltung, welche eine Anzahl von Bundesregierungen in Anlehnung an bundeswidrige und drohende Rüstungen Oesterreichs gegen Preußen angenommen, hat den Bruch des bisherigen Bundesverhältnisses herbeigeführt.

„Des Unterzeichneten Allerhöchste Regierung hat sich

darüber in der Sitzung vom 14. d. M. in der Erklärung ausgesprochen, von welcher der Unterzeichnete Sr. Excellenz dem königlich hannoverischen Herrn Staatsminister und Minister der auswärtigen Angelegenheiten Reichsgrafen Adolf von Platen zu Hallermunde anliegend eine Abschrift ergebenst zu überreichen die Ehre hat.

„Diese Vorgänge legen Sr. Majestät dem Könige, des Unterzeichneten allergnädigstem Herrn, die Pflicht auf, die zum Schutze Preußens gegen den beabsichtigten Angriff geeigneten und durch das Bedürfniß der Selbsterhaltung gebotenen Mittel zur Anwendung zu bringen.

„Die geographische Lage des Königreichs Hannover macht dasselbe zu einem wichtigen Moment in dem System dieser Vertheidigung. Die königlich hannoverische Regierung wird es daher gerechtfertigt finden, wenn in der Spannung der gegenwärtigen Situation Deutschlands, welche durch den bundeswidrigen Antrag Oesterreichs vom 11. d. M. gekennzeichnet wird, Preußen von ihr bestimmte Erklärungen und Bürgschaften über die zukünftige gegenseitige Stellung zu erbitten sich genöthigt sieht.

„Diese Bürgschaften können der Lage der Dinge nach, und dem Verhalten Hannovers seit der Mittheilung des Herrn von Stockhausen vom 14. v. M.,

nur in dem Abschlusse eines Bündnisses zwischen Preußen und Hannover auf folgende Bedingungen gefunden werden, daß 1) die königlich hannoverischen Truppen sofort auf den Friedensstand vom 1. März d. J. zurückgeführt werden; 2) Hannover der Berufung des deutschen Parlaments zustimmt und die Wahlen dazu ausschreibt, sobald es von Preußen geschieht; 3) Preußen dem Könige von Hannover sein Gebiet und seine Souveränetätsrechte nach Maßgabe der Reformvorschläge vom 14. d. M. gewährleistet.

„Der Unterzeichnete ist beauftragt worden, eine Erklärung darüber nachzusuchen, ob Se. Majestät der König von Hannover willens ist, das erwähnte Bündniß zu schließen.

„Im Falle der Zustimmung Sr. Majestät des Königs von Hannover ist der Unterzeichnete ermächtigt, im Namen Sr. Majestät des Königs, seines allergnädigsten Herrn, die Zusicherung zu ertheilen, daß Allerhöchstderselbe das Königreich Hannover vertheidigen und die Rechte und Interessen seines nunmehrigen Bundesgenossen mit seinen eigenen wahrnehmen werde.

„Sollte wider Erwarten eine ablehnende oder ausweichende Antwort erfolgen, so würde Se. Majestät der König sich zu seinem lebhaften Bedauern in die Nothwendigkeit versetzt finden, das Königreich Han-

nover als im Kriegszustande gegen Preußen befindlich zu betrachten und demgemäß in seinen Beziehungen zu demselben nur noch die Rücksichten auf den Schutz des eigenen Landes und das militärische Erforderniß maßgebend sein zu lassen.

„Indem der Unterzeichnete noch zu bemerken sich beehrt, daß er eine Antwort im Laufe des Tages zu erbitten angewiesen ist, benutzt er auch diesen Anlaß, um Sr. Excellenz den Ausdruck seiner ausgezeichnetsten Hochachtung ergebenst darzubringen.

Hannover, 15. Juni 1866.

(Gez.) Gustav Prinz zu Ysenburg.

Sr. Excellenz dem königlich hannoverischen Herrn Staatsminister und Minister der auswärtigen Angelegenheiten Reichsgrafen Adolf von Platen zu Hallermund hierselbst."

Diese Sommation wurde am 15. Juni morgens vom Prinzen Ysenburg dem Grafen Platen übergeben mit der Erklärung, daß er noch an demselben Tage eine Antwort zu verlangen beauftragt sei.

Der Anfang des Endes war da — das Königreich Hannover stand vor dem Rubicon.

IV.

Der 15. Juni 1866. — Der Beschluß des Gesammtministeriums über die preußische Sommation. — Antrag des Herrn von Bennigsen in der Zweiten Kammer. — Der Entwurf der Antwort auf die preußische Note. — Unterzeichnung desselben durch den König in Herrenhausen. — Deputation der Residenzstadt. — Preußische Kriegserklärung. — Abreise des Königs. — Ankunft in Göttingen. — Verhängnißvolle Verzögerung des Vormarsches. — Aenderung in dem Armeecommando. — General Gebser, General von Tschirschnitz, General von Arentschildt, Oberst Dammers. — Abmarsch von Göttingen. — Sendung des Kanzlisten Duve und des Dr. Klopp, um die hessischen und bairischen Truppen zur Vereinigung mit der hannoverischen Armee zu bewegen. — Planlose Märsche. — Uebertritt der Armee auf preußisches Gebiet bei Heiligenstadt. — Ankunft vor Langensalza.

Der 15. Juni 1866 war einer der aufgeregtesten und unruhigsten Tage, deren ich mich zu erinnern vermag. Bis zu diesem Tage hatte Hannover immer noch die Möglichkeit, nicht nur seine Existenz für alle Zukunft sicherzustellen, sondern sich auch unter allen deutschen

Staaten, wie auch die Würfel des Krieges fallen möchten, eine besonders bevorzugte Stellung zu verschaffen.

Die Sicherung der Existenz war freilich auch jetzt noch möglich, allein es mußten nun statt der früher nur geforderten einfachen Neutralität Opfer gebracht werden, zu denen der König sich nach der bei ihm als Glaubensartikel feststehenden Auffassung seiner monarchischen Rechte niemals und am wenigsten unter dem Zwange einer Drohung verstehen konnte.

Mit der Sommation vom 15. Juni begann jene Kette unglücklich verhängnißvoller Ereignisse, während welcher die preußische Regierung und der König Georg sich in zwei vollständig getrennten Kreisen verschiedener Anschauungen bewegten, zwischen denen eine Verständigung unmöglich war. Wäre von Preußen in jenem Augenblick der definitive Abschluß des Neutralitätsvertrages ebenfalls unter zwölfstündiger Frist gefordert worden, so würde derselbe ohne Zweifel erfolgt sein. In Berlin aber hatte man vollständig das Vertrauen zu dem guten Willen Hannovers verloren; man glaubte dort — und der Schein mußte ja dahin führen — an geheime Abmachungen mit Oesterreich; man zweifelte, selbst wenn der Neutralitätsvertrag zum Abschluß käme, an der Erfüllung desselben, und mußte daher

nun durch die früher nicht gestellte bestimmte Forderung eines Bündnisses um jeden Preis Klarheit in die Lage bringen, um sich Hannovers völlig zu versichern oder dasselbe militärisch niederzuwerfen, damit man die ganze Macht gegen den Hauptgegner richten könne.

Der König seinerseits fand in dieser Sommation und in dem unter Kriegsandrohung geforderten Bündniß auf Grundlagen, die er mit der Selbständigkeit seiner Krone für unvereinbar hielt, eine unbegründete und unberechtigte Provocation, da er ja seinerseits die Neutralität zugesagt hatte, da er sich bewußt war, die lockenden Anerbietungen Oesterreichs zurückgewiesen zu haben, und der formellen Abschließung des Vertrages, nachdem er einmal das Princip angenommen, keinen entscheidenden Werth beilegte.

Er war daher sogleich bei der Mittheilung der preußischen Note entschlossen, das von ihm geforderte Bündniß abzulehnen, wie er dasselbe ja kurz vorher den österreichischen Propositionen gegenüber gethan hatte. Dessenungeachtet erkannte er vollkommen die hochverantwortungsvolle und schwere Wichtigkeit der zu treffenden Entscheidung.

Obgleich die Angelegenheit formell ja nur zum Ressort des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten

gehörte und dem Könige nach der Verfassung das alleinige und ausschließliche Recht über Bündnisse, Krieg und Frieden zustand, so befahl er dennoch sogleich, die Minister zusammenzurufen, um ihnen die hochwichtige Frage vorzulegen. Er erklärte denselben, daß er die Erfüllung der preußischen Forderungen weder mit den deutschen Bundesverträgen noch mit der verfassungsmäßigen Selbständigkeit seines Königreichs für vereinbar halte; daß er Preußen nicht für berechtigt erachte, eine solche Forderung zu stellen, da der Deutsche Bund, an dessen Pflichten er streng festgehalten habe, ihm gegenüber nicht durch einseitige Willenserklärung einer andern Bundesmacht auflösbar sei. Er glaube deshalb die preußische Forderung ablehnen zu sollen. Da jedoch möglicherweise auf lange Zeit hinaus die Zukunft, der Friede und Wohlstand des Königreichs Hannover von der zu fassenden Entscheidung abhängig sein könne, so wünsche er, daß die Minister ihm frei und ohne jeden Rückhalt ihre Meinung über einen so verantwortlichen Beschluß aussprächen und alle Gründe geltend machten, welche sie etwa gegen seine Auffassung haben möchten.

Die sämmtlichen Minister ohne Ausnahme erklärten die preußischen Forderungen für unannehmbar, da sie unberechtigt seien und man durch die Annahme

derselben unter dem Druck einer augenblicklichen Lage, welche sich durch den Gang der Ereignisse völlig ändern könne, wichtige und unveräußerliche Hoheitsrechte der Krone für immer aufgeben würde.

Nach diesem einstimmigen Beschluß des Gesammtministeriums befahl der König dem Grafen Platen die ablehnende Beantwortung der preußischen Sommation.

Da man nun schnelles kriegerisches Vorgehen Preußens erwarten mußte, so beschloß der König, um jeden Zusammenstoß und jedes Blutvergießen zu vermeiden und um eine künftige Verständigung nach dem Gange der Ereignisse möglich zu erhalten, sich mit der Armee nach dem Süden des Königreichs zu begeben. Dort wollte er, je nach der weitern Entwickelung der Dinge, die Ereignisse abwarten oder die Vereinigung mit den süddeutschen Truppen zu erreichen suchen.

Unverzüglich wurden deshalb an alle Truppentheile Befehle gesendet, auf der Stelle nach Göttingen aufzubrechen und sich dort zu dem Weitermarsche zu vereinigen.

Der König selbst ließ alle Vorbereitungen für seine persönliche Abreise treffen, um bei der ersten Nachricht von dem Vordringen der Preußen über die hannoverische Grenze sich nach Göttingen zu begeben.

Es begann nun eine unruhige, angstvolle Bewegung

in der ganzen Stadt. Die Truppen marschirten zum Bahnhofe; die Eisenbahnen wurden dem Militärverkehr vorbehalten; die sämmtliche kleinere Bürgerschaft Hannovers, welche durchweg österreichisch gesinnt war und schon bei dem Abmarsch der Brigade Kalik den österreichischen Truppen demonstrative Ovationen dargebracht hatte, wogte auf den Straßen hin und her, die Truppen begleitend und sie mit Lebensmitteln versehend; alle stellten sich für die militärischen Maßregeln zur Verfügung, und wo die Pferde nicht sogleich ausreichten, spannten sich sogar die Bürger vor die Kanonen, um sie nach dem Bahnhofe zu bringen.

Als die preußische Sommation in der gerade versammelten Zweiten Kammer bekannt wurde, stellte Herr von Bennigsen sogleich den von vielen Abgeordneten unterstützten Antrag auf schleunigen Erlaß einer Adresse an den König, um an Se. Majestät das dringende Ersuchen zu stellen:

„Erstens diejenigen Räthe der Krone, welche die Abstimmung Hannovers am Bundestage über den österreichischen Mobilisirungsantrag befürworteten, unverzüglich zu entlassen.

„Zweitens diesen Bundesbeschluß nicht zur Ausführung zu bringen.

„Drittens jedes Heraustreten aus einer völligen

Neutralität durch Parteinahme, sei es für Oesterreich, sei es für Preußen, ohne die dringendste Nothwendigkeit zu vermeiden.

„Viertens auf schleunige Einberufung eines deutschen Parlaments hinzuwirken."

Der Antrag wurde als dringlich anerkannt und für den nächsten Tag zur Berathung auf die Tagesordnung gesetzt.

Herr von Bennigsen ist gerade wegen seines Verhaltens in der letzten Zeit der Existenz des hannoverischen Königreichs, insbesondere auch wegen dieses Antrages vielfach scharf angegriffen und herbe verurtheilt worden. Ich habe während jener Zeit stets dem Parteistandpunkt und der politischen Thätigkeit des Herrn von Bennigsen durchaus und aus voller Ueberzeugung gegnerisch gegenübergestanden, halte es indessen doch für eine Pflicht der Gerechtigkeit, die Ueberzeugung auszusprechen, daß den Führer der damaligen Opposition bei diesem Antrage in der vorletzten Sitzung der hannoverischen Ständeversammlung ausschließlich die Sorge für das Wohl des Landes und für die Erhaltung der Existenz und Selbständigkeit des Königreichs Hannover geleitet habe.

Die Forderung, den verhängnißvollen Bundesbeschluß nicht auszuführen und eine stricte Neutralität

zu beobachten, stimmte ja mit dem Wunsche aller derer überein, welche die verhängnißvolle später eingetretene Katastrophe zu verhindern wünschten, und hätte Preußen nichts weiter als dies verlangt, so wäre die Zustimmung unbedingt erfolgt. Die Ablehnung der Sommation geschah nur wegen der in derselben gestellten Forderung eines Bündnisses, zu welcher Preußen sich durch das Mistrauen in den guten Willen Hannovers gezwungen sah. Diese Forderung war wol Herrn von Bennigsen damals noch nicht bekannt, jedenfalls enthält auch sein Antrag kein Wort von einem Bündniß, weist ein solches vielmehr entschieden zurück. Hätte er diesen Antrag früher gestellt und wäre er angenommen worden, so hätte vielleicht der Erlaß einer ständischen Adresse dem Zögern des Grafen Platen ein Ende gemacht. Daß Herr von Bennigsen in seinen Antrag die Entlassung der Minister mit aufnahm, beruhte wol auf der Gewohnheit der Opposition, und das Verlangen der schleunigen Einberufung eines deutschen Parlamentes zeigt, wie sehr der doctrinäre Politiker in seinen Theorien befangen war; denn welchen Einfluß ein deutsches Parlament auf die Entwickelung der Dinge in jenem Augenblick, in welchem sich bereits die Spitzen der Bajonnete entgegenblinkten, hätte ausüben sollen, ist in der That nicht abzusehen.

Das rhetorische Wort Cicero's: „Cedant arma togae", hätte damals wol kaum die österreichischen und preußischen Armeen auf ihrem Vormarsch gegeneinander aufzuhalten vermocht.

Auch die liberalen Parteien in Preußen waren ja damals tief erbittert gegen die preußische Regierung und insbesondere gegen den Ministerpräsidenten von Bismarck, sie verurtheilten den Krieg und den Austritt Preußens aus dem Bunde in schärfster Weise, und die „Magdeburgische Zeitung", welche durch ihren hannoverischen Correspondenten, einen beschäftigungslosen Advocaten, besonders eng mit der Leitung des Nationalvereins liirt war, schrieb noch nach dem Ausbruche des Krieges:

„Der Krieg mit Oesterreich hatte vielleicht nicht mehr vermieden werden können, wohl aber würde das deutsche Volk, wenn es zu den Männern, welche die deutsche Bundesreform und die Einberufung des deutschen Parlaments beantragt, Zutrauen gehabt hätte, seine Regierungen gezwungen haben, ihre dynastischen Interessen dem gemeinsamen Wohle des deutschen Vaterlandes zu opfern. Der Krieg, den auch wir leider als den deutschen Bruderkrieg bezeichnen müssen, der Krieg mit den Sachsen, Hannoveranern, Baiern, hätte vermieden werden können, wenn noch in den letzten vierzehn Tagen die bisherigen Regierungsgrund-

säße in Berlin geändert worden wären, selbst wenn diese Aenderung nur durch einen theilweisen Ministerwechsel constatirt wäre. Statt eines deutschen Bruderkrieges hätten wir dann ein deutsches Parlament, statt des gewaltsamen Bundesbruchs hätten wir dann eine friedliche Bundesreform."

Diese Auffassung theilte ohne Zweifel auch der hannoverische Liberalismus, und Herr von Bennigsen dachte zu jener Zeit gewiß viel mehr daran, den Grafen Bismarck und dessen von ihm damals wie von vielen Andern nicht begriffene und stets angegriffene Politik zu beseitigen, als durch seinen Antrag die preußische Regierung zu unterstützen.

Herrn von Bennigsen's Antrag war also jedenfalls gut gemeint, wenn er auch freilich an jenem Tage, an welchem die Ereignisse nach Stunden zählten, naturgemäß ohne jede Wirkung bleiben mußte.

Bacmeister, welcher zwar für die Ablehnung der Sommation gestimmt hatte, aber diese äußerste Alternative, in welche die hannoverische Regierung gedrängt war, für eine verhängnißvolle Folge der unglückseligen Verzögerung des Vertragsabschlusses über die Neutralität ansah, und der an der Fortsetzung einer so schwankenden und unsichern Politik keinen Theil mehr haben wollte, hatte dem Könige sein Entlassungsgesuch gesendet.

Der in der Ständeversammlung gestellte Antrag war bald in der Stadt bekannt, und dies alles steigerte immer mehr die allgemeine Aufregung.

Dazu trafen Nachrichten ein, daß die preußischen Truppen unter General von Manteuffel vor Harburg angelangt seien. Der Chef der dortigen Eisenbahnverwaltung hatte sämmtliche Waggons nach Hannover gesendet, um sie der preußischen Benutzung zu entziehen und den Vormarsch des Manteuffel'schen Corps zu verzögern.

Auch von andern Seiten liefen Meldungen über die Annäherung preußischer Corps an die hannoverische Grenze ein. Immer unruhiger wogte die Bevölkerung durcheinander; überall auf den Straßen sah man bleiche, angstvolle Gesichter und lebhaft discurirende Gruppen.

Graf Platen hatte mir den Auftrag gegeben, die preußische Sommation zu beantworten, und während der allgemeinen Unruhe, selbst schmerzlich erregt, setzte ich mich an meinen Schreibtisch, um dem Beschluß des Gesammtministeriums gemäß die Note an den Prinzen Ysenburg zu entwerfen.

Ich suchte der Erklärung der hannoverischen Regierung die thunlichst milde und versöhnliche Form zu geben, um die Möglichkeit der Anbahnung einer Verständigung noch in der letzten Stunde offen zu halten,

wenn ich mir auch wohl bewußt war, daß sich Preußen auf dem einmal betretenen, zu seiner eigenen Sicherheit für nothwendig erkannten Wege kaum noch werde aufhalten lassen.

Ziemlich spät am Abend fuhr ich mit dem Entwurf zum Grafen Platen, der denselben sogleich unterzeichnete und sich mehr noch als ich der Hoffnung hingab, daß man in der zwölften Stunde noch zu einer Verständigung kommen könnte. Ich fuhr dann mit dem verhängnißvollen Schriftstück nach Herrenhausen hinaus und fand den König im Kreise seiner Familie am Theetisch. Er befahl mir, den Entwurf der Note dort vorzulesen, obwol er sonst niemals im Familien kreise von Geschäften zu sprechen pflegte. Dabei be merkte er, daß dieses Actenstück nicht nur für sein Land, sondern auch für sein Haus von großer und folgenschwerer Bedeutung sei, und daß er deshalb wünsche, auch die Seinigen möchten die Vorlesung desselben anhören und dem Inhalte ihre Zustimmung geben.

Nachdem ich den Entwurf langsam und nach jedem Satze innehaltend vorgelesen hatte, erklärten die Königin, der Kronprinz und die beiden Prinzessinnen sich mit dem Inhalt völlig einverstanden. Der König hatte, den Kopf in die Hand gestützt, aufmerksam zugehört. Er zögerte einige Augenblicke und sagte dann:

„Die Antwort ist vollkommen treffend und sagt genau das, was ich zu sagen wünsche; auch bin ich mit der freundlichen Form durchaus einverstanden." „Aber", fügte er dann hinzu, „es sind darin einzelne Stellen enthalten, welche den Gedanken erwecken könnten, als ob ich weiter verhandeln wolle und vielleicht doch noch den preußischen Forderungen mit irgendwelchen Modificationen zustimmen möchte; das ist aber nicht der Fall. Ich war entschlossen, neutral zu bleiben, und bin es noch, aber von den souveränen Rechten meiner Krone werde ich niemals ein Titelchen aufgeben und niemals werde ich den preußischen Forderungen in dieser Beziehung nachgeben. Man muß in einem so entscheidenden Augenblicke wie dieser vollkommen aufrichtig sein. Es wäre unrecht, etwas zu sagen, was ich nicht so meine, und Erwartungen zu erregen, die ich niemals erfüllen werde."

Der König befahl mir darauf, den Entwurf noch einmal zu lesen. Dann ließ er diejenigen Stellen, aus welchen ihm die Möglichkeit eines spätern Entgegenkommens gegen die preußischen Vorschläge hervorzugehen schien, modificiren oder streichen. Es war dies politisch wol ohne Bedeutung, denn auch wenn jene Stellen so, wie ich sie entworfen, stehen geblieben wären, würden sie doch wol niemals einen zurück-

haltenden Einfluß auf die unaufhaltsam vorwärts drängenden Ereignisse ausgeübt haben.

Ich führe den Vorgang nur deshalb an, weil er einen Beweis liefert für die edle Aufrichtigkeit und Wahrhaftigkeit, welche in dem Wesen des Königs lag und welche es ihm selbst in so entscheidendem Augenblick unwürdig erscheinen ließ, durch seinen Minister etwas sagen und andeuten zu lassen, das nicht vollständig seiner Ueberzeugung und seinen Ansichten entsprach. Auch der Gegner, der kriegerisch drohend bereits an den Grenzen stand, sollte von ihm nicht getäuscht und hingehalten werden.

Die Antwortsnote, wie sie vom Könige nun definitiv festgestellt war, lautete nach dem mir vorliegenden Concept:

„Seiner Durchlaucht
dem königlich preußischen außerordentlichen Abgesandten
und bevollmächtigten Minister
Prinzen Gustav zu Ysenburg-Büdingen.

Herrenhausen, 15. Juni 1866,
9 Minuten vor 1 Uhr nachts.

(Gez.) G. R.

„Der Unterzeichnete hat die Ehre gehabt, die Note Seiner Durchlaucht des Prinzen zu Ysenburg vom heutigen Tage zu empfangen und deren Inhalt Seiner

Majestät dem Könige, Seinem Allergnädigsten Herrn, zur Kenntniß zu bringen.

„Der in der Sitzung des Bundestages vom 11. d. M. gestellte Antrag ist — wie der Unterzeichnete zunächst zu bemerken sich beehrt — in der Sitzung vom 14. d. M. mit solchen Modificationen angenommen, daß in dem gefaßten Beschluß eine Feindseligkeit gegen Preußen nicht gefunden werden kann.

„Die königlich hannoverische Regierung insbesondere hat in ihrer Abstimmung und in deren Begründung, welche der königlich preußischen Regierung vollkommen bekannt sind, auf das sorgfältigste den bundesmäßigen Standpunkt strengster Parteilosigkeit festgehalten. Sie hat gegen die Mobilisirung der drei kaiserlich österreichischen Armeecorps gestimmt, um dem Bunde seine vollkommen objective Stellung zwischen den beiden streitenden Mächten zu wahren; sie hat ferner demjenigen Theile des Antrages nicht zugestimmt, welcher auf die den Bestimmungen über den Bundeskrieg entnommenen Maßregeln abzielte, und hat endlich die Vermittelung als den Endzweck aller Beschlüsse der Bundesversammlung ausdrücklich aufgestellt.

„Sie hat aber freilich auf der andern Seite die vor den Augen der Welt offen daliegende Thatsache nicht verkennen können, daß die innere Ruhe und

Sicherheit des Bundes bedroht sei, und hat sich ebenso wenig der bundesmäßigen Pflicht entziehen können, den zum Schutze dieser Ruhe und Sicherheit erforderlichen Beschlüssen zuzustimmen.

„Wenn die königlich hannoverische Regierung hiernach sich bewußt ist, nach genauester Erwägung und gewissenhaftester Prüfung der thatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse ihren Pflichten als Mitglied des Deutschen Bundes gemäß gehandelt zu haben, wenn sie zugleich die Anerkennung glaubt beanspruchen zu können, die Wahrung des Bundesrechts mit der bundesfreundlichsten Rücksicht gegen die königlich preußische Regierung vereinigt zu haben, so hat der Unterzeichnete um so mehr überrascht sein müssen durch die Bedingungen des Vertrages, welche Seine Durchlaucht der Prinz Ysenburg ihm mitgetheilt hat, und über welche derselbe die Erklärung der königlichen Regierung verlangt.

„Die erste dieser Bedingungen geht dahin, daß die königlich hannoverischen Truppen sofort auf den Friedensstand vom 1. März d. J. zurückgeführt werden.

„Der Unterzeichnete kann in Betreff dieses Punktes nur erklären, daß die königliche Armee sich durchaus nicht im Kriegszustande befindet. Sie hat nur die jedes Jahr üblichen Exercitien in diesem Jahre früher

als sonst vorgenommen, und der Unterzeichnete kann nicht glauben, daß in dieser einfachen Maßregel, bei welcher weder Pferdeankäufe noch sonst irgendwelche Acte der Mobilisirung vorgenommen sind, eine Feindseligkeit gegen Preußen erblickt werden könne.

„Die königlich preußische Regierung ihrerseits aber wird gewiß nicht verkennen, daß die Zurücknahme einer an sich bedeutungslosen Maßregel unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein schwerer Schlag für die Ehre der hannoverischen Armee sein würde, daß Seine Majestät, des Unterzeichneten Allergnädigster Herr, einer solchen Zumuthung sich niemals unterwerfen kann.[1]

„Die zweite Bedingung verlangt, daß Hannover der Berufung des deutschen Parlaments zustimme und die Wahlen dazu ausschreibe, sobald es von Preußen geschieht.

„Der Unterzeichnete beehrt sich, in Betreff dieses Punktes darauf hinzuweisen, daß die Vorschläge zur

---

[1] Ursprünglicher Entwurf: „und Seine Majestät der König von Preußen wird gewiß Seiner Majestät des Unterzeichneten Allergnädigstem Herrn einen solchen Schlag gegen Seine eigene Armee zu führen nicht zumuthen wollen.“ Von Seiner Majestät dem Könige in obiger Weise verändert.

Berufung eines deutschen Parlaments der Bundesversammlung zur Beschlußfassung vorliegen und daß die königlich hannoversche Regierung, eingedenk ihrer Bundespflicht, eine vom Bunde abgesonderte Behandlung dieser für die ganze deutsche Nation so hochwichtigen und folgenschweren Angelegenheit nicht für zulässig erachten kann.

„Wenn drittens Preußen dagegen Seiner Majestät dem Könige von Hannover sein Gebiet und seine Souveränetätsrechte nach Maßgabe der Reformvorschläge vom 14. d. M. gewährleisten will, so kann der Unterzeichnete in der That in den erwähnten Reformvorschlägen eine Garantie für die Souveränetätsrechte des Königs, Seines Allergnädigsten Herrn, nicht erblicken. Die Reformvorschläge vom 14. d. M. greifen so tief und so wesentlich gerade in die Souveränetätsrechte ein, daß sie einen einer Mediatisirung gleichen Erfolg besorgen lassen.[1]

„Wenn hiernach der Unterzeichnete sich in der Lage erklären muß, die von Seiner Durchlaucht dem Prinzen

[1] Ursprünglicher Entwurf: „und jedenfalls nicht in der von der Königlich Preußischen Regierung gestellten Frist in eine der Wichtigkeit des Gegenstandes angemessene Erwägung gezogen werden können.“ Von Seiner Majestät dem Könige gestrichen.

zu Ysenburg namens der königlich preußischen Regierung ihm mitgetheilten Vertragsbedingungen abzulehnen, so kann er dabei nur auf das entschiedenste wiederholen, daß die königlich hannoverische Regierung sich bewußt ist, auf dem Boden des unanfechtbaren völkerrechtlich garantirten Bundesrechts zu stehen, und daß das Festhalten an diesem Rechte nach ihrer Ansicht der königlich preußischen Regierung keine Veranlassung bieten kann, das Königreich Hannover als im Kriegszustand mit Preußen zu betrachten.

„Die königlich hannoverische Regierung hält unabänderlich daran fest, daß das Bundesrecht den Krieg zwischen Bundesgliedern verbiete, und sie wird daher keine kriegerische Maßregel gegen die ihr verbündete königlich preußische Regierung vornehmen, solange ihre Grenzen nicht angegriffen werden. Zu einem solchen Angriff aber kann die königlich hannoverische Regierung auch bei der gegenwärtigen Spannung der Verhältnisse in Deutschland weder einen Rechtsgrund, noch selbst eine politische Veranlassung finden, und mag auch jetzt der Hoffnung nicht entsagen, ihre bundesfreundliche Gesinnung und deren stets erfolgte Bethätigung von der königlich preußischen Regierung anerkannt und das bisherige für beide Regierungen werthvolle nachbarliche Verhältniß erhalten zu sehen.

„Indem der Unterzeichnete Seine Durchlaucht den Prinzen zu Ysenburg ersucht, die vorstehenden Erklärungen zur Kenntniß seiner allerhöchsten Regierung zu bringen, benutzt er mit Vergnügen auch diesen Anlaß, um Seine Durchlaucht seiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

Hannover u. s. w. (Gez.) Pl."

Der König unterzeichnete das Concept in margine auf dem Schreibtisch der Königin und befahl mir, unter seinen Namenszug ganz genau die Stunde zu setzen, zu welcher er dieses Document vollzogen habe, welches in der That zum Todesurtheil für das Königreich Hannover wurde.

Es war, wie oben bemerkt, 9 Minuten vor 1 Uhr nachts.

Der König ordnete darauf sogleich an, daß das Reisegepäck für ihn und den Kronprinzen in Bereitschaft gesetzt werde.

Ruhig und heiter, wie er es immer war, wenn er einmal einen Entschluß gefaßt hatte, bat er die Königin, welche lebhaft bewegt war, in Hannover zu bleiben und durch ihre Gegenwart den Muth und das Vertrauen der Bürger zu erhalten. Dann befahl er mir, sogleich nach Hannover zurückzukehren, dem Grafen Platen und dem Kriegsminister General von Brandis

sowie dem General von Tschirschnitz mitzutheilen, daß er um 4 Uhr morgens nach Göttingen abreisen wolle: er erwarte die genannten Herren sowie mich selbst auf dem Bahnhofe, um ihn zu begleiten.

Schmerzlich bewegt verabschiedete ich mich, und die königliche Familie blieb die letzten Stunden, welche sie in der alten Residenz ihres Hauses verleben sollte, miteinander allein.

Ich habe das Schloß Herrenhausen und jene Gemächer, in welchen unter Georg IV. das Welfenhaus seinen höchsten Glanz erlebte und in welchen nun die verhängnißvolle Entscheidung sich vollzogen hatte, seitdem niemals wiedergesehen. Aber immer noch schwebt mir das Bild dieser edeln fürstlichen Familie in jenen so glänzenden und zugleich so traulichen Räumen vor Augen, welche von dort aus in eine heimatlose Verbannung zu ziehen bestimmt war und deren menschliche Tugenden ihr Unglück wurden, indem sie die politische Klugheit heiligen Ueberzeugungen gegenüber zurückdrängten.

Als ich aus dem hellerleuchteten Schloßhofe von Herrenhausen in die dunkeln Schatten der uralten Lindenallee, welche nach der Stadt führt, hineinfuhr, begegnete mir eine Wagenreihe, welche mir in der Erregung jenes Augenblickes fast wie ein gespenstischer

Leichenzug erschien. Es war eine Deputation des Magistrats und der Bürgervorsteher der Residenz, welche kamen, um den König dringend um Erhaltung des Friedens durch Verständigung mit Preußen zu bitten. Der König erklärte den Herren fest und bestimmt, daß sein Entschluß unwiderruflich sei, daß er gewünscht hätte, seiner Residenzstadt die Last einer feindlichen Besetzung zu ersparen, daß er aber als Christ, als Monarch und als Welfe nicht anders handeln könne und die Königin zurücklasse, um alles, was auch kommen möge, mit der Bürgerschaft zu theilen.

Auch über diese letzten Worte des Königs an die Bürgerschaft Hannovers hat man vielfach gespottet, und doch konnte der König nach seiner ganzen Charaktereigenthümlichkeit nicht anders sprechen. Sein monarchisches Recht und seine monarchische Machtvollkommenheit, die er als eine unmittelbare Gabe und Bestimmung Gottes ansah, bildeten für ihn einen Glaubensartikel, an dem er allen Gefahren gegenüber unverbrüchlich festzuhalten sich für verpflichtet betrachtete. Dieses Gefühl der unabweislichen und heiligen Pflicht drückten jene Worte aus, nicht aber, wie man wol annehmen mochte, eine hochmüthige Selbstüberhebung.

Ich fand den Grafen Platen, der sich, um nach den erschöpfenden Aufregungen und Anstrengungen ein

wenig auszuruhen, halb angekleidet auf sein Bett niedergelegt hatte, sehr ernst und bewegt. Er erzählte mir, daß mit dem Glockenschlage der Mitternacht der Prinz Ysenburg in sein Zimmer getreten sei, um sich die Antwort auf die preußische Sommation zu holen. Graf Platen hatte ihm erwidert, daß die Antwort dem Könige in diesem Augenblick zur Genehmigung vorläge und daß er sie in der Frühe des nächsten Morgens erhalten werde. Prinz Ysenburg aber erwiderte, daß er so lange zu warten nicht ermächtigt sei und daß er den Grafen Platen bitten müsse, ihm sogleich zu sagen, ob die preußischen Vorschläge angenommen seien oder nicht.

Graf Platen antwortete nun, daß eine augenblickliche Annahme nicht habe erfolgen können, daß man aber über diese Sache noch weiter sprechen könnte und daß sich vielleicht die preußischen Forderungen in der Form modificiren ließen. Er wiederholte dabei nochmals die Versicherung der unbedingten Neutralität unter Bereitwilligkeit, allen Wünschen Preußens auf das möglichste entgegenzukommen. Prinz Ysenburg aber schnitt jede weitere Unterredung ab, da er keine ausweichende oder verzögernde Antwort annehmen dürfe, und erklärte auf Befehl seines Herrn dem Könige von Hannover den Krieg mit dem Bemerken, daß er nach

dieser Erklärung nichts weiter mehr auszusprechen habe als das persönliche Bedauern, daß die langjährigen angenehmen Beziehungen, in denen er zu dem hannoverischen Hofe und dem Grafen Platen gestanden, auf eine so schmerzliche Weise unterbrochen seien, worauf er sich, jede weitere Bemerkung abschneidend, entfernte.

Dem Grafen Platen war der volle Ernst der Situation, welche er doch noch nicht erwartet haben mochte, klar geworden, und es ist merkwürdig, wie dieser sonst so schwankende Charakter sich nun dem unvermeidlich drohenden Ereignisse gegenüber zu thatkräftiger Entschlossenheit aufraffte. Persönliche Furcht und Scheu vor Anstrengung und Gefahr kannte er überhaupt nicht, und er sprach es sogleich aus, daß nun, nachdem der Würfel einmal gefallen, alle Energie aufgeboten werden müsse, damit der König mit der hannoverischen Armee eine sichere Stellung und womöglich den Anschluß an die bairischen Truppen erreiche, um die Ereignisse abwarten und nach dem Gange derselben die künftigen Entschließungen treffen zu können.

Ich stimmte ihm darin vollkommen bei, erinnerte mich aber in diesem Augenblicke schon an Bacmeister's Worte, in denen er mir seine Zweifel ausgesprochen hatte, daß der König eine kühne Politik durchzuführen im Stande sein möchte.

Ich hatte nur noch Zeit, die Generale von Brandis und von Tschirschnitz zu wecken und von dem Befehle des Königs in Kenntniß zu setzen.

In äußerster Hast traf ich die nothwendigsten Reisevorbereitungen und begab mich nach dem Bahnhofe.

Alles ging wie im Traume vor sich. Die Abreise hatte den Schein eines kurzen Ausfluges, und doch sollte sie ein Abschied für immer sein. Ich habe mein Haus in Hannover niemals wieder betreten und meine Familie erst neun Monate später in Straßburg wiedergesehen.

Auf dem Bahnhofe waren trotz der Morgenstunde und obgleich im weitern Publikum von der Abreise des Königs nichts bekannt geworden, ziemlich zahlreiche Gruppen versammelt, welche den König, der pünktlich eintraf, herzlich, aber traurig begrüßten. Der König sprach aus dem Fenster seines Salonwagens einige kurze Worte, welche im wesentlichen dasselbe sagten, was er in einer zurückgelassenen Proclamation den Bürgern der Residenzstadt verkündete, indem er unter Vermeidung jeder politischen Andeutung nur einfach aussprach, daß er, im Begriff, mit dem Kronprinzen sich zu seiner Armee nach dem südlichen Theile des Königreichs zu begeben, die Königin und die Prinzessinnen unter dem Schutz der bewährten Treue, Liebe

und Anhänglichkeit der Bürger der Residenzstadt zurücklasse.

Als der königliche Extrazug sich in Bewegung setzte, erschallten laute Rufe auf dem Perron, unter denen man wiederholt die Worte vernahm: „Auf Wiedersehen!"

Alle Gesichter waren ernst, alle Augen feucht.

Auch der König wiederholte, auf den Kronprinzen gestützt und mit der Hand winkend, die Worte: „Auf Wiedersehen!"

Es waren die letzten Worte, welche die Bürger Hannovers aus seinem Munde vernahmen; — der Wunsch sollte nicht erfüllt werden — der König sollte seine Residenz und sein Land niemals wiedersehen.

Am nächsten Tage fand eine letzte Sitzung der Zweiten Kammer statt, in welcher eine noch am Tage vorher vollzogene Proclamation verlesen wurde, welche den Landtag auflöste. Zugleich erklärte der Minister Bacmeister, daß der König mit dem Kronprinzen nach Göttingen abgereist sei, und daß er, der Minister, sein Entlassungsgesuch eingereicht habe, auf dasselbe jedoch noch ohne Antwort geblieben sei.

In der ganzen Stadt herrschte bange Bestürzung; alles drängte sich zum Bahnhofe, um den dort nach dem Süden durchpassirenden Truppenzügen sympathische Theilnahme zu beweisen.

Die Königin fuhr mit den Prinzessinnen im offenen Wagen durch die Straßen; sie wurde überall umringt, mit lauten Hochrufen begrüßt und auch vielfach von den Bürgern selbst angesprochen, wobei die hohe Frau die Versicherung wiederholte, daß sie sich von der Bürgerschaft nicht trennen und deren Schicksal theilen werde.

Trotz der tiefen Niedergeschlagenheit war man allgemein überzeugt, daß es sich nur um eine kurze Zeit kriegerischer Unruhe handle; denn mehr als je vorher glaubte man in der Aufregung jener Tage im allgemeinen immer noch an einen Sieg der österreichischen Waffen, welcher Preußen zwingen würde, seine Truppen von Hannover zurückzuziehen, um alle seine Kräfte nach dem Süden zu werfen, und auch diejenigen, welche nicht zu den Freunden Oesterreichs gehörten, hofften auf einen solchen Gang der Dinge, der dann die Möglichkeit bieten würde, neue Verhandlungen aufzunehmen, um die Neutralität des Königreichs sicherzustellen. Niemand dachte damals schon ernstlich an einen wirklichen Krieg zwischen Preußen und Hannover; der König hatte ja nur sich und seine Armee in Sicherheit bringen wollen; und auch in Berlin nahm man noch keinen unversöhnlichen Kriegszustand an, wie die Proclamation und die Haltung des am näch=

sten Tage in Hannover einrückenden commandirenden Generals bewiesen.

Der König war mit dem in höchster Schnelligkeit fahrenden Extrazuge am frühesten Morgen in Göttingen angekommen, und die Bewohner dieser Stadt waren bei ihrem Erwachen nicht wenig erstaunt, als sie vernahmen, daß sie so plötzlich in den Mittelpunkt der entscheidenden Ereignisse versetzt waren.

Der König nahm mit seinem ganzen Gefolge in dem Gasthof Zur Krone Quartier. Alle Zimmer des Hotels wurden mit Beschlag belegt, und der Wirth desselben pflegte später scherzend zu sagen, daß seine Krone die erste depossedirte in Deutschland gewesen sei.

In schneller Folge langten nun die verschiedenen Regimenter der hannoverischen Armee in Göttingen an. Sie waren aus ihren Standquartieren in dem Zustande aufgebrochen, in welchem sie sich gerade befanden, da die Befehle über die Verfrühung der Exercirzeit eben erst in die ersten Stadien der Ausführung getreten waren. Zugleich trafen Nachrichten ein über das Vordringen des Manteuffel'schen Corps nach Süden, welches einen schleunigen Weitermarsch der hannoverischen Armee nothwendig machte, um einen auf beiden Seiten unerwünschten Zusammenstoß zu vermeiden.

Ueber dieses so schnelle und noch vor der Kriegserklärung begonnene Vorgehen der preußischen Truppen sind mehrfach Vorwürfe gegen die preußische Regierung erhoben worden, welche indeß, wie ich hier besonders hervorheben möchte, nicht begründet erscheinen. Denn die preußische Regierung hatte früher schon für das Manteuffel'sche Corps die Erlaubniß des Durchzuges durch das hannoverische Gebiet erbeten, und diese Erlaubniß war ertheilt worden, wobei nur der Wunsch ausgedrückt war, den Durchzug so einzurichten, daß keine Collision mit der von Holstein zurückkehrenden österreichischen Brigade Kalik stattfände. Es war also keine Verletzung des Völkerrechts, wie man wol hat behaupten wollen, wenn das Manteuffel'sche Corps schon vor der Kriegserklärung das hannoverische Gebiet betreten hat. Freilich erblickte der König in dieser Benutzung preußischer Truppen, denen nur der Durchzug durch hannoverisches Gebiet gestattet war, zu kriegerischen Operationen eine vorbedachte feindliche Absicht, welche den ersten Grund zu seiner von nun an stets steigenden persönlichen Erbitterung legte, von der er vorher ganz frei gewesen wär.

Es handelte sich nun also, wenn die hannoverische Armee wirklich in Sicherheit gebracht und verhängnißvolle Collisionen vermieden werden sollten, um einen

unverzüglichen schnellen Vormarsch nach Süden. Der König befahl denselben auch sogleich, aber hier nun begann jene Kette unglückselig verhängnißvoller und auch heute bei ruhigem Rückblick auf jene Zeit mir fast unerklärlich erscheinender Ereignisse, welche von Schritt zu Schritt zu dem blutigen Tage von Langensalza führten und der Grund für den Zusammenbruch der welfischen Krone wurden.

Der Generalstab der hannoverischen Armee, nur der Thätigkeit auf dem Manöverfelde gewohnt und unfähig, sich in die Nothwendigkeit ernster militärischer Operationen hineinzufinden, erklärte, daß die ohne Vorbereitung aus ihren Standquartieren aufgebrochene Armee nicht marschfertig sei, und daß man wenigstens vier Tage bedürfen würde, um sie in marschfertigen Zustand zu bringen. Mir erschien diese Ansicht durchaus unrichtig. Es kam vor allen Dingen darauf an, die Armee in dem Zustande, in welchem sie sich eben befand, fortzubringen, da es ja doch durchaus nicht in der Absicht lag, sogleich zu schlagen, und da die Verpflegung der Truppen im eigenen Lande und in der günstigen Jahreszeit keinerlei Schwierigkeiten bieten konnte. War die Armee nicht marschfertig, so konnte nach meiner Ueberzeugung in dieser Beziehung auch in dem kurzen Zeitraum weniger Tage nichts an ihrem

Zustande geändert werden, um so mehr, als ein großer Theil des Landes bereits unter feindlicher Occupation stand und die Depots in Hannover nicht mehr verfügbar waren. Graf Platen theilte diese Ansicht vollkommen. Er begriff, daß jede Möglichkeit, die Verhandlungen mit Preußen wieder aufzunehmen und etwa doch noch zu einer endlichen Verständigung zu gelangen, ausgeschlossen werden mußte, sobald einmal ein blutiger Zusammenstoß stattgefunden hätte, zu welchem der lange Aufenthalt der Armee in Göttingen bei dem fortgesetzten Herabziehen preußischer Truppen von Norden her nur zu leicht Veranlassung geben könnte. Für den Augenblick freilich war jeder Weg zu verständigenden Verhandlungen abgeschnitten.

Graf Platen hatte seine Antwortsnote expediren und dem Prinzen Ysenburg zustellen lassen. Der Prinz sendete dieselbe uneröffnet mit dem Bemerken zurück, daß er nach Eintritt des Kriegszustandes nicht mehr in der Lage sei, von der hannoverischen Regierung irgendwelche Mittheilungen entgegenzunehmen.

Allein wenn es gelang, die hannoverische Armee intact und von den kriegerischen Operationen entfernt zu halten, so war die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß bei einer für Preußen bedenklichen Wendung auf dem großen Kriegstheater ein Augenblick eintreten

könnte, in welchem noch einmal eine Verständigung ohne die Bedingungen der Sommation auf dem Boden der bloßen Neutralität zu erreichen sein mochte.

Der König erkannte durchaus die Richtigkeit der Vorstellungen des Grafen Platen; er verzehrte sich in schmerzlicher Ungeduld über den Aufenthalt in Göttingen. Allein wie war es möglich, daß Graf Platen und ich als Civilisten ohne alle Berechtigung zu einem militärischen Urtheil unsere Ansicht der bestimmten Erklärung des ganzen hannoverischen Generalstabes hätten entgegenstellen können? Wie konnte der König, dessen Blindheit ihn gerade in militärischen Fragen von einem eigenen Urtheil und von einem selbst bestimmenden Vorgehen zurückhalten mußte, über seinen Generalstab hinweg den Vormarsch befehlen, der nach der Versicherung der Generalstabsoffiziere mit dem völligen Zerfall des Gefüges der militärischen Ordnung enden würde? Die kostbare Zeit wurde also unter einer vielgeschäftigen Thätigkeit verloren, welche, wie ich heute noch überzeugt bin, überflüssig war und die darin ihren Grund hatte, daß man nicht im Stande war, von den für Manöveroperationen als maßgebend angenommenen Principien in diesem Falle dringender und äußerster Nothlage abzusehen. Diese Verzöge=

rungen hatten noch eine weitere und, nach meiner Ueberzeugung, noch bedenklichere Folge.

Der König hatte zum Commandeur der Armee den Generallieutenant Gebser bestimmt, einen Mann, über dessen strategische Befähigung ich nicht zu urtheilen vermag, der aber ohne allen Zweifel all die muthige Energie und Entschlossenheit besaß, welche die Verhältnisse erforderten. Freilich wurde die Aufgabe des commandirenden Generals durch die Anwesenheit des Königs im Hauptquartier ganz unendlich erschwert, da ja Seine Majestät sich den Oberbefehl über seine Armee stets ausdrücklich selbst vorbehalten hatte und denselben durch seinen Generaladjutanten ausführen ließ.

Der Generaladjutant, Generallieutenant von Tschirschnitz, ein alter Veteran von Waterloo, war nun schon seit längerer Zeit der Gegenstand vielfacher Angriffe aus den Kreisen der Offiziere gewesen. Man tadelte seinen strengen Formalismus, durch welchen vielleicht dieser oder jener verletzt sein mochte, und hielt ihn für zu alt und zu sehr befangen in den Anschauungen vergangener Zeiten, um die Armee auf der Höhe der modernen Anforderungen zu halten.

Ich constatire diese gegen den General von Tschirschnitz und dessen Einfluß auf die Armeeleitung gerichteten Angriffe als Thatsache; über deren Begründung

vermag ich natürlich mir ein irgendwie competentes Urtheil nicht anzumaßen; nach meiner Ueberzeugung habe ich indeß dieselben niemals für begründet halten können, da der Zustand der hannoverischen Armee, soweit er einem nichtmilitärischen Auge wahrnehmbar war und wie er sich auch in jenen verhängnißvollen Tagen bewies, als ein vortrefflicher erschien. Genug, während des Aufenthaltes in Göttingen wurden aus den Kreisen der Offiziere aller der Regimenter, die sich dort versammelt hatten, immer zahlreichere Stimmen laut, welche dem mangelnden Vertrauen in die Armeeführung, und zwar sowol was den General von Tschirschnitz als was den General Gebser betraf, Ausdruck gaben und die Befürchtung enthielten, daß das mangelnde Vertrauen der Truppen von äußerst nachtheiligem Einfluß auf die militärischen Operationen sein würde.

Diese Stimmen drangen bis zum Kronprinzen Ernst August, und derselbe hielt es in einer so ernsten Zeit für seine Pflicht, seinem königlichen Vater davon Kenntniß zu geben.

Auch der General Gebser hatte von diesen Aeußerungen der Stimmung in den Offizierkreisen Kenntniß erhalten. Mit der ganzen offenen Loyalität, welche in seinem Charakter lag, machte er auch seinerseits selbst

dem Könige Mittheilung darüber und bat, ihm das Commando der Armee abzunehmen und dasselbe einem General zu übertragen, der mehr als er das Vertrauen der Truppen besäße.

Der König war durch diese Mittheilungen tief erschüttert. So sehr er von der Tüchtigkeit seines Generaladjutanten und von der Richtigkeit seiner auf den General Gebser gefallenen Wahl überzeugt war, so verkannte er dennoch nicht, daß das unbedingte Vertrauen der Truppen zu ihren Führern bei einem so schwierigen, anstrengenden und gefahrvollen Zuge, wie man ihn unternehmen sollte, von der höchsten Wichtigkeit sei.

Er fragte seine Flügeladjutanten und einige ihm näher stehende Offiziere, und von allen Seiten wurde ihm das Vorhandensein der vorbezeichneten Stimmung in der Armee bestätigt.

Vielleicht hat der König Georg niemals so bitter als in jener Zeit den Mangel des Augenlichtes empfunden, der ihn verhinderte, mit eigenen Augen sehen und die eigene Verantwortlichkeit für die zu treffenden Befehle übernehmen zu können.

Ich meinerseits empfand immer schmerzlicher die traurige Bewahrheitung, welche Baemeister's prophetisches Mahnwort fand.

Der König befahl dann, weitere Erkundigungen einzuziehen, welche Persönlichkeiten denn im Stande wären, der Armee das Vertrauen einzuflößen, welches dieselbe nach den ihm gewordenen Mittheilungen den Generalen von Tschirschnitz und Gebser nicht entgegenbrächte, und man bezeichnete ihm den Obersten Dammers und den Generallieutenant von Arentschildt.

Der König entschloß sich, dem General von Tschirschnitz die ihm überaus schmerzliche und peinliche Mittheilung von der Lage der Dinge zu machen. Er enthob ihn unter Ernennung zum General der Infanterie von seiner Stellung, und der alte Soldat von Waterloo, dessen ganzes Leben in strengster Pflichterfüllung aufgegangen war, der kein anderes Interesse als den Dienst seines Königs und seines Landes kannte, kehrte in dem Augenblick, in welchem die Armee, der er so lange alle seine Sorge und Kraft gewidmet, ins Feld ziehen sollte, nach Hannover zurück.

Der König ernannte nun den Obersten Dammers zum Generaladjutanten und den Generallieutenant von Arentschildt zum commandirenden General der gesammten Armee.

Der Oberst Dammers war ein Mann von hoher Intelligenz, großer Energie und unerschrockenem Muthe; es kann keinem Zweifel unterliegen, daß er der Stel-

lung eines Generaladjutanten, welche neben dem blinden Könige eine so hohe Wichtigkeit hatte, vollkommen gewachsen war und daß er an jugendlicher Kraft und Beweglichkeit dem General von Tschirschnitz bei weitem überlegen war. Allein es schien dennoch auch für die eminenteste Kraft sehr bedenklich, gerade in einem solchen Augenblick in eine Stellung einzutreten, welche gewissermaßen die Seele und den Mittelpunkt der ganzen Armee bildete. Das Gefüge der bisher bestandenen Verhältnisse wurde dadurch zerrissen, und es war keine Zeit vorhanden, dasselbe neu zu kräftiger Wirksamkeit zu organisiren.

Der Generallieutenant von Arentschildt war ein tüchtiger und muthiger Soldat, welcher wohl geeignet war, den Truppen Vertrauen einzuflößen und ihnen im entscheidenden Augenblick durch eigenes Beispiel voranzuleuchten. Er schien indeß in strategischer Beziehung gar sehr von seinem Generalstabe abhängig zu sein, und es fehlte ihm die Initiative selbständiger weitblickender Leitung, welche unter so kritischen Verhältnissen unumgänglich nothwendig war. Die Verantwortlichkeit des ihm übertragenen Obercommandos lastete um so schwerer auf ihm, als er dasselbe vollkommen unerwartet und unvorbereitet übernehmen mußte. Ich habe mich niemals überzeugen können,

daß der in Göttingen vorgenommene Wechsel in der obersten Führung der Armee nützlich gewesen sei. Mochte der bisherige Zustand ein mangelhafter sein, so glaube ich doch, daß die militärische Maschinerie unter demselben besser und zusammenhängender gearbeitet haben würde als unter Verhältnissen, die allen neu und ungewohnt waren, und welche die Führer selbst der Natur der Sache nach nicht so vollkommen beherrschen konnten, wie es nothgethan hätte. Indessen erregte die Ernennung des Obersten Dammers und des Generallieutenants von Arentschildt bei den Truppen laute Freude. Ueberall hörte man Aeußerungen der Hoffnung und des Vertrauens und voll Zuversicht setzte sich die Armee endlich in Marsch.

Um nicht abgeschnitten und umzingelt zu werden, kam es vor allen Dingen darauf an, die Vereinigung mit den hessischen und dann mit den bairischen Truppen zu erreichen.

Die Nachrichten, welche der Generalstab über die militärischen Verhältnisse auf dem von Göttingen aus einzuschlagenden Wege erhielt, waren so vielseitig widersprechend und fanden, selbst trotz ihrer Ungeheuerlichkeiten, an einzelnen Stellen so verwirrenden Glauben, daß der König, um irgendetwas Gewisses zu erfahren, was für die einzuschlagende Richtung maßgebend sein

könnte, zwei Offiziere, wenn ich nicht irre den Rittmeister von Schnepen und den Hauptmann Reichardt, voraussendete, um über die Stellung der hessischen und bairischen Corps Näheres zu erfahren und dieselben zu einer Bewegung behufs der Vereinigung mit der hannoverischen Armee zu veranlassen.

Ich sendete meinerseits, um möglichst genaue Auskunft zu erhalten, einen außerordentlich tüchtigen und gewandten Beamten meines Bureau, den Kanzlisten Duve, ab, um Erkundigungen einzuziehen und zugleich die südwärts stehenden Bundestruppen zum Heraufrücken zu bewegen. Er nahm ein Schreiben des österreichischen Gesandten Grafen Ingelheim, welcher die Armee im Hauptquartier des Königs begleitete, an den österreichischen Bundestagsgesandten Baron Kübeck und ebenso einen Brief des Generals von Arentschildt an den kurhessischen General von Loßberg mit.

Der Kanzlist Duve erfüllte auch seine Mission, allein er konnte, von derselben zurückkehrend, nicht mehr zu der von preußischen Truppen umgebenen hannoverischen Armee durchdringen. Ueber den Erfolg seiner Sendung spricht der folgende, später an mich gelangte Bericht:

„Mit der Depesche des Herrn Grafen Ingelheim sowie dem Briefe des Generals von Arentschildt d. d.

Göttingen, den 19. Juni 1866, abends 9 Uhr, versuchte ich es, ein Privatfuhrwerk zu bekommen. Dies mislang und ich war gezwungen, Extrapost zu nehmen, mit der ich Göttingen am 19. abends 11½ Uhr verließ.

„Ich erreichte Fulda am 20. Juni abends 9 Uhr, fand aber keine hessische Armee, bekam vielmehr von dem Stadtcommandanten von Specht die Nachricht, daß das kurhessische Hauptquartier in Hanau und der Höchstcommandirende General von Loßberg sei.

„Ohne Aufenthalt als den, den das Umspannen der Extrapost verursachte und oft wegen Mangel an Pferden erheblich war, sowie die Anfertigung eines Briefes an Euer ꝛc., den ich mit der gerade Fulda verlassenden Post absandte, setzte ich meine Reise nach Hanau fort.

„Hanau erreichte ich am 21. Juni morgens 9 Uhr und überbrachte sofort dem General von Loßberg den Brief des Generals von Arentschildt. General von Loßberg erklärte mir, daß er nichts thun könne, da der Prinz Alexander von Hessen bereits das Obercommando übernommen; er wolle jedoch sofort seinen Adjutanten an diesen absenden.

„Nebenbei sagte von Loßberg, die kurhessische Armee bestehe aus einer Brigade; es sei alles immobil.

„Ich verließ Hanau und begab mich nach Frankfurt

zum Baron von Kübeck und überreichte die Depesche des Grafen Ingelheim mittags.

„Der Herr Baron von Kübeck gab mir eine Depesche an den Prinzen Alexander von Hessen, der sich in Darmstadt befand, und diese überreichte ich 3½ Uhr nachmittags persönlich. Dem Prinzen Alexander theilte ich, da ich bei diesem mit dem Adjutanten des Generals von Loßberg zusammentraf, die Dislocation unserer Truppen mündlich ausführlich mit.

„Nach einstündiger Anwesenheit entließ mich der Prinz mit folgendem mündlichen Auftrage an Seine Majestät unsern König:

1. Die Baiern, die vor 24 Stunden (also am 20. Juni) bei Schweinfurt gestanden — seit 24 Stunden habe er aber keine Nachrichten von Schweinfurt — wolle er ersuchen, schnell nach Norden vorzugehen.
2. Das 8. Armeecorps solle über Fulda nach Eschwege schleunigst vorrücken, um dort unserer Armee die Hand zu reichen.
3. Die kurhessische Brigade solle als Scheindemonstration von Hanau nach Gießen vorgeschoben werden.

„Bemerken muß ich noch, daß mir Prinz Alexander bei meiner Ankunft sagte, ich sei der erste, der über

den Stand unserer Armee bestimmte Nachrichten überbringe.

„Sofort nach Empfang meiner Instruction begab ich mich über Frankfurt wieder nach Hanau, welchen Ort ich am 21. abends wieder mit Extrapost verließ, um nach Göttingen zurückzugelangen. Wegen Mangel an Fuhrwerk mußte ich vier Meilen zu Pferde machen (was mir sehr schwer wurde, da ich in mehrern Jahren nicht geritten hatte), und so erreichte ich am 22. mittags Eschwege, fand aber anstatt unserer Truppen preußische, die auf Göttingen zogen.

„Die Preußen ließen mich durch bis Allendorf, hier aber wies man mich zurück. In Allendorf erfuhr ich, daß die hannoverischen Truppen Heiligenstadt besetzt hätten.

(Gez.) Ernst Duve.

Frankfurt a M., den 4. Juli 1866, nachts."

Zu gleicher Zeit wurde der Archivrath Klopp, welcher sich vor der preußischen Occupation der Stadt Hannover nach Göttingen geflüchtet hatte, von dem Grafen Ingelheim mit Depeschen an den Baron von Kübeck und an den Grafen Mensdorff nach Wien gesendet, damit man von beiden Orten aus entschieden auf das Vorrücken der bairischen Truppen zur Vereinigung mit der hannoverischen Armee dringen möge.

Auch Dr. Klopp konnte den Rückweg ins Hauptquartier nicht finden, und erst später langte der folgende Bericht an Graf Platen über seine Sendung an:

„Hochgeborener Herr Graf!

„Ew. Excellenz beehre ich mich gehorsamst zu melden, daß ich hier in Frankfurt bin und die Befehle von Ew. Excellenz durch die königliche Gesandtschaft erwarte.

„Gestatten Ew. Excellenz mir noch eine kurze Recapitulation der letzten Tage. Von Lichtenfels aus habe ich sofort nach der Ankunft am Abend des 24. Juni (Sonntag) nach Wien (zweimal), nach Frankfurt und München telegraphirt. Da die Eisenbahnzüge nicht regelmäßig gingen, so mußte ich bis Montag, 25. Juni, nachmittags in Lichtenfels verweilen. Am Morgen desselben erhielt ich eine Antwort vom Baron Kübeck. Sie lautet wie folgt:

> «Aeußerst dringend. Archivrath Klopp. Lichtenfels. Telegramm heute früh erhalten. Falls nicht schon geschehen, bitte, sich sofort ins Hauptquartier nach Bamberg zu begeben, um S. K. H. Prinzen Karl nähere Nachrichten zu geben, welcher sofort verständigt worden ist, wie auch Prinz Alexander und Wien. Kübeck.»

„Da ich den wesentlichen Inhalt der Depesche des

Grafen Ingelheim an den Grafen Mensdorff, die ich überbringen sollte, bereits telegraphirt hatte, so glaubte ich dieser Weisung folgen zu dürfen und zu müssen. Ich ging daher sogleich nach Bamberg ab, sprach dort zuerst den General von der Tann und dann auch S. K. H. den Prinzen Karl. Ich stellte so nachdrücklich wie ich vermochte die Lage der Dinge vor. Das Ergebniß liegt in folgenden Worten, welche ich sofort von Bamberg aus an den Baron Kübeck telegraphirte:

«Baron Kübeck. Frankfurt.

«Der Weisung von Excellenz gemäß nach Bamberg gegangen. Prinzen Karl und General Tann gesprochen. Allgemeine Vertröstung erhalten, mit Aufzählung der militärischen Fehler der Hannoveraner. Sie müssen sich selbst helfen. Ein Gerücht spricht von Capitulation. Ich verneine es entschieden. Der König capitulirt nicht. Ein anderes sagt, daß sie bei Gotha die Bahn forcirt. Ich flehe Excellenz, zu thun was möglich. Ich gehe im Auftrage Ingelheim's nach Wien. Klopp.»

„Jene Worte: «Sie müssen sich selbst helfen», beziehen sich auf die Unterredung mit dem Prinzen Karl. Als ich auf seine Frage, wie stark die Armee sei, erwiderte: 19000 Mann, gab er die Antwort: «Mit

19000 Mann muß man sich durchschlagen können.»
Die umstehenden Offiziere des Generalstabes nickten dazu bejahend.

„Mit schmerzlich bittern Gefühlen fuhr ich von Bamberg ab nach Wien, kam am Mittwoch Morgen früh dort an, fuhr sogleich nach der Staatskanzlei und gab meine Depesche ab. Um 10 Uhr ging ich persönlich dahin und stellte dem Grafen Mensdorff die Lage der Dinge vor, sodann den andern Herren, die sämmtlich für Hannover aufs wärmste bewegt waren. Dann zum General Knesebeck, bei dem ich auch am Nachmittage wieder verweilte.

„Am andern Morgen ward ich aufmerksam gemacht, daß es zweckmäßig sei, mich auch beim Generaladjutanten Grafen Crenneville melden zu lassen. Er nahm mich sofort an und versicherte, daß alles geschehen, was von da aus nur möglich sei. Auch meine Klagen über Baiern fanden bei ihm Widerhall. Er bat dann mit einigen schriftlichen Worten Seine Apostolische Majestät den Kaiser um eine Audienz für mich. Die Gewährung erfolgte sofort. Der Kaiser war sehr gnädig gegen mich. Er sagte mir, daß er dem General Knesebeck den Auftrag gegeben, sich ins bairische Hauptquartier zu begeben, und daß es gut sein würde, wenn ich auch wieder mitginge und durchzudringen versuchte.

«Falls Sie zu Ihrem Könige zurückgelangen», setzte er hinzu, «so sagen Sie Seiner Majestät, daß ich tiefes Mitgefühl für seine Lage empfinde und Bewunderung für seine Haltung.»

„Am Nachmittage reisten der General Knesebeck und ich ab, gelangten am folgenden Tage, den 29. Juni, ins bairische Hauptquartier zu Neustadt a/S. und setzte ich am Sonnabend, den 30. Juni, mit demselben die Reise nach Meiningen fort. Dort erfuhren wir durch die Herren Graf Ingelheim und Oberstlieutenant von Kohlrausch die Katastrophe und kehrten dann sofort wieder um.

„Da ich nicht wußte, wo Ew. Excellenz ich sicher treffen würde, so bin ich, mit Zustimmung des Grafen Ingelheim, hier nach Frankfurt gereist, um hier die Befehle von Ew. Excellenz abzuwarten.

Ew. Excellenz

ehrerbietigst gehorsamer

(Gez.) O. Klopp.

Frankfurt a/M., 2. Juli 1866."

Die Armee marschirte also so ziemlich ohne alle Kenntniß des ihr vorliegenden Terrains und der Stellung des Bundescorps, welches sie erreichen wollte, nach Süden hin. Das Ziel war, Eisenach und Gotha zu erreichen, dort die Eisenbahnlinien zu überschreiten

und sich auf diese Weise der Gefahr einer Einschließung durch preußische Truppen zu entziehen. Jeder Zusammenstoß sollte dabei sowol aus militärischen als aus politischen Gründen vermieden werden, und daher kam es, daß, als in der Nähe von Heiligenstadt Meldungen über starke entgegenziehende preußische Corps einliefen, der Generallieutenant von Arentschildt sich seitwärts wendete und in das preußische Gebiet einrückte, um auf dieser Linie sicherer und schneller nach Eisenach zu gelangen. Der König enthielt sich in bestimmter Absicht jedes unmittelbaren Eingreifens in die militärischen Befehle. Bei dieser Gelegenheit war jene Zurückhaltung nach meiner Ueberzeugung ein Unglück; denn da man noch immer an dem Princip festhielt, die hannoverische Armee nur in Sicherheit bringen und aus der Neutralität activ nicht herausgehen zu wollen, so war der Einmarsch in das preußische Gebiet ein politischer Fehler, der es unmöglich machte, die preußische Occupation Hannovers als einen unberechtigten Friedensbruch zurückzuweisen, indem nun von hannoverischer Seite selbst der thatsächliche Kriegszustand acceptirt wurde.

Es fanden viele Hin- und Hermärsche, viele Befehle und Gegenbefehle statt, welche die Truppen in hohem Grade ermüdeten und verstimmten und den Zug

der hannoverischen Armee fast als eine planlose Irrfahrt erscheinen ließen, sodaß später der Prinz Karl von Baiern eine gewisse Berechtigung zu der Aeußerung hatte, er sei außer Stande gewesen, der hannoverischen Armee die Hand zu reichen, da er nie gewußt habe, wo dieselbe sei, und da sie da, wo sie nach strategischen Voraussetzungen hätte sein müssen, niemals gewesen wäre.

Der alte General von Brandis, welcher als junger Offizier die spanischen Feldzüge unter Wellington mitgemacht, war über dieses eigenthümliche Hin- und Herziehen im hohen Grade entrüstet. Er drang darauf, auf der geradesten Linie vorwärts zu gehen, und da der Krieg nun doch da sei, sich durch etwa entgegentretende preußische Corps, welche damals kaum von großer Stärke sein konnten, durchzuschlagen. Allein auch er konnte als Kriegsminister auf das einmal dem General von Arentschildt übertragene Armeecommando nicht einwirken.

Der Zug ging von Heiligenstadt über Mühlhausen auf Langensalza, fast unter den Kanonen von Erfurt vorbei, ohne daß man trotz der fortwährend einlaufenden Meldungen über die Nähe außerordentlich starker preußischer Corps irgendetwas von preußischen Truppen wahrnahm.

Die Armee marschirte in einer ungemein gestreckten Linie, in der Mitte der König mit seinem Gefolge, den Wagen und Handpferden, nur gedeckt von einer schwachen Abtheilung Dragoner. Die Truppen wurden auf das äußerste angestrengt und oft auf die Meldung von der Annäherung preußischer Corps mitten im Abkochen alarmirt. Die Hitze war ganz außerordentlich und die Armee befand sich im Zustande äußerster Abgespanntheit. Der ganze Marsch machte auf das Auge eines Laien einen wundersamen und bedenklichen Eindruck. Ich erinnere mich, daß wir uns einmal zwischen Heiligenstadt und Mühlhausen auf einer von weiten Flächen umgebenen Chaussee, abgesehen von der Dragonerbedeckung, ganz isolirt befanden. Ein Stallmeister des Königs ritt auf der Chaussee weit voraus und ebenso weit zurück, ohne etwas von unsern Truppen entdecken zu können. Zwei Schwadronen preußischer Husaren hätten den König entführen können, und wir mußten lange warten, bevor die zunächst hinter uns marschirenden Regimenter herangekommen waren.

Ein andermal bemerkten die Adjutanten des Königs auf einem seitwärts liegenden Höhenzuge Vedetten, deren Umrisse sich scharf gegen den Horizont abhoben. Es trat eine allgemeine Bestürzung ein, weil man

glaubte, an feindliche Vorposten gerathen zu sein Endlich wurden einige Leute zum Recognosciren dorthin geschickt und man fand, daß jene Vedetten hannoverische Dragoner waren.

Manche dieser Vorkommnisse hätten geradezu erheiternd wirken müssen, wenn die ganze Situation nicht in so hohem Grade tragisch gewesen wäre.

Zwischen Mühlhausen und Langensalza begannen nun jene eigenthümlichen Verhandlungen, deren Basis und Zusammenhang niemals vollständig aufgeklärt worden ist, und welche durch das über jene ganze Zeit waltende Verhängniß wieder gerade das Gegentheil von dem bewirkten, was sie erreichen sollten.

V.

Hauptmann von Zielberg als Parlamentär des Herzogs von Sachsen-Koburg. — Anerbieten des Herzogs zur Vermittelung. — Sendung des Majors von Jacobi an den Herzog. — Vormarsch auf Eisenach. — Verhandlungen des Herzogs von Sachsen Koburg mit dem Major von Jacobi. — Hauptquartier zu Langensalza. — Erscheinen des russischen Gesandten Herrn von Persiani im Hauptquartier. — Wiederabreise desselben. — Generaladjutant Oberst Dammers nach Gotha gesendet. — Telegramm des Grafen Bismarck an den Herzog von Koburg dem Könige gesendet. — Antwort des Königs. — Einnahme von Eisenach durch die Avantgarde. — Rückzug der Brigade aus dem Gefecht auf ein Telegramm des Majors von Jacobi. Stockung des Vormarsches. — Preußische Besetzung von Eisenach. — Hauptquartier Großbehringen. — Der Generaladjutant von Alvensleben im Auftrag des Königs von Preußen. — Waffenstillstand. — Verhängnißvolle Misverständnisse über den Waffenstillstand. — Letztes preußisches Ultimatum durch den Obersten von Döring überbracht. — Preußischer Angriff durch den General Flies. — Schlacht bei Langensalza. — Kriegsrath nach derselben. — Verhängnißvolle Verzögerung des Vormarsches nach Gotha. — Capitulation der Armee. — Der König beschließt, nach Wien zu gehen. Verzögerung der Reise durch eine Etikettenfrage. — Der König nimmt seinen Aufenthalt auf dem Schlosse Fröhliche Wiederkunft. — Meine Abreise nach Linz, um mit dem Grafen Platen den König dort zu erwarten.

———

In einiger Entfernung vor Langensalza meldete sich bei den Vorposten ein sachsen-koburg-gothaischer Hauptmann von Zielberg als Parlamentär im Auftrage des Herzogs von Sachsen-Koburg-Gotha, um unter Vermittelung dieses Fürsten nochmals eine Verständigung mit Preußen anzubahnen.

Der Hauptmann von Zielberg beobachtete indeß bei seinem Erscheinen nicht die nach völkerrechtlichem Kriegsgebrauch für die Parlamentäre üblichen Formen; auch war er nicht im Stande, irgendeine genügende Legitimation über seinen Auftrag vorzuweisen. Derselbe hätte daher unter gewöhnlichen Kriegsverhältnissen gefangen genommen oder mindestens ohne weitere Erörterungen zurückgewiesen werden müssen. Der General von Brandis, welcher vor allem jede Verzögerung des Vormarsches nach einem vor preußischer Umzingelung sichern Gebiet fürchtete, rieth auch dringend, den nicht legitimirten Offizier nicht als Parlamentär anzunehmen und ihn von den Vorposten zurückweisen zu lassen. Graf Platen indeß, welcher immer noch den Wunsch und die Hoffnung einer Verständigung und einer Abwendung des unwiderruflichen Bruches hegte, empfahl dem Könige, trotz der mangelhaften Form den Herrn von Zielberg anzunehmen und seine Mittheilungen wenigstens zu hören.

So verhängnißvoll die Verzögerung nun auch für die Entwickelung der weitern Ereignisse wurde, so war Graf Platen doch gewiß von der ganz richtigen und im Interesse der Zukunft des Königs wie des Landes gebotenen Rücksicht geleitet, das für die hannoverische Politik aufgestellte Princip zu wahren, nach welchem der König sich seinerseits als auf dem Boden des bundesmäßigen Vertragsrechts stehend betrachtete, den preußischen Einmarsch in Hannover für unberechtigt erklärte und seine militärischen Maßregeln nur zur Sicherung der Armee und zur Verhütung eines kriegerischen Zusammenstoßes getroffen hatte. Man konnte voraussetzen, daß die so über Erwarten schnell gesammelte hannoverische Armee, welche, wenn sie sich mit den Baiern vereinigte, ein nicht unbedeutendes Gewicht in die Wagschale der Entscheidung werfen konnte, in Berlin nochmals den Wunsch erregt habe, auch jetzt noch unter Zurückziehung der gestellten Sommation auf die Basis der Neutralität zurückzukommen, wodurch es dann möglich geworden wäre, unter Zurückführung der Armee auf den Friedensstand den Statusquo vom 15. Juni wiederherzustellen.

Der Hauptmann von Zielberg wurde also angenommen und meldete, daß er von dem Herzoge von Sachsen-Koburg-Gotha an den König abgesendet sei,

um die Bereitwilligkeit Sr. Hoheit zu erklären, sich auch jetzt noch der Vermittelung zu einer Verständigung mit Preußen zu unterziehen. Der König behielt den Hauptmann von Zielberg, da dieser, wie gesagt, keine Legitimation besaß, im Hauptquartier zurück und sendete den Major von Jacobi vom Generalstabe nach Gotha, wo sich der Herzog befand, um über die Absendung des Hauptmanns von Zielberg und über den Inhalt des demselben ertheilten Auftrages nähere Erkundigungen einzuziehen und danach den König zur Entscheidung über die zu machenden Vorschläge in den Stand zu setzen.

Der Major von Jacobi ging als Parlamentär legitimirt und zur Entgegennahme weiterer Mittheilungen für den König beglaubigt nach Gotha ab. Der König beschloß indeß, von diesen bis jetzt noch so unklaren, der Form und dem Inhalt nach zweifelhaften und unübersehbaren Verhandlungen die zur Erreichung des vorgesteckten Zieles nothwendigen militärischen Operationen nicht abhängig zu machen. Er befahl die Fortsetzung des Vormarsches der Armee und bezog das Hauptquartier in Langensalza, während die Avantgarde bis vor Eisenach hin vorgeschoben wurde.

Hier in Langensalza traf plötzlich und ganz unerwartet der russische Gesandte von Persiani ein.

Der alte Herr, welcher, von einem hannoverischen Postsecretär Denker begleitet, mit Extrapostpferden ohne Aufenthalt die Reise von Hannover durch die von Truppen durchzogene Gegend gemacht hatte, war körperlich und geistig auf das äußerste erschöpft, sodaß er kaum zu sprechen vermochte und erst längerer Erholung und Stärkung bedurfte, bevor er vor dem Könige erscheinen konnte.

Er erklärte, daß er von dem Kaiser Alexander den Befehl erhalten habe, sich ohne Verzug in das Hauptquartier des Königs zu begeben und seine Dienste Sr. Majestät zur Verfügung zu stellen für den Fall, daß, wie der Kaiser voraussetzte, noch Verhandlungen mit Preußen eintreten sollten.

Herr von Persiani theilte dies dem Könige mit thränenden Augen und zitternder Stimme mit — er vermochte sich kaum aufrecht zu erhalten, und fügte ganz entsetzt hinzu, daß er nun zwar infolge des Befehls seines Herrn hier sei, daß er aber in der That nicht begreife, wie es ihm möglich sein werde, dem Hauptquartier des Königs zu folgen, da er solche erschöpfende Anstrengungen, wie er sie bei seiner Reise bis hierher ausgehalten, nicht weiter ertragen könne.

Nachdem Herr von Persiani, dessen körperlicher Zustand in der That mitleiderregend war, da der alte,

kränkliche und leicht erregbare Herr seit langen Jahren das regelmäßigste Leben führte und seine Gesundheit auf das äußerste schonen mußte, sich auf den dringenden Wunsch des Königs zu nochmaliger Ruhe und Erholung zurückgezogen hatte, stellte Graf Platen Sr. Majestät vor, daß es grausam sein würde, den so schwer erschütterten Diplomaten im Hauptquartier zu behalten, da eine Vermittelung desselben bei dem vom Könige als unabänderlich festgehaltenen Standpunkt kaum nöthig sei, und bei der Verfassung, in welcher sich Herr von Persiani befände, auch keinen Erfolg haben könne.

Graf Ingelheim, welchem vor allem daran gelegen war, jede mögliche Verständigung mit Preußen auszuschließen, und welcher daher auch eine russische Vermittelung auszuschließen bestrebt sein mußte, suchte seinen russischen Collegen auf und machte demselben eine so abschreckende Schilderung der Entbehrungen und Anstrengungen des Lebens im Hauptquartier einer im Felde befindlichen Armee, daß der arme Herr von Persiani von immer steigendem Entsetzen erfaßt wurde. Er war daher überglücklich, als der König ihn wieder rufen ließ und ihm erklärte, daß er für den Beweis der theilnehmenden Freundschaft des Kaisers Alexander die innigste Dankbarkeit empfinde, daß er aber an den

Eintritt und den Erfolg weiterer Verhandlungen mit Preußen kaum glaube und daher den Herrn von Persiani nicht veranlassen wolle, sich den Anstrengungen des Feldzuges auszusetzen.

Herr von Persiani dankte dem Könige tief gerührt für die Erlaubniß, nach Hannover zurückkehren zu dürfen, ließ sogleich wieder die Postpferde vor seinen Wagen spannen und begab sich, schon durch die Gewißheit, einer so mühseligen Aufgabe enthoben zu sein, neu gestärkt, auf die Rückreise, zu welcher ihm eine militärische Bedeckung mitgegeben wurde, um ihn durch die hannoverische Stellung zu geleiten und nöthigenfalls an die preußischen Vorposten abzuliefern, bei denen ihm ja in seiner Eigenschaft als russischer Gesandter der rücksichtsvollste Empfang sicher war.

Der Postsecretär Denker, welcher Herrn von Persiani begleitet hatte, wurde an den österreichischen Bundestagsgesandten Baron von Kübeck abgesendet und lernte die folgende Botschaft auswendig, da es bedenklich schien, ihm für den Fall seiner Festhaltung durch preußische Truppen etwas Schriftliches mitzugeben:

„Die hannoverische Armee hat den Versuch gemacht, den Uebergang über die Eisenbahn bei Eisenach zu forciren. Die von Preußen her concentrirten Truppen=

massen sind aber besonders bei der starken Stellung, welche sie einnehmen, zu groß, um den Uebergang mit Aussicht auf Erfolg zu versuchen. Da auch von Norden her preußische Truppen heranziehen, so ist die Position der hannoverischen Armee eine sehr gefährliche, und man muß auf das Schlimmste gefaßt sein. Wir werden uns aber mit aller Anstrengung behaupten, solange dies irgend möglich ist, und hoffen, es acht bis vierzehn Tage thun zu können, wenn wir bestimmte Aussicht haben, daß unsere Alliirten vom Süden uns zu Hülfe kommen und die preußischen Corps bei Gotha und Eisenach beschäftigen und ihre Macht theilen, sodaß wir wieder mit Aussicht auf Erfolg angreifen können.

„Wir bitten deshalb schleunigst um Nachricht:

1. Ob uns Truppen unserer Alliirten zu Hülfe kommen können?
2. Wann wir bestimmt auf diese Hülfe rechnen können?

„Es ist die höchste Gefahr im Verzuge, und wir übertragen unsern Alliirten die ganze Verantwortung für die traurige Wendung der Dinge, welche eintreten muß, wenn man nicht auf das allerschleunigste nachdrückliche militärische Operationen zu unserer Hülfe unternimmt.

„Wir bitten um schleunige Beantwortung unserer

Fragen durch mehrere sichere Boten, eine Rücksicht, die wir schon längst erwarten mußten, und bedauern im Interesse der allen gemeinsamen Sache, daß man uns so ganz ohne Nachricht gelassen hat."

Ob er seine Mission hat erfüllen können, weiß ich nicht; eine Nachricht von ihm ist niemals eingelaufen. Jedenfalls blieb auch diese Botschaft ohne Erfolg auf die Bewegung der süddeutschen Bundescorps.

Der Herzog von Sachsen Koburg=Gotha erklärte dem Major von Jacobi, als dieser bei ihm erschien, daß er den dringenden Wunsch habe, für die Beseitigung des beklagenswerthen Kriegszustandes zwischen Hannover und Preußen zu wirken, daß er willens und in der Lage sei, in Berlin zu vermitteln, und daß er zu wissen wünsche, ob und unter welchen Bedingungen der König von Hannover zu einer Verständigung geneigt sei. Er bestätigte also die Sendung des Hauptmanns von Zielberg, und eigentlich hätte der Major von Jacobi nach Empfang dieser Bestätigung zur weitern Meldung zum Könige zurückkehren müssen. Er besprach indeß, wie unter den obwaltenden Verhältnissen wol natürlich war, mit dem Herzog die Möglichkeit eines Arrangements, und stellte, ohne dazu autorisirt zu sein, als seine Meinung den Gedanken einer Convention dahin auf, daß der hannoverischen

Armee der freie Durchzug nach dem Süden hin gewährt werden solle, wogegen dieselbe die Verpflichtung übernehmen würde, eine zu bestimmende längere Zeit nicht gegen Preußen zu fechten.

Bald nach dem Abgange des Majors von Jacobi beschloß der König, um seinerseits eine greifbare Basis für eine mögliche Verständigung zu bieten und die Erörterungen abzukürzen, den Generaladjutanten Dammers nach Gotha zu entsenden mit dem Vorschlage, daß er sich aller Feindseligkeiten enthalten würde, wenn Preußen dem freien und ungehinderten Durchzuge der hannoverischen Armee durch die thüringischen Bundesstaaten kein Hinderniß in den Weg legen wolle, sodaß dann die hannoverische Armee in neutraler Haltung den weitern Ausgang der Ereignisse und eventuell weitere detaillirte Verhandlungen abwarten könnte.

Oberst Dammers fand bei seiner Ankunft in Gotha den Herzog und den Major von Jacobi in der Erörterung der von Beiden ins Auge gefaßten Convention begriffen, und in seiner Anwesenheit wurde der Inhalt dieser Convention dahin präcisirt, daß die hannoverische Armee ein Jahr lang nicht gegen Preußen fechten solle. Für diese speciellen Conventionsvorschläge waren beide Offiziere vom Könige nicht autorisirt, sie konnten dieselben daher nur ad referendum nehmen.

Der Oberst Dammers kehrte zurück, um dem Könige Bericht zu erstatten, und ließ den Major von Jacobi in Gotha, um spätere Verhandlungen zu erleichtern.

Der Herzog von Sachsen-Koburg mußte indeß die von zwei legitimirten Parlamentären des Königs mit ihm erörterten und präcisirten Conventionsbedingungen als eine genügende Basis für weitere Verhandlungen betrachten und setzte die preußische Regierung von denselben in Kenntniß. Der preußische Ministerpräsident Graf Bismarck telegraphirte sogleich an den Herzog, daß der König von Preußen die Gestattung des freien Durchzuges der hannoverischen Armee nach dem Süden angenommen habe unter der Bedingung, daß die Armee sich ein Jahr lang aller Feindseligkeiten enthalte; der preußische Generaladjutant von Alvensleben würde zu näherer Verabredung im Hauptquartier des Königs von Hannover erscheinen. Dieses Telegramm sendete der Herzog von Koburg durch den hannoverischen Rittmeister von der Wense, welcher inzwischen zur Zurückberufung des Majors von Jacobi nach Gotha geschickt war, an den König nach Langensalza. Der König begrüßte die Möglichkeit der Vermeidung eines blutigen Zusammenstoßes mit Freuden, hatte indeß erhebliche Bedenken gegen die Feststellung einer Jahresfrist, durch welche er und die hannoverische Armee, wenn dieselbe

namentlich auf bairisches Gebiet übertreten sollte, in eine äußerst schwierige und eigenthümliche Lage kommen mußte. Es war kaum vorauszusehen, daß der Krieg gegen Oesterreich die Dauer eines ganzen Jahres in Anspruch nehmen sollte, und in welcher Weise hätte dann die Stellung der hannoverischen Armee in einem fremden Lande geregelt werden sollen? Aber auch schon während des Krieges führte die Bedingung zu großen Schwierigkeiten. Wenn die hannoverischen Truppen als Verbündete auf bairisches Gebiet traten, so würden sie dort natürlich bereitwilligst aufgenommen und verpflegt worden sein, aber natürlich in der Voraussetzung, daß sie auf bairischer Seite am Kriege activ theilnähmen — kaum aber erschien es möglich, daß Baiern eine fremde Armee auf sein Gebiet aufnehmen und verpflegen sollte, welche zur absoluten Unthätigkeit verpflichtet war und welche doch dort ihre Verpflegung in Anspruch nehmen mußte, da sie von den Hülfsquellen des eigenen Landes abgeschnitten war. Der freie Durchzug durch die thüringischen Staaten konnte vielmehr nach der Ansicht des Königs nur den Zweck haben, eine von der Ausübung militärischen Drucks gesicherte Position zu erreichen, von der aus dann über die definitive Verständigung unterhandelt werden könnte und für welche nach der An-

sicht des Königs die einzig mögliche Bedingung sein mußte, daß die hannoverische Armee unter Aufhebung der preußischen Occupation Hannovers im Friedenszustande in ihre heimischen Quartiere zurückkehrte und die Neutralität definitiv abgeschlossen würde.

Da damals die Schlacht von Königgrätz noch nicht geschlagen war und man wol in Berlin selbst an eine so entscheidende und zerschmetternde Niederlage Oesterreichs kaum glauben konnte, so erschien die Möglichkeit der Wiedergewinnung einer solchen Basis der Neutralität nicht absolut ausgeschlossen. Der König war darum entschlossen, die Verhandlungen nicht abzubrechen, ebenso aber wollte er die militärischen Operationen durch diese Verhandlungen nicht aufschieben lassen, da die Aussicht vorhanden war, daß ein energischer Vormarsch ohne Blutvergießen und schnell dasselbe Resultat erzielen könnte, welches die Verhandlungen in Aussicht nahmen: nämlich die Erreichung eines sichern Gebiets für die hannoverische Armee. Denn nach den eingezogenen Ermittelungen stand in und vor Eisenach nur eine sehr geringe Truppenzahl. Der König dictirte mir deshalb sogleich an den Herzog von Koburg nachstehenden Brief, welcher dann Sr. Hoheit abermals durch den Rittmeister von der Wense überbracht wurde:

„Durchlauchtigster Fürst!
Freundwilliger Vetter!

„Ew. Hoheit haben mir soeben ein Telegramm des preußischen Ministerpräsidenten Grafen von Bismarck durch meinen Rittmeister von der Wense zugesendet, nach welchem Seine Majestät der König von Preußen den durch meinen Generaladjutanten überbrachten, durch meinen Major von Jacobi präcisirten Vorschlag über den Durchzug meiner Armee durch die thüringischen Bundesstaaten genehmigt, jedoch dabei die Bedingung stellt, daß für die Nichttheilnahme meiner Armee an den Feindseligkeiten während der Dauer eines Jahres Garantien gegeben werden sollten.

„Ew. Hoheit werden ermessen, daß ich auf solche Bedingung nicht einzugehen vermag und von den Verhandlungen darüber eine Verzögerung der militärischen Operationen nicht abhängig machen kann. Die letztern haben bereits dadurch erheblichen Nachtheil erlitten, daß Ew. Hoheit mir gestern Morgen einen nicht völlig legitimirten Parlamentär, Ihren Hauptmann von Zielberg, zusendeten, und ich kann keine erneute Verzögerung der Operationen zulassen, muß daher auch Ew. Hoheit bitten, mir sofort meinen Major von Jacobi zurückzusenden.

„Dagegen bin ich aber gern erbötig, mit dem

mir von Seiner Majestät dem König von Preußen zugesendeten Generaladjutanten von Alvensleben Verhandlungen eintreten zu lassen, um allem Blutvergießen und dem Bedrucke der Einwohner möglichst vorzubeugen.

„Mit vollkommenster Hochachtung verbleibe ich Ew. Hoheit

freundwilliger Vetter

(Gez.) Georg, Rex.

Langensalza, 24. Juni 1866."

Unmittelbar nach der am 24. Juni mittags erfolgten Absendung dieses Schreibens befahl der König die Fortsetzung des Vormarsches der Armee. Die Brigade von Bülow marschirte in der Avantgarde und stieß bei Mechterstedt auf eine sehr geringe preußische Truppenabtheilung. Nach einem kurzen Gefechte zog sich dieselbe zurück. Die äußerste hannoverische Avantgarde war bereits bis über Eisenach hinaus vorgedrungen und die Brigade von Bülow stand im Begriff, in Eisenach einzurücken. Durch die Besetzung von Eisenach wäre der Durchzug der hannoverischen Armee gesichert gewesen, denn weiter südwärts hin konnten keine preußischen Truppen mit der Eisenbahn befördert werden, und zu einer Vorschiebung preußischer Corps außerhalb der Eisenbahn war keine

Zeit vorhanden — nahe hinter Eisenach aber mußten bereits die bairischen Corps stehen.

Der Herzog von Koburg hatte in dem dringenden Wunsche, die von ihm angebahnte Verständigung zu Stande zu bringen, den Major von Jacobi noch auf kurze Zeit zurückgehalten, und bestimmte denselben, an den Brigadecommandeur von Bülow eine telegraphische Depesche zu senden, des Inhalts, daß der Abschluß der Convention sicher und daher die Feindseligkeiten abzubrechen seien. Der Brigadecommandeur von Bülow leistete dieser Depesche Folge, gab die gewonnenen Vortheile und die Besetzung Eisenachs auf und zog sich in die von ihm vor dem Gefechte von Mechterstedt eingenommene Position zurück.

Dieser ganze Vorgang, welcher den verhängnißvollen Wendepunkt für die Entwickelung der weitern Ereignisse bildet, erscheint vom militärischen Standpunkte aus befremdend und kaum erklärlich. Denn erstens hatte der Major von Jacobi nach dem ihm überbrachten Befehle des Königs in keine weitern Erörterungen einzugehen, jedenfalls nicht das Recht, irgendwelche Mittheilungen an einen im Gefecht befindlichen Truppencommandeur zu richten. Der Brigadecommandeur von Bülow seinerseits hatte unzweifelhaft irgendwelche Befehle nur von dem Generallieute-

nant von Arentschildt, nicht aber von einem Major des Generalstabes anzunehmen, und wenn er sich dennoch veranlaßt fühlte, das Gefecht abzubrechen, so schien es im Hinblick auf die hohe strategische Bedeutung des Bahnüberganges bei Eisenach mindestens geboten, diesen Uebergang besetzt zu halten und nach beiden Seiten hin die Schienen zu zerstören, um das schnelle Herannahen feindlicher Verstärkungen zu verhindern.

Erklärlich werden diese Vorgänge vom persönlichen und rein menschlichen Standpunkte nur dadurch, daß die höhern Offiziere die Wichtigkeit einer Verständigung mit Preußen noch im letzten Augenblicke tief empfanden und von dem Wunsche nach einer solchen Verständigung beseelt waren — daß sie daher geneigt sein mochten, alles zu thun, was die eingeleiteten Verhandlungen fördern, und alles zu vermeiden, was dieselben zum Scheitern bringen konnte.

Als die Meldung von diesen Vorgängen an den König, der sich auf der Straße nach Eisenach befand, gelangte, war derselbe über das nach seiner Auffassung vom militärischen Standpunkte nicht zu rechtfertigende und in politischer Beziehung ebenso verhängnißvolle Verfahren hoch erzürnt. Er sendete sogleich den Generaladjutanten Dammers nach den Vorposten, um unmittelbar die militärischen Operationen zur Siche-

rung Eisenachs wieder aufnehmen zu lassen. Allein es war inzwischen Nacht geworden, die ganze Marschcolonne war ins Stocken gerathen, und es war unmöglich, an diesem Abende noch etwas zu thun.

Der König befand sich ungefähr zwei Stunden vor Eisenach.

Man suchte nach einem passenden Nachtquartier und bezog das in der Nähe liegende Schloß Großbehringen, welches einer mit ihrer Familie abwesenden Frau von Trützschler-Falkenstein gehörte. Es fehlte dort an allen Lebensmitteln und sowol das königliche Hauptquartier als der größte Theil der Armee litt dringend Mangel, da durch die eigenthümlichen Märsche und durch die Stockungen des Vorrückens die Proviantcolonnen niemals da waren, wo man ihrer bedurfte. An der Tafel des Königs gab es nur abgekochte Kartoffeln und kaltes Rindfleisch, und auch diese einfachen Nahrungsmittel nur in sehr beschränkter Quantität.

Es gelang mir, durch einen Kanzleibeamten des Auswärtigen Amtes in der Apotheke Großbehringen eine Flasche Rothwein aufzutreiben, dessen Zusammensetzung mir heute noch ein chemisches Geheimniß ist, der indeß damals eine unschätzbare Kostbarkeit war.

Während der Nacht nun fuhren auf der Eisenbahn von beiden Seiten her unausgesetzt bedeutende preußische

Truppenabtheilungen heran, sodaß am nächsten Morgen schon Eisenach sehr stark besetzt war und an einen Uebergang über die dortige Eisenbahnlinie nicht gedacht werden konnte.

Unmittelbar nachdem der König das Hauptquartier von Großbehringen bezogen hatte, meldete sich bei den Vorposten der preußische Generaladjutant von Alvensleben mit der Erklärung, daß er von Sr. Majestät dem Könige von Preußen abgesendet sei, um die Befehle Sr. Majestät des Königs von Hannover entgegenzunehmen.

Am frühen Morgen des 25. Juni traf der General von Alvensleben in Großbehringen ein behufs der Verhandlung über die von dem Herzoge von Koburg und dem Major von Jacobi präcisirte Convention.

Der General gab dem dringenden Wunsche des Königs von Preußen Ausdruck, unter den obwaltenden gespannten Verhältnissen wenigstens um jeden Preis einen blutigen Zusammenstoß zu vermeiden und die Möglichkeit einer weitern Verständigung offen zu halten. Dagegen äußerte er selbst Bedenken gegen die von dem Könige von Preußen acceptirte Bedingung des Herzogs von Koburg über die Enthaltung der hannoverischen Armee von allen Feindseligkeiten auf die Dauer eines Jahres. Er erkannte vollkommen die Schwierig-

keiten, ja beinahe Unmöglichkeiten an, die dadurch der hannoverischen Armee geschaffen werden würden, und erklärte, daß er für seine Person ein solches Arrangement zu befürworten nicht im Stande sei. Der König Georg seinerseits, um für alle weitern Erwägungen Zeit offen zu lassen, behielt sich für den definitiven Entschluß über den frühern Vorschlag der einjährigen Enthaltung von den Feindseligkeiten eine Bedenkzeit von 24 Stunden vor. Der General von Alvensleben übernahm es, über die Unterredung von Großbehringen die definitive Entscheidung seines königlichen Herrn einzuholen, und schloß zu diesem Behufe einen Waffenstillstand bis auf weiteres ab.

Infolge dieses Waffenstillstandes bezogen die hannoverischen Truppen Cantonnements, und der General von Arentschildt entsendete den Oberstlieutenant Rudorff vom Generalstabe in das Hauptquartier des commandirenden preußischen Generals Vogel von Falckenstein, um ein Arrangement der Quartiere mit den preußischen Vorposten herzustellen. Der General Vogel von Falckenstein erklärte jedoch dem Oberstlieutenant Rudorff, daß er von einem abgeschlossenen Waffenstillstande nichts wisse und unmittelbar angreifen werde.

Am andern Morgen, den 26., meldete sich ein Offizier aus dem Hauptquartier des Generals Vogel von

Falckenstein und erklärte dem Könige nochmals, daß die Preußen angreifen würden. Der König war in hohem Grade unwillig über diese Erklärung, welche er im Hinblick auf den mit dem General von Alvensleben abgeschlossenen Waffenstillstand für eine Verletzung des Völkerrechtes erachtete, wenn nicht ein Misverständniß durch mangelnde Benachrichtigung des Generals Vogel von Falckenstein vorliege. Er protestirte gegen den angekündigten preußischen Angriff im Namen aller Souveräne Europas und entsendete den Oberstlieutenant Rudorff nach Berlin, um das vorliegende Misverständniß aufzuklären und die in Aussicht genommene definitive Antwort des Königs von Preußen einzuholen. Der Oberstlieutenant Rudorff indeß wurde von den preußischen Vorposten nicht durchgelassen und kehrte also unverrichteter Sache zurück.

Die hannoverische Armee zog sich auf die Positionen um Langensalza zurück, und der König bezog abermals das Hauptquartier in diesem Orte. Hier erschien nun nochmals ein preußischer Parlamentär in der Person des Obersten von Döring, welcher den Auftrag hatte, dem Könige noch einmal die Sommation vom 15. Juni vorzulegen und die letzte und endliche Entscheidung Sr. Majestät darüber einzuholen. Es war also hier noch einmal die Möglichkeit vorhanden, alle Feind-

seligkeiten auszuschließen, die hannoverische Armee in die Friedensquartiere zurückzuführen und die preußische Occupation des Königreichs zu beenden. Freilich erklärte der Oberst von Döring selbst, bevor er die Sommation, seinem Auftrage gemäß, verlas, daß er diesen Auftrag fast für überflüssig halten müsse, da die Avantgarde des Generals Vogel von Falckenstein sich bereits zum Angriff anschicke. Eine Annahme der Sommation würde indeß ohne allen Zweifel dennoch die Situation völlig geändert haben.

Es war ein schwerer, verhängnißvoller Augenblick; allein nach den mehrfach hervorgehobenen Anschauungen, welche in dem Charakter des Königs tief begründet waren, konnte dessen Entscheidung nicht zweifelhaft sein. Er hielt es für eine heilige und religiöse Pflicht, an seinen Souveränetätsrechten unveränderlich festzuhalten und um den Preis einer Schmälerung derselben keiner Gefahr auszuweichen. Er lehnte die Annahme der Sommation ebenso bestimmt ab, wie er dies in Hannover gethan hatte, und damit war die letzte Brücke einer Verständigung abgebrochen.

Am Abend vorher schon, als das Vorrücken der Preußen in Angriffsstellungen zuerst gemeldet wurde, hatte der König die nachstehende Erklärung aufsetzen lassen, welche er mir versiegelt und an Seine Majestät

den König von Preußen adressirt übergab, um dieselbe, im Falle er während des vorauszusehenden Gefechtes gefangen genommen werden sollte, in die Hände des preußischen Offiziers zu legen, der die Gefangennehmung bewirken würde. Diese Erklärung kennzeichnet scharf die Auffassung des Königs und die tiefe Erbitterung, in welche ihn die unglückselig verwirrten Verhandlungen, welche vor Eisenach aufgenommen waren, versetzt hatten. Sie lautete folgendermaßen:

„Nachdem gestern zwischen dem vom Könige von Preußen an mich abgesendeten Generaladjutanten von Alvensleben und meinem Generaladjutanten Obersten Dammers ein Waffenstillstand bis auf weiteres abgeschlossen war, haben heute, als meine Armee im Vertrauen auf diesen Waffenstillstand zerstreute Cantonnements bezogen, die preußischen Truppen einen unvorhergesehenen Ueberfall unternommen.

„Ich gebe mich mit meinem theuern Sohne und Kronprinzen und mit meinem Heere, welches sich kämpfend zurückgezogen, nur der Uebermacht weichend gefangen, und erkläre hiermit feierlich vor dem dreieinigen Gott und der ganzen Welt, insbesondere zur Wahrung der Rechte meiner angestammten Krone, meines königlichen Hauses und meines Königreichs, sowie zur Rettung der Ehre meiner tapfern und treuen

Armee diesen Ueberfall für einen Act der größesten Roheit und Barbarei.

„Ich protestire im Namen aller Souveräne Europas, im Namen des Völkerrechts und im Namen der Ehre aller civilisirten Armeen gegen diesen unerhörten Wortbruch, und mache den Urheber desselben für alles daraus entstehende Unglück vor Gott und der Welt verantwortlich.

„Ich werde keine Gelegenheit versäumen, die mir, meinem königlichen Hause und meinem Königreiche — — entrissenen Rechte mit der Hülfe des Allmächtigen wiederzuerlangen, und vertraue dabei auf die ewige Gerechtigkeit Gottes, auf die unerschrockene Treue meiner Unterthanen, welche schon einmal den — — gestürzten Thron wieder aufrichtete, und auf die Waffen meiner Alliirten, und harre aus in der zuversichtlichen Ueberzeugung, daß endlich der gerechten Sache der Sieg zutheil werden wird.

Langensalza, den 26. Juni 1866.

(Gez.) Georg, Rex.“

Am 27. morgens bei Tagesanbruch wurde von den Vorposten eine stärkere Bewegung in der preußischen Armee gemeldet, welche auf einen beabsichtigten Angriff schließen lasse. Wir brachen von Langensalza auf, und der König begab sich in das auf einer ziemlich hoch

aufsteigenden Anhöhe gelegene Dorf Thamsbrück, wo er im Pfarrhause Quartier nahm, auf dessen friedlich gelegenem Hofe wir uns unter einer mächtigen Linde zu einem aus den primitivsten Bestandtheilen zusammengebrachten Frühstück niedersetzten.

Gegen 10 Uhr griff der General Flies von Gotha her an.

Die hannoverische Armee hatte ihre Aufstellung in und um Langensalza auf den die Stadt umziehenden Höhen und hinter der Unstrut.

Der General von Arentschildt, welcher weit überlegene feindliche Streitkräfte voraussetzte, oder immer noch die Vermeidung eines unheilbaren Bruches im Auge haben mochte, hatte den Befehl an die verschiedenen Truppentheile gegeben, sich fechtend zurückzuziehen. Er sendete, als die ersten Kanonenschüsse fielen, einen Offizier — wenn mich mein Gedächtniß nicht täuscht, den Rittmeister von Lenthe von der Garde-du-Corps — an den König mit der Bitte, daß Se. Majestät ihm, dem General, die Vollmacht ertheilen wolle, zu capituliren, wenn er es für erforderlich halte.

Der König hörte diese Meldung finster an. Er verweigerte die erbetene Vollmacht auf das bestimmteste und sendete den Rittmeister von Lenthe an den General von Arentschildt zurück mit dem Befehl, sich

gegen den Angriff, den er für eine Verletzung des Waffenstillstandes erachten müsse, zu vertheidigen bis auf den letzten Mann. Er stieg darauf zu Pferde und befahl dem Generaladjutanten, ihn sogleich auf einen Platz zu führen, auf welchem ihn die im Gefecht befindlichen Truppen von allen Seiten sehen konnten.

Wir begaben uns, von dem Generaladjutanten geführt, auf eine Anhöhe seitwärts von Langensalza über dem Dorfe Merxleben, wo der König fast von allen Stellungen seiner Armee aus sichtbar war. Der Armeebereiter, Major Schweppe von den Gardeküraſſieren, führte das Pferd des Königs am Leitseil, und obwol auf der Höhe der königliche Zug, den man von der Ferne her vielleicht für eine Cavalerieabtheilung halten mochte, das Ziel feindlichen Granatfeuers wurde, befahl der König, aller an ihn gerichteten Bitten und Vorstellungen ungeachtet, das weitere Vorgehen, indem er auf den zischenden Schlag der Granaten lauschte und unausgesetzt fragte, ob ihn die Truppen auch sehen könnten.

Wir hielten auf der von dem Generaladjutanten ausgewählten Höhe während der Dauer des Kampfes bis um 6 Uhr abends in brennender Sonnenhitze, und es war ein ebenso rührender als erhebender Anblick, der nie aus meiner Erinnerung verschwinden

wird, den blinden König zu sehen, der, von der rings-umher tobenden Schlacht nur durch das Gehör die Eindrücke empfangend, unbeweglich auf seinem Pferde hielt, unfähig einzugreifen, nur von dem einzigen Wunsche beseelt, seine Pflicht als Kriegsherr dadurch zu erfüllen, daß er seinen Truppen durch seinen Anblick Muth einflöße.

Wir beobachteten unausgesetzt den Gang des Gefechts, und der König ließ sich über jeden Vorgang, den wir wahrnahmen, Mittheilung machen, ohne daß sich auf seinem edeln, bleichen Gesicht die geringste Bewegung zeigte.

Das Gefecht schien zunächst eine ungünstige Wendung für die hannoverischen Truppen zu nehmen; dieselben wurden aus Langensalza zurückgeworfen, die Preußen besetzten diese Stadt und drangen bis über dieselbe hinaus vor. Das Gefecht verlief anfänglich den von dem General von Arentschildt gegebenen Befehlen entsprechend: die Hannoveraner zogen sich fechtend zurück.

Endlich aber, gegen Mittag, trug die Erbitterung und der Kampfeseifer der jüngern Offiziere und der Truppen den Sieg über die Anordnungen des Commandos davon. Ein Bataillon des hannoverischen Garderegiments unter der Führung des Oberstlieute-

nants von Landesberg ergriff zuerst die Offensive, ging über die Unstrut und warf die dort gegenüberstehenden Preußen zurück. Schnell wurde dieses Beispiel auf der ganzen Linie befolgt — überall griffen die einzelnen hannoverischen Abtheilungen mit unwiderstehlicher Gewalt an. Die jungen Offiziere, nur noch von ihrem militärischen Ehrgefühle geleitet, wollten dem Befehle zum Rückzuge nicht mehr gehorchen — eine Abtheilung riß die andere mit fort und bald drang die ganze Armee siegreich vor.

Die Cavalerie, welche zuerst in der Reserve gehalten war, drang von allen Seiten in die Ebene hinab.

Um 6 Uhr war der Sieg entschieden.

Die preußischen Truppen zogen sich auf Gotha zurück, bis fast vor die Thore dieser Stadt von den hannoverischen Cavaleriereegimentern verfolgt — wir sahen dies von unserm Standpunkte herab deutlich.

Merkwürdigerweise waren bei dem Könige während des ganzen Tages keine Meldungen über die Entwickelung des Gefechts eingelaufen, dessen Leitung der General von Arentschildt wol verloren haben mochte, der sich übrigens mit einer außerordentlichen persönlichen Unerschrockenheit im feindlichen Feuer bewegte. Generaladjutant Oberst Dammers hatte sich in die Gefechts

linie begeben, wohin ihn der junge Prinz Hermann von Solms-Braunsfels begleitete, der bei dieser Gelegenheit mit einer für sein Alter bewunderungswürdigen Kaltblütigkeit die hannoverischen Truppen mitten im Kugelregen zum Kampf anfeuerte.

Als der Generaladjutant mit der Meldung des Sieges zurückkehrte, stieg der König tief aufathmend vom Pferde. Er war auf das äußerste erschöpft und hatte, wie wir alle, vom frühen Morgen an nichts genossen. Ich hatte in meiner Feldflasche etwas Sherry und brachte denselben dem Könige in einem Reisebecher des Grafen Platen. Nachdem sich der König erquickt, nahm er meinen Arm und ging eine Zeit lang auf der Berghöhe auf und nieder.

„Ich danke Gott für diesen Sieg“, sagte er, „der mich mit hohem Stolze auf meine vortreffliche Armee erfüllt und mich zu unauslöschlicher Dankbarkeit gegen dieselbe verpflichtet — aber dennoch ist es ein großes Unglück, daß es so hat kommen müssen, und was soll nun werden?“

Ich bemerkte dem Könige, daß nach meiner Ueberzeugung jede Möglichkeit irgendeiner Verständigung mit Preußen nunmehr ausgeschlossen sei, daß das vergossene Blut wenigstens für die nächste Zeit einen unüberbrückbaren Abgrund bilde, um so mehr, als der

militärisch für Preußen ungünstige Ausgang des Gefechts in Berlin den nothwendigen Wunsch erzeugen müsse, nunmehr die hannoverische Armee um jeden Preis zu erdrücken. Ich sprach dem Könige ebenso meine Ueberzeugung aus, daß der einzige Weg zur Rettung und zur Offenhaltung späterer Entschließungen ja nach dem Gange der Ereignisse darin liege, unverzüglich und ohne jeden Aufschub nach Gotha aufzubrechen. Der Weg dahin müsse nach der Zurückwerfung des Flies'schen Corps frei sein, und wenn man über Gotha hinauskommen könne, so werde man dieselbe vortheilhafte Position erreichen, welche durch die traurig verhängnißvollen Vorgänge vor Eisenach damals verloren worden sei. Jenseits Gotha hin könnten keine namhaften preußischen Truppen gebracht werden, und unmittelbar hinter Gotha müßten schon die Vorposten der bairischen Armee stehen, mit welcher sich zu vereinigen jetzt die dringendste Aufgabe sei.

Graf Platen war vollständig derselben Ansicht. Die Gefahr und die nunmehr unwiderruflich gewordene Entscheidung hatten ihn mit einer ihm sonst nicht eigenen bewundernswürdigen Klarheit und Entschlossenheit erfüllt, und er drang mit mir in den König, daß derselbe sogleich, nachdem die Truppen sich nur ein wenig erfrischt hätten, den Vormarsch nach Gotha be=

fehlen möge. Der König stimmte unsern Ansichten und Gründen durchaus bei. Er kehrte nach Langensalza zurück und sendete Adjutanten ab, um den Generallieutenant von Arentschildt, den Chef des Generalstabes Obersten Cordemann und sämmtliche Brigadiers sogleich dorthin zu einem Kriegsrath zusammenzurufen.

Unser Zug über das Schlachtfeld hin nach der Stadt war ein außerordentlich schmerzlicher. Ueberall lagen die zum Theil gräßlich zerrissenen Leichen umher, die Pferde gingen durch Blutlachen, und der Anblick wurde um so schauerlicher durch das Gefühl, daß alle diese braven und tapfern Soldaten von beiden Armeen einem Kampfe zum Opfer gefallen waren, in welchem Deutsche gegen Deutsche, Freunde, nahe Verwandte und selbst Brüder einander gegenübergestanden hatten.

Es dauerte ziemlich lange, bis der commandirende General und die Truppencommandeurs in Langensalza eintrafen.

Der König hatte befohlen, so streng er sonst auf die Abscheidung der militärischen und civilen Ressorts von einander hielt, daß Graf Platen und ich dem abzuhaltenden Kriegsrathe beiwohnen sollten, und hatte auch den österreichischen Gesandten Grafen Ingelheim zu demselben eingeladen, da, wie er sagte, ihm alles daran gelegen sei, dem Kaiser von Oesterreich, mit dem

seine Interessen nun völlig identisch geworden, zu zeigen, daß er, wie auch der Ausgang sich gestalten möge, alles gethan habe, um seine Armee zu retten. Der König mochte fühlen, daß in jenem Augenblick die größere Entschlossenheit und die thatkräftigere Unterstützung seines Willens, den er bei seiner Blindheit nicht mit unumschränkter Selbständigkeit geltend machen konnte, bei seinen Civildienern zu finden war. Er befahl mir, da er die bedeutungsschwere Wichtigkeit jener Augenblicke und der zu fassenden Entscheidung vollkommen empfand, ein Protokoll über den von ihm versammelten Kriegsrath zu führen, um eine bleibende Aufzeichnung darüber zu besitzen.

Als der Kriegsrath versammelt war, sprach der König seine Ueberzeugung von der Nothwendigkeit eines schnellen Vormarsches auf Gotha aus und verlangte von dem General und den Truppencommandeurs ihre Meinung darüber.

Der Oberst Cordemann entgegnete nach den mir vorliegenden protokollarischen Aufzeichnungen: „daß wegen der verschossenen Munition, der mangelnden Verpflegung und der großen Ermüdung der Truppen, sowie wegen der Unmöglichkeit, diesen Mangel zu ersetzen, die Armee nicht in der Lage sei, gegen Preußen isolirt einen zweiten Kampf zu bestehen, solange sie

nicht eine Basis zur Ersetzung der Munition und der Verpflegungsvorräthe gewonnen habe, weil sie auf eine überraschende Weise aus dem Zustande des tiefsten Friedens nur zu provisorischer Schlagfertigkeit gebracht sei. Er halte daher für erforderlich: erstens eine möglichst lange Ruhe; zweitens frühzeitige Berücksichtigung des Punktes, daß die Armee momentan nicht schlagfertig gemacht werden könne, weil die Hülfsquellen, welche dazu nöthig seien, augenblicklich nicht in unserm Bereiche sich befänden."

Der Generallieutenant von Arentschildt trat dieser Erklärung des Generalstabschefs in allen Punkten bei und wiederholte, von den meisten der Truppencommandeurs unterstützt, daß die Truppen sich in der vollständigen Unmöglichkeit befänden, den Marsch nach Gotha zu machen.

Es entspann sich eine lebhafte und animirte Discussion darüber. Sowol Graf Platen als ich konnten trotz der schweren Verantwortlichkeit, welche für uns in einem Urtheil über militärische Verhältnisse lag, doch nach dem Eindruck, den wir von den verschiedenen Corps, denen wir auf dem Schlachtfelde begegneten, empfangen hatten, nicht an eine derartige Erschöpfung der Truppen glauben. Wir hoben besonders hervor, daß wenn auch einige tausend Mann auf dem Marsche

nach Gotha nicht folgen könnten und liegen bleiben würden, dies im Hinblick auf die Wichtigkeit des Zweckes der Rettung der übrigen Armee nicht in Betracht käme und keinen Grund bilden könne, den Vormarsch aufzugeben und so der Gefahr, ja der Gewißheit einer völligen Umzingelung sich auszusetzen.

Unsere Bemerkungen fanden fortwährenden und schließlich etwas gereizten Widerspruch, und der commandirende General sowie der Generalstabschef blieben mit Entschiedenheit dabei, daß die Armee absolut außer Stande sei, sich auch nur eine Stunde weit fortzubewegen.

Wiederum wurde ich hier an die unglücklich prophetische Mahnung des Ministers Bacmeister erinnert.

Der König war einer so übereinstimmenden Erklärung seiner Truppencommandeure gegenüber durch sein körperliches Gebrechen außer Stande, unter eigener Verantwortlichkeit durchzugreifen, der Kronprinz noch nicht alt und selbständig genug, um einen entscheidenden Einfluß auszuüben oder seinerseits die Verantwortung zu übernehmen, und so entschied denn der König endlich, da er dem commandirenden General eine Vollmacht, nach seinem Ermessen eine Capitulation abzuschließen, auch jetzt unter keiner Bedingung ertheilen wollte, daß der Generallieutenant von Arent-

schildt bei dem commandirenden General der preußischen Armee einen Waffenstillstand von acht Tagen beantragen solle.

Es hieß dies so gut wie nichts beschließen, denn die Annahme eines Waffenstillstandsvorschlages von preußischer Seite war völlig undenkbar, und als später der Rittmeister Volger von den Gardehusaren als Parlamentär nach dem inzwischen herangerückten General von Manteuffel gesendet wurde, wies dieser jeden Waffenstillstandsvorschlag auf das entschiedenste mit der Erklärung zurück, daß, nachdem einmal preußisches Blut geflossen sei, er nur noch über die Capitulation der hannoverischen Armee verhandeln könne.

Der Generallieutenant von Arentschildt und die Truppencommandeure drangen darauf, den Kriegsrath zu beschließen, da ihre Gegenwart bei den Truppen unerlaßlich nothwendig sei.

Der König machte noch am Abend eine Fahrt im offenen Wagen durch die Stadt, um den leichtverwundeten Prinzen Ernst Solms zu besuchen. Er befahl mir, ihn zu begleiten, und wir kamen, um die Vorstädte herumfahrend, durch die Cantonnements verschiedener Truppentheile, welche alle mit Jubelrufen den Wagen des Königs umringten, und bei welchen ich nicht die geringste Spur von Ermüdung bemerken konnte, viel=

mehr zeigten sie alle frischen Muth und freudige Zuversicht und verlangten in lauten Rufen, vorwärts geführt zu werden.

Ich machte den König abermals auch hierauf besonders aufmerksam und glaubte, ihn nochmals dringend bitten zu sollen, den Vormarsch auf Gotha noch an diesem Abend trotz aller erhobenen Schwierigkeiten und Bedenken zu befehlen, da ich überzeugt war, daß die Truppen in dem Bewußtsein des eben erfochtenen Sieges vor keiner Anstrengung zurückschrecken und das Aeußerste leisten würden. Der König aber schwieg traurig. Er wagte dennoch nicht, einen solchen Befehl zu geben, da ihm allein bei der entgegenstehenden Erklärung der Generale alle Schuld eines unglücklichen Ausganges zur Last gelegt worden wäre, und er nicht die Möglichkeit besaß, aus eigener Anschauung zu urtheilen.

Ich bin auch heute noch der Ueberzeugung, daß der Marsch auf Gotha an jenem Abend die hannoversche Armee gerettet haben würde. Er erschien damals um so nothwendiger, als ja die Schlacht von Königgrätz noch nicht geschlagen und das Schicksal des Krieges noch unentschieden war. Wäre etwa eine preußische Niederlage eingetreten oder hätte sich der Krieg nur längere Zeit schwankend hingezogen, so mußte die hannoversche Armee noch eine große Bedeutung ge-

winnen; aber auch nach der österreichischen Niederlage von Königgrätz würde der König eine wesentlich andere Stellung eingenommen haben, wenn er bei Beginn der Friedensverhandlungen noch an der Spitze einer intacten Armee im Felde gestanden hätte, und auch auf die Kriegführung der süddeutschen Bundescorps hätte die Gegenwart des Königs und der siegreichen hannoverischen Armee einen sehr entscheidenden Einfluß ausüben müssen.

Es wurde damals aus einer wol zu ängstlichen Schonung der Truppen das letzte Mittel versäumt, welches noch zur Rettung Hannovers hätte führen können. Der König hat dies auch stets vollkommen klar erkannt und mir noch am Jahrestage der Schlacht von Langensalza brieflich in den wärmsten Worten seinen Dank für den Eifer ausgesprochen, den ich ihm in jenem Kriegsrath am Abend nach der Schlacht durch meinen Rath zur Rettung der Armee bewiesen. Leider war dieser Rath erfolglos geblieben, wie es unter den obwaltenden Verhältnissen wol natürlich war.

Viele Feldherren haben wol unter weit schwerern Verhältnissen, als sie damals vorlagen, angestrengte Gewaltmärsche gemacht und durch dieselben große Erfolge errungen und hochwichtige Entscheidungen herbeigeführt. Die Geschichte aller Kriege zeigt solche Bei-

spiele, und wenn Blücher nach der Schlacht von Ligny auf die Ermüdung seiner Truppen Rücksicht genommen hätte, so wäre der Ausgang bei Waterloo ein anderer gewesen und das Schicksal Europas hätte vielleicht eine andere Wendung genommen.

Solche Entschlüsse aber kann nur ein Feldherr fassen, der mit eigenen Augen die Lage der Dinge zu überschauen vermag, und daß der König sie nicht zu fassen wagte, kann ihm nicht zum Vorwurf gereichen.

Das Schicksal der hannoverischen Armee war nun besiegelt. Während der König am 28. Juni morgens die gefallenen Hannoveraner und Preußen in seinem Beisein bestatten ließ, lief die Meldung ein, daß das ganze Corps des Generals von Manteuffel auf den Eisenbahnen von Magdeburg und Nordhausen in unsern Rücken gekommen sei. Die ungefähr achtzehntausend Mann starke hannoverische Armee war also von wenigstens vierzig= bis funfzigtausend Mann preußischer Truppen umzingelt; jeder weitere Kampf wäre nur eine zwecklose und unverantwortliche Schlächterei gewesen.

Der Generallieutenant von Arentschildt erbat abermals die Vollmacht zu Capitulationsverhandlungen. Der König forderte eine schriftliche Erklärung des commandirenden Generals, des Chefs des Generalstabes und der sämmtlichen Brigadiers, in welcher die=

selben auf ihre militärische Ehre und ihren Fahneneid vor Gott und ihrem Gewissen versicherten, daß die Armee infolge der gehabten großen Anstrengungen und wegen der fast ganz verschossenen Munition kampfunfähig sei und mit aller Anstrengung nur noch auf einen Tag mit Lebensmitteln versorgt werden könne. An diesem Tage konnte ohnehin von einem Marsch auf Gotha nicht mehr die Rede sein; die Wahl stand nur zwischen der Ergebung und einem völlig aussichtslosen Kampfe. Nachdem diese Erklärung von den sämmtlichen betreffenden Offizieren unterzeichnet war, ertheilte nunmehr der König dem Generallieutenant von Arentschildt die Vollmacht, eine militärische Capitulation abzuschließen, um das Leben der in der Armee die Waffen tragenden Landeskinder nicht in einem unnützen und erfolglosen Kampf aufzuopfern.

Diese Capitulation wurde am 29. Juni morgens zu Langensalza zwischen dem Generallieutenant von Arentschildt und dem inzwischen dort eingetroffenen preußischen General von Manteuffel abgeschlossen. Sie bestimmte, daß die hannoverische Armee die Waffen und Pferde an vom Könige zu ernennende Commissare zur Uebergabe an Preußen abliefern und sich dann in ihre Heimat begeben sollte. Die hannoverischen Offiziere und Armeebeamten mit Offiziersrang behielten ihre

Waffen und die freie Wahl ihres Aufenthaltes; es wurde ihnen ohne Fristbestimmung und weitere Bedingungen der Bezug ihrer vollen Competenzen von der preußischen Regierung gewährleistet, und der General von Manteuffel bemerkte, daß diese für die Offiziere so ehrenvollen Bedingungen ausdrücklich von Sr. Majestät dem Könige von Preußen bestimmt seien, um der Tapferkeit der hannoverischen Armee seine Anerkennung zu beweisen.

Auf diese Bestimmungen der Capitulation von Langensalza ist besonderes Gewicht zu legen, weil dieselben bei den demnächstigen Verhandlungen über die Verhältnisse der frühern hannoverischen Armee nach der Einverleibung des Königreiches eine wichtige Bedeutung gewannen, worauf ich in der spätern Folge dieser Aufzeichnungen zurückkommen werde. Die Capitulation war übrigens rein militärisch und berührte in keinem Punkte das politische Gebiet. Das Privateigenthum des Königs war von derselben völlig ausgeschlossen, und es wurde dem Könige freigestellt, während der Dauer des Krieges ganz nach Belieben seinen Aufenthalt außerhalb der Grenzen des Königreichs Hannover mit einem von ihm zu bestimmenden Gefolge zu wählen.

Der General von Manteuffel erschien im hanno-

verischen Hauptquartier, um sich nach abgeschlossener Capitulation bei dem Könige zu melden. Der kurze Empfang war ernst und traurig. Herr von Manteuffel sprach mit bewegter Stimme seinen Schmerz darüber aus, unter solchen Umständen vor Sr. Majestät erscheinen zu müssen, und der König erwiderte, daß die beklagenswerthen Verhältnisse keinen Einfluß auf seine persönlichen Gesinnungen gegen einen pflichttreuen General ausüben könnten, wenn derselbe ihm auch feindlich gegenüberstände.

Es mußte nun ein Entschluß über die nächsten Schritte und über die von seiten des Königs zu treffende Wahl seines Aufenthaltes gefaßt werden. Graf Ingelheim sprach dem Könige die dringende Bitte aus, daß derselbe sich nach Wien zum Kaiser von Oesterreich begeben möge. Der Graf war von unerschütterlicher Zuversicht auf den Sieg der österreichischen Waffen erfüllt, und versicherte in voller, gläubiger Ueberzeugung, daß der Kaiser, sein Herr, den König im Triumph wieder in seine Residenz zurückführen werde. Der vortreffliche, seinem Vaterlande und seinem Kaiser so treu ergebene Mann ahnte nicht, wie schnell die zerschmetternde Katastrophe auch über das Haus Habsburg hereinbrechen und dasselbe dahin drängen sollte, zu seiner eigenen Rettung den Beistand Napoleon's anzurufen.

Graf Platen unterstützte die Bitte des Grafen Ingelheim auf das entschiedenste und aus voller Ueberzeugung; er hob hervor, daß, wenn auch der König keinen Bündnißvertrag mit Oesterreich geschlossen habe, er dennoch durch die Entwickelung der Ereignisse und durch den entscheidenden Kampf bei Langensalza nunmehr thatsächlich zum activen Verbündeten der österreichischen Sache geworden und daß sowol für seine persönliche Würde als für seine politische Stellung Wien der angemessenste Aufenthalt für ihn sei.

Der König trat dieser Ansicht wenn auch nicht ganz ohne Zögern bei. Nun aber mischte sich in die großen politischen Rücksichten eine der kleinen Etikettenfragen, welche in dem Leben der Höfe und in den Beziehungen der Souveräne untereinander oft eine so große, den ferner stehenden Kreisen kaum begreifliche Rolle spielen.

Der König hatte in seinem Gepäck keine österreichische Uniform und hielt es für unmöglich, anders als in einer solchen in Wien und vor dem Kaiser Franz Joseph zu erscheinen; außerdem schien es ihm auch nothwendig, selbst unter diesen außerordentlichen Verhältnissen, seinen Besuch in Wien dem Kaiser von Oesterreich erst zu melden und sich des bereitwilligen Empfanges desselben zu versichern. Vergeblich hob Graf Ingelheim hervor, daß der Rock, den der König

bei Langensalza getragen, das schönste Ehrenkleid sei, in welchem er dem Kaiser entgegentreten könne; vergeblich versicherte er, daß der Kaiser auch ohne vorherige Anfrage mit der höchsten Freude den König in Wien begrüßen werde — alle diese Vorstellungen blieben erfolglos. Der König beschloß, seinen Flügeladjutanten Oberstlieutenant von Kohlrausch nach Wien zu senden, um dem Kaiser seine Ankunft zu melden, sich selbst aber nach dem dem Herzog von Sachsen-Altenburg gehörigen Schloß Fröhlich Wiederkunft bei Altenburg zu begeben, um dorthin seine österreichische Uniform nachkommen zu lassen. Zugleich befahl er dem Grafen Platen, dem Kriegsminister General von Brandis und mir, sogleich nach Oesterreich abzureisen und ihn selbst in Linz zu erwarten, um ihn dann von dort aus nach Wien zu begleiten.

Wir reisten noch an demselben Abend mit dem Könige bis Erfurt und verabschiedeten uns dort von Sr. Majestät, um die Reise nach Linz anzutreten, während der König nach dem Schlosse Fröhlich Wiederkunft abreiste, dessen Namen indeß keine glückliche Vorbedeutung für die Zukunft bilden sollte.

VI.

Reise über Suhl und Regensburg nach Linz. — Die bairische Armee. — Siegeshoffnung der österreichischen Bevölkerung. — Zögerung des Königs mit seiner Abreise. — Die Nachricht von der Schlacht bei Königgrätz. — Unsere Abreise nach Wien. — Pessimistische Stimmung in Wien. — Spionenriecherei. — Audienz des Grafen Platen bei dem Kaiser Franz Joseph. — Muth und Fassung des Kaisers. — Bemühungen des Grafen Münster, den König von der Reise nach Wien abzuhalten und zum Frieden mit Preußen zu bestimmen. — Sendung des Grafen Bremer nach Wien. — Brief des Königs an den Grafen Platen. — Antwort des Grafen Platen. — Der König entschließt sich zur Abreise. — Inzwischen erfolgte Veränderung der Situation in Wien. — Ankunft des Königs. — Zurückhaltung der österreichischen Politik.

Wir fuhren durch Gotha und fanden dort noch an allen Straßenecken die Plakate, in denen der Magistrat die Bürger aufforderte, ruhig in ihren Häusern zu bleiben und die hannoverischen Truppen gut zu empfangen, zu denen man das Vertrauen hegen dürfe, daß sie strenge Ordnung halten und nichts zur Bedrückung der Einwohner thun würden. Diese Procla=

mationen waren der beste Beweis, daß der Magistrat nach den Mittheilungen der preußischen Truppen, welche auf dem Rückzuge durch Gotha gekommen waren, die hannoverische Armee unmittelbar nach der Schlacht von Langensalza dort erwartete, während der hannoverische Generalstab dieselbe für unfähig zu dem Vormarsche erklärte. Die Gegner hatten also die Leistungsfähigkeit der Truppen, denen sie in heißem Kampfe gegenübergestanden, richtiger geschätzt, und da die Erreichung von Gotha und die Besetzung des dortigen Knotenpunktes der Eisenbahnen der militärische Kampfpreis der Schlacht von Langensalza war, so konnte freilich außerhalb des hannoverischen Hauptquartiers niemand ahnen, daß man jenen Preis aufgeben und unthätig die völlige Umzingelung erwarten werde.

Bei der Weiterfahrt von Gotha überzeugten wir uns, daß die Armee unter allen Umständen gerettet gewesen wäre, wenn sie Gotha hätte erreichen können, denn die unmittelbar südlich sich öffnenden Défiléen hätten die Nachführung preußischer Truppen in dieses Operationsgebiet bei der Nähe der bairischen Armee unmöglich gemacht.

In Suhl ereignete sich der komische Zwischenfall, daß ein Vertreter der Stadt den Kriegsminister von Brandis wegen der Aehnlichkeit der Uniform für

einen preußischen General hielt und bei unserer Ankunft eiligst erschien, um ihm Mittheilungen über die zur Sicherung der in Suhl befindlichen Kassen getroffenen Maßregeln zu machen. Die Bestürzung des armen Mannes war sehr groß, als Herr von Brandis ihm lächelnd erklärte, daß er zwar kein preußischer General sei, aber von dem Misverständniß keinen indiscreten Gebrauch machen wolle. Unmittelbar vor Suhl trafen wir die Avantgarde von dem Corps des bairischen Generals Feder, welches heranrückte, um der hannoverischen Armee die Hand zu reichen. Die bairischen Offiziere waren in hohem Grade bestürzt, als wir ihnen die Nachricht von der Capitulation der hannoverischen Armee brachten. Die Kunde von der Schlacht von Langensalza war zu ihnen gedrungen, und sie erwarteten jeden Augenblick, unsern siegreichen Truppen zu begegnen! Wir hörten manche halb unterdrückte bittere Bemerkung über die Langsamkeit der bairischen Operationen, welche verhindert hätte, daß man uns rechtzeitig habe zu Hülfe kommen können. Das Gefühl aber, das ich bei diesen Bemerkungen empfand, war noch bitterer. Denn wenn auch das Vorrücken der Baiern wirklich länger, als es nöthig gewesen, verzögert sein sollte, so hätten doch die bairischen Truppen, selbst wenn sie noch so schnell mar-

schirt wären, niemals über Gotha hinausrücken und uns niemals in dem Winkel bei Langensalza aufsuchen können. Und wenn die Baiern schon tagelang unmittelbar vor Gotha gestanden hätten, sie würden uns keine Rettung haben bringen können, wenn wir nicht am Abend der Schlacht auf dem völlig freien Wege von Langensalza nach Gotha vorrückten. Es fanden zu jener Zeit viele Erörterungen über diesen Punkt statt, die bairische Armeeführung wurde auch in der bairischen Presse selbst ungemein scharf angegriffen und für das Unglück der hannoverischen Armee verantwortlich gemacht — die Gerechtigkeit erfordert aber die ausdrückliche Anerkennung, daß bei den unberechenbaren und außer allen Voraussetzungen liegenden Bewegungen der hannoverischen Armee die Baiern völlig außer Stande waren, sich mit uns zu vereinigen, und daß andererseits, wenn wir Gotha erreicht hätten, wir der bairischen Armee kaum noch bedurften, da über Gotha hinaus die Preußen damals nicht operiren und uns jedenfalls nicht durch Uebermacht einschließen und zur Capitulation zwingen konnten.

Wir setzten unsere Reise unter bairischer Bedeckung fort, und zwar unter theilweise sehr interessanten, aber auch sehr unbequemen Verhältnissen. Die Eisenbahnen waren meist dem Verkehre entzogen, die Waggons zu

Truppenzügen benutzt, sodaß wir einmal genöthigt waren, in Begleitung eines bairischen Generalstabsoffiziers auf einer Locomotive eine Strecke zu befahren, von der man nicht gewiß wußte, ob die Schienen noch unbeschädigt seien. Wir fanden in der bairischen Armee namentlich unter den jüngern Offizieren viel Erbitterung gegen Preußen, dem man die Veranlassung zum Kriege schuld gab, aber wenig Vertrauen zu Oesterreich und kaum den Wunsch eines entscheidenden österreichischen Sieges. Ich hörte häufig die unumwundene Meinung aussprechen, daß, wenn Oesterreich als unzweifelhaft siegreiche deutsche Obermacht aus dem Kampfe hervorgehe, die süddeutschen Königreiche der österreichischen Macht gegenüber in dieselbe bedrohte Lage gerathen würden, in welcher Hannover und Sachsen sich bisher Preußen gegenüber befunden hätten. Jedenfalls waren die Baiern sehr wenig geneigt, für die österreichische Kaiserhoheit in Deutschland zu fechten, von der man in Wien träumte, und ich war damals schon überzeugt, daß die Baiern sich wol selbst ihrer Haut wehren, aber schwerlich große Anstrengungen machen würden, um Preußen zu Gunsten der österreichischen Suprematie niederzuwerfen.

In Regensburg bestiegen wir das Dampfschiff und machten die Fahrt auf der Donau, welche den Genuß

so wunderbar reicher Naturschönheit bietet, diesmal in trüber und angstvoll gespannter Stimmung und unter manchen Verzögerungen, denn auch die Dampfboote waren für militärische Zwecke requirirt; von Stein aus war die Communication völlig unterbrochen und wir mußten wieder Wagen und Postpferde zu erlangen suchen, um Linz zu erreichen. Hier fanden wir endlich einige Ruhe und Erholung, die uns in der That noththat, und richteten uns zu einem Aufenthalte von einigen Tagen ein, um den König seinem Befehle gemäß hier zu erwarten. Wir fanden die Bevölkerung überall von zuversichtlichen Siegeshoffnungen erfüllt. Die ersten Nachrichten über die stattgehabten Gefechte waren günstig gewesen und man zweifelte nicht an dem österreichischen Siege. Freilich war trotz dieser Zuversicht der Krieg nicht eben populär. Die Lasten desselben und die Unsicherheit der Geschäftsverhältnisse machten sich drückend fühlbar, und die Stimmung war die, daß Oesterreich sein Blut und sein Geld nicht um Deutschlands willen, das ihm noch nie etwas eingebracht, hingeben, und daß man nach der ersten entscheidenden Schlacht Frieden schließen und die Preußen nach Hause schicken solle, um dann mit der ganzen Macht die Züchtigung der Italiener durchzuführen. Denn gegen Italien herrschte, soviel

ich nach meinen Beobachtungen in den verschiedenen Kreisen der Bevölkerung wahrnehmen konnte, die tiefste Erbitterung. Nicht sowol wegen der italienischen Ansprüche auf Venetien — der italienische Besitz war, wenn er auch einzelne commerzielle Vortheile brachte, im eigentlichen Oesterreich niemals populär —, aber man war tief erbittert, daß Italien oder, wie man damals noch sagte, Sardinien trotz wiederholter Friedensversicherungen Oesterreich in dem Augenblicke, da dessen Macht im Norden engagirt war, in den Rücken gefallen sei.

Inzwischen erfuhren wir nichts über die Ankunft des Königs. Durch die Zeitungen wußten wir, daß der Kaiser Franz Joseph die durch den Flügeladjutanten von Kohlrausch überbrachte Anfrage mit der dringendsten Einladung nach Wien beantwortet und zugleich dem Könige das Commandeurkreuz des Maria-Theresia-Ordens und dem Kronprinzen das Ritterkreuz desselben Ordens — der höchsten militärischen Auszeichnung Oesterreichs — übersendet hatte, um dadurch der Haltung der hannoverischen Armee die ehrendste Anerkennung zu beweisen. Die Zögerung des Königs in dem Schlosse Fröhlich Wiederkunft war uns unerklärlich, nachdem er so bestimmt seinen Willen, nach Wien zu kommen, ausgesprochen, und wir vermochten dieselbe um so weniger zu begreifen, als nach telegraphischen

Anfragen, die wir an die Gesandtschaft in München richteten, der Weg über Hof noch von preußischen Truppen frei war.

Während dieser unruhigen Erwartung traf in Linz die erst nur zweifelnd aufgenommene, schnell dann aber in vollem Umfange bestätigte Nachricht von der verhängnißvollen Niederlage bei Königgrätz ein. Die allgemeine Entmuthigung, welche dieser Nachricht folgte, war eine außerordentliche. In der Bevölkerung sah man alles für verloren an, obgleich unmittelbar die Abtretung Venetiens an Frankreich und die Intervention Napoleon's bekannt wurde. Die Zeitungen brachten Telegramme, nach denen die französische Armee am Rhein stände — die siegreiche Armee von Custozza rückte in Eilmärschen von Italien herauf — eine schnelle günstige Wendung wurde mit Sicherheit in Aussicht gestellt. Aber das alles wirkte nicht, und die höchste Erbitterung machte sich überall gegen die militärische Führung und gegen die Regierung im allgemeinen kund.

Graf Platen war nun, da die Friedensverhandlungen jeden Augenblick eingeleitet werden konnten, der Ansicht, daß die Anwesenheit des Königs in Wien unerläßlich sei, da er nur an diesem Orte diplomatische Beziehungen unterhalten und für seine Interessen thätig sein könne. Er bat den König telegraphisch, schleunig

abzureisen, und erhielt durch den Geh. Cabinetsrath Dr. Lex die Antwort, daß die Abreise verzögert worden, weil Hof von den Preußen besetzt sei. Graf Platen sendete nun am 6. Juli das folgende Telegramm ab:

„Geh. Cabinetsrath Lex.

Schloß Fröhlich Wiederkunft, Sachsen-Altenburg, via Hof.

„Depesche erhalten. Bedaure erneute Verzögerung so nothwendiger Reise hierher. General Brandis und mir scheint jede Verzögerung schwere Gefährdung der Interessen Sr. Majestät, und bitten dringend, sofort abzureisen. Da Se. Majestät nach Capitulation von Langensalza völlig freie Wahl des Aufenthalts hat, so kann auch Anwesenheit von Preußen, wenn bestätigt, in Hof seine Reise nicht hindern. Ich hoffe sehnlichst, daß Se. Majestät diesen Entschluß faßt, jedenfalls aber bitte den Kurier von Heimbruch abzuwarten, und wenn trotz dessen der Beschluß zum Dableiben gefaßt wird, mir wenigstens zu erlauben, nach Wien zu gehen und dort Sr. Majestät Sache zu vertreten.

(Gez.) Platen-Hallermund."

Der in diesem Telegramm erwähnte Kurier sollte dem Könige ein ausführlicheres Schreiben überbringen, konnte aber wegen der militärischen Hemmungen des Verkehrs nicht durchdringen.

Am nächsten Tage reisten wir nach Wien ab und nahmen dort im Hôtel-de-l'Europe in der Leopoldstadt zu längerm Aufenthalte Wohnung. Graf Platen sendete den Oberstlieutenant von Kohlrausch, den wir in Wien fanden, an den König, um demselben mündlich seine Ansichten zu entwickeln und eine schleunige Abreise Sr. Majestät zu erbitten.

Die Aufregung in Wien war unbeschreiblich.

Man verwünschte den Marschall Benedek, welcher unmittelbar vorher noch der Mann des allgemeinen Vertrauens und der Held der aura popularis gewesen war. Man schob alle Schuld auf die Unfähigkeit der österreichischen Generale, welche den Dienst ihrer persönlichen Bequemlichkeit nachgesetzt hätten, — es bildeten sich Sagen und Märchen der abenteuerlichsten Art — die Person des Erzherzogs Maximilian, des unglücklichen Kaisers von Mexico, wurde gegen seinen kaiserlichen Bruder in allen öffentlichen Gesprächen in den Vordergrund gestellt, und auch die Proclamation des Kaisers Franz Joseph trug wenig zur Beruhigung bei, da sie ziemlich niedergeschlagen klang. Auch das Wort „Verrath" wurde natürlich, wie das in solchen Verhältnissen immer zu geschehen pflegt, sofort ausgesprochen, und als man nun gar erfuhr, daß die Generale von Henikstein und Krismanic zur kriegs-

rechtlichen Untersuchung gezogen seien, da kannte der erbitterte Pessimismus keine Grenzen mehr.

Geradezu lächerlich war die Spionenfurcht und Spionenriecherei, welche zu jener Zeit in Wien epidemisch wurde. Unausgesetzt brachte man Spione ein, welche oft nur mit Mühe den Ausbrüchen der Volkswuth entzogen werden konnten und sich dann bei der Untersuchung fast immer als harmlose Reisende entpuppten. Es wurde damals ein kleines Gelegenheitsstück im Carl-Theater gegeben, in welchem diese Spionenjagd scharf persiflirt wurde. Ein Polizeibeamter einer Provinzialstadt erklärte darin, daß er jetzt keine Zeit habe, sich mit seinen Geschäften abzugeben, da er den halben Tag lang Spione arretiren und die übrige Hälfte damit hinbringen müsse, sich bei denselben wegen der ungerechtfertigten Arrestation zu entschuldigen. Diese Scene fand jedesmal lärmenden Beifall im Publikum. Ueberhaupt machte ich die Bemerkung, daß die Wiener überaus geschäftig waren, ihr eigenes Unglück lächerlich zu machen. Zahllos waren die oft sehr beißenden und bis zur höchsten Stelle hin treffenden Scherzworte, welche täglich in Umlauf gesetzt wurden — es schien fast, als ob allgemein eine kaum verhüllte Schadenfreude über die Niederlage der Regierung sich Luft mache. Nirgends bemerkte man eine Spur von ernster

Sammlung, wie sie nothwendig gewesen wäre, um ein so großes nationales Unglück würdig zu tragen und seine Folgen muthvoll abzuwenden. Auch in der Regierung und am Hofe herrschte eine zwischen den wechselndsten Stimmungen hin- und herschwankende Unruhe, — jene traditionelle ruhige Zähigkeit, welche früher eine specielle Eigenthümlichkeit der Habsburger gewesen war und das Haus Oesterreich durch manche schwere Katastrophe immer wieder hindurchgeführt hatte, schien völlig verschwunden zu sein. Mir flößte diese Beobachtung geringes Vertrauen in die innere Lebenskraft des Kaiserstaates ein.

Graf Platen hatte sich gleich nach unserer Ankunft bei dem Kaiser gemeldet und kam sehr ermuthigt von der ersten Audienz zurück.

Der Kaiser hatte ihm erklärt, daß alles noch sehr gut stehe, daß es nur darauf ankomme, eine Frist zur Sammlung zu gewinnen, wofür die französische Vermittelung eintrete. Die italienische Armee werde bald auf dem nördlichen Kriegstheater erscheinen, und dann könne alles sich wenden. Jedenfalls werde er keine Verletzung der Rechte der deutschen Bundesfürsten dulden. Zugleich hatte der Kaiser dringend den Wunsch ausgesprochen, den König bald in Wien zu sehen. Auch Graf Ingelheim, den wir bereits in Wien fanden und

der täglich zu uns kam, war voll Hoffnung, daß, wenn die eingeleiteten Verhandlungen an zu hohen Forderungen Preußens scheitern sollten, der Krieg dann von neuem unter ungleich günstigern Bedingungen beginnen und für Preußen, dessen Armee ebenfalls durch den Stoß von Königgrätz schwer erschüttert war, verhängnißvoll werden würde. Graf Platen sendete den Flügeladjutanten Oberstlieutenant von Kohlrausch zum Könige, um dessen schleunige Abreise nach Wien zu erbitten.

Auf dem Schlosse Fröhlich Wiederkunft waren während dieser Zeit mehrere Mitglieder des hannoverischen Adels erschienen, um den König zu bestimmen, daß er nicht nach Wien gehen, sondern versuchen solle, auf Grund der vor dem Kampfe zurückgewiesenen Bedingungen und nöthigenfalls, wenn seine Person Hindernisse bereite, auf Grund der Abdankung zu Gunsten des Kronprinzen Frieden mit Preußen zu schließen. Der Erblandmarschall Graf Münster, dessen Familie ihren Besitz und ihre Stellung wesentlich dem Welfenhause zu danken hatte, hielt sich vor allen verpflichtet, dem Könige in diesem Sinne Vorstellungen zu machen. Er war der Ueberzeugung, daß durch schnell eingeleitete Verhandlungen, zu denen er bei dem Könige Wilhelm und der preußischen Regierung Bereitwilligkeit voraus-

jetzte, die Existenz Hannovers unter der welfischen Dynastie gerettet werden könne, wenn auch vielleicht unter Gebietsabtretungen und Einschränkung der selbständigen Souveränetät nach den von Preußen aufgestellten Bundesreformbedingungen. Der König sollte nach dem ihm vorgelegten Plane nach Pyrmont gehen und von dort aus die Verhandlungen mit Preußen, welche Graf Münster erfolgreich führen zu können glaubte, einleiten.

Dem Könige schienen die ihm vorgetragenen Gründe ernster Erwägung werth. Er wies den Gedanken des Grafen Münster nicht unbedingt zurück und es wurden bereits Vorbereitungen zu einem Aufenthalte in Pyrmont getroffen. Indeß hielt es der König für nöthig, vor einem definitiven Entschlusse die Ansicht des Grafen Platen einzuholen, welcher sich in dem Mittelpunkte diplomatischer Verbindungen befand, von denen der König in Fröhlich Wiederkunft abgeschnitten war. Er forderte daher telegraphisch den Grafen Platen auf, nach Fröhlich Wiederkunft zu kommen, und als dieser dringend bat in Wien bleiben zu dürfen, sendete der König den Geheimrath Grafen Bremer nach Wien, um dem Grafen Platen über das in Fröhlich Wiederkunft Vorgegangene Bericht zu erstatten und ihm die Meinung seines auswärtigen Ministers zu bringen,

der sich unter dem unmittelbaren Eindrucke der großen europäischen Ereignisse befand.

Die ganze damalige Situation, die Auffassung des Königs und die Gründe, welche für seine Entschlüsse bestimmend wurden, das alles tritt am deutlichsten und klarsten aus der Correspondenz hervor, welche Graf Bremer vermittelte.

Das Schreiben des Königs an den Grafen Platen lautete:

„Fröhlich Wiederkunft, 10. Juli 1866.

„Mein lieber Minister Graf Platen!

„Nachdem endlich am Schlusse der vorigen Woche die Antwort des Kaisers von Oesterreich durch meinen Gesandten General von Knesebeck mir zur Kenntniß gebracht worden, wonach meine Ankunft in Wien erwünscht sei, befahl ich meine Abreise nach Oesterreichs Hauptstadt. Durch die Entfernung Hofs von hier mußte mein Gepäck nothwendigerweise 24 Stunden früher von hier abgehen. Demnach sollte dies in der Nacht von Sonntag auf Montag nach jener Eisenbahnstation befördert werden, und wollte ich mit dem Kronprinzen und den mich Begleitenden in der Nacht von Montag auf den Dienstag Fröhlich Wiederkunft verlassen.

„Sonntag Nachmittag kam Kühl, welcher voraus-geschickt worden, um die Pferde zu bestellen, nun mit der Nachricht, daß das Einrücken der Preußen jeden Augenblick dort erwartet würde, wie ich Ihnen durch den Geh. Cabinetsrath Lex telegraphiren ließ, zurück. Und nun noch obendrein am Sonntag Abend 9 Uhr traf eine von dem wiener Kurier Rheinfelder aus Hof besonders hergesandte Estafette hier ein mit der Anzeige, daß der Betrieb auf der Eisenbahn von Hof bis Neumarkt unterbrochen sei. Dies hinderte vollends meine Abreise, wie Sie einsehen werden.

„Ich begreife vollkommen, daß Sie, wie ich aus Ihrem Telegramm ersehe, nicht verstehen konnten, daß der Einmarsch der Preußen in Hof mich von meiner Abreise abhalten konnte, da, wie Sie allerdings treffend bemerken, mir der freie Aufenthalt überall, mit Ausnahme meines eigenen Landes, huldreichst gestattet ist.

„Nach den unangenehmen Erfahrungen aber, die ich, was Ihnen wahrscheinlich noch nicht bekannt ist, in Gotha gemacht, daß ich nämlich trotz der hohen preußischen Erlaubniß, ungestört zu reisen, vier geschlagene Stunden dort zappeln mußte, weil der Zug ohne Erlaubniß des Commandanten von Erfurt, der nicht früher zu antworten geruhte, nicht abfahren durfte, so besorgte ich, daß die Preußen namentlich nach den bei

dem General Vogel von Falckenstein gesammelten Erfahrungen, trotz der Erlaubniß des Königs von Preußen mich nicht durchlassen würden, wenn sie erführen, daß ich nach Wien ginge. Ueberdies war es nicht unwahrscheinlich, daß ich in ein Gefecht zwischen den Preußen und Baiern gerathen könnte.

„Dies die sämmtlichen Gründe des damaligen Zögerns.

„Während dieses Aufschubes wurden mir nun Graf Münster und Graf Bremer von Hannover gesandt, mit der von ihnen beiden dringend unterstützten Vorstellung, daß alle correct Gesinnten, nicht etwa Piepmeyer und Pfahlbürger-Politiker, sondern in der That einsichtsvolle Männer, große Besorgniß für Hannovers Zukunft von meiner Erscheinung in Wien befürchteten. Sie besorgen nämlich, daß, nachdem Oesterreich momentan dergestalt geschlagen, daß der Kaiser Franz Joseph, statt Hülfe gewähren zu können, diese für sich Preußen gegenüber vom Kaiser Napoleon begehre, Hannover und das Königshaus dadurch größern Gefahren ausgesetzt würde, weil der König von Preußen und seine Regierung durch meine und des Kronprinzen Gegenwart in Wien unversöhnlich erbittert werden würden und so, wo Oesterreich und seine sämmtlichen Verbündeten durch Napoleon's Vermittelung von Preußen

etwas zu erlangen suchen müßten, Hannover schlecht wegkäme.

„Da Graf Bremer gleichzeitig mit Ihrem Telegramm, worin Sie, theuerster Graf, meine Abreise dringend anheimgeben, hier eintraf, so sende ich ihn nach Ems, damit er Ihnen, dem die augenblicklichen Verhältnisse in Hannover nicht bekannt sein können, mündlich jene Gründe gegen meine Abreise nach Wien entwickele.

„Verschweigen kann ich Ihnen nicht, daß ich jene Auffassung nicht zu theilen vermag, da ich überall nicht verstehe, weshalb meine Anwesenheit in Wien Preußen mehr verstimmen kann, als es durch die Politik, die ich, Gott sei Dank, geführt und, so Gott will, rücksichtslos fortzuführen beabsichtige, weil nur sie allein durch des dreieinigen Gottes gnädigen und mächtigen Beistand zum richtigen Ziele führen wird, schon verstimmt ist. Ferner wird meiner Ansicht nach Oesterreich und jeder einzelne seiner Verbündeten gleichmäßig über Einen Kamm geschoren werden, mag ich nun nach Wien gehen oder nicht; denn sind jetzt Bedingungen von Preußen überhaupt zu erlangen, so werden sie meiner Ueberzeugung nach für alle gleich günstig oder gleich ungünstig ausfallen; wenn aber Preußen von Oesterreich und dessen Verbündeten Bedingungen ver=

langt, die diese nicht eingehen können, so wird der Krieg wieder aufgenommen werden, bis später unser Schicksal nach irgendeiner Richtung entschieden ist. Dann glaube ich ferner, daß Napoleon, von dem ich aus sicherer Quelle weiß, daß er über den jüngsten Erfolg der preußischen Waffen wahrhaft erschreckt ist, selbst im Interesse Frankreichs nie zugeben wird, daß Preußen auf Kosten Oesterreichs und der übrigen deutschen Monarchen zu mächtig werde.

„Irre ich hierunter nicht und sollte sich Preußen den Napoleon'schen Ansichten nicht fügen, so würden wir in Napoleon den wichtigsten Verbündeten für uns gegen Preußen bekommen und des letztern Vergrößerungspolitik bald ein Ende nehmen. Außerdem kann ich auch nicht verhehlen, daß, nachdem ich dem Kaiser Franz Joseph meinen Besuch in Wien angekündigt — ein Gedanke, der nach meiner Ansicht nach dem Siege und der leider unvermeidlichen Capitulation zu Langensalza ein richtiger war —, auch der Kaiser die Aussicht meines Kommens mit Freuden begrüßt, es jetzt, wo er im Unglück ist, und ich nicht erschiene, geradezu aussieht, als ob ich mich jetzt von ihm abwenden wolle und mich nur in seinem Glück an ihn angeschlossen hätte.

„Gewiß werden Sie sich wundern, daß nach Entwickelung dieser meiner Anschauung und bei meiner

Ihnen bekannten Gewohnheit, mich, wo ich etwas für recht erkenne, nicht von andern beeinflussen zu lassen, ich nur einen Augenblick mit meiner Abreise zaudere. Aber da in Hannover, wie man mich versichert, allgemein und übereinstimmend eine so entsetzliche Besorgniß über meine Reise nach Wien herrscht, und namentlich, wie ich oben schon bemerkte, auch bei den einsichtsvollsten Menschen, so vermochte ich, der ich ja auch eben die augenblicklichen Verhältnisse in Hannover nicht würdigen kann, nicht allein die Verantwortlichkeit zu übernehmen, und wünsche deshalb, daß Sie mit dem Grafen Bremer, der mit am entschiedensten meine gegenwärtige Politik theilt, die ganze Angelegenheit erwägen. Da ich, wie Sie wissen, das unbedingteste Vertrauen in Ihr Urtheil setze, so wünsche ich, daß Sie nach Anhörung und Prüfung der Gründe für und wider mir Ihre innige Ueberzeugung darüber schriftlich aussprechen.

„Bleiben Sie bei der Ansicht, daß es am besten, nach Wien zu gehen, so dürfte dieser Aufschub von wenigen Tagen von gar keiner Bedeutung gewesen sein.

„Ich verbleibe, Ihrer Antwort entgegensehend, theuerster Graf,

Ihr freundlichst wohlgeneigter

(Gez.) Georg Rex."

Graf Platen gab dem Grafen Bremer folgende Antwort auf den Brief des Königs mit:

„Wien, 14. Juli 1866.

„Allerdurchlauchtigster, großmächtigster König,
Allergnädigster König und Herr!

„Ew. königl. Majestät danke ich vor allem unterthänigst für das allergnädigste Schreiben vom 10. Juli, das mir heute Graf Bremer überbracht hat und das ich als einen freudigen Beweis des Vertrauens ansehe, welches mein königlicher Herr mir auch in schwerer Zeit erhalten hat.

„Da Ew. königl. Majestät mein Telegramm aus Linz erhalten haben, so ist Allerhöchstdenselben bereits bekannt, warum ich sowol als General von Brandis dem Befehle, nach Fröhlich Wiederkunft zu kommen, nicht sogleich gefolgt sind. Wir hatten gleichzeitig mit dem Telegramm einen Brief an Ew. Majestät dem Bundestagsgesandten von Heimbruch zugesendet, um denselben durch einen Kurier in Allerhöchstihre Hände zu bringen. In diesem Schreiben war dargelegt, daß Ew. Majestät dringendstes Interesse Ihre sofortige Abreise nach Wien erheischte, und sowol General von Brandis als ich baten Ew. Majestät, uns die Abreise nach Wien sogleich zu gestatten, um hier Ihre Sache zu vertreten.

„Da Herr von Heimbruch dies Schreiben mit dem Bemerken zurücksendete, es sei für einen Kurier unmöglich, nach Fröhlich Wiederkunft zu gelangen, so mußten wir um so mehr überzeugt sein, daß für uns, die man ohne alle Legitimation als zu Ew. Majestät Gefolge gehörig gewiß nicht betrachten würde, die Gefangennahme und Abführung nach einer preußischen Festung sicher sein werde, wenn wir den Versuch machen würden, zu Ew. Majestät durchzudringen. Unter diesen Umständen hielten wir es beide für unsere Pflicht, nicht länger unthätig in Linz zu bleiben, sondern nach Wien zu gehen, wo nach unserer Ueberzeugung allein Ew. Majestät Interessen kräftig und erfolgreich vertreten werden können.

„Wir sind vorgestern abends spät hier angekommen, und der Oberstlieutenant von Kohlrausch, welchen ich gestern zu Ew. Majestät gesendet habe, wird Allerhöchstdenselben alle nähern Thatsachen mittheilen und meine von dem General von Brandis vollständig getheilten Ansichten eingehender entwickeln.

„Nach diesen unser Nichterscheinen bei Ew. Majestät rechtfertigenden Bemerkungen beehre ich mich, allerunterthänigst auf den Hauptinhalt des allergnädigsten Schreibens vom 10. Juli zu erwidern.

„Mit großer Freude hat es mich erfüllt, daß Ew.

königl. Majestät klare Einsicht und edles Gefühl sofort die Unrichtigkeit der von Hannover aus mitgetheilten Ansichten scharf erkannt und würdig empfunden hat.

„Ew. königl. Majestät versichere ich, daß ich in diesem ernsten Augenblicke die Lage der Dinge nur von dem Gesichtspunkte der Wohlfahrt und der Ehre Hannovers und seines Königshauses pflichtmäßig erwäge; aber in beiden Rücksichten muß ich nach meinem besten Gewissen vollkommen den Gründen beitreten, welche Ew. Majestät selbst für die Ausführung Ihres ersten Entschlusses anzuführen die Gnade gehabt haben.

„Es werden für Ew. Majestät Verbleiben auf altenburgischem Gebiet, das heißt innerhalb der preußischen Macht, zwei Gründe angeführt:

„Erstens die Stimmung in Hannover, welche einen Anschluß an Preußen verlange, und

„zweitens der Umstand, daß Ew. Majestät und des Kronprinzen Reise nach Wien den König von Preußen unversöhnlich beleidigen und daher zu einem ungünstigern Schicksale Hannovers führen könne.

„Beide Gründe halte ich für durchaus unrichtig.

„Was die Stimmung in Hannover betrifft, so habe ich allerdings aus den in meine Hände gelangten dortigen öffentlichen Blättern ersehen, daß das Organ der Demokraten, die «Zeitung für Norddeutschland», ganz

und gar für den Anschluß an Preußen plaidirt, und daß dieser Anschauung sich wunderbarerweise auch das Organ der sogenannten Conservativen, die «Nienburger Landeszeitung», anschließt.

„Die Stimme der hannoverischen Presse, glaube ich aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen für nichts rechnen zu müssen.

„Denn alle diejenigen, welche theils aus landesverrätherischer Absicht, theils aus Zaghaftigkeit und Charakterlosigkeit für den Anschluß an Preußen sprechen, haben ausschließlich das freie Wort, während die treuen und charakterfesten Ansichten nicht laut werden dürfen. Da ist es denn leicht, eine öffentliche Meinung in der Presse zu machen, und es ist auch nicht zu verwundern, wenn auch sonst ruhige und einsichtsvolle Männer auf den verkehrten Weg mitgerissen werden, um so mehr, als ja natürlich nach Hannover nur allein die für Preußen günstigen Nachrichten gelangen, und man dort die immer noch großen Hoffnungen und Aussichten Oesterreichs gar nicht bekannt werden läßt.

„Was sodann zweitens die Besorgniß vor einer unversöhnlichen Erbitterung des Königs von Preußen betrifft, so kann ich auch hierin keinen Grund erkennen, Ew. Majestät beschlossene Reise nach Wien aufzugeben.

„Preußens Politik bestimmt sich nach den Interessen,

welche Graf Bismarck ohne Rücksicht auf Recht, Ehre und Treue verfolgt. Preußen wird versuchen, womöglich Hannover zu erwerben oder doch wenigstens die Militärkräfte des Königreichs in seine Hand zu nehmen. Von diesen Forderungen wird Preußen nicht ablassen, wenn es die Macht behält, sie durchzusetzen, und die persönlichen Beziehungen Ew. Majestät zum Könige von Preußen werden dabei ganz gleichgültig sein.

„Wer hat größere Rücksicht bis zum letzten Augenblicke gegen Preußen beobachtet als Hannover, das stets vermied, Preußen zu verletzen, und in seinen Bemühungen, zu vermitteln und zu versöhnen, so weit ging, daß dieselben Personen, welche jetzt zum Anschlusse an Preußen rathen, damals nicht müde wurden, Ew. Majestät Regierung als im preußischen Lager befindlich darzustellen und anzugreifen? Dennoch ist Ew. Majestät Königreich das erste gewesen, über welches Preußen herfiel, das erste, in welchem es die legitime Regierung außer Kraft setzte.

„Was haben Mecklenburg und Oldenburg ihre Rücksichten geholfen?

„Die Großherzoge müssen jetzt — ein trauriger Lohn — für ihre eigene Mediatisirung ins Feld ziehen.

„Vom guten Willen Preußens ist also in keinem Falle etwas zu erwarten, und die Ew. Majestät an=

gerathene Politik würde die Würde verletzen, ohne irgendeinen Erfolg zu erzielen, d. h. sie würde schwach und unklug zugleich sein, wie Ew. Majestät es so klar und richtig erkannt haben.

„Wenn nun die Ew. Majestät angeführten Gründe für ein Verbleiben in Fröhlich Wiederkunft nicht im geringsten stichhaltig sind, so sprechen dagegen auf der andern Seite überwiegende und höchst gewichtige Gründe für Ew. Majestät schleunige Abreise nach Wien.

„Vor allen Dingen dürfen Ew. Majestät nicht innerhalb der preußischen Machtsphäre bleiben, wo Allerhöchstdieselben von allen wahren und authentischen Nachrichten und von der Verbindung mit den Mittelpunkten der großen politischen Action abgeschnitten sind. Um das zu beschließen und zu thun, was die jedesmaligen Verhältnisse erheischen, müssen Ew. Majestät jederzeit schnell und sicher über die Vorgänge und Wandlungen an den großen Welthöfen unterrichtet und in der Lage sein, dort nach allen Richtungen Allerhöchstihre Interessen wahrzunehmen.

„Mindestens müßten also Ew. Majestät Altenburg verlassen und einen sicherern und den Verbindungen zugänglichern Ort wählen.

„Am richtigsten und würdigsten bleibt aber nach meiner innigsten Ueberzeugung für Ew. königl. Ma-

jestät der Aufenthalt in Wien bei Sr. Majestät dem Kaiser, Ihrem einzigen festen Verbündeten.

„Es ist richtig, daß Oesterreich hart getroffen ist, aber seine Macht liegt bei weitem nicht so zu Boden, wie dies vielleicht in den von Preußen beherrschten Gegenden angenommen wird.

„Die österreichische Nordarmee ist völlig wieder gesammelt und kampftüchtig, die Südarmee rückt in starken Märschen herauf und der Erzherzog Albrecht hat Entschlossenheit und das Vertrauen der Soldaten.

„Ein glücklicher Schlag kann die ganze Situation verändern, und wenn dies geschehen sollte, so werden Ew. Majestät selbst fühlen, welche Deutung Allerhöchstihr Fernbleiben im Unglück erfahren könnte.

„Nimmt man aber auch den unglücklichsten Fall an, daß nämlich Oesterreich nicht im Stande wäre, durch Waffenerfolge die Niederlage von Königgrätz wieder gut zu machen, so wird doch der Kaiser stets im Stande sein, für Ew. Majestät das zu thun, was zu thun überhaupt möglich ist.

„Oesterreich wird auch nach der größten Niederlage eine Großmacht bleiben, und zwar eine Großmacht, deren volle Kraft zu erhalten alle europäischen Mächte das dringendste Interesse haben. Frankreich insbesondere kann nicht dulden, daß Oesterreich aus Deutsch-

land ausgeschieden werde, und daß Preußen, die aggressivste und unruhigste Macht, die militärischen Kräfte Deutschlands in seiner Hand concentrire.

„Napoleon ist in diesem Augenblicke nicht völlig zum Kriege gerüstet, und zögert daher, um Zeit zu gewinnen; ich theile aber vollkommen Ew. königl. Majestät Ueberzeugung, daß Oesterreich und die deutschen Souveräne in dem Kaiser der Franzosen den besten und kräftigsten Verbündeten haben werden.

„Selbständige und einseitige Schritte in Paris zu thun, halte ich für Ew. Majestät in diesem Augenblicke nicht für gerathen, weil dieselben jetzt von keinem Erfolg sein würden, sehr gehässig beurtheilt werden und später eine Waffe des Angriffs abgeben würden, wie denn auch Herr von Beust nur im Auftrage Oesterreichs nach Paris gegangen ist. Aber es bietet sich doch eine Gelegenheit, auch von seiten Hannovers etwas in Paris zu thun, indem Se. königl. Hoheit der Herzog von Cambridge, wie mir mein Neffe, Ew. Majestät Gesandter in London, schreibt, sich bereit erklärt hat, nach Paris zu gehen und dort für die Erhaltung Hannovers zu wirken.

„Der Herzog will dabei, um einen Rechtstitel für seine Thätigkeit zu haben, seine eventuellen Erbrechte geltend machen; er hat aber dabei ausdrücklich erklärt,

daß er selbstverständlich lediglich im Interesse Ew. Majestät handeln wolle. Ich habe geglaubt, daß eine solche Thätigkeit Sr. königl. Hoheit nur nützlich sein könne, und meinem Neffen deshalb den Auftrag ertheilt, den Herzog in seinem Vorsatze entschieden zu bestärken. Wie also die Sachen auch kommen mögen, die festeste Stütze, die Ew. Majestät haben können, bleibt der Kaiser und durch ihn die französische Zurückweisung der preußischen Uebergriffe.

„Se. Majestät der König von Sachsen hat dies vollkommen erkannt und bleibt treu an der Seite seines kaiserlichen Alliirten — und ich glaube, daß der König von Sachsen sich mit Ew. Majestät in ganz gleicher Lage befindet. Er ist ein anerkannt bundestreuer Fürst, ein in seinem Lande geliebter und in ganz Deutschland hochgeachteter Regent; ich glaube fest, daß Ew. Majestät sich dem Schicksale dieses erhabenen Alliirten ruhig und unbesorgt anschließen können, und nach der dem Kaiser gemachten Anzeige Ihrer Ankunft auch anschließen müssen, wie Allerhöchstdieselben selbst ausgesprochen haben.

„Aus allen diesen Gründen glaube ich Ew. königl. Majestät dringend bitten zu sollen, Allerhöchstihren ersten Entschluß unbeirrt festzuhalten und auszuführen.

„So weit, was den Inhalt Allerhöchstihres Schreibens betrifft. Graf Bremer hat mir aber auch noch mündliche Mittheilungen gemacht, über welche Ew. Majestät Schreiben nichts enthält, und welche dazu beigetragen haben, mich über den Charakter der Ew. Majestät von Hannover aus gemachten Vorstellungen aufzuklären und dieselben als eine große politische Intrigue erscheinen zu lassen.

„Graf Bremer hat mir nämlich mitgetheilt, daß von seiten des Grafen Münster und des Sir Charles Wyke Ew. Majestät dringende Vorstellungen gemacht würden, Ihr Ministerium zu ändern und mit dem Grafen Bennigsen über die Bildung eines neuen Ministeriums zu unterhandeln. So verlange es die öffentliche Stimmung in Hannover.

„Ew. Majestät kennen und beurtheilen den Grafen Münster wie ich, und wissen wie ich, daß er in den Händen des Abgeordneten Rudolf von Bennigsen ist. Sir Charles Wyke ist eng liirt mit dem Grafen Bennigsen, und dieser ist wiederum ebenfalls von seinem Vetter, dem Präsidenten des Nationalvereins, politisch vollständig abhängig. Alle Fäden führen hiernach auf Rudolf von Bennigsen und somit auf den Grafen Bismarck zurück.

„Die Absicht, welche Preußen hat, Ew. Majestät zu

verhindern, nach Wien zu gehen und zugleich Allerhöchstihnen ein constitutionell preußisch gesinntes Ministerium zu geben, liegt für mich klar auf der Hand. Man will Ew. Majestät mit Männern umgeben, welche den Grundsätzen des Nationalvereins huldigen, und dabei zugleich durch constitutionelles Regiment Allerhöchstihre eigenen und selbständigen Entschließungen verhindern oder unwirksam machen. Preußen will dies im Wege der Verhandlung und Intrigue erreichen vor der Endentscheidung über die Geschicke Deutschlands, um sozusagen Hannover für alle Fälle vorwegzunehmen.

„Denn man weiß in Berlin sehr wohl, daß Oesterreich noch lange nicht niedergeworfen ist, und daß, selbst wenn dies gelingen sollte, Frankreich und die Großmächte die Errichtung einer preußischen Suprematie in Deutschland schwerlich zulassen würden. Man will daher Ew. Majestät vom Kaiser und Ihren bundestreuen Alliirten trennen, in constitutionelle Fesseln legen und so bei dem spätern Arrangement mit einem fait accompli hervortreten.

„Ich kann Ew. Majestät vor dieser Intrigue nur auf das dringendste warnen und ehrfurchtsvoll bitten, keinen auf Ministerveränderungen gerichteten Vorschlägen Gehör zu geben.

„Es ist ja möglich, daß später Modificationen in der Regierung eintreten müssen; dieselben werden dann aber von den Bedingungen abhängig sein, unter denen Ew. Majestät in Ihr Königreich wieder einziehen, und es wäre sehr gefährlich, wenn Ew. Majestät sich jetzt die Hände binden und der möglicherweise günstigen Wendung der Zukunft vorgreifen wollten

„Hiernach kann ich Ew. königl. Majestät nur inständigst bitten, auf das schleunigste abzureisen und hierher zu kommen.

„Was nun die Ausführung der Reise betrifft, so bin ich der Meinung, daß insofern Vorsicht angewendet werden müsse, als Preußen, bei welchem auf Treue und Glauben ohnehin nicht zu rechnen ist, Versuche machen könnte, Ew. Majestät Schwierigkeiten in den Weg zu legen, wenn es seinen fein angelegten Plan für gescheitert hält.

„Ich bin daher der unterthänigsten Ansicht, daß Ew. Majestät dem Grafen Bremer sagen und auch sonst gegen jedermann laut aussprechen, Allerhöchstdieselben hätten Ihre Reise nach Wien aufgegeben und wollten sich auf bairisches Gebiet nach Regensburg begeben, um von dort aus nach der Schweiz oder in die bairischen Alpen zu gehen. Auch Ew. Majestät Gefolge müßte nichts anderes erfahren.

„Von Regensburg aus würde ich dann Ew. Majestät unterthänigst bitten, mir sofort hierher Allerhöchstihre Ankunft mitzutheilen, damit ich anzeigen kann, ob etwa weitere Truppenbewegungen der directen Reise hierher entgegenstehen sollten.

„Um nach allen Richtungen vorsichtig zu sein, bitte ich Ew. Majestät zugleich, in Betreff der Vorschläge auf Ministerveränderungen dem Grafen Bremer allergnädigst sagen zu wollen, Ew. Majestät wollten die mitgetheilten Ansichten in Erwägung ziehen, bedürften aber dazu der Ruhe im Gebirge; Allerhöchstdieselben wollten dem Grafen Bremer überlassen, in Hannover etwaige Vorschläge genau zu präcisiren und Ihnen dann zu überbringen.

„Ich weiß, daß Ew. Majestät zu diesen Maßregeln der Vorsicht nach allen Richtungen wol nur ungern sich entschließen werden; ich halte dieselben aber für dringend geboten, ihre Anwendung einem Feinde wie Preußen gegenüber völlig gerechtfertigt und für Ew. Majestät Sicherheit unerläßlich.

„Ew. Majestät würden, wenn Allerhöchstdieselben anders handelten, als ich es allerunterthänigst mir vorzuschlagen erlaubt habe, wenn Sie der preußischen Pression, in welcher Form dieselbe auch immer geübt werden möchte, auch nur im geringsten nachgeben würden,

die Frucht Allerhöchstihrer bisherigen Politik, d. h. die Hochachtung und Bewunderung Deutschlands, nach meiner festen Ueberzeugung verscherzen, dann würde das edle Blut von Langensalza in der That umsonst vergossen sein.

„Das aber werden Ew. Majestät nie thun, dafür bürgt mir die Kenntniß der hochherzigen Festigkeit und des edeln Muthes meines königlichen Herrn.

„In jedem Falle aber bitte ich Ew. Majestät, mir allergnädigst zu erlauben, bei Sr. Majestät dem Kaiser zu bleiben und hier Allerhöchstihre Interessen zu vertreten, wo sie allein richtige Vertretung finden können.

„Indem ich Ew. Majestät nochmals meinen unterthänigsten Dank für Allerhöchstderselben mich hochbeglückendes Vertrauen auszusprechen mich beehre, verharre ich in tiefster Ehrfurcht als

Ew. königlichen Majestät

allerunterthänigster pflichtschuldigster Minister

(Gez.) Graf Platen-Hallermund."

Nachdem Graf Bremer dieses Schreiben überbracht, reiste der König sogleich ab und traf, nachdem wir kurz vor seiner Ankunft telegraphisch benachrichtigt waren, in Wien mit dem Kronprinzen ein, begleitet

von seinen Flügeladjutanten, dem Geh. Cabinetsrathe und dem Adjutanten des Kronprinzen, Rittmeister von Klenck von der Garde-du-Corps.

Der Würfel war nun gefallen und der unbedingte Anschluß an die österreichische Politik geboten, denn nur durch Oesterreich konnte jetzt noch der König eine Wiederaufnahme des Kampfes und durch einen siegreichen Ausgang desselben seine verlorene Position wiedergewinnen oder bei einem Friedensschlusse mit den möglichst geringen Opfern sein Königreich erhalten.

Inzwischen war indeß in Wien die Situation ganz wesentlich verändert.

Graf Mensdorff war zur böhmischen Armee abgegangen, um sich von dem Zustande derselben und der Möglichkeit ihrer Reorganisation zu überzeugen. Er kehrte voll tiefer Entmuthigung zurück, und der Bericht, den er dem Kaiser erstattete, ließ kaum eine Hoffnung auf eine Wiederaufnahme und erfolgreiche Fortsetzung des Kampfes übrig. Graf Mensdorff war vor allem General, er hatte nur widerstrebend das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten behalten und das Vertrauen der öffentlichen Meinung in den Marschall Benedek niemals getheilt. Dies alles und persönliche Kränklichkeit wirkte zusammen, um ihn

die allerdings schwer verwickelte Lage noch schwärzer ansehen zu lassen, als er es unter andern Umständen vielleicht gethan hätte.

Dazu kam, daß man nach Ungarn hin Sondirungen gemacht hatte, welche ergaben, daß man auf eine Anspannung der so reichen Militärkraft Ungarns nicht rechnen konnte. An eine nationale Erhebung der Magyaren wie zur Zeit Maria Theresia's war nicht zu denken, vielmehr war es unverkennbar, daß die Ungarn mit Befriedigung die österreichische Niederlage ansahen, von welcher sie die Erfüllung ihrer nationalen Wünsche und den Zusammenbruch des bisher in Wien herrschenden Regierungsprincips erhofften.

Freilich hätte man damals wol durch die später zugestandene Autonomie und vielleicht mit geringern Concessionen, als man sie kurz darauf gewährte, die Unterstützung Ungarns erkaufen können. Allein man scheute, noch befangen in den so lange festgehaltenen Anschauungen, vor einem so kühnen Schritte zurück und wollte lieber durch die Abtretung Venetiens die Hülfe Napoleon's, als durch die Gewährung nationaler Autonomie diejenige des ungarischen Volkes erkaufen. So verhängnißvoll diese scheue Zurückhaltung gegen die Wünsche Ungarns in jenem entscheidenden

Augenblicke nun auch für Oesterreich wurde, so dürfen doch die Bedenken, welche damals in der Hofburg maßgebend waren, nicht als völlig unbegründet erklärt werden. Denn in ganz Ungarn herrschte gegen die wiener Regierung eine tiefe Erbitterung, welche auch die Anhänglichkeit an das Haus Habsburg unverkennbar zu erschüttern begann; dagegen war das ungarische Volk von lebhafter Sympathie für Preußen erfüllt und ganz entschieden abgeneigt, für die Wiederherstellung des österreichischen Einflusses in Deutschland zu kämpfen. Unter diesen Umständen konnte die freie Entfesselung der ungarischen Nationalkraft in jenem Augenblicke auch in hohem Grade gefährlich werden. Es wäre ein äußerstes Mittel auf Leben und Tod gewesen, welches den Organismus des österreichischen Kaiserstaates vielleicht retten, ebenso gut aber auch unheilbar zerstören konnte.

Außerdem trat Napoleon nicht in der Weise, wie man es in Wien erwartet hatte, für Oesterreich ein. Der Herzog von Gramont mochte — und in gutem Glauben — Erwartungen erweckt haben, die sich nun nicht erfüllten. Er wünschte persönlich eine energische militärische Intervention Frankreichs; er that alles, um seine Regierung zu einer solchen zu bestimmen, und glaubte auch an dieselbe, da Drouyn de l'Huys

ganz derselben Ansicht war. Noch heute ist das, was damals in Paris vorging, nicht völlig aufgeklärt.

Als die Friedensbedingungen, welche Preußen aufstellen würde, in ihren großen Umrissen in Paris bekannt wurden, beantragte Drouyn de l'Huys eine energische Einsprache unter Aufstellung eines Beobachtungs= und Demonstrationscorps am Rhein. Im ersten Augenblicke zeigte sich der Kaiser auch dazu geneigt; dann aber begann er zu zögern. Er hatte mehrere seiner Marschälle befragt, und die französische Armee schien nach deren Urtheil nicht in der Verfassung, um mit der Zuversicht des Erfolgs eine Interventionspolitik zu unterstützen, welche zu einem gewaltigen National=kampfe führen konnte. Denn bereits wurden in ganz Deutschland Stimmen laut, welche zu einer rücksichtslosen Zurückweisung jeder französischen Einmischung mahnten. Drouyn de l'Huys erwiderte zwar auf diese militärischen Einwendungen, daß in dem damaligen Augenblicke ein Corporal mit der französischen Fahne am Rhein genügen würde, um Frankreich die Rolle des Schiedsrichters zu sichern. Denn auch nur die Andeutung einer militärischen Demonstration am Rhein würde Preußen, das mit einer erschütterten Armee in weit vorgeschobener und trotz des Sieges gefährdeter Position stünde, in eine äußerst kritische Lage bringen

und dazu zwingen, einen erheblichen Theil seiner Streitkräfte aus Oesterreich zurückzuziehen.

Allein Drouyn de l'Huys — ich zeichne dies alles nach den mir später von jenem Staatsmanne selbst gemachten Mittheilungen auf — konnte den Kaiser Napoleon nicht zu dem von ihm als nothwendig erkannten und so dringend befürworteten Entschlusse bewegen. Napoleon versuchte seinem Charakter entsprechend, sich durch möglichst unthätige Zurückhaltung aus der Verlegenheit zu ziehen. Er scheute einen Kampf mit Deutschland, das er genauer als irgendjemand in Frankreich kannte, auf das äußerste, und wenn ihm auch Drouyn de l'Huys vorhersagte, daß er diesem Kampfe, wenn er jetzt unthätig bliebe, später doch nicht werde ausweichen können und denselben dann unter ungünstigern Verhältnissen werde aufnehmen müssen, so glaubte der Kaiser einer künftigen Gefahr durch die Reorganisation seiner Armee, die er dem Marschall Niel übertrug, begegnen zu können. Er war mit dem Resultat der Ereignisse, wenn er auch über den zerschmetternden Sieg von Königgrätz erschrocken war, dennoch nicht unzufrieden. Die Abtretung Veneziens an Italien hatte sein Wort „Frei bis zur Adria" erfüllt und der italienischen Actionspartei eine theilweise Befriedigung verschafft, sodaß er

hoffen konnte, die römische Frage, an welcher ihm vor allem gelegen war, bis auf günstigere Zeit vertagen zu können.

Die Theilung Deutschlands durch die Mainlinie entsprach im allgemeinen seinen Anschauungen und Wünschen, und was die Vergrößerung Preußens betraf, so hoffte er dieselbe durch Compensationen ausgleichen zu können, zu denen die preußische Regierung durch die ihr aus der Assimilirung der neu erworbenen Gebietstheile erwachsenden Verlegenheiten gezwungen werden würde. Zwar wurde ihm durch den Grafen Bismarck zu jener Zeit durchaus keine Veranlassung zu solcher Voraussetzung gegeben, denn nach der Schlacht von Sadowa wies der preußische Ministerpräsident alle solche mehr oder weniger directen Andeutungen auf das entschiedenste und selbst schroff zurück. Ja er nahm die ziemlich vorsichtig auftretende Vermittelung Napoleon's nur kühl widerstrebend auf und sprach es dem französischen Botschafter Benedetti unumwunden aus, daß die französische Einmischung ihm lästige Verlegenheiten bereite.

Indeß Napoleon hielt an seiner Anschauung fest; er setzte voraus, daß Preußen nach dem Frieden durch innere Verlegenheiten und durch die Furcht vor einem neuen Kampfe nach so erschöpfendem Kriege gefügiger

werde gemacht werden, und wies die dringenden Vorstellungen seines Ministers Drouyn de l'Huys definitiv zurück, der damals schon den bald darauf ausgeführten Entschluß faßte, sein Portefeuille niederzulegen.

Oesterreich konnte also von Napoleon nichts erreichen als die Zusicherung, daß die europäische Stellung des habsburgischen Kaiserstaates nicht erschüttert werden solle, — woran preußischerseits auch gar nicht gedacht wurde. In Bezug auf die Gestaltung der deutschen Verhältnisse konnte von Frankreich keine Unterstützung erwartet werden, und man überzeugte sich in Wien, daß Preußen nach dieser Richtung hin an seinen Forderungen unbedingt, selbst auf die Gefahr einer Fortsetzung des Krieges, festhalten werde.

Unter diesen Umständen gewann in Wien jene Anschauung wieder die Oberhand, welche in Deutschland nur eine Fessel für die europäische Macht Oesterreichs erblickte und die vollständige Trennung von Deutschland mehr für eine Stärkung als für einen Verlust des Kaiserstaates ansah.

So bitter der Stolz des Kaisers Franz Joseph auch die zu erleidende Demüthigung empfand, welche um so peinlicher war, je mehr er sich persönlich noch bei dem frankfurter Fürstentage mit den Ansprüchen

Oesterreichs auf die Führung in Deutschland identificirt hatte, so fanden jene Anschauungen auch in seinem zu plötzlichen Aufwallungen und ebenso plötzlichen Entmuthigungen neigenden Geiste Eingang und wurden für die österreichische Politik maßgebend.

Der fernere Widerstand wurde aufgegeben, die Preisgebung Deutschlands beschlossen.

Nach dieser Wendung der Verhältnisse und der Ansichten in Wien, welche man vor uns noch sorgfältig zu verbergen suchte, wurde unsere Stellung dort ziemlich peinlich. Graf Ingelheim kam seltener zu uns; er war traurig und niedergeschlagen, denn die österreichische Politik, welche er uns gegenüber doch nicht abfällig beurtheilen durfte, widersprach vollständig seinen persönlichen Ueberzeugungen und den Versicherungen, welche er in gutem Glauben bis zum letzten Augenblicke wiederholt hatte.

Die Ankunft des Königs mußte unter diesen Umständen fast eine Verlegenheit für den Kaiser und die österreichische Regierung werden.

Aber der König war bereits unterwegs und traf, wenn ich nicht irre, am 19. Juli in Wien ein.

Schon bei seinem Empfange wurde der in den Verhältnissen eingetretene Rückschlag fühlbar.

Der Kaiser, welcher kurz zuvor den König von Sachsen

persönlich empfangen, erschien zu unserm Befremden nicht auf dem Bahnhofe, sondern sendete den Feldmarschallieutenant Baron Reischach zur Begrüßung seines erhabenen Gastes. Wenn auch der König eigentlich officiellen Empfang verbeten hatte, so hatten wir doch unter den obwaltenden Verhältnissen — wie dies auch bei der Ankunft des Königs von Sachsen geschehen war — das persönliche Erscheinen des Kaisers erwartet, und auch der König schien eine solche Aufmerksamkeit wol eigentlich vorausgesetzt zu haben.

Der König trug nun die bei Langensalza fehlende Oberstenuniform seines österreichischen Infanterieregiments „König von Hannover" und fuhr sogleich vom Bahnhofe nach der Hofburg.

Die Begrüßung der beiden hohen Herren war überaus herzlich. Der Kaiser sprach seine höchste Bewunderung über die Haltung des Königs und der Armee bei Langensalza aus, — der König gab seinem unerschütterlichen Vertrauen zu dem endlichen Siege der Principien, die er für gottverordnetes, geheiligtes Recht hielt, Ausdruck; aber der Kaiser enthielt sich jeder Aeußerung über die politische Lage, jeder ermuthigenden Versicherung, und der König konnte sein Befremden über diese Zurückhaltung, die er nicht erwartet, kaum verbergen.

Der König nahm seine Wohnung in dem Hause Wallnerstraße Nr. 9. In dem zweiten Stockwerk dieses Hauses wohnte der hannoverische Gesandte General von dem Knesebeck, die übrigen Räume wurden von der Besitzerin Gräfin Wilczeck dem Könige und dem Kronprinzen zur Verfügung gestellt.

Unmittelbar nach der Ankunft des Königs in der für ihn bereit gestellten Wohnung erschien der Kaiser, um seinen Besuch zu machen, Doppelposten wurden vor dem Hause aufgestellt, und dann fuhren alle in Wien anwesenden Erzherzoge und Erzherzoginnen nach einander vor. Ihnen folgten die Equipagen aller Würdenträger und des gesammten hohen Adels von Wien; von allen Seiten, auch von der Bevölkerung, wurden dem Könige Beweise der Bewunderung und der sympathischen Theilnahme entgegengebracht, und in dieser Beziehung hätte der Empfang des Königs nicht glänzender, nicht ermuthigender sein können.

Der König war durch denselben auch freudig bewegt; er sprach der Vertretung der wiener Bürgerschaft, welche ihn ebenfalls zu begrüßen kam, sein Vertrauen zu dem Stern Oesterreichs aus. Mir war es freilich damals schon klar, daß von dem guten Willen Oesterreichs für die Sache des Königs nichts zu erwarten war und daß wir lediglich auf unsere

eigene Thätigkeit angewiesen bleiben würden, um zu retten, was überhaupt noch zu retten möglich sein mochte. Denn bereits wurde in den preußischen Zeitungen von Gebietserwerbungen mit besonderm Hinweis auf Hannover immer deutlicher gesprochen, und die österreichische Presse, soweit sie der Regierung nahe stand, hatte solchen Andeutungen und Forderungen gegenüber nur dumpfes Stillschweigen.

VII.

Stellung des Königs zu Oesterreich. — Thätigkeit zur Vertretung der Interessen des Welfenhauses. — Stellung der europäischen Höfe zur hannoverischen Frage. — Die hannoverischen Beziehungen zu England. — Der Welfenorden. — Prinzeß Mary von Cambridge und der Herzog von Teck. — Vergeblicher Versuch England zu einer Intervention zu Gunsten des Königs zu bestimmen. — Die Reise des Herrn von Beust nach Paris. — Erhaltung Sachsens. — Herr von Beust der österreichische Zukunftsminister. — Der Staatsrath Klindworth, seine Vergangenheit, sein Einfluß. — Sendung des Generals von dem Knesebeck an den Kaiser Alexander II. — Stellung Rußlands. — Theilnahme des Kaisers für den König. — Sendung des Generals von Manteuffel nach Petersburg. — Brief des Königs Georg an den König von Preußen nach Nikolsburg. — Verweigerung der Annahme desselben. — Finanzielle Lage des Königs. — Vorschlag des Kaisers von Rußland, dem Kronprinzen Ernst August Braunschweig zu sichern gegen den Verzicht auf Hannover. — Bestimmte Ablehnung dieses Vorschlags. — Pläne, die Annexion von Hannover durch die Abdankung des Königs abzuwenden. — Graf Münster. — Bereitwilligkeit des Königs, abzudanken. — Sendung des Freiherrn von Hodenberg nach Berlin, um die Stellung der preußischen Regierung klarzustellen. — Bericht des Herrn von Hodenberg über seine Unterredung mit dem Grafen Bismarck.

Nachdem wir uns nun mehr und mehr überzeugt hatten, daß an eine Wiederaufnahme der militärischen

Operationen von seiten Oesterreichs nicht zu denken sei, und daß auch auf einen ernstlichen guten Willen des wiener Cabinets, die Interessen des Königs in der beginnenden diplomatischen Campagne zu vertreten, nicht zu rechnen sein werde, kam es darauf an, alle Mittel anzuwenden, um selbständig das hereingebrochene Unglück in die möglichst engsten Grenzen einzuschließen und für Hannover und das Welfenhaus so viel zu retten, als möglich war. Dazu mußte nun zunächst eine möglichst energische und einheitliche Wirkung auf die öffentliche Meinung in Oesterreich selbst und besonders in Wien hergestellt werden, um durch den Druck derselben den Kaiser und die Regierung zur Vertretung der Interessen Hannovers zu bewegen und an die Ehrenpflicht gegen den König zu erinnern.

Ich muß, um nach allen Seiten gerecht zu sein, in dieser Beziehung hervorheben, daß eine eigentlich rechtliche Verbindlichkeit, die hannoverischen Interessen bei den Friedensverhandlungen zu vertreten, für Oesterreich nicht bestand. Der König war nicht der völkerrechtliche Verbündete des Kaisers von Oesterreich; er hatte das ihm mehrfach angebotene Bündniß ganz klar und bestimmt zurückgewiesen, er hatte bei dem Ausmarsch seiner Armee nur die Absicht gehabt und kundgegeben, diese aus der preußischen Machtsphäre fortzuführen, und

war durch die unerklärlichen Märsche und die unglückliche Verkettung der Verhältnisse in die Lage gedrängt worden, sich gegen einen Angriff vertheidigen zu müssen, infolge dessen die Umzingelung und Capitulation der Armee stattfand.

Der Kaiser von Oesterreich hatte also völkerrechtlich keinerlei Verpflichtung, bei den Friedensverhandlungen die Sache Hannovers in irgendeiner Form unter die von ihm zu stellenden Bedingungen aufzunehmen; eine Ehrenpflicht dazu aber ließ sich nicht ableugnen — denn Hannover war ein Opfer seines Festhaltens am Deutschen Bunde geworden, und der König war in die Lage, in der er sich befand, durch die deutsche Politik Oesterreichs hineingedrängt worden. Auch war durch den österreichischen Gesandten zu verschiedenen Zeitpunkten wiederholt die feierliche Versicherung gegeben worden, daß Oesterreich die Waffen nicht aus der Hand legen werde, ohne das Recht und die Existenz der deutschen Bundesfürsten und Staaten mit all seinen Kräften bis aufs Aeußerste vertheidigt zu haben.

Freilich muß man wol auch wieder anerkennen, daß bei der absoluten Zurückhaltung, in welcher der Kaiser Napoleon beharrte, und bei der Ueberzeugung, welche man in Wien von der Unmöglichkeit eines weitern militärischen Widerstandes gewann, jede Be-

mühung Oesterreichs für Hannover kaum erfolgreich hätte sein können — indeß es mußte auch in dieser Richtung versucht werden, was immerhin möglich war, und es gelang auch in kurzer Zeit, einen ziemlich ausgedehnten Einfluß auf die österreichische Presse zu gewinnen, durch welchen die in der wiener Bevölkerung bestehenden lebhaften Sympathien für den König und seine Sache erhalten und immer von neuem angeregt wurden.

Der bekannte Herr Zang stellte mir für die Vertheidigung der hannoverischen Interessen bereitwilligst sein Organ, die alte „Presse", zur Verfügung, und es wurden in diesem Journal nicht nur unsere Darstellungen der diplomatischen und militärischen Vorgänge, welche zur Katastrophe von Langensalza geführt hatten, veröffentlicht, sondern es wurde auch sonst täglich daran erinnert, daß die Erhaltung Hannovers in möglichster Kraft und Selbständigkeit für Oesterreich selbst von höchstem Interesse sei.

Außerdem fanden sich bald zahlreiche Literaten ein, welche den Redactionen der verschiedenen wiener Blätter angehörten und zugleich als Correspondenten für das Ausland thätig waren und uns ihre Dienste anboten. Ich organisirte, so gut als es in der Eile möglich war, diese verfügbaren Kräfte und vereinigte

dieselben zu einer regen journalistischen Thätigkeit, obwol ich von vornherein wenig Vertrauen in den Erfolg setzte, den sie auf die Entschließungen der österreichischen Regierung würden haben können.

Es zeigte sich denn auch bald eine deutlich bemerkbare Gegenströmung, welche von der österreichischen Preßleitung ausging, die damals in den Händen des Hofraths von Hell lag, und es machte sich damals schon fühlbar, daß die Anwesenheit des Königs in Wien und unsere politische Thätigkeit von dem Kaiser und der österreichischen Regierung als eine lästige und peinliche Verlegenheit empfunden wurde, ein Umstand, der auch in den immer seltenern und kühlern Beziehungen zwischen dem Könige und dem durch die politische Lage allerdings auf das äußerste in Anspruch genommenen Kaiser Franz Joseph erkennbar hervortrat.

Neben dieser auf die diplomatische Action Oesterreichs gerichteten Thätigkeit kam es dann weiter darauf an, auch selbständig zu handeln, um die Zulassung zu den Friedensverhandlungen und möglichst günstige Bedingungen bei denselben zu erreichen.

Unter den europäischen Höfen konnten in jenem Augenblick auf den Gang der Verhandlungen und die Entschließungen Preußens nur Frankreich und Rußland von Einfluß sein: Frankreich durch die von Oesterreich

ihm gewissermaßen zugewiesene und von Preußen, wenn auch nicht anerkannte, so doch thatsächlich angenommene Vermittlerrolle; Rußland durch die nahen Verwandtschafts- und Freundschaftsbeziehungen, in denen der Kaiser Alexander ebenso zum Könige Wilhelm wie zum Könige Georg stand.

England hatte sich von dem Gange der deutschen Politik während des ganzen Conflicts officiell vollkommen fern gehalten; es machte keinen Versuch, sich in die Friedensverhandlungen zu mischen, und eine Vermittelung von englischer Seite konnte bei dem geringen Einfluß, welchen Verwandtschaftsbeziehungen des königlichen Hauses auf die Entschließungen der vom Parlament abhängigen Minister ausüben, kaum gehofft werden. Dazu kam, daß die persönlichen Beziehungen zwischen dem Könige Georg und der Königin Victoria trotz der freundlichen und artigen Formen nicht die innigsten waren. Die frühern Bestrebungen der englischen Tories, für die Thronfolge in England das Salische Gesetz einzuführen, mochten bei der Königin nicht völlig vergessen sein; kleine Verstimmungen kamen dazu, wie es denn schon den König Ernst August verletzt hatte, daß den englischen Unterthanen die Annahme des hannoverischen Welfenordens von der Königin nicht gestattet wurde. Früher, solange die beiden Kronen ver-

einigt waren, hatten die Könige von England und Hannover diesen ihren Hausorden auch an englische Unterthanen verliehen; aber gleich nach der Trennung der Königreiche erhielten die hannoverischen Ordensverleihungen nicht mehr die Genehmigung der Königin, nach dem in England bestehenden Grundsatze, daß englischen Unterthanen überhaupt die Annahme und das Tragen ausländischer Orden nicht gestattet wird, abgesehen von dem Falle, daß die englische Armee mit der eines verbündeten Staates gemeinschaftlich im Felde steht oder daß ein englischer Botschafter einem fremden Souverän den Hosenbandorden überbringt. Der König Ernst August wie der König Georg sahen in dieser Zurückweisung des hannoverischen Welfenordens, der von einem Könige von England gestiftet war und den Namen des gemeinsamen, auch dort regierenden Hauses trug, eine Verletzung der Rücksichten gegen die männliche Linie, und fuhren bei verschiedenen Gelegenheiten nichtsdestoweniger fort, den Welfenorden zu verleihen, ohne daß jemals dessen Annahme von der Königin erlaubt wurde. Dazu kamen Differenzen, welche sich aus der Stellung des Königs als Chef des welfischen Gesammthauses Braunschweig-Lüneburg ergaben. Als solcher hatte er auch die hausgesetzliche Zustimmung zu den Vermählungen der englischen Prinzessinnen zu

ertheilen, und gerade in jenem Augenblick schwebte in dieser Beziehung eine ziemlich peinliche Differenz.

Die Prinzessin Mary von Cambridge hatte sich am 12. Juni 1866 unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges mit dem Herzoge von Teck vermählt, und der König Georg, obwol er dem Herzoge von Teck, der häufig in Hannover gewesen war, persönlich sehr wohl wollte, hatte die hausgesetzliche Zustimmung zu dieser Ehe, von der die Apanagirung der Prinzessin Mary abhängig war, nicht ertheilt. Da der Herzog von Teck von dem Herzog Alexander von Würtemberg aus der Ehe mit der nicht ebenbürtigen Gräfin von Hohenstein, geborenen Gräfin Rhédey, abstammte, so sah ihn der König trotz des ihm vom Könige von Würtemberg verliehenen und mit dem Prädicat Durchlaucht verbundenen Fürstentitels ebenfalls nicht als ebenbürtig an und betrachtete die Ehe der Prinzessin Mary, gegen welche er an sich nichts einzuwenden hatte, als eine morganatische.

Bald nach der Ankunft des Königs in Wien war auch der Herzog von Teck mit seiner Gemahlin dort erschienen, um des Königs Zustimmung zu erlangen; allein ihre Bemühungen stießen trotz der Liebenswürdigkeit, mit welcher sie empfangen wurden, auf entschiedenen Widerstand. Während am englischen Hofe

die Prinzessin Mary als Herzogin von Teck bezeichnet wurde, wurde beim Könige streng die Titulatur beibehalten: Ihre Königliche Hoheit die Prinzessin von Cambridge und Se. Durchlaucht der Herzog von Teck. Bei der Tafel saß die Prinzessin zur Rechten des Königs, während der Herzog von Teck nach seinem Range seinen Platz erhielt und officiell nicht als Verwandter des königlichen Hauses behandelt wurde.

Dies mußte natürlich die Königin von England, welche an ihrem Hofe diese Ehe als vollgültig anerkannte, als eine empfindliche Verletzung ihrer königlichen Rechte empfinden; dennoch blieb in allen äußern Beziehungen das freundlichste Verhältniß erhalten.

Lord Bloomfield, der englische Botschafter in Wien, empfing den König mit aller der dem Vetter seiner Königin und dem Chef des königlichen Gesammthauses gebührenden Auszeichnung und Ehrerbietung. Er veranstaltete zu Ehren desselben ein großes Fest in seinem Hotel, bei welchem die gesammte Diplomatie und die ganze österreichische Aristokratie erschienen, und stellte sich für alle persönlichen Angelegenheiten des Königs zu seinen Diensten.

Trotz der vorstehend bezeichneten Verhältnisse hielt es der König dennoch für nöthig, einen vertraulichen Versuch zu machen, um die Königin von England zu

einer Einwirkung zu Gunsten Hannovers zu bestimmen, und die Königin, großherzig hinwegsehend über jene kleinen Verstimmungen, sprach auch über die Sache mit dem Grafen Derby, welcher seit dem 6. Juli die Präsidentschaft des Cabinets übernommen hatte, und dem Staatssecretär des Aeußern Lord Stanley. Beide Minister wiesen aber jede Einmischung in die Friedensverhandlungen und jede, auch die vertraulichste und vorsichtigste Intervention zu Gunsten Hannovers auf das allerentschiedenste zurück und erklärten sich, schon damals an der Annexion des Königreichs nicht zweifelnd, nur bereit, für die möglichst günstigste Regelung der persönlichen Stellung des Königs demnächst ihre Vermittelung eintreten zu lassen.

Wäre zu jener Zeit ein Toryministerium am Ruder gewesen, so hätte sich die Stellung Englands vielleicht anders gestaltet — denn die Mitglieder der Torypartei hatten stets eine besondere Verehrung für die königliche Linie von Hannover. Allein auch ein Toryministerium würde kaum mit wirklichem Nachdruck und über die Grenzen friedlicher Wünsche hinaus für die Erhaltung Hannovers eingetreten sein. England als solches hatte an dieser Frage zu wenig eigentliches Interesse, und jede Einmischung in dieselbe, welche zu einem Bruch mit Preußen hätte führen können, wäre

von keinem Ministerium vor dem Parlament zu rechtfertigen gewesen, so sehr auch vielfach im englischen Volke selbst sich sympathische Theilnahme für den König Georg kundgab.

Herr von Beust war zu jener Zeit mit dem Könige von Sachsen nach Wien gekommen. Schnell entschlossen fuhr er nach Paris, erinnerte den Kaiser Napoleon an die treue Bundesgenossenschaft, welche der König Friedrich August von Sachsen Napoleon I. auch in dessen Unglück bis zum letzten Augenblicke gehalten, und stellte es dem für alle Traditionen seines Hauses so pietätvoll empfänglichen Kaiser als eine Ehrenpflicht vor, nun seinerseits dem Nachkommen jenes treuen Freundes seines Oheims den Thron zu erhalten.

Die Annexion von Sachsen war in Berlin beschlossen; man legte dort entschiedenen Werth auf dieselbe, und die Haltung Sachsens vor dem Kriege gab mehr Veranlassung für eine so einschneidende Maßregel, als es diejenige Hannovers gethan.

Herr von Beust wußte indeß mit der glänzenden Beredsamkeit, welche ihm eigenthümlich ist, den Kaiser Napoleon so siegreich von seiner Ehrenpflicht gegen den König von Sachsen zu überzeugen, daß der Kaiser im preußischen Hauptquartier bestimmt erklären ließ, er werde die Annexion von Sachsen als Kriegsfall ansehen.

Nachdem dieses Wort einmal gesprochen war, würde der Kaiser, so abgeneigt er dem Kriege auch war, dennoch vor den äußersten Schritten nicht zurückgewichen sein, wenn man seine Forderung unbeachtet gelassen hätte — er hätte dies nicht gekonnt, ohne das Prestige in Europa und im eigenen Lande, welches er damals noch besaß, mit einem Schlage zu verlieren. Man zweifelte auch in Berlin nicht daran und war gewiß auch von dem Zustande der französischen Armee, der dem Kaiser so schwere Bedenken gegen eine militärische Action einflößte, nicht im vollen Maße unterrichtet. Eine französische Diversion am Rhein wäre zu jener Zeit eine schwere Gefahr für Preußen gewesen und hätte dasselbe gezwungen, für die reichen Früchte des Sieges, die es schon in der Hand hielt, einen zweiten Kampf von unabsehbarer Ausdehnung aufzunehmen.

Die Forderung Napoleon's wurde also zugestanden und die Erhaltung des sächsischen Thrones unter der Bedingung versprochen, daß Sachsen vollständig in die militärische Organisation des Deutschen Bundes sich einfüge.

Zu jener Zeit schon wurde Herr von Beust zum künftigen leitenden Minister für das an großen, weitblickenden Staatsmännern wenig productive Oesterreich ausersehen. Der Kaiser Franz Joseph war hingerissen

von der geistvollen Unterhaltung des sächsischen Ministers, der ihm in jenen Tagen als Rathgeber seines Alliirten näher getreten.

Die Vorbereitungen Sachsens zum Kriege waren musterhaft gewesen. Herr von Beust hatte gezeigt, daß er ganz und mit aller Kraft zu wollen und zu handeln verstand, und der Kaiser mußte sich sagen, daß, wenn Oesterreich durch einen ebenso umsichtigen und thätigen Staatsmann in gleicher Weise gerüstet in den Kampf eingetreten wäre wie Sachsen, der Ausgang nicht so vernichtend für die österreichische Macht und den österreichischen Stolz gewesen sein würde.

Die erste Anregung, Herrn von Beust die Regeneration der österreichischen Monarchie anzuvertrauen, welche von dem Kaiser Napoleon ausging, fiel daher bei dem Kaiser Franz Joseph auf einen ungemein fruchtbaren und wohlvorbereiteten Boden. Es spielte bei dieser Anregung eine merkwürdige und geheimnißvolle Persönlichkeit, der Staatsrath Klindworth, eine zwar dunkle, aber wirksame Rolle, und es mögen daher gleich hier über diesen dem großen Publikum wenig bekannten Mann, welcher bestimmt war, in späterer Zeit auch dem Könige von Hannover in unglückselig verhängnißvoller Weise näher zu treten, einige Bemerkungen ihren Platz finden.

Klindworth stammte aus dem Hannoverischen und soll der Sohn eines englischen Mechanikers in Göttingen sein. Er studirte Philologie und versuchte vergeblich, sich an der heidelberger Universität eine Stellung als Privatdocent zu verschaffen. Im Jahre 1819 kam er nach Berlin, wo seine Schwester im Hause des portugiesischen Gesandten Lobo da Silveira, Grafen von Oriola, welcher später in preußische Dienste trat und im Jahre 1846 als preußischer Geheimer Rath starb, lebte. Hier machte er die Bekanntschaft von Ancillon, Kamptz und Schuckmann und wurde gelegentlich publicistisch verwendet. Er war bis dahin radicaler Demokrat und Mitglied der geheimen revolutionären Gesellschaften gewesen. Seine Kenntniß der Verzweigungen dieser Gesellschaften verwerthete er der Regierung gegenüber, vermochte sich jedoch dadurch, da sein Treiben, wenn auch gelegentlich benutzt, verächtlich erschien, keinen festen Boden zu schaffen. Er trieb zahllose Ränke und Intriguen und mußte Berlin wieder verlassen.

Er bot seine Dienste dem hannoverischen Premierminister Grafen Münster an. Dieser, ein vollkommener Gentleman und großer Herr von edelsten Gesinnungen, wies ihn zurück, und von daher datirte sich bei ihm ein bitterer Haß gegen Hannover und das hannoverische Königshaus.

Auf eine nicht völlig aufgeklärte Weise kam er später, in Verbindung mit einer Gräfin Görtz-Wrisberg, in die Dienste des Herzogs Karl von Braunschweig, bei welchem er bis zu dessen Sturz im Jahre 1830 blieb und an dessen halb wahnsinniger Regierung er einen verhängnißvollen Antheil nahm.

Nach der Flucht des Herzogs tauchte Klindworth wieder als geheimer österreichischer Agent auf und es gelang ihm, als solcher bei Gentz und dem Fürsten von Metternich eine in der That bedeutungsvolle Rolle zu spielen. Besonders verwendete ihn das österreichische Cabinet zur geheimen Beobachtung der Gesandten und zur Anknüpfung verborgener Fäden, welche man noch nicht in die Hände der officiellen Diplomatie legen wollte. Er wurde an die fremden Höfe gesendet und überall wußte er sich durch seine scharfe Beobachtungsgabe, durch sein bis in die kleinsten Details treues Gedächtniß, durch seine Kenntniß des Staatsrechts und durch seine eminente Ueberredungsgabe großen Einfluß und Zutritt durch die Hinterthüren der Cabinete und Kanzleien zu verschaffen. Er trug niemals Bedenken, neben seiner Thätigkeit für Oesterreich auch andern Regierungen zu bestimmten Zwecken seine Dienste zu widmen. Er kannte alle europäischen Souveräne und Minister, insbesondere war er in Würtemberg lange thätig; nur

allein, wie er häufig voll Bitterkeit selbst sagte, dem Könige Wilhelm von Preußen und dem Grafen Bismarck hatte er sich niemals nähern können.

Er strebte niemals nach äußerlich glänzenden Stellungen, vielleicht in dem Bewußtsein, daß sein Vorleben ihn zu solchen völlig unfähig machte; wohl aber suchte er Macht und Einfluß zu gewinnen, und es gelang ihm dies auch stets in hohem Grade, wobei er immer auf das äußerste Sorge trug, daß seine Thätigkeit, ja seine Existenz mit dem tiefsten Geheimniß verhüllt bleibe und niemals über die engste Intimität der Cabinete hinaus bekannt werde. Seine Neigung und sein Geschick für die Intrigue war grenzenlos und wurde nur noch überboten durch seine unersättliche Geldgier; denn er ließ sich die Dienste, die er leistete, sehr theuer bezahlen und verstand es außerdem noch, unbekümmert um die Mittel, sich bei jeder Gelegenheit immer wieder neue, reiche Geldquellen zu öffnen.

Nach dem Tode des Fürsten Metternich fungirte er als Agent bald dieser, bald jener Regierung und kam endlich durch den Herzog Karl von Braunschweig mit Napoleon in Verbindung, welcher seine große Geschicklichkeit zu schätzen und zu verwerthen wußte. Er verstand es auch hier wieder, aus den reichgefüllten Kassen des unglücklichen Herzogs Karl, der sonst nicht

eben freigebig war, mit vollen Händen zu schöpfen, indem er ihn fortwährend glauben machte, daß Napoleon für die Wiedereinsetzung des Herzogs auf den braunschweigischen Thron eintreten werde — ja, man hat mir sogar in Paris von sehr glaubwürdiger Seite erzählt, daß er angeblich im Auftrage Napoleon's mit dem Herzoge einen Vertrag geschlossen habe, nach welchem der Herzog im Falle eines siegreichen französischen Krieges gegen Deutschland zum Kaiser von Norddeutschland gemacht werden solle!

Seine Verbindungen in Wien gab er niemals auf. Unter dem Ministerium Belcredi wollte man dort wegen seiner Verbindungen in Paris nichts von ihm wissen; aber immer verstand er es, sich in den höchsten Hofkreisen Gehör und Einfluß zu erhalten, da man dort mit tiefer pietätvoller Verehrung auf die Staatsleitung Metternich's zurückblickte und Klindworth sich als den letzten überlebenden Gehülfen und Vertrauten des großen Staatskanzlers darzustellen wußte.

Von Paris wurde er häufig an die deutschen Höfe gesendet, so auch noch kurz vor dem Ausbruch des Krieges von 1866 nach Dresden, wo er mit Herrn von Beust in nähere Verbindung getreten war. Zu gleicher Zeit aber hatte er sich mit dem verhängnißvoll bekannten Grafen Langrand-Dumonceau in eine enge

Verbindung zu setzen gewußt und leistete demselben gegen namhaften Gewinnantheil erhebliche Dienste bei dessen schwindelhaften Actienunternehmungen, welche eine Zeit lang einen fast märchenhaften Erfolg hatten und ungeheuere Kapitalien in die Hände des modernen Law zusammenfließen ließen. Er gab Langrand den Gedanken ein, das in katholischen Händen befindliche Kapital, in großen Bankunternehmungen vereinigt, den katholischen Interessen dienstbar zu machen, und wußte für diesen Gedanken in Rom mächtige Unterstützung zu finden.

Er fungirte dann als diplomatischer Agent und Rechtsbeistand des Grafen Langrand. An allen Höfen und in den hochfürstlichen Kreisen wußte er diesen als den Vertreter der conservativ-monarchischen und katholischen Interessen darzustellen, und es war eine Folge seines geheimen Einflusses, daß der größte Theil des Vermögens des minorennen Fürsten von Thurn und Taxis den Händen Langrand's anvertraut wurde, wofür später, als der Schwindelbau zusammenbrach, der Kaiser von Oesterreich als Vormund des Fürsten eintreten mußte.

Es würde hier zu weit führen, alle Thaten Klindworth's aus jener Zeit, aus welcher ich sehr genaue Aufzeichnungen besitze, anzuführen. Ich werde später leider noch Gelegenheit haben, auf diesen Mann und seine traurige Wirksamkeit zurückzukommen.

Er mochte vielleicht am besten und klarsten vor aussehen, daß das Gebäude des Grafen Langrand in kürzerer oder längerer Zeit unrettbar zusammenbrechen müsse, und suchte deshalb im Jahre 1866, als er sah, daß das bisherige System in Oesterreich an sein Ende gekommen sei, den festen Boden eines weitausgedehnten politischen Einflusses wiederzugewinnen. Dabei machte er den eifrigen Vermittler für die Berufung des Herrn von Beust zum österreichischen Minister und hatte dieserhalb eine geheime Zusammenkunft mit Herrn von Beust in Salzburg. Daß er dabei Oesterreich einen wirklich großen Dienst für die Wiederaufrichtung der Monarchie leistete, war wol der geringste Beweggrund für ihn; vielmehr hoffte er unter einem neuen österreichischen Regiment, an dessen Begründung er mit thätig gewesen, wieder eine große und einträgliche politische Rolle spielen zu können, was ihm denn auch für eine Zeit lang in der That gelang.

Ich selbst lernte Klindworth erst im Jahre 1868 kennen. Er war damals ein hoher Siebziger, aber unermüdlich rüstig und geistig frisch wie ein junger Mann. Sein Aeußeres war in der That abschreckend häßlich: ein dicker Kopf mit ziemlich groben, plumpen Zügen saß auf einem kurzen Halse und einer eckig

gedrungenen Figur; seine Bewegungen waren hastig und ohne jede Anmuth, seine Augen stechend, durchdringend und listig verschlagen. Er trug stets einen langen, weiten Rock und machte auf den ersten Blick den Eindruck eines Schulmeisters oder Bureaubeamten. Trotzdem die ganze Erscheinung durchaus unsympathisch berührte, war es dennoch schwer, sich völlig von seinem Einflusse frei zu halten — denn er wußte mit einer so scharfen Dialektik zu sprechen, seine Gründe so überzeugend aneinanderzufügen und zu gruppiren, daß man unwillkürlich gefangen genommen wurde; dazu kam ein unendlich lebhaftes und ausdrucksvolles Mienenspiel, das jedem seiner Worte noch eine besonders bedeutungsvolle Nuance zu geben schien, und er verstand es so vortrefflich, die Miene treuherziger Bonhomie anzunehmen und festzuhalten — dann wieder durch eine fast cynische Offenheit seine Hintergedanken zu verbergen, daß man in der That gefangen genommen wurde und Mühe hatte, ihm gegenüber sich völlig freie Unbefangenheit des Urtheils zu bewahren.

Als der König von dem Erfolge der Reise des Herrn von Beust nach Paris durch eine vertrauliche Mittheilung des Königs von Sachsen erfuhr, hatte er den Gedanken, sich auch seinerseits direct an den Kaiser Napoleon zu wenden und dessen Vermittelung zu seinen

Gunsten anzurufen, wobei er auf die persönlich freundschaftliche Annäherung rechnete, welche in Baden-Baden zwischen ihm und dem Kaiser stattgefunden hatte.

Graf Platen widerrieth indeß einen solchen Schritt auf das entschiedenste, und ich unterstützte ihn darin aus voller Ueberzeugung. Graf Platen machte geltend, daß eine Anrufung der französischen Vermittelung, wenn sie erfolglos bliebe und in Deutschland bekannt würde, den böseften Eindruck namentlich auch im hannoverischen Lande selbst machen würde, wo die alten Traditionen aus der Zeit des ersten Napoleon noch lebendig seien. Daß aber die Anrufung der französischen Vermittelung Erfolg haben solle, sei nicht abzusehen, denn für ein Eintreten Frankreichs zu Gunsten Hannovers könnte nicht, wie durch Herrn von Beust für Sachsen geschehen, die treue Bundesgenossenschaft mit dem ersten Kaiser als Motiv angerufen werden, und was Napoleon für Sachsen gethan, werde er niemals für Hannover zu thun geneigt sein, um so weniger, da Preußen, nachdem es in Betreff Sachsens nachgegeben, gewiß zu keinen weitern Concessionen an Frankreich sich verstehen werde. Auch hatte auf vorsichtige Sondirungen hin der Herzog von Gramont, obwol er dem Könige die größten Aufmerksamkeiten erwies, achselzuckend und ausweichend die Möglichkeit

einer weitern französischen Einmischung in die Friedensverhandlungen angedeutet.

Der König gab also diese Idee sogleich auf. Dagegen beschloß er, was jedenfalls am würdigsten und zugleich aussichtsvollsten erschien, sich direct an den Kaiser Alexander von Rußland zu wenden, der ihm ja noch unmittelbar vor der Schlacht von Langensalza die Bereitwilligkeit zur Vermittelung selbst kundgegeben hatte. Er beauftragte den General von dem Knesebeck, seinen Gesandten in Wien, in dessen Hause er wohnte, nach Petersburg zu reisen, um den Kaiser Alexander zu bitten, daß er zu Gunsten Hannovers bei dem Friedensschluß interveniren möge. Gerade von einer Intervention des Kaisers von Rußland mußte zu jener Zeit der beste Erfolg erwartet werden; denn abgesehen von den vortrefflichen Beziehungen, welche zwischen dem Kaiser Alexander und dem Könige Georg stets bestanden hatten, abgesehen von den weitern Verwandtschaftsbanden mit dem russischen Hofe durch die Schwester der Königin, die Großfürstin Konstantin von Rußland, ließen sich auch in Petersburg deutlich politische Strömungen erkennen, welche Hoffnung auf ein Eintreten Rußlands für Hannover erweckten.

In der officiellen petersburger Zeitung erschien ein Artikel, welcher in sehr bestimmter und fast gereizt

scharfer Weise die Möglichkeit einer preußischen Annexionspolitik besprach und den Satz enthielt, daß es in Europa noch vollständig gesammelte und in ungeschwächter Kraft dastehende Mächte gebe, welche niemals dulden würden, daß von irgendeiner Macht die Verhältnisse des Rechts und des politischen Gleichgewichts in Europa einseitig geändert würden. Ueber diese Strömung am russischen Hofe waren wir, auch abgesehen von jenem Artikel des officiellen Journals, genau unterrichtet, und es war deshalb ein ernstes Wort zu Gunsten Hannovers wol von Petersburg aus zu erhoffen. Ein solches Wort hätte aber auch Erfolg haben müssen, denn jede ernste Intervention einer großen Militärmacht mußte zu jener Zeit von Preußen beachtet werden, da das halb niedergeworfene Oesterreich, wenn ihm von irgendeiner Seite Unterstützung kam, sich leicht und schnell wieder erheben konnte, wodurch dann die so glänzend siegreiche Situation Preußens in einem einzigen Augenblick eine sehr gefährliche Wendung nehmen und jedenfalls neue, unermeßliche Anstrengungen und Opfer erfordern mußte.

Um nun aber auch den directen Weg zur Herstellung des Friedens nicht zu versäumen, entschloß sich der König, als die Friedensverhandlungen in Nikolsburg begonnen hatten, auch seinerseits persönlich dem

Könige von Preußen die Hand zu Friedensverhandlungen zu bieten. Er schrieb an den König Wilhelm einen Brief und sendete mit demselben seinen Flügeladjutanten Oberstlieutenant von Heimbruch in das Hauptquartier zu Nikolsburg. In jenem Briefe, dessen Abschrift ich nicht mehr besitze, dessen Inhalt mir aber vollkommen erinnerlich ist, war ausgesprochen, daß der König Georg, nachdem der Wille der Versehung den König von Preußen zum Sieger in Deutschland gemacht habe, denselben bitte, ihm die Bedingungen mitzutheilen, unter welchen der Friede geschlossen und ein den frühern geschichtlichen und verwandtschaftlichen Beziehungen entsprechendes Verhältniß wiederhergestellt werden könne. Der König erklärte sich bereit, die Opfer zu bringen, welche die für ihn so ungünstig gewendeten Ereignisse nothwendig machen würden. Der Brief war nicht in officiellem, sondern in persönlich freundschaftlichem Tone gehalten. Der König redete den König von Preußen „Lieber Wilhelm" und „Du" an; er beklagte die frühern Misverständnisse, und in der ganzen Fassung lag der ernste Wunsch der Verständigung.

Der König setzte voraus, daß Preußen Gebietsabtretungen namentlich im Süden Hannovers zur Verbindung der beiden Hälften der preußischen Monarchie

fordern würde; er war zu diesen entschlossen und wünschte nur vor allem für Hannover die Küste zu erhalten, um dessen maritime Bedeutung nicht zu schwächen. Indeß war in jenem Briefe, wie ich mich bestimmt erinnere, unter Voraussetzung solcher Abtretungen die unbeschränkte Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Königreichs Hannover besonders betont, und nach dem Charakter des Königs glaube ich annehmen zu dürfen, daß er eine Einschränkung der Souveränetät, namentlich der Militärhoheit, kaum jemals angenommen haben würde.

Der Oberstlieutenant von Heimbruch nahm zugleich ein Schreiben des Grafen Platen an den Grafen Bismarck mit, welches, wie ich mich erinnere, ebenfalls mehr in persönlich vertraulichem als in diplomatisch officiellem Tone gehalten, ungefähr dasselbe sagte wie der Brief des Königs, und den Wunsch zur Aufnahme der Friedensverhandlungen ausdrückte.

Graf Bismarck empfing Herrn von Heimbruch sehr artig, las das Schreiben des Grafen Platen und versprach, seinem königlichen Herrn Mittheilung zu machen. Am Abend desselben Tages aber erklärte er Herrn von Heimbruch, daß Se. Majestät der König von Preußen nicht in der Lage sei, das von dem Oberstlieutenant überbrachte Schreiben entgegenzunehmen;

dem Grafen Platen werde er selbst auf dessen Brief antworten.

Als Herr von Heimbruch mit dieser Nachricht zurückkehrte, erschien es zweifellos, daß im preußischen Hauptquartier die Annexion Hannovers beschlossene Sache sei, und die einzige Hoffnung beruhte nun noch auf einer freundschaftlichen Intervention des Kaisers von Rußland.

Einen Gegenstand ernster Sorge und Beschäftigung bildeten zu jener Zeit auch die finanziellen Angelegenheiten des Königs. Bei der plötzlichen Abreise von Hannover waren, da man eine solche Wendung, wie sie nun eingetreten war, nicht voraussetzte, nur verhältnißmäßig sehr geringe Geldmittel mitgenommen worden. Bei der Ankunft in Wien befand sich in den königlichen Kassen nur noch ein Wechsel auf Rothschild über 150000 Thaler, und mit dieser Summe mußte für die nächste Zeit der Unterhalt des Königs und seines Gefolges im wesentlichen bestritten werden. Von den laufenden Einkünften war für die nächste Zeit wenig zu erwarten, da auch der Hofhalt der Königin in Hannover bestritten werden mußte und die Werthe der königlichen Chatoulle vor der preußischen Occupation durch den Rath Krieger, den Vorstand der Kronkasse und Chatoullekasse, im Grabgewölbe der hannoverischen

Schloßkirche verwahrt worden waren, von wo man sie nicht zu entfernen wagte.

Da die Vermögensangelegenheiten des Königs und die Verhandlungen über dieselben später eingehend zu behandeln sein werden, so mag hier nur Folgendes noch bemerkt werden.

Unmittelbar vor dem Einrücken der preußischen Truppen in Hannover war ein großer Theil der Bestände der hannoverischen Generalkasse, ungefähr 22 Millionen Thaler, meist in Obligationen, dem Geh. Finanzrath von Klenck übergeben worden, welcher diesen Schatz unter dem Beistande des Finanzrevisors Kniep und des Buchhalters Lohmann glücklich auf einen bremer Lloyddampfer schaffte und nach Southampton brachte. Von hier wurde derselbe auf einem Expreßtrain nach Londonbridge-Station geschafft, woselbst der hannoverische Generalconsul Wehner und der Legationskanzlist Schmettau mit Wagen und Bedeckung warteten, um die Summe nach der Bank von England zu bringen. Dort wurde der Schatz dem Chef des Bankoffice Mr. Johnson übergeben und in den Gewölben der Bank deponirt.

Von diesen Beträgen war indeß für die persönlichen Bedürfnisse des Königs nichts zu entnehmen, da sie Staatsgelder waren. Außerdem mag hier noch bemerkt

sein, daß die hannoverische Silberkammer, ein reicher, von den verschiedenen Königen mit Vorliebe angesammelter Silberschatz an Tafelgeschirr und sonstigen Geräthen im Werthe von ungefähr zwei Millionen Thalern, unter den Kellern des Ernst-August-Palais verborgen worden war. Obgleich dabei eine Anzahl einfacher Arbeiter ohne besondere Belohnung verwendet worden war, so fand sich doch unter denselben nicht einer, welcher das Versteck des Silberschatzes verrathen hätte, und das Geheimniß wurde erst bekannt, nachdem die Vermögensverhandlungen mit Preußen zum Abschlusse gebracht waren.

Der General von dem Knesebeck war von dem Kaiser Alexander auf das liebenswürdigste empfangen worden. Er hatte eine Wohnung im Zárskoje-Seló, wo der Kaiser residirte, erhalten und wurde mit den aufmerksamsten Auszeichnungen umgeben. Der Kaiser hatte dem General in warmen Worten seine freundschaftliche Theilnahme für den König von Hannover ausgesprochen und wenn auch ohne directe und specielle Versprechungen doch seine Vermittelung zu Gunsten Hannovers nach seinen Kräften zugesagt. Auch von dem Fürsten Gortschakow war der General freundlich, wiewol mit größerer Zurückhaltung empfangen worden, und sein erster Bericht lautete freudig und hoffnungsvoll. Allein

die Stellung Rußlands war auch im preußischen Hauptquartier ernstlich in Erwägung gezogen worden, und jener vorher erwähnte Artikel der petersburger Zeitung war dort jedenfalls nicht unbeachtet geblieben. Der General von Manteuffel, der jetzige Generalfeldmarschall und Statthalter von Elsaß-Lothringen, eine am russischen Hofe schon von der Zeit des Kaisers Nikolaus her gern gesehene Persönlichkeit, wurde aus dem Hauptquartier nach Petersburg geschickt und kam dort einen Tag nach dem General von dem Knesebeck an. Der specielle Inhalt seiner Mission ist mir selbstverständlich unbekannt, indeß ist es wol unzweifelhaft, daß dieselbe den Zweck hatte, auf die Nothwendigkeit einer gegenseitigen Unterstützung zwischen Preußen und Rußland hinzuweisen und diese Nothwendigkeit sowol aus der Geschichte und den Traditionen der Vergangenheit als aus den Bedingungen der künftigen Entwickelung der europäischen Politik zu begründen.

Preußens Mission lag damals und liegt noch jetzt in Deutschland, während Rußland durch seine politische Aufgabe nach dem Orient hingewiesen wird; eine Collision der beiderseitigen Interessen könnte erst in weit spätern Entwickelungsphasen vielleicht eintreten. Beide Mächte hatten damals entschieden das Interesse, sich in ihren politischen Bestrebungen den Rücken zu decken; sie konnten

sich zwar gegenseitig hemmen, würden dies aber zu eigenem Schaden gethan haben; denn wenn Rußland Preußen in der Erfüllung seiner deutschen Aufgabe hemmend in den Weg trat, so war Preußen später in der Lage, Rußlands orientalische Politik durch Anschluß an dessen Gegner unmöglich zu machen und alle seine Kräfte im Nordwesten des großen Reiches festzuhalten. Es ist mir nicht zweifelhaft, daß der General von Manteuffel die Aufgabe hatte, diese Gesichtspunkte in Petersburg zu klarer Erkenntniß und Anerkennung zu bringen, und er erfüllte diese Aufgabe mit der ihn auszeichnenden, von seltenem Takte unterstützten diplomatischen Geschicklichkeit, sowie mit der in seinem Charakter liegenden freimüthig-militärischen Offenheit.

Seine Mission hatte vollkommen den im preußischen Hauptquartier erwarteten Erfolg, und die antipreußische Strömung, welche sich einen Augenblick am russischen Hofe geltend gemacht hatte, verschwand augenblicklich.

Nach einigen Tagen ließ der Kaiser den General von dem Knesebeck rufen und erklärte ihm mit Thränen in den Augen, daß er das tiefste und schmerzlichste Mitgefühl mit der unglücklichen Lage des Königs empfinde, daß er aber völlig außer Stande sei, irgendetwas zu seinen Gunsten zu thun, und daß es unverantwort-

lich von ihm sein würde, dem Könige die geringste Hoffnung auf den Erfolg seiner Vermittelung zu machen.

Der General zeigte dieses traurige Resultat dem Könige an und bereitete sich zur Rückreise vor. Noch ehe er dieselbe angetreten, ließ ihn der Kaiser indeß noch einmal rufen und sagte, er habe dem Könige einen Vorschlag zu machen, welcher darin bestehe, daß dem Kronprinzen Ernst August die Regierung in Braunschweig zugesichert werde gegen den Verzicht auf das Königreich Hannover. Der Kaiser fügte hinzu, daß er kaum wage, diesen Vorschlag zu machen, da er wohl wisse, wie schmerzlich derselbe den König berühren müsse, daß jedoch dies das Einzige sei, was er für ihn thun könne, und daß er für die Annahme dieses Vorschlages in Berlin bürgen könne. Er stellte zugleich dem General die Vermittelung seines auswärtigen Ministeriums zur Verfügung, um den gemachten Vorschlag sogleich in einem chiffrirten Telegramm durch den russischen Gesandten in Wien, Grafen Stackelberg, an den König gelangen zu lassen.

Das Telegramm kam an. Der König stellte dasselbe nicht, wie er sonst wol pflegte, zur Berathung, sondern dictirte mir unter vollständigster Zustimmung des Grafen Platen sogleich die folgende Antwort, welche auf dem-

selben Wege durch den Grafen Stackelberg an den General von dem Knesebeck abging:

„Se. Majestät bedauert, diesen Vorschlag ablehnen zu müssen; denn außerdem, daß Braunschweig gegenwärtig unter der Regierung seines Herzogs steht und Se. Majestät Ihrerseits fremde Rechte gewissenhaft achtet, so steht für den Fall des Aufhörens der Regierung des Herzogs die Succession in Braunschweig dem Könige und seinem Hause ohnehin zu, kann also nicht den Gegenstand von Verhandlungen bilden. Dagegen sind Se. Majestät bereit, zu Gunsten des Kronprinzen zu abdiciren, falls dem letzteren dafür die Krone und das Königreich Hannover von Preußen zurückgegeben wird."

Hiernach war nun jede Aussicht auf eine Verständigung mit Preußen, auf die Vermittelung irgend einer befreundeten Macht und auf die Erhaltung des hannoverischen Thrones ausgeschlossen. Die Annexion stand als von der preußischen Politik unabänderlich beschlossen da.

Was den letzten Satz in der Antwort des Königs auf den Vorschlag des Kaisers von Rußland betrifft, so bedarf derselbe einiger Erläuterungen.

Der Erblandmarschall Graf Münster, welcher nach den früher erzählten Vorgängen das Schloß Fröh-

lich Wiederkunft in der Hoffnung verlassen hatte, daß der König dort bleiben würde und daß von dort aus Verhandlungen zu einem Friedensschlusse mit Preußen angebahnt werden könnten, war in hohem Grade schmerzlich berührt, als er die Abreise des Königs nach Wien erfuhr. Er gab indeß die Hoffnung auf eine Erhaltung des Königreichs noch nicht auf und glaubte dieselbe erreichen zu können, wenn der König, an dessen preußenfeindliche Gesinnungen man, wie er voraussetzte, nach seiner Reise nach Wien um so mehr glaubte, zu Gunsten des Kronprinzen abdanke, der leichter im Stande und geneigt sein würde, sich den von Preußen geforderten Beschränkungen der Souveränetät zu unterwerfen. Diese Anschauung fand sich im Lande Hannover selbst unter den treuesten Anhängern des Welfenhauses verbreitet, und Mittheilungen darüber gelangten in der ersten Hälfte des August an den König nach Wien.

Graf Münster hatte seine Meinung und seine Hoffnung zugleich der Königin mitgetheilt, und ein dem königlichen Hause verwandtschaftlich nahestehender Fürst übernahm es, dem Könige noch besonders seinen freundschaftlichen Rath in dieser Beziehung auszusprechen. Der König war keinen Augenblick darüber zweifelhaft, daß es für ihn eine heilige Pflicht gegen sein Land sei, die Regierung zu Gunsten seines Sohnes nieder-

zulegen, wenn durch dieses Opfer die Existenz und Selbständigkeit seines Königreichs erhalten und seinem Hause der alte angestammte Thron gerettet werden könne. Indeß war er zugleich der Ansicht — und sowol Graf Platen als ich konnten ihn in derselben nur bestärken — daß er nur dann verpflichtet und befugt sei, seine persönlichen Rechte auf seinen Sohn zu übertragen, wenn er die volle Gewißheit erlange, daß durch dieses Opfer der Zweck der Erhaltung seiner Dynastie auf dem Throne von Hannover wirklich erreicht werde, denn ohne diese Gewißheit erschien eine Abdankung nicht nur überflüssig, sondern bedenklich. Der Kronprinz, damals noch sehr jung und eben in den ersten Stadien seiner staatsrechtlichen Ausbildung begriffen, war der schweren Aufgabe, welche er als Chef des Welfenhauses übernehmen sollte, kaum gewachsen, und im Falle des Verlustes der Krone mußte diese Aufgabe nach allen Richtungen hin um so peinlicher, verwickelter und schwieriger werden. Dieser Gesichtspunkt konnte, wenn die Krone durch die Abdankung zu erhalten war, in den Hintergrund treten; denn es würden dann an die Seite des jungen Königs Männer aus dem Lande von Autorität und Erfahrung haben treten können; würde aber das von dem Könige gebrachte Opfer fruchtlos bleiben, so mußte der junge

Prinz in eine nach allen Seiten schwierige und unhaltbare Lage gerathen.

Die Mittheilung über diese Abdankungsfrage gelangte an den König gerade zu der Zeit, zu welcher sich der General von dem Knesebeck in Petersburg befand, und hierauf bezieht sich der letzte Satz in der dorthin gesendeten Antwort.

Der König hielt es indeß für seine dringende Pflicht, sich über diese hochwichtige Angelegenheit zweifellose Gewißheit zu verschaffen, da er um keinen Preis den Vorwurf auf sich laden wollte, durch starres Festhalten an seinem persönlichen Herrscherrechte die selbständige Existenz seines Landes und Volkes und die Zukunft seines Hauses preisgegeben zu haben.

Es war nun zu jener Zeit der hannoverische Cultusminister Freiherr von Hodenberg in Wien anwesend, und der König beauftragte denselben, sich sogleich unmittelbar nach Berlin zu begeben, wohin inzwischen der König von Preußen und der Graf Bismarck zurückgekehrt waren, um direct und unumwunden dort die Anfrage zu stellen: ob durch eine Abdankung zu Gunsten des Kronprinzen die hannoverische Krone dem Welfenhause erhalten werden könne?

Ueber diese Sendung des Freiherrn von Hodenberg liegt mir ein von diesem treuen Diener seines könig-

lichen Herrn selbst aufgestelltes Referat vor, aus welchem die auf den fraglichen Gegenstand bezüglichen Stellen hier folgen mögen:

„Der König von Hannover begab sich nach der Capitulation zu seinem Schwiegervater, und erst, als sich in Wien die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen vorbereiteten, dorthin, um als Mitglied des Deutschen Bundes an denselben theilzunehmen. Sobald durch Oesterreichs Separatfrieden die einzelnen Bundesstaaten genöthigt waren, ebenfalls in Separatverhandlungen mit Preußen zu treten, sandte der König Georg seinen Adjutanten nach Nikolsburg in das Hauptquartier des Königs von Preußen mit einem persönlichen Schreiben an den letztern und einem Schreiben seines Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an den Grafen Bismarck, um «sich direct und ohne Zwischenvermittelung an des Königs von Preußen Billigkeitsgefühl zu wenden und zwischen Preußen und Hannover ein dauerndes Band des Friedens und Vertrauens zu knüpfen, und mit dem Ausdrucke des Bedauerns, daß es den auf Erhaltung des Friedens gerichteten Bemühungen Hannovers nicht gelungen sei, den Conflict zu hindern, unter Anerkennung der Siegesstellung Preußens um Vorlage der Friedensbedingungen zu bitten mit der Erwartung,

daß im beiderseitigen Interesse zur Herstellung des gegenseitigen Vertrauens und eines festen und dauernden Bündnisses die Bedingungen nicht zu drückend gestellt und das monarchische Recht im Innern Hannovers nicht gekränkt werden möge». Das königliche Schreiben wurde nicht angenommen; Graf Bismarck dagegen beauftragte den Adjutanten, dem hannoverischen Minister Grafen Platen zu sagen, daß er ihm von Berlin aus, wohin er gegenwärtig zurückkehre, antworten werde.

„Da entschloß sich der Erblandmarschall Graf von Münster, auf eigene Hand nach Berlin zu gehen, um vom Grafen Bismarck, dessen College er früher als Gesandter in Petersburg gewesen war, Aufklärung in dieser peinlichen Ungewißheit zu erlangen, und ließ von dort aus seinen König in Wien wissen, Graf Bismarck habe ihm in einer am 7. August stattgehabten Unterredung gesagt, «nachdem der König nach der Schlacht bei Langensalza und in Wien alle Verständigungsversuche, auch den einer Abdankung zu Gunsten des Kronprinzen, abgelehnt, sei jegliche Basis einer Verständigung verloren; die Annexion Hannovers sei eine fest beschlossene Sache; Bismarck selbst wünsche dieselbe zwar nicht, aber der König, gedrängt von der Militärpartei, habe sie fest beschlossen, das ganze Land und beide Kammern drängten so entschieden zu dem

Schritte, daß die Regierung, wenn sie der Stimmung des Volkes nicht folge, Gefahr laufe, der innere Conflict werde nicht gelöst werden».

„Diese Mittheilungen gelangten am 11. August an den König Georg nach Wien.

„Er sandte daher den zufällig an demselben Tage eingetroffenen Cultusminister von Hodenberg nach Berlin mit der Mission, die Worte des Grafen Bismarck zu constatiren und ihn zu befragen, welches die angeblichen, ihm gänzlich unbewußten Verständigungsversuche sein sollten, und ob und wann man der dem Grafen Platen versprochenen Antwort entgegensehen dürfe. Herr von Hodenberg kam wegen der noch gehemmten Eisenbahnverbindung erst am 15. August in Berlin an und hatte an demselben Abend 10 Uhr eine Unterredung mit dem Grafen Bismarck.

„Derselbe erklärte ihm sofort, die Annexion Hannovers sei jetzt eine unumstößlich gewordene Sache, mit dem Könige Georg und dem Minister Platen könne man nicht mehr verhandeln; er werde dem letztern antworten, wenn die Sache fertig sei. Nach der geographischen Lage und der bisherigen Haltung Hannovers könne Preußen dasselbe nicht länger in seinem Rücken in selbständiger Unabhängigkeit dulden, und die Politik des Königs, die den Bestrebungen Preußens

immer feindselig gewesen, habe erwiesen, daß Hannover niemals ein zuverlässiger Nachbar gewesen sei. Herr von Hodenberg entgegnete, daß Hannovers Haltung keine preußenfeindliche gewesen, sondern nur in seinen materiellen Interessen seine Selbständigkeit und seine Interessen gewahrt habe; es habe nicht zum Kriege gereizt, nicht, wie viele im Lande verlangt, gerüstet, — hier unterbrach Graf Bismarck: «Das hätte auch nichts genützt, wir wären nur früher eingeschritten», — daß es keine besondern Verpflichtungen gegen Preußen oder Oesterreich bis zum Ausbruch des Krieges übernommen, sondern sich nur streng bis ans Ende an die Bundesgesetze gehalten. Es sei eben da, wo es Verpflichtungen gehabt, auch zuverlässig gewesen und habe damit eine Garantie für seine Treue und Zuverlässigkeit auch für die Zukunft und für einen mit Preußen abzuschließenden Bündnißvertrag gegeben. Graf Bismarck nahm dies zwar nicht in Abrede, bemerkte aber, «der Bund sei ein Stück Papier gewesen, das nur dazu gedient habe, daß die deutschen Fürsten sich beständig den Bestrebungen Preußens widersetzt und gegen dieselben intriguirt hätten. Die Gesinnungen der hannoverischen Regierung seien noch in den letzten Verhandlungen und militärischen Maßregeln, worin sie sich durchaus schwankend und schwach gezeigt, als

unzuverlässig documentirt». — Gegen die Erwiderung, daß aus solchen bei der gefährlichen Sachlage und den verschiedenen Ansichten im Lande erklärlichen Schwankungen, wenn damit keine Verpflichtungen verletzt würden, doch kein Vorwurf des Unrechts und kein Recht der Vernichtung gegen Hannover erhoben werden könne, sagte Graf Bismarck, es hätte sich bei diesem Kampfe um die Existenz, um die heiligsten Interessen Preußens gehandelt, und wo es sich um die Existenz Preußens handle, kenne er keine Rücksicht.

„Auf die Bemerkung, daß König Georg von Verständigungsversuchen, von denen Graf Münster gesagt, nichts bekannt sei, daß er, wenn er damit seine Dynastie retten müsse, gern seine Krone zu Gunsten des Kronprinzen niederlegen würde, daß ihm aber bis dahin, abgesehen in der letzten Zeit von einem fürstlichen Verwandten als guter Rath, ein solches Ansinnen als von der preußischen Regierung gar nicht gemacht sei, entgegnete Graf Bismarck, das sei richtig, der Graf Münster müsse ihn falsch verstanden haben; die Abdankung sei von der preußischen Regierung nicht gerathen, könne auch nichts helfen, in Nikolsburg sei es vielleicht noch Zeit gewesen, jetzt sei es zu spät. Ueberall seien die Schwierigkeiten mit jedem König von Hannover für die preußische Action zu groß, wie

schon das Beispiel Sachsens lehre, wo ein wahrscheinlich unhaltbarer Zustand hergestellt werde, und sei daher die Annexion das einzige Mittel, darüber hinwegzukommen. Herr von Hodenberg äußerte seine Ansicht, daß ein Bundesverhältniß, wobei ja Hannover Opfer bringen und die militärische und diplomatische Action in Preußens Händen zusammengefaßt sein würde, nicht nur in Deutschlands, sondern auch in Preußens Interesse der einzige heilversprechende Ausgang aus der gegenwärtigen Sachlage sei. Das hannoverische Volk, das ebenso wie seine Regierung bis zuletzt treu am Bunde gehalten, auch seinerseits mit Ausnahme einiger Demokraten, an deren Sympathien Preußen wenig gelegen sein könne, treu an seinem Königshause hänge, biete damit dem neuen Bunde die beste Garantie; dagegen werde die Annexion Preußen in einen unheilvollen Weg treiben und das hannoverische Volk in die größte Verzweiflung, in die furchtbarsten Gewissenszweifel und in einen Kampf des, wenn auch nicht revolutionären, doch moralischen Widerstandes drängen, von dessen Bedeutung der zehnjährige Widerstand, den Hannover der französischen Herrschaft am Anfange dieses Jahrhunderts entgegengesetzt, ein Vorbild gebe. Graf Bismarck erwiderte, «er verkenne diese Schwierigkeiten nicht, er achte die Treue und Zähigkeit des han-

noverischen Volkes, das er kenne, habe Sympathien für dasselbe, sei selbst plattdeutsch erzogen; er bedauere, daß ein solcher Widerstand, den auch er vorhersehe, stattfinden müsse. Indessen werde das mit einer Generation zu Ende sein».

„Herr von Hodenberg fragte nochmals, ob Graf Bismarck wirklich die Absicht habe, auf keine Verhandlungen mehr einzugehen und die versprochene Antwort nicht zu geben, und bemerkte, als Graf Bismarck sich nicht mehr erinnern zu können meinte, daß er eine Antwort versprochen habe, — der Adjutant seines Königs habe ihm noch vor wenigen Tagen dieses bezeugt und den Vorgang erzählt, worauf Graf Bismarck erwiderte, er werde dem Grafen Platen persönlich antworten und bäte, demselben dieses zu sagen."

So weit das Referat des Herrn von Hodenberg.

Es ist dem Könige häufig der Vorwurf gemacht worden, daß er durch starres Festhalten an seinen Rechtsanschauungen und insbesondere durch die Verweigerung seiner persönlichen Abdankung zu Gunsten des Kronprinzen jede Verständigung mit Preußen unmöglich gemacht und die Schuld der Annexion von Hannover auf sich genommen habe; die vorstehende Darstellung ergibt durch das von Herrn von Hodenberg bestätigte Zeugniß des damaligen preußischen

Ministerpräsidenten selbst die völlige Grundlosigkeit eines solchen Vorwurfs. Man mag den König Georg vom Standpunkt der politischen Klugheit tadeln, daß er mit rücksichtslos unbeugsamer Festigkeit an dem festhielt, was er einmal seiner religiösen Auffassung der Monarchie entsprechend für recht hielt; sein persönlicher Charakter steht gerade durch diese Starrheit vielleicht um so höher und bewunderungswürdiger da. Niemals aber darf an seinem Andenken der Vorwurf haften, als habe er Pflichten der Ehre und des Gewissens gegen sein Volk und sein Haus vor persönlichen Rücksichten zurückgestellt oder als sei er auch nur über solche Pflichten, wo sie ihm entgegentraten, ohne die gründlichste Prüfung und Erwägung hinweggegangen.

VIII.

Entschluß des Königs Georg über seine Haltung der Annexion gegenüber. — Entscheidung desselben für die Fortsetzung des Kampfes um seine Rechte. — Die braunschweigische Erbfolge. — Meine persönliche Stellung in der Krisis jener Zeit und mein Entschluß. — Die politische Lage Deutschlands und Europas. — Die Möglichkeiten der Zukunft. — Napoleon's Groll und die Nothwendigkeit eines künftigen Krieges zwischen Frankreich und Preußen. — Plan für die Action des Königs in dem bevorstehenden Kampfe. — Herstellung einer eigenen diplomatischen und militärischen Thätigkeit. — Verbindung mit der demokratischen Idee zur Kräftigung des legitimen Rechts.

Nachdem nun die Annexion des Königreichs Hannover an Preußen als unzweifelhaft beschlossen feststand und auch die verschiedenen aus dem Lande selbst durch Petitionen und Deputationen versuchten Schritte zur Abwendung der von Preußen als politische Nothwendigkeit erkannten Maßregel erfolglos geblieben waren, trat an den König die Nothwendigkeit heran, über die von ihm den unvermeidlichen Ereignissen gegenüber

einzunehmende Haltung und über die damit zusammenhängende Wahl seines Aufenthalts einen Entschluß zu fassen.

Dem Könige standen zwei Wege offen: entweder konnte er die Einverleibung des Königreichs Hannover in Preußen ausdrücklich anerkennen oder stillschweigend hinnehmen — oder aber er konnte gegen dieselbe protestiren und den Kampf für seine nicht aufgegebenen Rechte mit den ihm übrigbleibenden Mitteln fortsetzen, um eine Gelegenheit zu erwarten, bei welcher er im Stande sein würde, bei der Wiederaufnahme des im Jahre 1866 nicht zur definitiven Entscheidung gebrachten Kampfes um Deutschlands Zukunft activ in die Ereignisse einzugreifen.

Der erste Weg war für die materielle Zukunft des Welfenhauses unzweifelhaft der sicherste und vortheilhafteste; gegen eine ausdrückliche Anerkennung der preußischen Annexion Hannovers wären ohne Zweifel von Preußen sehr große Zugeständnisse in Betreff der Einkünfte und der persönlichen Stellung der Mitglieder des Welfenhauses gemacht worden. Man wäre in Berlin für einen so großen politischen Vortheil und in Rücksicht auf die verwandtschaftlichen Beziehungen ganz gewiß bereit gewesen, die materielle Stellung des Welfenhauses auf das allerglänzendste zu regeln; man würde

der künftigen Nachfolge des Kronprinzen in dem Herzogthum Braunschweig kein Hinderniß in den Weg gelegt haben, und derselbe würde dann auf einer glänzenden materiellen Basis und auf dem angestammten, zwar kleinen, aber ruhmvollen Throne des welfischen Hauses auch am berliner Hofe und in Deutschland eine hoch ehrenvolle und angesehene Stellung haben einnehmen können. Eine solche Anerkennung der Annexion würde allerdings mit der persönlichen Würde des Königs Georg kaum vereinbar gewesen sein, allein dieselbe konnte durch den Kronprinzen erfolgen, wenn der König alle seine Rechte als Chef des welfischen Hauses in die Hände seines Sohnes niederlegte; für den König selbst wäre es dann seiner Würde entsprechend gewesen, nach England zu gehen und dort in der glänzenden Stellung eines Prinzen von Großbritannien und Irland, zurückgezogen von aller Politik, zu leben.

Auch war es möglich, daß der König zwar die Annexion Hannovers nicht ausdrücklich anerkannte, dieselbe aber thatsächlich schweigend geschehen ließ, ohne gegen dieselbe zu protestiren und zu reagiren; wäre dann auch die Stellung des Welfenhauses nicht so klar geworden wie durch eine ausdrückliche Anerkennung, so hätten sich doch die materiellen Vortheile in ähnlicher Weise erreichen lassen, denn man war in Preußen nicht

gesonnen, den König und sein Haus nach dieser Richtung hin irgendwie zu beschränken oder zu benachtheiligen. Und auch in diesem Falle wäre der Aufenthalt des Königs in England, wohin er durch seine Geburtsstellung gehörte, der angemessenste und würdigste gewesen.

Da ich hier die braunschweigische Succession berührt habe, so mögen über diese Frage, welche auch heute noch ungelöst ist und vielfach eine ganz verkehrte Beurtheilung findet, einige Worte der Aufklärung eingefügt werden.

Das Haus Hannover, gegenwärtig vertreten durch den Herzog von Cumberland, war nicht nur nach dem braunschweig-lüneburgischen Hausgesetz, sondern auch nach den Verfassungen beider Länder zur Erbfolge in Braunschweig berechtigt, wie umgekehrt das Haus Braunschweig im Königreich Hannover. Diese Erbfolge stand so unzweifelhaft fest, daß der Huldigungs- und Diensteid in Hannover für den Fall des Aussterbens der hannoverischen Linie zugleich dem Herzoge von Braunschweig mitgeschworen wurde, und wie ich glaube, war in Braunschweig dasselbe der Fall.

Dieses haus- und landesgesetzliche Erbfolgegesetz war früher, wie ich an einer andern Stelle bereits erwähnt, wol in Betreff der Person des Königs Georg wegen

seiner Blindheit erörtert, niemals aber von seiten der preußischen Regierung in Betreff des hannoverischen Hauses in Frage gestellt worden. Dieses Erbrecht besteht auch heute zweifellos fort; denn die Einverleibung des Königreichs Hannover in Preußen kann auf die persönlichen Rechtsverhältnisse des früher dort regierenden Hauses zum braunschweigischen Hause und Lande keinen Einfluß haben, und der Herzog von Cumberland ist also de jure der vollberechtigte Thronerbe in Braunschweig.

Der König von Preußen stand mit dem Könige von Hannover im Krieg und nahm aus dem Eroberungsrecht das Königreich in Besitz — eine solche Besitzergreifung könnte gegen das mit Preußen im Frieden lebende und im Deutschen Reiche verbündete Herzogthum Braunschweig niemals erfolgen, und niemals ist auch von der preußischen Regierung, soviel mir bekannt, ein solcher Gedanke ausgesprochen worden. Nun aber hat der Herzog von Cumberland nach dem Tode seines königlichen Vaters nicht nur seine feindliche Stellung gegen Preußen festgehalten, sondern auch dem Deutschen Reiche die Anerkennung versagt, indem er in seiner bekannten Erklärung den Entschluß aussprach, an seinen Rechten auf das Königreich Hannover festzuhalten, und diese Erklärung nur „an den König von

Preußen" richtete, indem er dessen Recht und Würde als Deutscher Kaiser vollkommen ignorirte.

Der Herzog von Cumberland setzt also den Kriegszustand, in welchem sich sein Vater gegen Preußen befand, fort und bestreitet zugleich den Rechtsbestand und die Verfassung des Deutschen Reiches. Der König von Preußen kann nun einen Fürsten, der sich ausdrücklich als mit ihm im Kriege befindlich erklärt, nicht zur Regierung in Braunschweig zulassen; ebenso wenig kann der Deutsche Kaiser als Schützer und Wächter des verfassungsmäßigen Rechtsbestandes des Reiches in einem zum Reiche gehörigen Herzogthum die Thronbesteigung eines an sich erbberechtigten Fürsten zulassen, der in feierlicher Erklärung dem Reiche und dem Kaiser selbst seine Anerkennung versagt. Solange daher der Herzog von Cumberland diesen Standpunkt einnimmt, ist von einer Ausübung seiner Erbrechte in Braunschweig nicht die Rede; ebenso wenig kann aber eine einfache Einverleibung des Herzogthums in das Königreich Preußen erfolgen, wie häufig von der öffentlichen Meinung angenommen wird. Die nächste Folge dieses Zustandes müßte im Falle der Erledigung des braunschweigischen Thrones eine Regentschaft sein, zu welcher als nächster Agnat der Herzog von Cambridge berechtigt wäre. Ob der Herzog eine solche Regentschaft anzu

nehmen geneigt ist, steht dahin, und es würde dann wol eine kaiserliche Verwaltung des Herzogthums als Reichsland einzutreten haben oder die anderweite Regelung der Erbfolge durch den Herzog und die braunschweigische Landesvertretung unter kaiserlicher Genehmigung vorgenommen werden müssen. Denn jedenfalls darf das braunschweigische Land nicht für den Starrsinn des Herzogs von Cumberland durch unsichere und schwankende Zustände gestraft werden, und eine definitive rechtsgültige Ordnung der Dinge dort herzustellen, ist eine Pflicht des Herzogs wie des Reiches.

Wie diese Entschließungen ausfallen möchten, darüber Vermuthungen auszusprechen oder Ansichten auszuführen, erscheint heute weder angemessen noch zweckmäßig, und ich habe nur die vorstehenden Bemerkungen hier einschalten wollen, um Gesichtspunkte aufzustellen, nach denen diese mehrfach in der Publicistik angeregte Frage meiner Ueberzeugung nach demnächst zu behandeln und zu lösen sein wird.

Wenn nun der König die ausdrückliche Anerkennung oder die stillschweigende Annahme der Annexion Hannovers an Preußen nicht beschließen wollte, so mußte man sich darüber klar machen, daß er selbst und sein Haus ein langes und peinliches Exil und alle die

Mühen und Sorgen auf sich zu nehmen haben würden, welche mit der Stellung eines Kronprätendenten un abwendbar verbunden sind, und daß die materielle Sicherstellung der Zukunft des Welfenhauses nur schwer und in wesentlich beschränktem Maße würde erreicht werden können.

In England war entschieden die Meinung vorherrschend, daß der König den ersten der bezeichneten Wege einschlagen solle, und wenn auch die Königin Victoria in dieser Beziehung keine directen Rathschläge ertheilte, so äußerten sich doch gelegentlich die englischen Minister und auch Mitglieder der hohen englischen Aristokratie in diesem Sinne. Vom englischen Stand punkte war dies ganz natürlich, denn die dortige Auffassung war von derjenigen des Königs grundverschieden. In England sah man das kleine Königreich Hannover als eine Secundogenitur, als eine Art von Versorgung für die Seitenlinie des königlichen Hauses an; man beklagte wol den Verlust dieses Besitzes, hielt denselben indeß nicht für ein gar zu großes Unglück, und fand es natürlich, daß die hannoverische Linie sich nun unter den möglichst günstigen materiellen Bedingungen auf ihre immerhin noch äußerst glänzende englische Stellung zurückzöge. Der König umgekehrt erblickte in dem Königreich Hannover das eigentliche

Stammland seines Hauses, mit welchem ihn ältere und heiligere Bande verknüpften als mit England.

Auch in Wien wünschte man unbedingt, daß der König den Weg der Verständigung betreten möge; man empfand seine Anwesenheit in Oesterreich immer mehr als eine Last, denn man wurde durch dieselbe nicht nur immer wieder an die so peinlich demüthigende Niederlage erinnert, sondern sah auch voraus, daß die Anwesenheit des Königs in der österreichischen Hauptstadt zu fortwährenden unangenehmen Verwickelungen mit Preußen führen würde, mit welchem man nun doch gute Beziehungen unterhalten mußte.

Der König stand den zu fassenden Beschlüssen in vollkommenster Klarheit über deren Bedeutung und Tragweite gegenüber; die verschiedenen soeben bezeichneten Eventualitäten und ihre Folgen waren ihm auf das ausführlichste dargelegt. Er besprach und erörterte dieselben in längern Conferenzen eingehend bis auf die kleinsten Verhältnisse, aber sein Wille und Entschluß stand vom ersten Augenblicke an unerschütterlich fest. Er erklärte, daß er niemals die Annexion seines Königreichs an Preußen anerkennen oder annehmen werde, und daß ihn keine Furcht vor irgendwelchen Gefahren, keine Aussicht auf irgendwelche Vortheile zu einem Verzicht auf seine Rechte bewegen würden; er werde bis

zum letzten Athemzuge den Kampf für sein Recht mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln unermüdlich fortsetzen; er erwarte, daß alle Nachkommen an der Spitze seines Hauses dasselbe thun würden, und hege die feste Zuversicht, daß Gott endlich seine Sache zum Siege führen werde.

Diese Erklärung entsprach vollständig der Gesammtauffassung des Königs über seine monarchischen Rechte und Pflichten; er konnte seinem Charakter nach keinen andern Entschluß fassen, und wurde in demselben noch mehr dadurch bestärkt, daß ihm fortwährend Kundgebungen der Liebe und Anhänglichkeit aus allen Theilen Hannovers zugingen, infolge deren er sich noch mehr für verpflichtet hielt, den Thron seines ihm angestammten Landes und Volkes nicht aufzugeben.

Die Erklärung des Königs war feierlich und unabänderlich, und es trat nun an uns, die wir uns in seiner Umgebung befanden, die Nothwendigkeit heran, unter den durch die Stellung des Königs geschaffenen Verhältnissen unsere Entschlüsse zu fassen. Für den Grafen Platen verstand sich dieser Entschluß von selbst. Sein Haus war seit Jahrhunderten dem Welfenhause eng verbunden und dankte demselben seine ganze Stellung. Die gegenwärtige Situation war durch die Politik, für welche er als Minister die Verantwortung trug,

herbeigeführt. Unverheirathet und wohlhabend, hatte er keine Familienrücksichten zu nehmen; wie ich schon bemerkt, war das Wesen seiner Natur trotz seines unsicher schwankenden Charakters ritterlich und der Furcht unzugänglich, er entschloß sich also ohne Zögern, bei dem Könige auszuharren.

Auch mir war es keinen Augenblick zweifelhaft, was ich unter diesen Umständen zu thun hätte, obgleich ich nicht leugnen kann, daß mir mein Entschluß schwerer gemacht wurde. Ich war in Preußen geboren und erzogen und war mit Preußen durch alle meine Familienverbindungen und zahlreiche Freunde verbunden. Ich hatte den preußischen Dienst unter der neuen Aera im Unwillen über eine vermeinte Zurücksetzung, die ich vielleicht in jugendlicher Aufwallung überschätzt, verlassen, aber alle meine freundschaftlichen und persönlichen Beziehungen bestanden dort fort, — während man mir in Hannover stets mit der mistrauischen oder auch neidischen Zurückhaltung entgegengetreten war, mit welcher man sich dort gegen jedes fremde Element abzuschließen pflegte. Ich konnte keinen Zweifel haben, daß mir mein Rücktritt in den preußischen Dienst ein Feld fruchtbarer Thätigkeit und eine aussichtsvolle Carrière eröffnen würde; auch sicherte mir meine Stellung als Generalbevollmächtigter der Reuter'schen Com-

pagnie in London den Weg, mir auch außerhalb des Staatsdienstes eine unabhängige und befriedigende Stellung zu gründen. Umgekehrt stand mir, wenn ich im Dienste des Königs blieb, eine mühe- und gefahrvolle Existenz bevor im Kampfe gegen die siegreiche, von ganz Europa gefürchtete Macht, und für eine Sache, die nur durch die schwersten Erschütterungen, wenn es überhaupt möglich war, zum Siege geführt werden konnte. Dieser Kampf mußte nicht nur mich, sondern auch meine Familie jedes festen Haltes und jeder sichern Heimat berauben. Alle äußern Rücksichten, ja fast die Pflicht gegen die Meinigen sprachen daher dafür, mich der neuen Ordnung der Dinge, gegen welche ja der einzelne Mensch ohnmächtig ist, zu unterwerfen, wie dies so viele dem welfischen Hause und dem hannoverischen Lande länger und näher verbundene Personen unbedenklich gethan haben; allein allen diesen Erwägungen gegenüber stand bei mir die Ueberzeugung unerschütterlich fest, daß der dem Könige geschworene Eid seine Geltung und Bedeutung weit weniger für die Zeit hat, in welcher der König die Macht besitzt, Gehorsam zu erzwingen und Untreue und Ungehorsam zu bestrafen, als für die Tage des Unglücks, in denen dem Könige jene Macht genommen ist. Die Beispiele der preußischen Geschichte aus den Jahren von 1806

bis 1813 waren für mich in dieser Beziehung unbedingt maßgebend. Ich habe die Verhältnisse des königlichen Dienstes stets vom rein royalistischen Standpunkte aufgefaßt und das Band an den Monarchen, dem ich diente, als ein durch äußere Verhältnisse unzerreißbares erachtet. Die Monarchie ist eine vom philosophisch-politischen Standpunkte discurtirbare, mir aber durch ihren jahrhundertelangen Rechtsbestand, auf dessen Boden ich erwachsen, erzogen, mit allen meinen Anschauungen und Grundsätzen eingewurzelt bin, heilige Staatsform, deren Verpflichtungen über allen Wechselfällen stehen müssen, wenn nicht der Boden alles Rechtes in Staat und Gesellschaft ins Schwanken gerathen soll.

Hierzu trat für mich die persönliche Pflicht gegen den König, der mir, als er auf der Höhe der Macht stand, stets ein ganz besonders ehrenvolles Vertrauen bewiesen hatte, trotz zahlreicher Versuche, dasselbe zu erschüttern. Ich war daher keinen Augenblick im Zweifel über meine dienstliche wie persönliche Ehrenpflicht, bei dem Könige unter allen Umständen auszuharren und in den Tagen des Unglücks ebenso an seiner Seite zu stehen, wie er mir dies in den Zeiten der Macht und des Glücks gestattet hatte. Daß dieser Entschluß bei meinen verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Be-

ziehungen zu Preußen ein besonders schwerer war, daß meine politische Carrière dadurch verhängnißvoll unterbrochen und nach allgemeiner Berechnung wol für immer beendet werden würde, konnte mich in demselben nicht wankend machen, und ich hatte sehr bald Gelegenheit, in dieser Beziehung ganz bestimmt Stellung zu nehmen.

Von dem Generalsecretär des Innern zu Hannover erging an mich auf Befehl der preußischen Administration die Aufforderung, nach Hannover zurückzukehren und mich zur dienstlichen Verfügung des Ministeriums zu stellen. Ich beantwortete diese Aufforderung mit einer bestimmten Ablehnung unter Hinweis auf meine dem im Unglück befindlichen Könige doppelt schuldige Pflicht, und damit war die Brücke abgebrochen.

Die Stellung, welche der König einnahm und welche wir nun mit ihm zu theilen hatten, war eine vom streng juristischen Standpunkte aus unanfechtbare. Es war ihm, als einem von ganz Europa anerkannten Souverän, der Krieg erklärt; nach dem Ausgange desselben war von dem Sieger kraft des Eroberungsrechtes das Königreich Hannover in Besitz genommen, mit dem Könige jedoch war ein Frieden nicht geschlossen und er hatte daher das persönliche Recht, den Kriegszustand fortzusetzen und mit den ihm übrigbleibenden Mitteln für das von ihm nicht aufgegebene

Recht zu kämpfen. Ob dieser Entschluß vom Standpunkte der politischen Klugheit aus der richtige war, mochte dahingestellt bleiben; der König war zu demselben berechtigt, und er mußte für diejenigen, die sich durch ihre Pflicht an ihn für gefesselt erachteten, verbindlich sein.

Wir hatten, sowol Graf Platen als ich, dem Könige mehrfach alle nach den verschiedenen Richtungen hin in Erwägung kommenden Gesichtspunkte und Gründe klar entwickelt, und er hatte nach eingehender Erwägung derselben seinen Willen ausgesprochen. Eine absolute Unmöglichkeit, das von dem Könige vorgesteckte Ziel der Wiederherstellung seiner Rechte und der Wiederaufrichtung seines Thrones zu erreichen, lag bei schärfer Erwägung aller einschlagenden Verhältnisse nicht vor, sodaß also auch aus einer innern Widersinnigkeit der einzuschlagenden Politik eine Zurückziehung von der Pflicht, dem Könige in derselben zu dienen, nicht gefolgert werden konnte.

Der Kampf um die Zukunft Deutschlands war durch den Frieden von Nikolsburg nach keiner Seite hin zu einem befriedigenden Abschlusse gebracht. Deutschland war in zwei Hälften getheilt, und weder die föderative Partei noch diejenige der Unitarier konnte durch den geschaffenen Zustand befriedigt sein. Im Norden ent-

sprach zwar der begründete Norddeutsche Bund im großen und ganzen den unitarischen Anschauungen und Bestrebungen, aber derselbe war an der Mainlinie begrenzt und die süddeutschen Staaten waren sogar in dem Friedensvertrage gewissermaßen auf eine separate Gliederung hingewiesen. Die Verträge über militärische Unterstützungen, welche Preußen mit den süddeutschen Staaten damals schloß, wurden streng geheimgehalten und waren nirgends, vor allem auch in Wien und Paris nicht bekannt.

Der Wunsch nach Einigung, welcher die ganze deutsche Nation stärker als jemals vorher durchdrang, war nicht erfüllt, sondern durch die neue zweigetheilte Gestaltung Deutschlands durchkreuzt worden, und es war natürlich, daß die beiden Hauptrichtungen der deutschen Einheitsbestrebungen sich bald wieder mit aller Kraft in Thätigkeit setzen würden, um jenen Wunsch, jede in ihrer Form und Weise, zur endlichen Erfüllung zu bringen.

Die außerordentliche Vergrößerung Preußens hatte die europäischen Mächte in Unruhe versetzt. Die Eifersucht und die „patriotischen Beklemmungen" Frankreichs waren nur durch die mangelnde Vorbereitung zu militärischer Action und durch die Aussicht auf Compensation für den Augenblick zum Schweigen gebracht

worden. Die Erbitterung in Süddeutschland war groß, noch tiefer und empfindlicher das Gefühl der Demüthigung, welches am österreichischen Hofe niedergekämpft werden mußte. In den annectirten und dem Norddeutschen Bunde eingefügten Gebieten der preußischen Machtsphäre herrschte tiefe Unzufriedenheit mit den neuen Verhältnissen. Der ganze Zustand, wie er im Jahre 1866 geschaffen war, mußte daher als ein provisorischer erscheinen, und es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß in früherer oder späterer Zeit sowol von europäischer Seite als von Deutschland selbst heraus der Versuch gemacht werden würde, diesen Zustand wieder zu beseitigen und in einem endlichen definitiven Entscheidungskampfe etwas Endgültiges und nach der einen oder der andern Seite voll Befriedigendes an die Stelle desselben zu setzen. Schon zeigten sich die deutlichsten Anzeichen dafür. Die tiefe Erbitterung des Hauses Habsburg, das in einem so kurzen Feldzuge aus Deutschland, dessen Kaiserkrone es so lange getragen, hinausgeschlagen war, lag uns ziemlich unverhüllt vor Augen. Napoleon, welcher unmittelbar nach den Verhandlungen von Nikolsburg, wie es ja später allgemein bekannt geworden ist, auf allen möglichen Wegen und in allen möglichen Formen, theils direct, theils indirect, eine Compensation für Frankreich den

preußischen Vergrößerungen gegenüber zu erlangen suchte, sah sich überall fest und bestimmt zurückgewiesen. Noch sein letzter durch einen ganz vertrauten Agenten gemachter Vorschlag, einen neutralen Rheinstaat unter dem Erbprinzen von Hohenzollern aufzurichten, fand kein Gehör. Er zog sich tief grollend zurück, und man war auch unzweifelhaft schon von jenem Augenblicke an in Berlin überzeugt, daß nur ein künftiger Krieg die noch ungelöst gebliebenen Fragen zur Entscheidung bringen könne.

Von jenem Augenblick an begann in der preußischen wie in der französischen Politik das eigenthümliche Spiel, für den Krieg, den man auf beiden Seiten als unabwendbar erkannte, den günstigsten Augenblick und den vortheilhaftesten casus belli zu wählen. Für Napoleon kam es darauf an, die durch den Marschall Niel begonnene Reorganisation seiner Armee zu vollenden und für die Schlagfertigkeit derselben die in dem Feldzuge von 1866 gemachten Erfahrungen zu verwerthen; zugleich mußte er die militärische und finanzielle Wiederaufrichtung Oesterreichs erwarten und endlich einen Kriegsgrund finden, der die süddeutschen Staaten und Oesterreich zu einer Wiederaufnahme des Kampfes um die im Jahre 1866 unfertig zurückgelassene Gestaltung Deutschlands berechtigen und bewegen

konnte. Der Kaiser Franz Joseph war zu jener Zeit unzweifelhaft von ganz denselben Gedanken und Wünschen bewegt, während Preußen umgekehrt für den unvermeidlichen Kampf der Zukunft den Kriegsgrund so zu gestalten trachten mußte, daß das deutsche Nationalgefühl sich auf seine Seite stellte, und während es zugleich ebenfalls der Frist bedurfte, um die neuerworbenen Gebietstheile zu assimiliren und das innere Gefüge des so mächtig vergrößerten Staates zu befestigen.

Wenn nun dieser trotz aller Friedensversicherungen unabwendbar drohende Kampf, über dessen innere Nothwendigkeit nur die Politiker der Zeitungsredactionen und der Tribünen im Zweifel sein konnten, demnächst zum Austrag kam und für die Gegner Preußens zum Siege führte, so war eine Umgestaltung Deutschlands auf der Grundlage föderativer Einigung die nothwendige Folge, und unter dieser Voraussetzung konnte ohne optimistische Träumerei und Selbsttäuschung vollkommen an eine Wiedererhebung des Königreichs Hannover und an eine Rückkehr des Welfenhauses auf den hannoverischen Thron gedacht werden. Die Ereignisse von 1870 haben eine solche Möglichkeit für immer ausgeschlossen; im Jahre 1866 war sie nach meiner Ueberzeugung vollkommen vorhanden, und da der König zur Weiterführung des Kampfes um seine Rechte ent-

schlossen war, so mußte sie in Rechnung gezogen und alles für eine eingreifende Thätigkeit Hannovers vorbereitet werden. Für diese klar erkannte und nothwendige Eventualität der Zukunft mußte nun die Haltung und Action des Königs nach festem Plane bestimmt werden, und nach meiner Ueberzeugung, die ich dem Könige motivirt entwickelte, und der auch Graf Platen vollständig beistimmte, kam es dabei vorzugsweise auf die folgenden Punkte an.

Erstens: Der König mußte in völkerrechtlicher Form sowol den sämmtlichen europäischen Höfen, welche mit ihm in internationalen Beziehungen gestanden hatten, als dem eigenen Lande gegenüber seinen Standpunkt unzweifelhaft manifestiren, seine Rechte wahren und seine Nichtanerkennung der gegen diese Rechte vorgenommenen Handlungen in feierlicher Weise aussprechen, damit er auch auf dem völkerrechtlichen Boden eine Basis schaffe, um bei eintretenden Ereignissen jene Rechte wieder aufnehmen und vertheidigen zu können.

Zweitens: Der König mußte den Widerstand im Lande Hannover gegen die preußische Herrschaft, welche er nur als einen thatsächlichen Zustand auffaßte und erklärte, in jeder Weise kräftigen und einheitlich organisiren.

In das moderne Völkerrecht war als thatsäch-

lich anerkannter Rechtsgrundsatz aufgenommen worden, daß bei jedem Wechsel der Staatsoberhoheit die Bevölkerungen selbst zu hören seien. Nach diesem Grundsatze war bei den italienischen Annexionen und auch bei der Einverleibung von Nizza und Savoyen an Frankreich verfahren worden, und ganz besonders hatte sich die französische Regierung und der Kaiser Napoleon persönlich stets zu diesem Grundsatze bekannt. Es mußte also auch von diesem Gesichtspunkte aus der Widerstand gegen die preußische Herrschaft und die Anhänglichkeit an das Welfenhaus in Hannover erhalten, gestärkt und einheitlich geleitet werden, um bei künftigen Ereignissen vor dem Areopag Europas dem Eroberungsrechte das Recht der freien Selbstbestimmung des Volkes entgegenstellen zu können.

Drittens: Weder mit der Würde des Königs noch mit seiner nationalen Stellung als deutscher Fürst erschien es vereinbar, daß derselbe sich ohne eigene Thätigkeit und Mitwirkung nach einem siegreichen zukünftigen Kriege gegen Preußen lediglich durch fremde Mächte wieder in seine Rechte einsetzen ließe und den hannoverischen Thron sozusagen durch des Kaisers von Oesterreich oder gar durch Napoleon's Gnaden wieder bestiege. Er mußte vielmehr, wenn der entscheidende Kampf der Zukunft in einer seiner Sache günstigen

Form und Wendung ausbrechen würde, an demselben in eigener selbständiger Kraft und Thätigkeit theilnehmen, um seine Wiedereinsetzung als ein erkämpftes Recht fordern und behaupten zu können. Zu diesem Zwecke war es nöthig, daß der König auch seinerseits für eine militärische Action der Zukunft alles so weit vorbereite, um an der Spitze einer eigenen Macht in den Kampf für seine Rechte eintreten zu können. Es war aber dazu weiter erforderlich, daß der König unausgesetzt und weit mehr, als dies früher bei dem Bestande des Königreichs Hannover der Fall gewesen, über den Gang der europäischen Politik und über die sichtbaren und verborgenen Fäden der Diplomatie fortlaufend und so eingehend als irgend möglich unterrichtet werde. Ich erinnere mich, daß ich bei der Hervorhebung dieses Punktes dem Könige gegenüber ein Bild brauchte, das ihm von seinem Aufenthalt von Norderney her ganz besonders geläufig und verständlich war. Die großen Dampfer nämlich konnten sich der Insel Norderney nicht nähern und auch auf der hohen See ihre Fahrt nicht anhalten, sondern nur einigermaßen mäßigen. Die Schaluppen, welche die Passagiere nach diesen Dampfern hinführten, mußten also ganz genau ihre Fahrt so abmessen, daß sie den

Dampfer trafen; gelang dies nicht, so fuhr derselbe vorüber und die Passagiere mußten zurückbleiben.

Ich sagte dem Könige: „Wir befinden uns jetzt in der Schaluppe, die große europäische Politik ist der Dampfer — sie kann auf uns nicht warten und ihren Curs nicht ändern. Unsere Sache ist es, den Anschluß im richtigen Augenblick zu erreichen und daher auf das allergenaueste die Fahrt des Dampfers zu beobachten; versäumen wir den Anschluß, so ist alles für uns unwiederbringlich und für immer verloren: denn ein historisch günstiger Augenblick kommt nie zweimal."

Der König griff dieses Bild mit besonderer Lebhaftigkeit auf und wiederholte dasselbe später bei allen Gelegenheiten, wo es darauf ankam, Maßregeln zum Anschluß an die europäische Politik oder zum Eingreifen in dieselbe zu treffen.

Viertens: So hoch dem Könige sein legitimes Recht stand, so bestimmend dasselbe auch für uns, seine Diener, und eventuell auch für die Cabinete Europas sein mußte, so sagte ich ihm doch, daß das legitime Recht allein in unsern Tagen kein bewegender Factor der Politik mehr sei, wie es dies zu den Zeiten der Kämpfe gegen Napoleon I. gewesen war. Ich erklärte es deshalb für nothwendig, daß der König sich und seine Sache mit einer großen, die Zeit bewegenden Idee verbinde, sodaß

sein Name gewissermaßen zur Fahne für diese Idee und ihre Anhänger werde. Nach meiner Ueberzeugung mußte diese Idee die demokratische sein, welche sich damals zu den föderalistischen Principien der nationalen Einigung Deutschlands bekannte.

Es lag in der Natur der Dinge, daß für die nächste Zeit Preußen sich einer straffen, militärischen Concentration zuwenden mußte, um mit dictatorischer Gewalt die erworbenen Gebietstheile festzuhalten und den Widerstand in denselben zu brechen. Der liberale Parlamentarismus, soviel Spielraum man ihm auch in einzelnen Theilen der Gesetzgebung einräumen mochte, konnte die damals unmittelbaren Aufgaben Preußens nicht lösen, und es schien mir daher nothwendig, daß der König, um alle zu der Politik Preußens in Gegensatz tretenden Elemente um sich zu sammeln und deren geistige Führung in seine Hand zu nehmen, der Demokratie sich zuwende und mit deren Führern in Verbindung trete.

Mein Gedankengang dabei war der folgende:

Die Demokratie und die Monarchie sind zwei völlig klar in sich ausgebildete Principien. Würde es sich darum handeln, über die einer neugebildeten Gesellschaftsgemeinschaft zu gebenden Formen zu berathen, so könnte man nach meiner Ueberzeugung ebenso viel

für die Demokratie wie für die Monarchie anführen, und vielleicht könnte man sich sogar für die erstere entscheiden. Diese Frage ist jedoch für mich entschieden; die Monarchie ist mit der Geschichte der Jahrtausende erwachsen, und was tausend Jahre bestanden hat, hat ein Recht zu bestehen und beruht auf dem Willen und Beschluß der Macht, welche die Völker regiert. Die Monarchie ist also für meine Auffassung ein heiliges, unanfechtbares und über jeder Discussion stehendes Recht; niemals aber wird man leugnen können, daß auch ein großer Theil der Forderungen der politischen und sogar der socialen Demokratie unbestreitbare Berechtigung habe und daß die Zurückweisung solcher Forderungen die allmähliche Zersetzung und den endlichen Zusammenbruch der Staaten zur unabwendbaren Folge haben müsse. Ich halte eine Vereinigung der Monarchie mit den Forderungen der Demokratie, welche sich in vielen Stücken mit den Geboten des Christenthums decken, nicht nur für möglich, sondern sogar für nothwendig, um der monarchischen Staatsform dauernden Bestand und feste Macht zu geben. Die Monarchie wird erst dann zum wahren Heil der Völker dienen können, wenn auf ihrem unerschütterlich festen Rechtsboden die Saat einer reinen und edeln Demokratie Wurzel faßt und Früchte für die wahren Bedürfnisse

des Volkes trägt. Der reine Demokrat ist durchaus nicht an die republikanische Form gebunden; er wird derselben vielleicht den Vorzug geben, wenn er die Wahl hat, sich gewiß aber auch mit wahrer Hingebung und mit offenem Vertrauen derjenigen Monarchie zuwenden, welche gesunden demokratischen Ideen Spielraum gewährt. Diese Ideen sind sehr verschieden von denen des doctrinären Liberalismus, und der erste Schritt zu ihrer gesunden, naturgemäßen Entwickelung und Durchführung ist die unbedingte Freiheit des Wahlrechtes für die Volksvertretung. Das beschränkte Wahlrecht, wie es der moderne Constitutionalismus erfunden hat, ist eine schlimmere Fessel für die wahre Freiheit des eigentlichen Volkes als selbst das absoluteste Regiment. Eine aus beschränktem Wahlrecht hervorgehende Volksvertretung fördert nur Ansichten der sogenannten Gebildeten zu Tage und vertritt Interessen der Besitzenden im allgemeinen oder einzelner Klassen insbesondere; in ihr lebt stets die Opposition gegen jede Regierung, da sie selbst sich an deren Stelle setzen möchte und den Beweis des Geistes und der freien Selbständigkeit nur in der negirenden Kritik zu finden versteht. Eine Volksvertretung dagegen, welche auf dem völlig unbeschränkten Wahlrecht beruht, wird, wenn nur die allgemeine freie und volle Theilnahme

an der Ausübung des Wahlrechtes gesichert ist, niemals engherzige Ansichten, niemals Klasseninteressen, sondern stets die wahren Bedürfnisse des Volkes zum Ausdruck bringen. Sie wird mit scharfem Verständniß es erkennen, wenn die Regierung selbst auch ihrerseits, wie es ihr Pflicht und Klugheit gebietet, jene wahren Volksinteressen zur Durchführung zu bringen bestrebt ist, und wird fern von jeder systematischen auf Eitelkeit und doctrinärer Einseitigkeit gegründeten Opposition der Regierung in solchem Bestreben vertrauensvoll fördernd entgegenkommen, sodaß aus der Vereinigung dieser beiden scheinbar heterogenen Factoren für die Regierung Kraft und Autorität und für das Volk selbst Wohlfahrt, Sicherheit und Ruhe hervorgehen muß.

Die Geschichte aller wahrhaft großen Monarchen, welche ihre Völker zu wirklichem Fortschritt geführt und mächtig in die Schicksale der Nationen eingegriffen haben, beweist die Richtigkeit dieser Sätze. Sie alle waren mehr oder weniger die Träger und Vorkämpfer der demokratischen Ideen ihrer Zeit, und je mehr sie es waren, um so leichter, sicherer und unbeschränkter führten sie ihre Herrschaft.

Auch der König erkannte diesen Gedanken, welchen ich ihm ausführlich entwickelte, vollkommen an. Graf Platen freilich erschrak vor demselben, ohne ihn jedoch

zurückzuweisen; er erkannte wol die Macht an, welche die Sache des Königs in einer Verbindung der Demokratie gewinnen müsse, nur fürchtete er den Eindruck, den eine solche Verbindung bei den Regierungen machen möchte, und besorgte zugleich, daß die Führer der Demokratie es doch niemals mit dem Könige und seinem legitimen Rechte ehrlich meinen möchten. Ich entgegnete ihm, daß meiner Ueberzeugung nach gerade die wirkliche Demokratie ein vertrauensvolles Entgegenkommen entweder ganz zurückweisen oder ebenso vertrauensvoll und aufrichtig erwidern werde, und daß, wenn dies dennoch nicht der Fall sein sollte, ich nicht begreifen könnte, warum wir uns gerade das testimonium paupertatis ausstellen sollten, von vornherein die Ueberlisteten zu sein, da wir ja doch in der Lage wären, mit offenen Augen zu beobachten und ein falsches Spiel, wenn es versucht werden sollte, zu durchschauen. Was das legitime Recht des Königs beträfe, so würde ja gerade in der von mir betonten und besonders in den Vordergrund zu stellenden Willenserklärung des hannoverischen Volkes auch für dieses Recht eine demokratische Basis gefunden.

Der König billigte das in den vorstehenden Punkten aufgestellte Programm, und ich werde, wenn ich später auf die während der nächsten Jahre nachein-

ander getroffenen Maßregeln zur Ausführung desselben zurückkomme, Gelegenheit haben, auch insbesondere noch die Bedeutung hervorheben, welche gerade die Verbindung des Königs mit der Sache der Demokratie hätte haben können.

IX.

Einrichtung des Königs zu dauerndem Aufenthalt in Oesterreich. — Die Villa Braunschweig in Hietzing. — Der Hof und die Umgebung des Königs in Hietzing. — Die Königin auf der Marienburg. — Sendung der Frau von Knesebeck nach der Marienburg, um die Prinzessin Friederike nach Hietzing zu geleiten. — Kleine Intriguen und Damenpolitik. — Graf Alfred Wedel übernimmt die Leitung des Hofhalts, der frühere Legationskanzlist Elster die Finanzgeschäfte. — Die Prinzessin Friederike kommt nach Hietzing in Begleitung der Frau von Heimbruch. — Der Feldmarschalllieutenant Freiherr von Reischach. — Andeutungen über den Wunsch des österreichischen Hofes, daß der König nach England gehen möge. — Entschluß des Königs, in Wien zu bleiben. — Abschied des Königs Johann von Sachsen vom König Georg. — Der König als Chef des preußischen Regiments der Zietenhusaren. — Herr von Beust wird österreichischer Minister des kaiserlichen Hauses und des Aeußern. Die Schwierigkeiten seiner Aufgabe. Seine Stellung dem altösterreichischen Adel und dem katholischen Klerus gegenüber. — Die österreichische Bureaukratie. — Herr von Beust und König Georg. — Erweiterung der Umgebung des Königs. — Hauptmann von Düring, der letzte hannoverische Truppencommandant im Felde. — Der letzte Vermittelungsversuch durch die Königin-Witwe Elisabeth von Preußen.

Da der König sich nicht hatte entschließen wollen, seinen Aufenthalt in England zu nehmen, sondern fest darauf beharrte, in Wien zu bleiben, so mußte auf die Einrichtung eines dauernden Wohnsitzes für ihn Bedacht genommen werden, denn die Wohnung im Hause der Gräfin Wilczeck genügte in keiner Weise auch für den eingeschränktern Hofhalt und lag außerdem in einer engen Straße der innern Stadt, sodaß der König, der an starke und andauernde Bewegung in freier Luft gewöhnt war und derselben für seine Gesundheit bedurfte, genöthigt wurde, immer erst nach den kaiserlichen Gärten hinauszufahren, um seine Spaziergänge zu machen. Der Herzog von Braunschweig, welcher dem königlichen Hause in den Tagen des Unglücks eine treue verwandtschaftliche Theilnahme bewies, bot seine in Hietzing gelegene Villa an, und der König nahm dieses Anerbieten gern und dankbar an — denn die herzogliche Villa, obgleich nur für kurzen Sommeraufenthalt eingerichtet, bot durch ihre freie Lage in der Nähe des großen Parks von Schönbrunn und durch den eigenen ausgedehnten und vortrefflich gehaltenen Garten einen Wohnsitz, der, was die freie ungezwungene Bewegung betraf, dieselben Vortheile bot wie die Residenz in Herrenhausen.

Die sogenannte Villa Braunschweig, welche meh

rere Jahre hindurch den Mittelpunkt der welfischen Bewegung und des Widerstandes gegen die neue Ordnung der Dinge in Hannover bildete und dadurch eine historische Bedeutung erlangte, war ursprünglich ein einfaches, nur für bescheidene Privatverhältnisse bestimmtes Haus, das dem Freiherrn Anselm von Hügel, dem berühmten Reisenden und Sammler, gehört hatte, der nach seinen bis Neuseeland ausgedehnten Weltreisen eine Zeit lang österreichischer Gesandter in Florenz und in Brüssel war und am letztern Orte im Jahre 1870 starb. Nach der Rückkehr von seinen weiten Reisen lebte er, ehe er wieder in den diplomatischen Dienst trat, in Hietzing und hatte in seiner Villa dort einen großen Theil der kostbaren Sammlungen vereinigt, die er aus allen Erdtheilen mitbrachte und welche später für die kaiserlichen Museen und die Hofbibliothek in Wien angekauft wurden. Herr von Hügel hatte das Haus schon erweitern lassen und namentlich die Gartenanlagen wesentlich ausgedehnt und verschönert. Nach ihm erwarb es der Herzog von Braunschweig. Er fügte, ohne das nach der Straße hin durch eine Mauer verdeckte und kaum bemerkbare Hauptgebäude zu erweitern, größere Stallungen, Küchen und Wirthschaftsräume hinzu und schmückte das Ganze, an Herrn von Hügel's Grundidee sich anlehnend, mit fürstlicher Pracht

und feinem Geschmack aus, sodaß es, abgesehen von der geringen Zahl der bewohnbaren Räume, welche indeß dem unverheiratheten Herzog vollkommen genügten, für einen fürstlichen Hofhalt brauchbar wurde.

Die Villa war in der That ein Kleinod an Reichthum und Geschmack. Durch die unscheinbare Thür in der Straßenmauer, über welche die innern Gebäude fast gar nicht hervorragten, trat man in eine lange, nach dem Garten hin offene Halle mit pompejanischer Wandmalerei, an welcher zuerst eine Portierloge und dann einige für die Cavaliere des Dienstes bestimmte Zimmer sich befanden. Am Ende dieses langen Ganges lag in der Mitte des Hauptgebäudes ein ziemlich großer Saal, der sein Licht durch die breiten, nach der Veranda des Gartens sich öffnenden Glasthüren erhielt, aus denen man die Aussicht auf ein kunstvoll angelegtes und sorgfältig unterhaltenes Blumenparterre hatte. Dieser Saal war ganz im chinesischen Geschmack decorirt; die Wände bedeckte eine kostbare chinesische Seidentapete von seltener Schönheit, an welcher die Gesichter der darauf befindlichen Figuren von bemalten Porzellanplättchen gebildet wurden; an dem Sims der Decke hin lief eine dichte Reihe hellklingender, kleiner Glöckchen, welche jeder Luftzug ertönen ließ; am Boden lag eine feine chinesische Strohmatte; große, bunte

Laternen hingen an der Decke; an den Wänden und auch in der Mitte des Saales saßen lebensgroße Pagoden von vortrefflicher Arbeit, welche gleichmäßig die Köpfe und Hände bewegten. Hieran schloß sich ein ebenfalls nach dem Garten hinaus gehendes Speisezimmer, daran ein türkischer Salon, den der Herzog als Rauchcabinet benutzt hatte, und einige andere Empfangsräume; auf der andern Seite stieß an den chinesischen Saal, welcher als Wartezimmer und als Versammlungsraum für die zur Tafel befohlene Gesellschaft benutzt wurde, die Wohnung des Herzogs, welche auch der König für seine persönliche Benutzung auswählte. Sie bestand außer dem Schlaf- und Ankleidezimmer und den Räumen für die diensthuenden Kammerdiener nur aus einem einzigen durch große Fenster erhellten Cabinet.

Dieser Raum, welchen der unglückliche König mehrere Jahre lang ausschließlich bewohnte und in welchem so viel Wichtiges und Denkwürdiges sich vollzog, war ganz schottisch decorirt. Die schweren, reichvergoldeten Möbel waren mit schottisch gemusterten Seidenzeugen überzogen, ähnliche Decken mit Gold durchwirkt lagen auf den Tischen, an den Wänden hingen schottische Waffen mit Schärpen und Plaids in den Farben der Clans, ebenso eine ganze Reihe meisterhaft ausgeführter

Oelgemälde, welche pittoreske Scenen aus Walter Scott's Romanen darstellten. Mich berührte die Ausstattung dieses Zimmers zuweilen eigenthümlich und wundersam; es konnte fast wie ein fatalistisches Verhängniß erscheinen, daß dieser Raum, in welchem der Nachkomme Georg's I. den letzten Kampf um das alte Stamm- und Erbland seines Hauses auskämpfte, gerade mit Zeichen und Bildern aus dem Stammlande der Stuarts geschmückt war, an deren Stelle das welfische Haus getreten und um deren Thron es sein Erbland verlassen hatte, während der letzte Stuart im Schlosse Saint-Germain ebenso unbeugsam an seinen Rechten festhielt, als dies der König Georg in der Villa zu Hietzing that.

In den letzten Tagen des August siedelte der König nach Hietzing über und richtete seinen bisher nur feldmäßig provisorischen Hofhalt dort ein wenig fester ein. Er wohnte mit dem Kronprinzen in der Villa Braunschweig, in welcher nur noch der Geh. Cabinetsrath Lex, dessen Dienste der König zu jeder Stunde unmittelbar bedurfte, Platz fand; wir übrigen fanden Wohnungen in den verschiedenen Villen von Hietzing, welche von einem Theil der wiener Gesellschaft zum Sommeraufenthalt benutzt werden, allerdings auch meist nur für den Sommer eingerichtet sind, und in denen

wir daher im Winter viel mit Zug und Kälte zu kämpfen hatten, sodaß wir alle Arten von Verrichtungen gegen die feindliche Jahreszeit treffen mußten.

Die drei Flügeladjutanten Oberstlieutenant von Kohlrausch, Oberstlieutenant von Heimbruch und Rittmeister Graf Wedel blieben im persönlichen Dienst, ebenso der Adjutant des Kronprinzen Rittmeister von Klenck und der Staatsrechtslehrer Sr. königlichen Hoheit Professor Maxen.

Der König hatte sogleich bestimmt, daß die Königin in Herrenhausen, oder wenn ihr Aufenthalt dort unmöglich werden sollte, auf ihrem Schlosse Marienburg bei Nordstemmen in der Nähe von Hildesheim bleiben solle. So sehr es ihn schmerzte, seine Gemahlin in einer so unerfreulichen, nach allen Seiten hin peinlichen Situation zu wissen, so verlangte er dennoch von ihr dieses Opfer und blieb trotz mancher von verschiedenen Seiten gemachten Vorstellungen unerschütterlich dabei, daß die Königin nur der Gewalt weichend das hannoverische Land verlassen solle, um durch ihre Anwesenheit thatsächlich gegen die Einverleibung in Preußen zu protestiren und im Volke die Anhänglichkeit an das welfische Haus und den Glauben an eine künftige Aenderung der Verhältnisse zu erhalten. Auf diese passiv demonstrative Bedeutung sollte sich indeß die An=

wesenheit der Königin in Hannover streng beschränken; Ihre Majestät sollte nach dem bestimmten Wunsche des Königs sich in keiner Weise direct oder indirect in die Politik mischen und auch keine Kundgebungen aus dem Volke entgegennehmen, welche über die einfache Bezeugung der Liebe und persönlichen Anhänglichkeit hinausgingen; dagegen wünschte der König, daß die Prinzessin Friederike, welche für ihren Vater eine ganz besondere Liebe und für seinen Geist und Charakter ein ganz besonderes Verständniß besaß, zu ihm nach Hietzing kommen möge. Er sendete deshalb die Gemahlin des Generals von dem Knesebeck nach Hannover, um der Königin seinen Wunsch mitzutheilen und die Prinzessin nach Hietzing zu geleiten, wo dann Frau von dem Knesebeck als Ehrenstaatsdame der Königin zugleich den Dienst bei Ihrer königlichen Hoheit übernehmen sollte.

Damals aber begannen bereits jene eigenthümlichen Intriguen, welche sich stets an depossedirten und verbannten Höfen noch mehr und verhängnißvoller fühlbar machen als in der Umgebung der wirklich regierenden Herrscher.

Es ist ein schöner Titel, der Höfling des Unglücks zu sein, und wir alle waren damals mit Recht stolz auf diesen Titel; aber fast scheint es, als ob an den im Unglück befindlichen Höfen, an denen doch wahrlich

wenig äußere Ehre und äußerer Vortheil zu erlangen ist, Neid, Misgunst und Mistrauen noch fester Wurzel schlagen und noch üppiger wuchern als auf dem Boden des Glückes und der Macht. Es mag dies wol in jenem eigenthümlichen Zuge der menschlichen Natur liegen, welche einen Jeden immer bei einem Andern die Schuld an dem bitter empfundenen Unglück suchen läßt, und so kam es denn auch damals sehr bald dahin, daß die Umgebung der Königin alles thöricht und verwerflich fand, was in der Umgebung des Königs geschah, und daß auch die Königin selbst von den ihr fortwährend einseitig und ohne Widerlegung ausgesprochenen Anschauungen beeinflußt wurde.

Der Geheimrath von Stockhausen, bis zum Ausbruch des Krieges Gesandter in Berlin, war von der Königin zu ihrem politischen Berather gewählt worden und theilte sich, da er zugleich die Kammerherrenwürde bekleidete, mit dem Grafen von Linsingen in den Dienst bei Ihrer Majestät.

Herr von Stockhausen hatte stets zu den rückwärts blickenden Staatsmännern gehört, welche jedesmal ganz genau wissen, wie es hätte gemacht werden sollen, und welche, ohne selbst den Gedanken und den Entschluß zu einer rechtzeitigen That zu finden, doch für jede Handlung Anderer ein kritisch bedauerndes Achselzucken

haben, das ein tiefgeheimnißvoll verborgenes Besserwissen und Besserkennen ahnen läßt.

Weder Graf Platen noch ich hatten uns jemals in der Lage befunden, diese schweigende Ueberlegenheit anerkennen zu können, und waren daher nicht der Gegenstand freundlicher Gesinnungen des Herrn von Stockhausen.

Er hatte, wie der ganze Hof, bis zum Ausbruch des Krieges zu den enragirtesten Vertretern einer rücksichtslos österreichischen Politik gehört, nun aber war er inmitten der Damen der Königin ein ebenso scharfer Kritiker alles dessen, was in Hietzing geschah, und alles, was der Hof auf der Marienburg unter dem Druck der traurigen Verhältnisse zu leiden hatte, wurde den Rathgebern des Königs schuld gegeben. Was die Gesellschaft auf der Marienburg eigentlich wollte, ist mir und auch wol jenen Herren und Damen selbst niemals klar geworden. Die Königin selbst theilte ja den Standpunkt ihres Gemahls nicht nur aus Pflichtgefühl, sondern aus Ueberzeugung, und dennoch wurde jede entschlossene und energische Maßregel von ihrer Umgebung mit lautem Jammer aufgenommen, und alle jene malcontenten Elemente, deren es in Hannover so viele gab, trugen ihre oft geradezu komischen Rathschläge nach der Marienburg, welche fast ausnahmslos

darauf hinausliefen, eine Faust in der Tasche zu machen und mit einem Märtyrerthum zu kokettiren, das weder Geld kosten noch Gefahr bringen sollte. Und doch gab es, wie ich schon früher hervorgehoben habe, für den König ganz unbedingt nur zwei Wege: entweder unbedingte Anerkennung des Geschehenen unter Sicherung der möglichst großen materiellen Vortheile, oder Festhalten an den königlichen Rechten und dann auch Kampf für diese Rechte und muthiges Ertragen von allem, was dieser Kampf mit sich bringen mußte. Ein schweigendes Grollen und Frondiren war weder würdig noch klug, denn ein lediglich protestirender Prätendent verfällt unter allen Umständen rettungslos der Lächerlichkeit und verliert zugleich ebenso sicher alle materiellen Vortheile, welche aus der Anerkennung der vollzogenen Thatsachen zu gewinnen sind; ein Recht muß man entweder bis auf das Aeußerste vertheidigen, um zu siegen oder würdig zu fallen, oder aber es so theuer als möglich verkaufen. Wir ließen uns daher durch die politischen Kritiken des den Herrn von Stockhausen umgebenden Damenkreises keinen Augenblick beirren, dennoch aber machten die unausgesetzten Intriguen sich als fortwährende kleine Nadelstiche fühlbar, welche in jener ernsten und schweren Zeit um so widerwärtiger waren.

Der General von dem Knesebeck mußte nun auch wol auf der Marienburg eine persona ingrata sein — ich weiß nicht warum, und das Warum war ja dort auch meist Nebensache — genug, Frau von dem Knesebeck wurde nicht gut empfangen und kehrte ohne die Prinzessin zurück. Ihre königliche Hoheit kam erst einige Zeit später in Begleitung der Frau von Heimbruch, der Gemahlin des Flügeladjutanten, nach Hietzing.

Begreiflicherweise war der General von dem Knesebeck über diese Zurücksetzung, welche seine treue und opferbereite Ergebenheit für die Sache des Königs in keiner Weise verdient hatte, tief gekränkt, und sobald seine Function in Wien beendet war, zog er sich nach Hannover in das Privatleben zurück. Auch er beendete seine ehrenvolle Laufbahn mit dem schmerzlichen Bewußtsein, daß die eifrigsten und hingebendsten Dienste so oft in der Welt ohne Dank und Anerkennung bleiben und ihren einzigen Lohn in dem eigenen Bewußtsein finden müssen.

Lange schon hat sich das Grab über ihm geschlossen, in mir aber lebt die warme Erinnerung an den treuen ritterlichen Mann, der in schwerer Zeit mit klarem Blick und muthigem Herzen auf seinem Posten an der Seite seines unglücklichen Königs stand.

Der Hofmarschall Graf Alfred Wedel kam nach

Hietzing, um die Leitung des Hofhaltes zu übernehmen, denn der Oberhofmarschall von Malortie war, abgesehen von seinem Alter und seiner Kränklichkeit, in Hannover unentbehrlich, um dort die Vermögensinteressen des Königs wahrzunehmen. Der Legationskanzlist Elster von der hannoverischen Gesandtschaft in Berlin übernahm die technische Führung der Finanzgeschäfte des Hofes, und so war denn die kleine Colonie im Exil constituirt, welche sich nun anschickte, den Kampf für das königliche Recht gegen die siegreichste und gefürchtetste Macht in Europa zu unternehmen.

Zu der unmittelbaren und täglichen Umgebung des Königs gehörte außerdem noch der österreichische Feldmarschalllieutenant Freiherr von Reischach, eine ungemein liebenswürdige und sympathische Persönlichkeit. Er war bei der Ankunft des Königs in Wien zum Ehrendienste bei demselben commandirt und behielt diese Stellung, da der König dem österreichischen Hofe gegenüber fortwährend als Gast des Kaisers betrachtet wurde, während der nächsten Jahre bei. Der General stand nicht mehr im activen Dienst; er war ein überaus tapferer Soldat gewesen, das Maria-Theresienkreuz schmückte seine Brust, und sein ganzer Körper war derartig von Wunden zerrissen gewesen, daß er häufig noch heftige Schmerzen litt. Er konnte niemals eine

liegende Stellung ertragen und war genöthigt, in einem Lehnstuhl sitzend zu schlafen. Er war Comthur des souveränen Malteserordens, den er später am wiener Hofe als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister vertrat, ohne Familie, reich und unabhängig, also in der Lage, sich ganz und gar seinem Ehrendienste bei dem Könige zu widmen. Seine körperlichen Leiden und der Schmerz, den der tapfere und geistig noch jugendfrische Mann über die ihm aufgedrungene Unthätigkeit empfand, hinderten ihn nicht, ein unverwüstlich heiterer Lebemann zu sein. Er war der Liebling der vornehmen Gesellschaft Wiens; sein freundlich wohlwollendes, kluges und feines Gesicht war jugendlich frisch geröthet und sein schneeweißes Haar ganz kurz geschnitten, weshalb ihn die Damen der wiener Aristokratie scherzhaft eine überzuckerte Erdbeere nannten, und der alte Herr freute sich selbst am meisten über diesen anmuthigen Vergleich. Er war täglicher Gast in der Villa Braunschweig und trug durch seine unverwüstliche Loyalität viel zur Belebung und Erheiterung der kleinen Gesellschaft bei, welche sich dort versammelte.

Die ganze österreichische Aristokratie und die in Wien accreditirten Diplomaten umgaben den König mit den ausgesuchtesten Aufmerksamkeiten. Er konnte wegen des beschränkten Raumes in der Villa keine größern

Gesellschaften bei sich sehen, aber fast täglich fanden kleine Diners statt und die Mitglieder des hohen österreichischen Adels betrachteten eine Einladung des Königs als eine besondere Auszeichnung. Auch der kaiserliche Hof kam dem Könige und namentlich auch der Prinzessin Friederike, als dieselbe in Hietzing angekommen war, mit um so herzlicherer Liebenswürdigkeit entgegen, je weniger die österreichische Politik in der Lage gewesen war, für Hannover zu wirken. Die königliche Familie war ein für allemal zu der sonntäglichen Familientafel des kaiserlichen Hauses eingeladen, und die Kaiserin Elisabeth zeigte ganz besonders der Prinzessin Friederike eine außerordentlich freundschaftliche Theilnahme; auch schloß sich die Prinzessin in inniger Freundschaft der Erzherzogin Mathilde, der Tochter des Erzherzogs Albrecht, an, welche später in so unglückseliger Weise einen so frühen, entsetzlichen Tod fand, der auch für ihre fürstliche Freundin, wie ich später erzählen werde, in anderer Weise bedeutungsvoll werden sollte.

Dessenungeachtet aber war es nicht zu verkennen, daß die österreichische Regierung und wol auch der Hof die Anwesenheit des Königs als eine drückende und Preußen gegenüber peinliche Verlegenheit empfand. So erinnere ich mich, daß ich eines Abends vom Diner

in der Villa Braunschweig mit dem Feldmarschall-lieutenant von Reischach in dessen Wagen nach Wien fuhr, um irgendein Theater zu besuchen. Der General benutzte diese sich gerade für ihn selten darbietende Gelegenheit einer vertraulichen Unterhaltung ohne Zeugen, um mir besonders eingehend und eifrig die Ansicht auszusprechen und zu begründen, daß für den König unter den eingetretenen Verhältnissen England der würdigste und angenehmste Aufenthalt sei, da er dort als königlicher Prinz und als Familienchef des regierenden Hauses eine besonders ehrenvolle und über alle diplomatischen Rücksichten erhabene Stellung habe. Ich konnte kaum annehmen, daß Herr von Reischach diese Bemerkungen aus eigenem Antriebe mache; auch war es nicht wahrscheinlich, daß er von irgendeiner ministeriellen Seite zu denselben veranlaßt sein möchte, da er ja nur vom Kaiser persönlich abhängig und von diesem zu seinem Ehrendienste bei dem Könige commandirt war. Ich nahm Veranlassung, dem Könige sogleich von diesem Gespräch Mittheilung zu machen; allein er wiederholte auf das bestimmteste, daß er niemals nach England gehen werde, weil sein Erscheinen dort von der Welt — und nach seiner Auffassung mit Recht — als ein Verzicht auf die hannoverische Krone betrachtet werden würde.

Die hochgehende Erregung der Kriegszeit verschwand allmählich und alles kehrte in geordnet ruhige Zustände zurück.

Auch das Schicksal Sachsens war entschieden. Der König Johann, welcher den Sommer über in Schönbrunn gewohnt hatte, während seine Truppen Cantonnements in der Umgebung bezogen, kehrte, nachdem der Friede geschlossen und die Stellung Sachsens, dessen Existenz Herr von Beust durch Napoleon's Vermittelung gerettet hatte, in dem neugebildeten Norddeutschen Bunde geregelt war, nach Dresden zurück.

Ernst und traurig war sein Abschied vom Könige Georg, den er damals zum letzten mal auf Erden sah. Der König von Sachsen sprach warme Worte des Trostes; er fügte hinzu, daß er den König um dessen Stellung beneide, und daß er persönlich tausendmal lieber dessen Los theilen, als in die neuen, drückenden, seinen bisherigen Ueberzeugungen und Bestrebungen widersprechenden Verhältnisse zurückkehren werde. Auf eine Bemerkung des Königs Georg, daß alles sich, wie er zuversichtlich hoffe, wieder ändern und das alte Recht dennoch zur Geltung kommen werde, schüttelte König Johann ernst den Kopf und sagte:

„Für Sachsen nicht, mag auch geschehen, was da wolle! Es hat mich einen bittern und schweren Kampf

gekostet, diesen Frieden zu unterzeichnen, aber nachdem ich ihn unterzeichnet, werde ich die Verpflichtungen, die er mir auflegt, treu und unerschütterlich halten und alle meine Kraft anwenden, mein Volk auch unter den neuen Verhältnissen zu Wohlfahrt und Segen zu führen."

Einen rührenden Zug von der Gerechtigkeit des Königs und von seiner Pietät gegen die Traditionen früherer Zeiten kann ich hier nicht unerwähnt lassen.

Bekanntlich hatten die Mitglieder des österreichischen Kaiserhauses infolge des Krieges ihre Würden als Chefs preußischer Regimenter niedergelegt, was in Berlin als ein Zeichen des Bruches mit den Erinnerungen großer gemeinsamer Kämpfe und einer geheiligten Waffenbrüderschaft besonders peinlich und bitter empfunden wurde. Es trat nun an den König die dringende Forderung heran, auch seinerseits die Würde als Chef des Regiments der preußischen Zietenhusaren niederzulegen und dem Könige von Preußen zugleich den Schwarzen Adlerorden zurückzuschicken. Der König zögerte; als jedoch die Anregungen immer dringender wurden, befahl er mir, in dem bezeichneten Sinne ein Schreiben an den König von Preußen zu entwerfen und ihm zur Prüfung vorzulegen. Infolge dieses Befehls legte ich dem Könige nach einigen Tagen den nachstehenden Entwurf vor:

„Durchlauchtigster, großmächtigster pp.

Mein Herr Bruder!

„Unter den Verhältnissen, welche zu meinem tiefen Bedauern und ohne meine Veranlassung zwischen Ew. Majestät und mir bestehen, werden es Höchstdieselben natürlich finden, daß ich nicht mehr wünschen kann, zur preußischen Armee in Beziehungen zu stehen, welche durch weiland Se. Majestät Friedrich Wilhelm IV. als Ausdruck der nunmehr zerrissenen Bande der Verwandtschaft und Freundschaft einst geknüpft wurden.

„Ich gebe Ew. Majestät deshalb das mir als Chef verliehene Regiment pp. zurück.

„Wenn ich durch die gleichen Verhältnisse gezwungen bin, Ew. Majestät auch den Schwarzen Adlerorden hierbei zurückzusenden, so geschieht dies mit dem schmerzlichen Bedauern, mich von einem Erinnerungszeichen an frühere, meinem Herzen stets theure, Zeiten trennen zu müssen.

Ew. Majestät ergebenster."

Als ich dem Könige diesen Entwurf vorgelesen hatte, stützte er den Kopf in die Hand und saß lange schweigend da; dann rief er plötzlich tief aufathmend mit lauter Stimme: „Nein, nein!" — (die folgenden Worte sind von mir auf dem Rande des Concepts notirt) „Wenn auch Preußen mir alles Böse, das nur

möglich ist, zugefügt hat, so will ich doch das ehrenvolle Band mit der preußischen Armee nicht lösen."

Er befahl mir, den Entwurf zurückzulegen, und wollte von der Sache nichts weiter hören. So ist er denn auch während der ganzen Jahre der so scharf gespannten Gegnerschaft gegen die preußische Regierung Chef jenes hochberühmten preußischen Regiments geblieben; regelmäßig empfing er, wie in frühern Zeiten, den Rapport, und erst sein Tod hat das Band gelöst, das ihn mit der preußischen Armee verknüpfte und das er so hoch in Ehren hielt.

Möge die Mittheilung dieses kleinen, aber bedeutsamen Zuges dazu beitragen, daß auch bei dem preußischen Königshause und bei der preußischen Armee über alle Erbitterungen der politischen Kämpfe hinweg das Andenken des edeln, ritterlichen Fürsten in Ehren bleibe.

Inzwischen war der Wechsel in der österreichischen Regierung vollzogen. Herr von Beust hatte das Ministerium des kaiserlichen Hauses und des Aeußern übernommen und trat unter der jubelnden Zustimmung der öffentlichen Meinung und unter dem grollenden, feindlichen Mistrauen der altösterreichischen Adelskreise seiner gewaltigen Aufgabe der Regeneration des innerlich so schwer zerrütteten und äußerlich so tief gede-

müthigten Kaiserstaates entgegen. Diese Aufgabe war eine riesengroße, und der freudige Muth, mit welcher Herr von Beust derselben entgegentrat, war in der That bewunderungswürdig.

So schwer das Ziel, welches ihm gesteckt war, überhaupt schon erreichbar schien, so mußten gerade ihm doppelt große Schwierigkeiten sich entgegenstellen, denn er war ein Fremder und ein Protestant — die erstere Eigenschaft stellte ihn in Gegensatz zur österreichischen Aristokratie, die zweite zum katholischen Klerus, und die Mittel, die er zur Erfüllung seiner Aufgabe als nothwendig erkannte, mußten beide Gegensätze noch verschärfen. Herr von Beust war überzeugt, und machte aus dieser Ueberzeugung kein Hehl, daß zur Wiedererweckung und Kräftigung der militärischen und finanziellen Kräfte Oesterreichs eine freie, nationale und selbständige Entwickelung Ungarns unerlaßlich sei, welche allen politischen Traditionen der bisher die Regierung beherrschenden deutsch-böhmischen Adelskreise widersprach. Ebenso war er überzeugt, daß eine Belebung und fruchtbare Entwickelung des öffentlichen Lebens in Oesterreich und ein patriotisch thatkräftiger Aufschwung der Bevölkerung die Aufhebung des die kirchlichen Verhältnisse regelnden und die kirchliche Macht auf alle Verhältnisse ausdehnenden Concordats

mit dem Römischen Stuhle als unumgänglich nothwendige Vorbedingung erfordere.

Ich zweifle nicht, daß er diese beiden Bedingungen bei der Uebernahme seines Amtes dem Kaiser vorgelegt und für dieselben auch die allerhöchste Genehmigung gefunden hat, aber ebendarum fand er sich auch von vornherein einem geschlossenen Widerstande gegenüber.

Die österreichische Aristokratie konnte sich zwar nicht verhehlen, daß sie nicht im Stande sei, aus ihren Reihen einen Staatsmann zu stellen, der den Anforderungen der damaligen Zeit gewachsen sei. Der einzige wäre vielleicht der Fürst Richard Metternich gewesen; er besaß einen lebhaften und klaren Geist und ragte in seiner vielseitigen Bildung weit über seine Standesgenossen hervor; aber einmal war er, wegen seiner besondern Vertrauensstellung zu dem Napoleonischen Hofe, in Paris fast unersetzlich und dann fehlte ihm bei seiner leicht empfänglichen, aber auch leicht beweglichen Natur die zähe Kraft des Willens und Handelns, welche zur Durchführung einer so gewaltigen Aufgabe erforderlich war, bei der jeder Schritt ein Kampf und jeder Sieg nur die Vorbereitung zu einem neuen Angriff sein mußte.

Obwol nun der österreichische Adel wohl fühlte, daß er keinen Ersatzmann zu stellen vermochte, und obwol

er deshalb schwieg, so empfand er doch das testimonium paupertatis, welches für ihn in der Berufung eines fremden Staatsmannes lag, mit bitterm Unmuth — er hielt sich murrend zurück, bereit, bei dem ersten Fehltritt oder dem ersten Miserfolg des Herrn von Beust seine verurtheilende Stimme laut zu erheben.

Ebenso war auch eine Aenderung des Concordats für Herrn von Beust schwerer als für jeden andern; was sich ein altösterreichischer Katholik hätte erlauben dürfen, das gestand man dem ausländischen Protestanten nicht zu, und jeder Schritt in jener Richtung, den er unternehmen würde, konnte als ein Angriff gegen die Religion selbst im voraus auf die schärfste Verurtheilung rechnen. Noch schlimmer als dies alles war aber der zähe und dumpfe Widerstand, welcher Herrn von Beust in der österreichischen Bureaukratie, der bösartigsten von allen, die ich kennen gelernt, entgegentrat, da dieselbe sich aus den alten, gewohnten Gleisen getrieben und in ihrer Omnipotenz bedroht sah. Ich erlebte in dieser Beziehung ein merkwürdiges und mir unvergeßlich gebliebenes Beispiel.

Ein junger Publicist, dessen Dienste ich mehrfach benutzt hatte und der auch zu der kaiserlichen Preßleitung in Beziehung stand, entwickelte mir eines Tages sehr ausführlich und lebhaft seine Ideen über die Be-

dürfnisse des österreichischen Staatslebens, über die Bedingungen einer gesunden Reform desselben und über die Mittel und Wege, diese Bedingungen zur Erfüllung zu bringen. Die Mittheilungen des jungen geistvollen Mannes interessirten mich in hohem Maße, seine Anschauungen frappirten mich und schienen mir äußerst beachtenswerth, und ich fragte ihn, ob er nicht alles, was er mir gesagt, ausarbeiten und in Form einer Denkschrift dem neuen Leiter der österreichischen Politik überreichen wolle, der ja an die Lösung derselben Aufgabe herantrete, über die er eben so eingehend, sachkundig und überzeugend gesprochen habe. Er lehnte dies achselzuckend ab, und da ich seine Miene so deutete, als bedauere er die mangelnde Gelegenheit, eine solche Denkschrift zur Annahme und Beachtung zu bringen, so bat ich ihn, mir sein Mémoire zu geben, da es mir vielleicht möglich sein würde, dasselbe an die rechte Stelle gelangen zu lassen. Im höchsten Grade erschrocken aber rief er:

„Um Gottes willen, nein, nein! Ich habe zu Ihnen nur ganz vertraulich gesprochen und beschwöre Sie, niemand etwas von diesem Gespräch mitzutheilen — die Hofräthe würden mir das niemals verzeihen und jede Aussicht auf eine Carrière wäre für mich zu Ende."

Ich fragte ihn ganz verwundert, wie er sich denn

vor der Unzufriedenheit dieses oder jenes Hofraths fürchten könne, wenn seine Gedanken, wie ich nicht zweifelte, bei dem leitenden Minister Anerkennung finden sollten, der ja doch allein im Stande wäre, ihm eine Carrière zu öffnen.

„Nein", sagte er sehr entschieden, „nein, das ist unmöglich! Ich weiß nicht, wie lange Herr von Beust Minister bleiben wird — die Hofräthe aber bleiben und würden es mich bitter entgelten lassen, wenn der Minister mich wider ihren Willen hervorzöge."

Und so war es in der That, das Publikum war gewöhnt, die Minister, welche ohnehin oft die eigentlichen bureaumäßigen Geschäfte ziemlich cavalièrement behandelten und nicht die Routine besaßen, dieselben zu beherrschen, häufig wechseln zu sehen, und die Gunst des abgetretenen Ministers war unter seinem Nachfolger vielfach verhängnißvoll geworden. Daher kam es, daß man sich um die Minister wenig kümmerte, ja fast Scheu hatte, mit ihnen in Verbindung zu kommen, denn was sie nützen konnten, würde ja vielleicht nach ihrem Rücktritt um so nachtheiliger gewirkt haben. Wenn man aber dem Portier eines Ministeriums, der in seiner Stellung unerschütterlich feststand, einen Gulden in die Hand drückte, so konnte das noch nach Jahren seine Früchte tragen, und der Thürsteher

konnte in freundlicher Erinnerung immer noch einmal die Hinterthür einer Kanzlei öffnen und bei einem der Welt unbekannten, aber dennoch allmächtigen Kanzlisten ein Fürwort zur schleunigen Erledigung irgendeiner Sache einlegen, die ohne den Willen jenes Kanzlisten vielleicht jahrelang nicht auf den Tisch des Ministers gelangt sein würde.

Der Contreadmiral Freiherr von Wüllerstorf-Urbair, Minister für Handel und Volkswirthschaft, ein ungemein geistvoller, für seine Aufgabe aufrichtig begeisterter, seemännisch freimüthiger Mann sagte mir eines Tages bei Gelegenheit eines Gesprächs über die volkswirthschaftlichen Zustände in Oesterreich wehmüthig seufzend:

„Ja, es liegen Schätze unerschöpflichen Reichthums in dem Boden Oesterreichs und noch mehr in Ungarn, aber die Hyder der Bureaukratie ringelt sich davor im Sumpf der trägen Gewohnheit und vernichtet jeden, der jene Schätze heben möchte. Wenn sich einst der Hercules findet, der jenes tausendköpfige Ungeheuer niederstreckt, dann wird Oesterreich gerettet sein."

Dieses Wort ist mir unauslöschlich im Gedächtniß geblieben — selbst die elastische Kraft des Herrn von Beust ist im Kampfe mit jener Hyder erlegen, und immer noch hat sich der Hercules für sie nicht

gefunden; damals aber waren sowol Herr von Beust als alle, welche auf ihn hofften, von frischem Muthe beseelt, und der Kaiser Franz Joseph betrat fest und entschlossen den Weg, welchen ihm sein neuer Rathgeber als nothwendig bezeichnet hatte. Herr von Beust mußte natürlich in der auswärtigen Politik sehr vorsichtig sein und die neugeschaffenen Verhältnisse zu Preußen und Deutschland mit äußerst zarter Hand anfassen. Er empfand wol am meisten die Verlegenheiten, welche für Oesterreich aus dem Aufenthalt des Königs in Wien entstehen mußten, da derselbe den Mittelpunkt einer gegen Preußen gerichteten Agitation bildete und da die preußische Regierung naturgemäß Oesterreich für alle feindlichen Schritte, welche von dort aus geschahen, verantwortlich machte. Er hielt sich deshalb möglichst zurück und vermied ein häufiges Erscheinen am Hofe zu Hietzing, wozu ihm die thatsächlich auf ihm lastende Ueberhäufung mit Geschäften einen unwiderleglichen Vorwand gab. Dessenungeachtet bewies er dem Könige die höchste Theilnahme und Rücksicht, und obgleich der neue österreichische Minister, der von allen Seiten mit Argusaugen bewacht wurde, in allen Gesprächen jede politische Aeußerung auf das geflissentlichste vermied, so glaube ich doch nicht zweifeln zu dürfen, daß er als

das Endziel seiner staatsmännischen Arbeit für sein neues Vaterland sich die Wiederaufnahme des großen Kampfes von 1866 vorbehielt, um Oesterreich dereinst wieder in seine deutsche Stellung zurückzuführen und Deutschland selbst in föderativer Einigung neu zu gestalten. Dem Könige versicherte er, daß er es für eine Ehrenpflicht Oesterreichs halte, nach Kräften, aber selbstverständlich auch nach Maßgabe der gegebenen Verhältnisse, für seine Sache zu wirken, und der König selbst setzte damals ein großes Vertrauen in die glückliche Erfüllung der Aufgabe, welche Herr von Beust sich gestellt, wenn er auch mit der äußersten Discretion alles behandelte, was Herr von Beust ihm über seine Absichten und die Mittel zur Erreichung derselben etwa gesagt haben mochte. Er bemerkte einmal, nachdem er sich in warmen Worten über den eminenten und weitblickenden Geist und die deutschen Gesinnungen des neuen österreichischen Ministers ausgesprochen:

„Montecuculi brauchte drei Dinge: erstens Geld, zweitens Geld und drittens Geld. Herr von Beust braucht ebenfalls drei Dinge: erstens Zeit, zweitens Zeit und drittens Zeit. Wir alle müssen dazu beitragen, ihm diese Zeit zu ruhiger Arbeit zu schaffen, aber wir müssen auch unsererseits unsere Zeit uner-

mündlich benutzen, um vorbereitet zum Handeln zu sein, wenn es noththut."

Die Umgebung des Königs vermehrte sich bald noch nach verschiedenen Richtungen hin. Zunächst für die diplomatische Thätigkeit wurde der Legationsrath Lumé de Luine aus Hannover, der Abkömmling einer französischen Emigrantenfamilie, nach Hietzing gerufen; außerdem erschien der Hauptmann von Düring mit einem Theile des letzten hannoverischen Truppencorps, welches noch bis zum Friedensschlusse mit den süddeutschen Staaten unter den Waffen gestanden hatte, in Wien. Die Geschichte dieses Corps ist eine fast romantische und militärisch merkwürdige. Der Hauptmann von Düring stand beim Ausbruche des Krieges mit einer kleinen Abtheilung in Emden und konnte die nach dem Süden marschirende Armee nicht mehr erreichen. Bei dem Anmarsch der Preußen wurde er zur Uebergabe aufgefordert; er verweigerte dieselbe indeß und erklärte, sich bis auf den letzten Mann vertheidigen zu wollen, wenn man ihm nicht freien Abzug gestatte. Um unnützes Blutvergießen und einen verhängnißvollen Straßenkampf zu vermeiden, wurde diese Forderung bewilligt, da man preußischerseits wol dieses kleine Corps für ganz bedeutungslos hielt und nicht zweifelte, daß dasselbe inmitten des völlig von preu-

ßischen Truppen occupirten Landes sich sofort auflösen würde.

Herr von Düring zog von Emden ab. Er kleidete seine Soldaten in Civilanzüge, welche die Bauern lieferten, verschaffte sich auf einem in der Nähe liegenden Amtsbureau Paßformulare, welche er für seine Leute ausfüllte; darauf bestieg er mit denselben die Eisenbahn, fuhr durch Holland und Belgien nach Frankreich hinein, kehrte dann über die badische Grenze nach Deutschland zurück und gelangte mit seiner Truppe bis nach Frankfurt am Main, wo er sich — da er ja in die Capitulation von Langensalza nicht eingeschlossen war — zum Dienst in der Bundesarmee meldete.

Die Bevölkerung in Frankfurt nahm die Hannoveraner enthusiastisch auf. Schnell eingeleitete und reichergiebige Sammlungen setzten sie in den Stand, sich neu zu equipiren; der Herzog von Nassau rüstete sie mit Waffen aus, verschiedene Zuzügler stießen zu ihnen, und Herr von Düring wurde mit seiner kleinen, schnell wieder organisirten Truppe dem kurhessischen Corps angegliedert. Er gehörte zuletzt zur Besatzung von Mainz und unternahm aus dieser Festung mehrere kühne Ausfälle.

Als der Friede geschlossen war, löste er sein kleines

Corps auf; ein Theil seiner Soldaten kehrte nach der Heimat zurück, er selbst mit den übrigen kam nach Wien, um sich dem Könige zur Verfügung zu stellen und dessen Befehle einzuholen. Der König befahl dem Hauptmann von Düring, bei ihm zu bleiben, da er wünsche, diesen Offizier, der so große Unerschrockenheit und Energie und ein so außerordentliches militärisches Organisationstalent bewiesen, sich für die Zukunft zu reserviren; die mit demselben angekommenen Soldaten wurden in den nunmehr gebildeten Kanzleien, soweit sie dazu befähigt waren, oder im königlichen Hausdienst verwendet. Auch der Archivrath Klopp hatte sich in Wien eingefunden. Er fürchtete sich, nach Hannover zurückzukehren, in der Besorgniß, daß man ihn dort seine antipreußischen Schriften würde entgelten lassen, und bewarb sich um eine Stellung in der Redaction der österreichischen Adelszeitung „Vaterland", welche früher von dem aus Berlin herübergenommenen Dr. Hermann Keipp, dem frühern Herausgeber der „Berliner Revue", redigirt worden war. Er fand jedoch dort keine Verwendung, und der König befahl, daß er dem Kronprinzen Ernst August zu dessen weiterer Ausbildung geschichtliche Vorträge halten solle.

Der König hatte, um keinen Versuch zur Abwendung der fast unvermeidlich drohenden Katastrophe un=

geschehen zu lassen, an die Königin-Witwe Elisabeth von Preußen, für welche er eine große Verehrung hegte und mit welcher er stets in den freundlichsten Beziehungen gestanden hatte, geschrieben, um ihre Vermittelung noch in der letzten Stunde zur Verständigung mit dem Könige von Preußen in Anspruch zu nehmen. Aber auch dieser Schritt blieb, wie es kaum anders zu erwarten war, zum Bedauern der Königin ohne Erfolg.

So kam denn die Publication des der preußischen Kammer vorgelegten Gesetzes über die Einverleibung des Königreichs Hannover heran, und es handelte sich nun zunächst und wesentlich darum, die diplomatischen Beziehungen und Verhältnisse der hannoverischen Armee in einer die thatsächlichen Verhältnisse ohne Anerkennung derselben berücksichtigenden und die persönlichen Interessen der Betheiligten schonenden Weise zu ordnen.

X.

Die diplomatische und militärische Frage nach der Annexion. — Abberufung der hannoverischen Gesandten. — Die Consulate. — Die englische Regierung übernimmt die Vermittelung zur Regelung der Vermögensangelegenheiten des Welfenhauses. — Rechtsverhältnisse und Schwierigkeiten der Regulirung. — Der König weist die Pfandnahme der nach England geführten Staatsgelder zurück. — Die Verhältnisse der hannoverischen Armee. — Die Frage der Entbindung vom Fahneneide. — Verhandlungen darüber mit der preußischen Regierung durch eine Commission von hannoverischen Offizieren. — Gründe des Königs, die generelle Entbindung vom Fahneneide zu verweigern und nur den einzelnen Offizieren den Abschied zu ertheilen. — Erklärung darüber an die englische Regierung und an die hannoverischen Offiziere. — Eine Anzahl derselben stellt sich dem Könige zur Verfügung. — Bestimmung des Königs hierüber. — Die geheimen Comités in Hannover und Organisation des Widerstandes. — Protest des Königs vor den europäischen Mächten und Proclamation an die Hannoveraner. — Falsche Maßregeln der untern preußischen Behörden. — Polizei. — Die Bureaukratie in partibus in Hietzing. — Bestimmung des Königs über meine Mission nach Paris.

Als das Gesetz über die Einverleibung des Königreichs Hannover in Preußen proclamirt und von

allen europäischen Mächten diese Thatsache ohne Widerspruch anerkannt worden war, kamen die hannoverischen Gesandten natürlich in eine sehr peinliche Lage, und es kam darauf an, dieselben, ohne Alterirung des vom Könige eingenommenen Standpunktes, aus dieser Lage zu befreien. Der beste und einfachste, die persönlichen Interessen zugleich am meisten berücksichtigende und ihre Zukunft unter den entstandenen Verhältnissen am wenigsten präjudizirende Weg dazu schien ihre Abberufung durch den König zu sein, und gegen eine solche Aufhebung ihrer bisherigen Functionen konnte auch von dem Standpunkte der preußischen Regierung aus kaum eine Einwendung gemacht werden. Die hannoverischen Gesandten waren von einem im Vollbesitze seiner königlichen Rechte überall anerkannten Souverän bei den verschiedenen Höfen accreditirt, und wenn durch die preußische Einverleibung das Königreich Hannover nun zu existiren aufhörte, und also eine besondere politische Vertretung desselben nicht mehr anerkannt werden konnte, so blieben doch die persönliche königliche Würde und deren Ehrenrechte für den König Georg bestehen, und die Beziehungen, welche zwischen ihm und den europäischen Souveränen durch seine Gesandten vermittelt wurden, mußten in einer jener Würde entsprechenden Form ihre Lösung finden.

Soviel ich weiß, ist auch von Preußen diese Form der Auflösung der diplomatischen Vertretung Hannovers niemals beanstandet worden, und die meisten Souveräne fanden auch kein Bedenken darin, von den bisherigen hannoverischen Gesandten ihre Abberufungsschreiben entgegenzunehmen. Die hannoverischen Gesandten wurden denn auch von der preußischen Regierung ihren Stellungen entsprechend pensionirt, resp. auf Wartegeld gesetzt.

Schwieriger wurde die Frage in Betreff der Gesandtschaftsregistraturen und der Consulate. Die preußische Regierung forderte die Auslieferung der Siegel und der sämmtlichen Gesandtschaftsarchive. Soviel ich mich erinnere, wurde nur ein Theil der Registraturen, welche sich wesentlich auf die laufenden geschäftlichen Formalien der Gesandtschaften bezogen, abgegeben; die eigentlichen diplomatischen Archive, ebenso wie die Siegel waren vorher schon nach Wien an den Grafen Platen gesendet oder auf dessen Anweisung Vertrauenspersonen übergeben worden, sodaß die Gesandten selbst aller Verlegenheiten durch die Erklärung überhoben wurden, daß sie sich thatsächlich nicht mehr im Besitze jener Archive befänden.

Eine gleiche Aufforderung war von seiten der preußischen Regierung an die Consuln ergangen.

Einige derselben kamen dieser Aufforderung ohne weiteres nach, andere richteten Fragen deshalb an den Grafen Platen und erhielten natürlich infolge des eingenommenen principiellen Standpunktes die Anweisung, die Archive nicht auszuliefern, sondern dieselben nach Wien abzugeben. Die ganze Angelegenheit hatte praktisch keine große Bedeutung, da die Functionen der Consulate sich meist auf Formalien beschränkten, und es kam bei der ganzen Sache wesentlich auf die Aufrechthaltung des Princips an.

Der hannoverische Gesandte in London, Baron Blome, blieb zunächst dort und behielt auch eine diplomatisch anerkannte Stellung, zwar nicht als politischer Vertreter des Königreichs Hannover, wohl aber als persönlicher Bevollmächtigter des Königs Georg, um dessen Beziehungen zur Königin und zur englischen Regierung zu unterhalten, denn die englische Regierung hatte sich bereit erklärt, für die Regulirung der Vermögensangelegenheiten des Welfenhauses und die Herausgabe der in Hannover befindlichen königlichen Vermögensobjecte ihre Vermittelung eintreten zu lassen und ihren Botschafter in Berlin, Lord Augustus Loftus, mit der Wahrnehmung der Interessen des Königs und seines Hauses zu beauftragen. Die ganze Gesandtschaftskanzlei in Paris blieb dort in ihren bisherigen

Bureaux unter der Obhut des dort bisher fungirenden Legationskanzlisten Hattensauer.

Der König hatte, schon als die Annexion Hannovers feststand und er den Kampf für sein Recht aufzunehmen beschloß, die Absicht, eine persönliche Vertretung der Interessen seiner Sache in Paris zu etabliren. Damals liefen ja noch alle diplomatischen Fäden in der Hand Napoleon's III. zusammen; der französische Kaiser war, wie einst der Fürst Kaunitz von sich sagte, der Kutscher von Europa, so schwer erschüttert sein Prestige auch durch die Schlacht von Königgrätz sein mochte, und Paris war daher die hohe Warte, von welcher aus der Gang der europäischen Politik beobachtet werden mußte, um weit voraus die Ereignisse der Zukunft kommen zu sehen und sich für dieselben vorbereiten zu können. Der König hatte für diese unendlich schwierige und mühevolle Aufgabe mich ausersehen und mir seine Absicht mitgetheilt; doch behielt er sich vor, die Zeit meiner Abreise nach Paris demnächst erst näher zu bestimmen, da er fürs erste meiner Dienste bei den nächstliegenden Arbeiten bedurfte.

Die englische Regierung übernahm denn auch sogleich die versprochene Vermittelung in Betreff der Vermögensverhandlungen, und von preußischer Seite wurde die Bereitwilligkeit ausgesprochen, das königliche

Vermögen, das ja unter die politische Annexion des Königreichs nicht begriffen werden konnte, nach Ermittelung und Feststellung desselben herauszugeben. Diese Verhandlungen wurden nun aber durch die eigenthümliche Lage der Verhältnisse verwickelter und langwieriger, als es unter andern Umständen der Fall gewesen wäre. Zunächst befanden sich in England die p. p. 22 Millionen, welche aus den hannoverischen Staatskassen beim Beginn des Krieges fortgeführt waren, um sie in Sicherheit zu bringen. Die preußische Regierung verlangte die Herausgabe derselben, da sie als Staatseigenthum ihr nach der Annexion zuständen. Außerdem lag bei der Englischen Bank ein von dem Könige Georg III. gestifteter fideicommissarischer Fonds, dessen Zinsen ungefähr 120000 Thlr. jährlich betrugen und zur Disposition des jedesmaligen Chefs des hannoverischen Hauses standen. Die Natur dieses Kapitals als reiner fideicommissarischer Privatfamilienbesitz des Welfenhauses war nun zwar in keiner Weise zweifelhaft, allein es traten der Zahlung jener Zinsen an den König formelle Schwierigkeiten entgegen. Die Quittungen bei der Englischen Bank waren seit der Gründung jenes Fonds regelmäßig unterzeichnet worden von den „Lords of the Hanoverian Regency", das heißt also den hannoverischen Ministern, welche

von dem Könige zur Empfangnahme bevollmächtigt wurden. Da nun solche „Lords of the Hanoverian Regency“ nach der Annexion des Königreichs und nach der in England erfolgten Anerkennung derselben für die Englische Bank nicht mehr existirten, so nahm das Directorium der Bank Anstand, die Zinsen auszuzahlen, bis nicht auf gesetzmäßig gültige Weise und unter Anerkennung sämmtlicher Agnaten die neue Form der Quittungen festgestellt sein würde.

Was nun das im Königreich Hannover befindliche welfische Vermögen betraf, so bestand dasselbe außer angesammelten Kapitalien unter der Verwaltung der Kron- und Chatoullekasse zum größten und wesentlichsten Theile aus Domanialbesitz, dessen Aufkünfte zur Bestreitung der Bedürfnisse des königlichen Hofes verwendet wurden. Ursprünglich waren alle Domänen in den braunschweigisch-lüneburgischen Ländern Privatgüter des Welfenhauses gewesen; sie waren zur Zeit der absoluten Regierungen mit zu den Staatszwecken verwendet worden und in der spätern Verfassung als Staatsdomänen behandelt; dann hatte wieder jene heftig angefochtene, aber von den Ständen rechtsgültig beschlossene Ausscheidung eines bestimmten Domänencomplexes als reiner Familienbesitz des königlichen Hauses stattgefunden, und dieser ausgeschiedene Do-

manialcomplex bildete den Grundstock des königlichen Vermögens.

Da die preußische Regierung nun sogleich bei den ersten vorläufigen Besprechungen mit Lord Loftus erklärt hatte, daß sie es nicht für angemessen erachten werde, dem welfischen Hause namentlich bei einer feindlichen Stellung des Königs einen so bedeutenden Grundbesitz in dessen früherm Königreiche einzuräumen, daß sie vielmehr wünsche, ein Aequivalent für denselben in Geld festzustellen, so mußten nach all diesen Richtungen hin die anzubahnenden Vermögensverhandlungen viel Schwierigkeiten in der Lösung und Regelung der einschlagenden Fragen bieten. Dazu kam, daß die preußische Regierung die aus den öffentlichen Kassen nach London geführten Obligationen als widerrechtlich ihrem Besitz entzogen beanstandete, und daß sie später auch bei der Englischen Bank auf die Auszahlung der Zinsen des dort liegenden fideicommissarischen Vermögens einen Beschlag legen ließ, den die Englische Bank bis zur gerichtlichen Entscheidung respectiren zu müssen erklärte.

Schon vor der Annexion und unmittelbar nach derselben hatten sich große englische und pariser Häuser erboten, die in London liegenden Papiere anzukaufen. Der König hätte bei einem solchen Geschäft, welches

vielleicht das Opfer einiger Millionen Thaler gekostet, ein frei verfügbares Vermögen von ungefähr 21 Millionen erlangt, und die spätere preußische Beanstandung jener Papiere hätte sich gegenüber den Privatbesitzern, welche vor einer solchen Maßregel bona fide in deren Besitz gekommen wären, kaum aufrecht halten lassen. Jedenfalls wollten jene Häuser dieses Risico übernehmen. Der König hätte dann eine Erklärung erlassen können, daß er diese Gelder vorläufig als Ersatz für den ihm entzogenen Domanialbesitz betrachte und sich verpflichte, dieselben, wenn er den Besitz seines Königreichs wieder erlange, den öffentlichen Kassen gegen die Zurücknahme seiner Domänen wiederzuerstatten; er hätte dann keine Vermögensverhandlungen nöthig gehabt und sich auf den Standpunkt des beatus possessor gestellt. So viele Vortheile diese Offerten auch dem Könige für seine politische Position boten und so sehr sie ihm auch von finanzieller Seite empfohlen wurden, so lehnte er sie doch ohne jede Zögerung auf das allerentschiedendste ab, indem er erklärte, daß er niemals einen Heller von den Geldern, die dem hannoverischen Lande gehörten und die er nur, um sie unter den Kriegszuständen dem Lande zu retten, nach England habe bringen lassen, für sich in Besitz nehmen oder auch nur zeitweise verwenden werde. Selbst nach der Beanstandung der in

London befindlichen Papiere durch die preußische Regierung fanden sich große pariser Finanzmächte zu einer Erwerbung derselben, freilich unter etwas größern Opfern, bereit, und die französische Regierung zeigte sich geneigt, deren Ansprüche im Fall einer solchen Erwerbung gegen Preußen zu unterstützen; allein der König blieb bei seiner bestimmten Weigerung, auf eine solche Transaction einzugehen.

Alle diese so complicirten Verhältnisse führten zu langen Verhandlungen zwischen den vom Könige ernannten Bevollmächtigten, welche von dem englischen Botschafter diplomatisch vertreten wurden, und den preußischen Commissarien. Diese Verhandlungen wurden erst im September 1867 zum Abschlusse geführt, und werde ich später im Laufe dieser Aufzeichnungen ausführlich darauf zurückkommen; damals traten die Vermögensverhandlungen in Zusammenhang mit der Regulirung der Verhältnisse der hannoverischen Armee, welche den nächsten und dringendsten Gegenstand der Sorge des Königs bildete.

Die hannoverische Armee befand sich, als die Einverleibung des Königreichs in Preußen beschlossen und verkündet wurde, in einer ganz besondern und eigenthümlichen Lage. Die Offiziere und Unteroffiziere hatten nach der Capitulation von Langensalza, bei

welcher wol an die spätere Annexion des Königreichs noch nicht gedacht worden war, das Recht auf ihre vollen Competenzen und waren durch den Fahneneid dem Könige Georg verpflichtet. Die Capitulation von Langensalza enthielt keine Zeitbestimmung und konnte also nach der Ansicht des Königs durch später eintretende und mit dem Gegenstande der Capitulation selbst in keinem unmittelbaren Zusammenhange stehende Ereignisse nicht aufgehoben werden. So richtig nun auch diese Anschauung vom streng juristischen Standpunkte aus erscheinen mochte, so konnte doch die preußische Regierung auf der andern Seite in einem von ihr eroberten und ihrer Monarchie einverleibten Lande nicht eine Armee unterhalten, welche durch den Fahneneid an einen Fürsten gebunden war, der sich offen als mit Preußen im Kriegszustande erklärte und gegen die geschehene Einverleibung feierlich protestirte. Die preußische Regierung sprach daher dem englischen Botschafter den Wunsch aus, daß der König Georg seine Armee, wie dies der Kurfürst von Hessen gethan, generell vom Fahneneide entbinden möge. Dies wurde dem Könige von Lord Stanley durch den Baron Blome mit dem Bemerken mitgetheilt, daß die englische Regierung Sr. Majestät die Erfüllung des preußischen Wunsches dringend empfehle, weil dadurch unbedingt

auch in den Verhandlungen über die Feststellung und Herausgabe des königlichen Vermögens ein um so bereitwilligeres Entgegenkommen der preußischen Regierung erreicht werden würde. Der König erklärte nun zwar sogleich, daß die Rücksicht auf die Vermögensverhältnisse seines Hauses ihn in seinen Entschließungen über seine Armee niemals bestimmen könne, indeß erkannte er die unendlich schwierige Lage und den schweren Gewissenszwang an, worin sich seine Offiziere den neuen Verhältnissen gegenüber befanden, und war bereit, das Seinige zu thun, um sie aus einer so peinlichen Lage zu befreien. Der König wollte allen seinen Offizieren, welche ja zum großen Theil nicht in der Lage waren, sich eine unabhängige Existenz zu schaffen, die völlig freie Entschließung über ihre Stellung zu den neugeschaffenen Verhältnissen geben; er wünschte aber zugleich, auch denjenigen, welche in den preußischen Dienst nicht übertreten wollten, wenigstens die Vortheile dauernd zu sichern, welche ihnen die Capitulation von Langensalza gewährte. Der König erklärte daher in einer Depesche, welche Graf Platen am 23. November 1866 an den Baron Blome richtete, der englischen Regierung, daß er bereit sei, seine Armee vom Fahneneide zu entbinden, wenn von Preußen denjenigen Offizieren und Unteroffizieren, welche nicht in preußische

Dienste treten wollten, keinerlei Zwang auferlegt und ihnen ihre vollen Competenzen nach den Bestimmungen der Capitulation von Langensalza zugesichert würden.

Zu gleicher Zeit beauftragte der König den Generallieutenant von Arentschildt, sich nach Berlin zu begeben und unter Beirath einer militärischen Commission mit der preußischen Regierung über die Stellung der hannoverischen Armee zu verhandeln. Der Generallieutenant von Arentschildt hatte für diese Verhandlungen den Auftrag, vor allen Dingen die Aufrechthaltung der Capitulationsbedingungen von Langensalza ohne alle Einschränkung zu erstreben, sodann aber wenigstens zu erreichen, daß für diejenigen Offiziere und Unteroffiziere, welche nicht in preußische Dienste treten wollten, die in der Capitulation ihnen zugesicherten Competenzen als Pension festgesetzt würden. Der Generallieutenant von Arentschildt trat dem Befehle des Königs gemäß in diese Verhandlungen ein; die preußische Regierung verweigerte jedoch die unbedingte Anerkennung der Capitulation von Langensalza, konnte auch, wie oben schon bemerkt, von ihrem Standpunkte nicht anders handeln, und es kam nun darauf an, die möglichst günstigen Bedingungen für diejenigen Offiziere und Unteroffiziere zu erreichen, welche, obwol von dem Fahneneide, den sie dem Könige Georg geleistet, entbunden, den-

noch nicht in preußische Dienste zu treten gewillt sein würden.

Wie die Verhandlungen in Berlin verliefen, ist mir nicht bekannt; am 24. December aber erschien eine Deputation in Hietzing, welche aus den Obersten von Geyso, Cordemann und von Stolzenberg bestand und dem Könige im Namen der Armee die Bitte um die Entbindung vom Fahneneide aussprach. Von seiten des Generals von Arentschildt und der mit ihm in Berlin verhandelnden Commission war der Brigadegeneral von dem Knesebeck (nicht der bisherige Gesandte in Wien) abgeschickt, um über das Resultat der Verhandlung Bericht zu erstatten. Aus diesem Bericht entnahm der König, daß der General von Arentschildt zwar möglichst günstige Bedingungen für diejenigen Offiziere vereinbart hatte, welche in den preußischen Dienst übertreten würden, daß jedoch für diejenigen, welche dies nicht zu thun gewillt sein sollten, nichts abgemacht, und daß die Stellung der Unteroffiziere bei den Verhandlungen gar nicht berücksichtigt worden sei. Der König erklärte auf diesen Bericht, daß er unter solchen Bedingungen sich zu einer generellen Entbindung der Armee vom Fahneneide nicht verstehen könne, da er durch seine Bevollmächtigten nicht über den Uebertritt seiner Offiziere in preußische Dienste, sondern

vielmehr gerade umgekehrt nur über die möglichst große Sicherheit derjenigen, welche sich zu einem solchen Uebertritt nicht entschließen könnten, habe verhandeln wollen.

Zu gleicher Zeit war im Auftrage einer großen Anzahl jüngerer Offiziere der hannoverischen Armee der Rittmeister Volger vom Regiment der Gardehusaren an den König nach Hietzing abgesendet, um im Namen seiner Kameraden die Erklärung abzugeben, daß sie sämmtlich den dringenden Wunsch hätten, nicht in preußische Dienste zu treten, daß jedoch der größte Theil von ihnen unfähig sei, eine andere Carrière einzuschlagen oder unabhängig standesgemäß zu existiren; sie richteten deshalb an den König die Bitte, bei den Verhandlungen mit der preußischen Regierung vornehmlich dahin zu wirken, daß in Betreff des Uebertritts in den preußischen Dienst kein directer oder indirecter Zwang ausgeübt werde und daß wenigstens für diejenigen, welche nicht preußische Dienste nehmen wollten, die Bedingungen der Capitulation von Langensalza aufrecht erhalten werden möchten.

Der König war nun mit den in Berlin geführten Verhandlungen äußerst unzufrieden. Er hielt eine Conferenz zur Berathung und Beschlußfassung über den ihm über jene Verhandlungen erstatteten Bericht,

an welcher außer mir auch noch der Rittmeister Volger und der Hauptmann von Düring als Vertreter der jüngern hannoverischen Offiziere theilnahmen. Graf Platen war zu jener Zeit in Hietzing nicht anwesend und zum Besuch seiner Familie nach Holstein gereist; dagegen war der Generaladjutant Oberst Dammers zu jener Zeit zur Berichterstattung bei dem Könige in Hietzing und nahm selbstverständlich an den Berathungen theil.

Bei dem von dem Könige eingenommenen Standpunkt erschien es in der That unmöglich, daß derselbe eine generelle Entbindung seiner Armee vom Fahneneide aussprechen könne, wenn ihm als Gegenleistung dafür nur günstige Bedingungen für den Uebertritt seiner frühern Offiziere in den preußischen Dienst gewährt wurden, da es ja umgekehrt nur in seinem Interesse liegen konnte und seiner Würde entsprach, jeden Zwang zu solchem Uebertritt fern zu halten. Sowol ich als der Rittmeister Volger und der Hauptmann von Düring konnten daher dem Könige von der generellen Entbindung seiner Armee vom Fahneneide, welche die drei Obersten dringend von ihm erbaten, nur abrathen und ihm dagegen empfehlen, den Gewissenszwang der Offiziere in der Weise zu lösen, daß er jedem einzelnen, der um seinen Abschied einkam,

diesen gewährte; dadurch wurde, was die freie Entschließung der Offiziere betraf, dasselbe erreicht, der König hielt sich aber von dem Vorwurfe frei, daß er, um Vermögensvortheile zu erreichen, seine Offiziere gewissermaßen zum Eintritt in den preußischen Dienst gedrängt und ein Abkommen mit der preußischen Regierung getroffen habe, wobei diejenigen, welche nicht in den preußischen Dienst treten wollten, ebenso wie die Unteroffiziere, völlig unberücksichtigt geblieben seien.

Der König erließ daher das nachstehende Schreiben an den Generallieutenant von Arentschildt:

„Hietzing, den 24. December 1866.

„Mein lieber Generallieutenant von Arentschildt!

„Durch denjenigen Vortrag, welchen die Obersten von Stolzenberg, von Geyso und Cordemann mir am heutigen Tage über die Verhältnisse meiner Armee gehalten haben, fühle ich mich nicht bewogen, meine Armee des Fahneneides zu entbinden, weil die Verhältnisse derjenigen meiner Offiziere und Unteroffiziere, welche nicht in preußische oder andere Kriegsdienste treten wollen, in einer der Billigkeit und dem Rechte gemäßen Weise nicht geordnet worden sind.

„Dagegen verfüge ich hierdurch, daß alle diejenigen meiner Offiziere, Armeebeamten, Unteroffiziere, Corporale, Musiker und Soldaten, welche ihre Entlassung wegen ihrer Verhältnisse zu haben wünschen, dieselbe erhalten sollen.

„Ich will daher, daß Sie in geeigneter Weise bekannt machen:

1. Jeder Offizier und Armeebeamte, welcher Ihnen sein Abschiedsgesuch einreicht, soll den Abschied von Ihnen in meinem Auftrage ausgefertigt erhalten.
2. Diejenigen Unteroffiziere, Corporale, Musiker und Soldaten, welche ihren Abschied zu haben wünschen, können Sie ebenfalls in meinem Auftrage entlassen.

„Sie haben mir durch meinen Generaladjutanten am 15. Januar 1867 ein Namensverzeichniß aller derjenigen Individuen einzureichen, welchen Sie den Abschied oder die Entlassung ertheilt haben.

„Den Modus der Verabschiedung überlasse ich Ihnen.

Ich verbleibe

Mein lieber Generallieutenant

Ihr freundlich wohlgeneigter

(Gez.) Georg Rex."

„Die Allerhöchsteigenhändige Unterschrift Sr. Majestät des Königs wird hierdurch von mir bescheinigt.

(Gez.) Dammers.
Oberst. Generaladjutant."

Zugleich ließ der König durch den Geheimen Cabinetsrath Lex an den Baron Blome zur Mittheilung an die englische Regierung das nachstehende Schreiben richten:

„Hietzing, den 26. December 1866.

Sr. Hochwohlgeboren
dem Königlichen Gesandten u. s. w.
Herrn Baron O. von Blome
in London.

„Ew. pp.
habe ich auf Befehl Sr. Majestät des Königs über den Abschluß der Verhältnisse der hannoverischen Armee ergebenst Mittheilung zu machen, da Se. Excellenz der Herr Minister der auswärtigen Angelegenheiten sich auf kurze Zeit in Holstein befindet.

„Es ist Ew. pp. durch die Depesche des Herrn Grafen Platen-Hallermund vom 23. November c. eröffnet worden, daß Se. Majestät der König bereit sei, Seine Armee vom Fahneneide zu entbinden,

wenn von Preußen denjenigen Offizieren und Unteroffizieren, welche nicht in preußische Dienste treten wollen, keinerlei Zwang auferlegt, ihnen vielmehr die Zahlung der Competenzen (Gesammtbezüge) lebenslänglich als Pension zugesichert würde.

„Ew. pp. haben diesen Beschluß Sr. Majestät dem königlich großbritannischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten durch Ihre Note vom 27. November c. mitgetheilt und hat der letztere sich mit demselben nicht nur einverstanden erklärt, sondern auch versprochen, eine solche Lösung der Armeefrage in Berlin zu befürworten.

„Nachdem nun der Generallieutenant von Arentschildt als commandirender General der hannoverischen Armee von Langensalza mit der preußischen Regierung über die Verhältnisse der hannoverischen Armee vergeblich zu verhandeln versucht hat, ist von Sr. Majestät dem Könige von Preußen, ohne Berücksichtigung der durch die Capitulation von Langensalza für die hannoverische Armee erworbenen Rechte, definitiv über deren Verhältnisse Verfügung getroffen und diese Verfügung in einer Bekanntmachung des preußischen Generalgouverneurs von Voigts-Rhetz publicirt worden.

„In den Bestimmungen dieser Verfügung sind,

wie Ew. pp. sich überzeugen werden, nur diejenigen Offiziere berücksichtigt, welche in preußischen Dienst treten, oder zur Erreichung höherer Bezüge den preußischen Fahneneid leisten wollen. Auf diejenigen Offiziere aber, welche nicht in preußischen Dienst treten wollen und deren Interesse Sr. Majestät dem Könige ausschließlich am Herzen liegt, ist gar keine Rücksicht genommen, und ebenso ist für die Unteroffiziere gar nichts geschehen.

„Damit ist also festgestellt, daß von Preußen diejenigen Bedingungen, welche Se. Majestät unter vollständiger Billigung des Lords Stanley für die generelle Entbindung Allerhöchstseiner Armee vom Fahneneide gestellt hatte, nicht erfüllt worden sind und nicht erfüllt werden sollen, und zugleich zweifellos constatirt, daß eine Regelung der Militärfrage auf der früher in Aussicht genommenen Basis unmöglich sei.

„Se. Majestät der König hat deshalb sich nicht bewogen finden können, seine Armee vom Fahneneide zu entbinden.

„Dagegen aber hat der König in Berücksichtigung der traurigen Lage der vermögenslosen Offiziere und Unteroffiziere beschlossen, allen Angehörigen Allerhöchstseiner Armee auf deren Gesuch den Abschied zu ertheilen, und zur Ausführung dieses Beschlusses

dem Generallieutenant von Arentschildt den abschriftlich angeschlossenen Befehl zugehen lassen.

„Se. Majestät haben damit bewiesen, wie sehr Allerhöchstdieselben sich lediglich von der Rücksicht auf das Wohl Ihrer Armeeangehörigen leiten lassen, indem sie jedem derselben die völlige Freiheit geben, sich unter den gegenwärtigen Zuständen nach seinen persönlichen Verhältnissen seine Existenz sichern zu können.

„Ew. pp. wollen dies dem Lord Stanley gegenüber unter Mittheilung der vorstehenden Thatsachen besonders hervorheben.

„Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung

Ew. pp.

ganz gehorsamster

(Gez.) Dr. Lex.“

Nach diesen Bestimmungen wurden denn auch die schwebenden Verhältnisse geordnet. Der König von Preußen, in Anerkennung der Heiligkeit und Unverletzlichkeit des Fahneneides, genehmigte, obgleich die Annexion schon erfolgt war, die nachträgliche Abschiedsertheilung des Königs Georg an diejenigen Offiziere, welche dieselbe nachsuchten, und der erhaltene Abschied mußte von denen, welche sich zum Eintritt in den preußischen Dienst meldeten, als Nachweis ihrer Be=

freiung von den Verpflichtungen des hannoverischen Fahneneides beigebracht werden. Der König handelte hierin, wie auch preußischerseits durch die angenommene, ja sogar geforderte nachträgliche Abschiedsertheilung an die frühern hannoverischen Offiziere anerkannt wurde, durchaus correct und würdig; seine Sache konnte es unmöglich sein, für seine Offiziere mit der preußischen Regierung vortheilhafte Bedingungen für deren Eintritt in den preußischen Dienst zu vereinbaren, und da die von ihm ernannte Commission für diejenigen, welche nicht in den preußischen Dienst treten wollten, nichts erreicht hatte, so blieb ihm kein anderer Entschluß übrig, als durch einen selbständigen Act jedem einzelnen in der Abschiedsertheilung die völlig freie Entschließung wiederzugeben.

Von gewisser Seite und zwar nicht von Preußen aus, wo man besonders in militärischen Kreisen die Haltung des Königs vollkommen begriff und würdigte, wurden die getroffene Maßregel und ihre Beweggründe lebhaft angegriffen und verdächtigt; man verbreitete in Hannover das Gerücht, der König habe sich jeder Befreiung seiner Offiziere von dem ihnen durch den Fahneneid auferlegten Gewissenszwang hartnäckig und eigensinnig widersetzt, und die Umgebung des Königs, der man ja gewohnt war, alles Misliebige schuld zu

geben, habe ihn in diesem Eigensinne bestärkt. Es erschienen in diesem Sinne Artikel in den hannoverischen Zeitungen und es wurde in diesen Artikeln besonders hervorgehoben, daß die nach Hietzing entsendeten Obersten und der als Berichterstatter der Commission abgeschickte General von dem Knesebeck nur mit großer Mühe und durch die energischsten Vorstellungen den König bewogen hätten, die Offiziere von ihrem peinlichen Gewissenszwange zu befreien.

Dem Könige lag nun vor allem daran, die Mitglieder seiner frühern Armee vollkommen über seine Gesinnungen und die Beweggründe seiner Entschließungen aufzuklären. Er dictirte daher ein ausführliches Referat über die stattgehabte Conferenz, und ich lasse dasselbe hier folgen, um jene Vorgänge, welche auch bis heute noch vielfachen Misdeutungen unterworfen sind, völlig klar zu stellen. Das mir vorliegende Concept des Referats ist vom Könige unterzeichnet; es wurden zahlreiche Abdrücke desselben hergestellt, welche der Rittmeister Volger und der Hauptmann von Düring als Zeugen unterschrieben und welche dann vertraulich unter die hannoverischen Offiziere vertheilt wurden, um diesen wenigstens keinen Zweifel über die Haltung ihres frühern Königs und Kriegsherrn zu lassen.

Jene vom Könige beglaubigte Darstellung lautete:

„In öffentlichen Blättern sind über die Allerhöchste Entschließung Sr. Majestät des Königs, nach welcher jeder Offizier der hannoverischen Armee, welcher wegen seiner Verhältnisse den Abschied zu haben wünscht, denselben erhalten, und ebenso jeder Armeeangehörige auf seinen Wunsch entlassen werden soll, völlig irrige Angaben verbreitet. Es ist angegeben worden, die in Hietzing anwesende Deputation, bestehend aus den Obersten von Geyso, Cordemann und von Stolzenberg, habe durch energische Vorstellungen jene Entschließung Sr. Majestät erreicht, gegen den Widerstand des Grafen Platen, des Regierungsraths Meding, des Dr. Klopp und der Offiziere Rittmeister Volger und Hauptmann von Düring.

„Der wahre Sachverhalt ist folgender:

„Se. Majestät der König, durchdrungen von der unanfechtbaren Rechtsbeständigkeit der in der Capitulation von Langensalza für die hannoverische Armee stipulirten Bedingungen, hatte dem Generallieutenant von Arentschildt unter Beirath einer Commission befohlen, mit allen Rechtsmitteln zunächst die Aufrechthaltung der Capitulationsbedingungen zu versuchen.

„Als es zweifelhaft wurde, ob die auf andern

Gebieten bereits aufgehobene Capitulation von Langensalza in Bezug auf die Competenzen der Offiziere und Unteroffiziere gehalten werden würde, war Se. Majestät der König, Allerhöchstwelcher bei der Behandlung dieser ganzen Frage lediglich und ausschließlich von der Rücksicht auf das Wohl seiner Armee geleitet wurde, sogleich entschlossen, jeden Offizier und Unteroffizier durch Ertheilung des Abschiedes aus allem Gewissenszwange zu befreien und ihnen die freie Entschließung zu gestatten, ihre Zukunft ihren Verhältnissen gemäß zu wählen.

„Da es jedoch sehr im Interesse der Armee lag, vor allem denjenigen Offizieren und Unteroffizieren, welche nicht in preußische Dienste treten wollten, ihre Competenzen zu sichern, so war Se. Majestät der König auch bereit, eine generelle Eidesentbindung der Armee auszusprechen, wenn Preußen sich bündig verpflichten wollte, auf die Entschließungen der Offiziere und Unteroffiziere keinerlei Zwang auszuüben und denjenigen, welche nicht in preußische Dienste treten würden, ihre vollen Competenzen bis an ihr Lebensende als Pension zu belassen und sicherzustellen.

„Auf dieser Grundlage allein erhielt der Generallieutenant von Arentschildt und die Commission die

Autorisation zu Verhandlungen und zwar nach sehr genau bestimmter Instruction.

„Die Commission schickte den General von dem Knesebeck nach Hietzing zu Sr. Majestät, um sich eine allgemeine Vollmacht zu Verhandlungen mit Preußen zu erbitten, wobei es sich nach den Erklärungen des Generals von dem Knesebeck herausstellte, daß es die Absicht der Commission war, wesentlich auch über den Uebertritt der hannoverischen Offiziere in die preußische Armee zu verhandeln.

„Se. Majestät der König ertheilte diese Vollmacht nicht, weil Allerhöchstderselbe zum Uebertritt seiner Offiziere in den preußischen Dienst keinerlei Autorisation oder Aufmunterung geben wollte, vielmehr die generelle Eidesentbindung ganz ausschließlich nur dann auszusprechen entschlossen war, wenn allen Offizieren, die nicht übertreten würden, die vollen Competenzen ohne Bedingung als Pension gesichert werden würden. Der König erklärte dies dem General von dem Knesebeck auf das bestimmteste, verbot alle Verhandlungen über den Uebertritt in den preußischen Dienst, und sendete dem General von Arentschildt den gemessenen Befehl, sich lediglich an die früher erhaltene Instruction zu halten.

„Nach den in Berlin gepflogenen Verhandlungen

machte der preußische Generalgouverneur eine königl. preußische Verordnung über die Grundsätze bekannt, nach welcher die preußische Regierung die Verhältnisse der hannoverischen Armee zu behandeln unwiderruflich entschlossen sei.

„Unmittelbar darauf erschienen bei Sr. Majestät die Obersten von Geyso, von Stolzenberg und Cordemann, um im Auftrage des Generallieutenants von Arentschildt und der Commission Bericht zu erstatten und Sr. Majestät Entschließungen einzuholen.

„Aus dem Vortrage der deputirten drei Obersten ergab sich, daß die Commission in Berlin in erster Reihe über den Uebertritt hannoverischer Offiziere verhandelt hatte, und Se. Majestät sprach darüber unverhohlen Allerhöchstsein Befremden und Misfallen aus. Obwol nun auch aus der Bekanntmachung des preußischen Generalgouverneurs klar hervorging, daß keine einzige der von Sr. Majestät gestellten Bedingungen auch nur annähernd erfüllt sei, beantragten die Deputirten dennoch auf das dringendste die generelle Eidesentbindung mit der Erklärung, daß dies der allgemeine Wunsch der Armee sei. Se. Majestät der König konnte aber, nach den von Allerhöchstdenselben streng festgehaltenen

Grundsätzen, nunmehr, — nachdem die Capitulation von Langensalza unwiderruflich aufgehoben und keine Bedingung zu Gunsten der Nichtübertretenden erfüllt war, nichts anderes thun, als die generelle Eidesentbindung bestimmt abzulehnen und den von Allerhöchstdenselben für einen solchen äußersten Fall längst vorgesehenen Schritt der Ertheilung des Abschiedes an jeden, der entlassen zu werden wünschte, zu befehlen. Dies geschah unter Beistimmung Sr. königl. Hoheit des Kronprinzen, Höchstwelcher im Interesse der Armee den dringenden Wunsch aussprach, daß eine allgemeine Eidesentbindung nicht erfolgen möge.

„Den Bitten der Commissionsdeputirten um generelle Eidesentbindung schloß sich der Generaladjutant Oberst Dammers an, während der Regierungsrath Meding, der Rittmeister Volger und der Hauptmann von Düring auf das entschiedenste die Maßregel vertheidigten, welche von Sr. Majestät dem Könige bereits vorgesehen war, und nunmehr auch befohlen wurde.

„Der Staatsminister Graf Platen, welcher zur Zeit bei seiner Familie in Holstein verweilte, und der Archivrath Klopp, welcher lediglich wegen der Geschichtsverträge bei Sr. königl. Hoheit dem Kron-

prinzen in Hietzing ist und mit der fraglichen Angelegenheit gar nichts zu thun hat, waren bei dieser Verhandlung gar nicht anwesend.

„Se. Majestät erließ hierauf das unten angeführte Allerhöchste Handschreiben an den Generallieutenant von Arentschildt, aus dessen nicht publicirtem Eingange die Gründe der Allerhöchsten Entschließung sich ergeben, und aus welchem klar hervorgeht, daß der Uebertritt hannoverischer Offiziere in den preußischen Dienst nicht der Wunsch Sr. Majestät sein kann.

„Dies ist der wahrheitsgemäße Hergang der Sache. Aus demselben ergibt sich, daß alle über die Angelegenheit in öffentlichen Blättern erschienenen Berichte tendenziöse Entstellungen der Wahrheit sind.

Genehmigt
G. R.

(Gez.) A. v. Düring. (Gez.) Volger.
Hauptmann. Rittmeister."

Es liegt mir ganz besonders daran, daß gerade in Bezug auf diese Verhältnisse auf das historische Bild des in allen militärischen Ehrensachen so scrupulös gewissenhaften Königs kein Schatten falle, und ich bin überzeugt, daß nach den vorstehenden ausführlichen

Darlegungen niemand über die Beweggründe für die Haltung und den Entschluß des Königs im Zweifel sein kann.

Der König lehnte es ab, die Entbindung seiner Armee vom Fahneneide von irgendwelchen Rücksichten über die Vermögensrechte seines Hauses abhängig zu machen.

Er lehnte es ab, Bedingungen für den Eintritt in den preußischen Dienst zu vereinbaren.

Er versuchte, soviel an ihm lag, die Vortheile der Capitulation von Langensalza denjenigen zu sichern, welche keine preußischen Dienste nehmen wollten.

Endlich, als dies von seinen Bevollmächtigten nicht erreicht worden war, gab er durch die Abschiedsertheilung allen seinen Offizieren ihre Gewissensfreiheit in einer der Heiligkeit des Fahneneides entsprechenden Weise zurück, und dieses Verfahren fand die Billigung und Anerkennung der preußischen Regierung, obgleich dieselbe im allgemeinen nach der Annexion dem Könige die Ausübung staatsrechtlicher Souveränetätsrechte nicht mehr zugestand.

Der Rittmeister Volger richtete aber nun im Auftrage zahlreicher Kameraden an den König weiter die Frage, was Se. Majestät denselben für die Zukunft befehle und rathe; er erklärte, daß eine beträchtliche Anzahl von Offizieren fest entschlossen sei, weder in

der preußischen noch in einer andern Armee Dienste zu nehmen, sondern sich zur Verfügung des Königs zu halten, wenn derselbe ihrer Dienste für die Zukunft bedürfen sollte. Unter den so gesinnten Offizieren befänden sich aber sehr viele, welche die Mittel zu einer selbständigen, wenn auch noch so einfachen und beschränkten Existenz nicht besäßen; sie müßten also, wenn sie sich von andern Diensten zurückhielten, entweder nach Amerika auswandern, oder sich in anderer ihrem Stande nicht entsprechender und ihre Freiheit beschränkender Weise die nöthigen Subsistenzmittel zu verschaffen suchen. Der Rittmeister Volger bat deshalb den König um dessen Erklärung, ob er für die Zukunft noch der Dienste der sich ihm zur Verfügung stellenden Offiziere bedürfe und ob er irgendetwas für deren materielle Existenz thun wolle und könne.

Der König erklärte hierauf sogleich, daß er dringend wünsche, sich eine möglichst große Anzahl seiner Offiziere für die Zukunft zu erhalten, da er entschlossen sei, unermüdlich für sein Recht einzutreten, und da er überzeugt sei, daß eine Zeit kommen werde, in welcher er dies mit den Waffen in der Hand werde thun müssen. Er erklärte ferner, daß er, obgleich seine Mittel beschränkt seien, dennoch bereit sei, alles, was er vermöge, zu thun, um die äußere Stellung der ihm

treu bleibenden Offiziere wenigstens vor Mangel zu sichern.

Es wurde darauf unter Berücksichtigung der dem Könige für den Augenblick zu Gebote stehenden beschränkten Mittel festgestellt, daß jedem Offizier, der nicht seinen Abschied nehmen, sondern sich für den Dienst des Königs zur Verfügung stellen würde, ein jährliches Einkommen von 500 Thalern gesichert werden solle, und zwar in der Weise, daß der König für einen jeden die Differenz zuschießen würde, welche ihm an der bezeichneten Summe fehle. Jeder Offizier sollte den dazu vom Könige bestimmten Vertrauenspersonen auf sein Ehrenwort angeben, wieviel jährliche Einnahme er aus Vermögensrenten oder aus dem Ertrage irgendwelcher Beschäftigung jährlich beziehe, und was nach dieser Angabe an dem Jahresbetrage von 500 Thalern fehle, würde der König ihm zahlen lassen, sodaß also Offiziere, welche 500 Thaler und mehr Einnahmen hatten, vom Könige gar nichts erhielten, diejenigen aber, welche gar keine persönlichen Einkünfte besaßen und auch keine gewinnbringende Beschäftigung finden konnten, Anspruch auf die Zahlung der vollen Summe von 500 Thalern hatten. Der König vollzog eine Erklärung in diesem Sinne, und der Rittmeister Volger übernahm es, in ganz vertraulicher Weise seinen Kame-

raden in Hannover von dieser königlichen Entschließung Mittheilung zu machen.

Es war eine nicht gar zu große Anzahl meist jüngerer Offiziere, welche infolge dessen dem Könige zur Verfügung blieben. Die verfügbaren Mittel des Königs wurden dadurch nicht zu sehr belastet, da gerade viele der wohlhabendern jungen Offiziere in dieser Weise sich dem Könige zur Disposition stellten und auch von den übrigen nur wenige so ganz ohne persönliche Mittel waren, daß sie den vollen Betrag des zugesicherten Jahreseinkommens in Anspruch nehmen mußten.

Selbstverständlich nahmen diese Offiziere den Abschied nicht und meldeten sich auch nicht zu der von der preußischen Regierung angebotenen Pensionirung, sie blieben vielmehr dem Könige durch den Fahneneid verbunden und waren verpflichtet, jeden Befehl ohne Rücksicht auf irgendeine Gefahr auszuführen. Dieses kleine Corps war jedenfalls für alle Eventualitäten der Zukunft eine große Macht, denn mit einer Anzahl muthiger, begeisterter, zu rücksichtslosem Gehorsam entschlossener junger Leute wird oft das fast unmöglich Scheinende ausführbar. Dies zeigte sich auch in diesem Falle vielfach in der überraschendsten Weise. Das kleine Offiziercorps, über welches der König im

Stillen verfügte und welches mit militärischer Pünktlichkeit und Unerschrockenheit alle Dispositionen ausführte, bildete den Kern jener Agitation, welche während der nächsten Jahre die ganze Macht der preußischen Behörden in Hannover beschäftigte und deren Fäden sich dennoch immer wieder der schärfsten Ueberwachung entzogen. Es wurde im Königreiche Hannover ein geheimes Comité constituirt, welches im ganzen Lande seine Verzweigungen hatte und im Stande war, auf der Stelle jeden Befehl des Königs ausführen zu lassen.

An der Spitze dieser geheimen Regierung stand eine Persönlichkeit von großer Intelligenz und Gewandtheit, welche von einer Art Adjutantur von jungen, thätigen und entschlossenen Männern umgeben war. Jede Provinz hatte einen dirigirenden Chef und das ganze Land wurde dem System der preußischen Landwehr während der Napoleonischen Zeit entsprechend in zehn Arrondissements und vierzig Cantons eingetheilt, in welchen Offiziere und Unteroffiziere stationirt waren, welche nicht nur den Geist des Widerstandes in der Bevölkerung zu beleben und zu organisiren, sondern auch genaue Berichte über alles, was vorging, zu erstatten hatten. Das geheime Comité hatte seine Verbindungen in der Presse und disponirte auch über eine

nicht unbeträchtliche Anzahl von Beamten der Eisenbahn und der Telegraphie, sowie es auch seine Verzweigungen bis in die Bureaux der preußischen Regierung hinein ausdehnte.

Es waren ungefähr hundert Offiziere und tausend Unteroffiziere, welche auf diese Weise über das Land vertheilt wurden, und sie hatten auch besonders eine genaue Verbindung mit den alten Soldaten der hannoverischen Armee zu unterhalten, um denselben für den Fall, daß der König einmal zu den Waffen rufen sollte, sofort die nöthige Direction zu geben.

Als nun das Gesetz über die Einverleibung Hannovers in Preußen proclamirt und die preußische Besitzergreifung erfolgt war, erließ der König eine feierliche Protestation, welche an alle europäischen Mächte übersendet wurde, und zugleich eine Proclamation an die Hannoveraner, in welcher er erklärte, daß er an seinen Rechten unverbrüchlich festhalte, und seine Unterthanen aufforderte, ihm trotz der Ungunst der Zeit ihre Treue zu bewahren. Diese letztere Proclamation war vom Kronprinzen mit unterzeichnet; der Protest bei den europäischen Mächten trug die Contrasignatur des Grafen Platen als Minister des Auswärtigen. Beide Actenstücke sind in der damaligen Zeit öffentlich bekannt geworden, sie gehören der all-

gemeinen Geschichte an und ich habe deshalb nicht nöthig, ihren Wortlaut in diesen Aufzeichnungen noch einmal zu wiederholen.

Der Protest fand von seiten der Mächte, obwol dessen Annahme nicht verweigert wurde, keine Beantwortung, wie sich dies ja von selbst verstand; er sollte auch eben nur eine Rechtsverwahrung sein, um den von dem Könige eingenommenen Standpunkt öffentlich klar zu stellen. Was die Proclamation an die Hannoveraner betraf, so gab sie Gelegenheit zu einer ersten Probeleistung des geheimen Comité, und die Probe fiel in der That überraschend aus; denn die königliche Proclamation wurde in einer und derselben Nacht im ganzen Königreiche Hannover fast ohne Ausnahme an allen Kirchen und öffentlichen Gebäuden angeschlagen und zugleich in zahlreichen Exemplaren auf die Straßen und Wege geworfen.

Die Bewegung im Lande war groß und in allen Schichten der Bevölkerung verbreitet. Die Unzufriedenheit mit den neuen Verhältnissen wurde durch manche entschieden ungeschickte Maßregel der untern Organe der preußischen Regierung genährt und verstärkt. Denn während der König von Preußen der Deputation, welche bei ihm erschienen war, um die Erhaltung einer selbständigen Existenz Hannovers im Norddeutschen

Bunde zu erbitten, sehr ernst und bewegt erklärt hatte, daß er nur schmerzlich widerstrebend das als politisch nothwendig Erkannte durchzuführen sich gezwungen sehe; während er ausdrücklich der treuen Liebe und Anhänglichkeit der Hannoveraner für die welfische Dynastie seine ehrende Anerkennung aussprach, und gerade auf diese Anhänglichkeit die Hoffnung baute, daß künftig, wenn die Zeit der schmerzlichen Erschütterung vorüber sei, die Hannoveraner auch seinem Hause ebenso viel Treue und Anhänglichkeit beweisen würden, — gingen namentlich die untern preußischen Polizeibehörden mit kleinlichen und vexatorischen Maßregeln gegen die Kundgebungen der Trauer und der liebevollen Erinnerung an das Welfenhaus vor, indem sie zum Beispiel mit großer Strenge die Bilder der königlichen Familie aus allen Schaufenstern entfernen ließen. Dies reizte und erbitterte um so mehr, als gerade ein großer Theil derjenigen, welche ihre liebevoll wehmüthige Erinnerung an das Welfenhaus offen und deutlich zeigten, durchaus von jeder agitatorischen Absicht frei war und sich der neuen Ordnung der Dinge wenn auch in schmerzlicher Ergebung ruhig gefügt hätte. Viele von ihnen wurden durch die scharfen Maßregeln, welche man gegen auch an sich unschuldige Dinge ergriff, erbittert und der Agitation zuge-

führt. Das geheime Comité und die eigentlich conspiratorische Organisation hielt sich von jeden Demonstrationen sorgfältig fern und vermied jeden Conflict mit den preußischen Behörden.

Neben diesen kleinen erbitternden Maßregeln zeigte die preußische Regierung auf der andern Seite eine zu große, fast sorglose Sicherheit. Fast alle hannoverischen Polizeibeamten wurden auch in der zur Bekämpfung der welfischen Agitation aufgebotenen preußischen Polizei weiter verwendet, ja es wurden frühere hannoverische Soldaten zu solcher Dienstthätigkeit herangezogen und unter diesen manche, welche unmittelbar der geheimen Organisation angehörten; durch diese Organe gelangte die preußische Regierung nur selten in Besitz der Fäden, welche eine eigene neuorganisirte Polizei vielleicht in ihre Hände gebracht haben würde, während umgekehrt das geheime Comité auf das ausführlichste und genaueste schon vorher über alle zu treffenden Maßregeln unterrichtet war und regelmäßig darüber nach Hietzing Bericht erstattete. Es war die Einrichtung getroffen, daß auf anscheinend harmlose, Familienangelegenheiten oder kaufmännische Geschäfte betreffende Briefe, welche über Frankfurt am Main, München, ja selbst über Berlin nach Hietzing gelangten, die eigentlichen politischen Mittheilungen mit einer

chemischen Tinte geschrieben wurden, welche nur durch die Verdampfung einer besondern Flüssigkeit sichtbar wurde; außerdem waren selbst auf den Bureaux in Hietzing die in Hannover agirenden Persönlichkeiten unbekannt und wurden in den Berichten nur durch eine Ziffer bezeichnet, sodaß selbst in dem wenig wahrscheinlichen Falle der Entdeckung dieser geheimen Correspondenz die eigentlichen Fäden niemals bloßgelegt werden konnten.

Die Correspondenzen, welche bei verschiedenen Gelegenheiten in die Hände der preußischen Regierung geriethen und infolge deren auch mehrere Personen verhaftet und eine Reihe von Processen angestrengt wurden, berührten niemals den eigentlichen Kern der Sache; die Personen, welche man verhaftete, waren ohne Bedeutung, und ihre Thätigkeit war stets nur eine demonstrative gewesen. Es wurde streng das Princip festgehalten, daß jeder nur das wußte, was ihm zur Erfüllung seiner Aufgabe zu wissen absolut nöthig war, und der König selbst kannte in den meisten Fällen die Mittel und Wege nicht, durch welche seine Befehle zur Ausführung gebracht wurden.

So war denn nun alles vorbereitet, um den Riesenkampf, den der König beschlossen, aufzunehmen. Selten hat vielleicht eine tiefer greifende Veränderung stattge-

funden, als sie uns, die wir das Schicksal des Königs zu theilen für unsere Pflicht hielten, in jener Zeit während des Laufes weniger Monate getroffen; aus den Dienern der legitimsten Monarchie waren wir plötzlich zu Verschwörern geworden — von der sichern und anerkannten Stellung in der Gesellschaft waren wir herabgedrückt zu einer heimatlosen, vervehmten Existenz, und unsere Thätigkeit im Dienste des Königs, welche vor kurzem noch durch ehrende Anerkennung belohnt worden wäre, mußte uns nun auf jedem Schritt in Conflict mit den preußischen Strafgesetzen bringen. Graf Platen konnte sich in diese Veränderung nur schwer finden, ja er schien dieselbe zuweilen kaum zu begreifen.

In den Bureaux in Hietzing entwickelte sich ein bureaukratischer Geist, welcher auf mich einen wehmüthigen und komischen Eindruck zugleich machte. Es waren dort die verschiedenen Ressorts der Staatsverwaltung beibehalten und arbeiteten mit pedantischer Wichtigkeit weiter, als ob eben alles noch in der alten Ordnung sei, was denn natürlich häufig zu kleinen Reibungen und Streitigkeiten Veranlassung gab, da die einzelnen Abtheilungen dieser Regierung in partibus nicht wenig eifersüchtig auf ihre Ressortcompetenz waren. Der König selbst faßte seine Lage am klarsten

auf; obwol er an seinem legitimen Rechte unerschütterlich festhielt und auch im Princip die ununterbrochene Continuität seiner Regierungsautorität bewahrt wissen wollte, begriff er doch vollkommen, daß der Kampf, den er unternommen, in ganz anderer Weise und mit durchaus andern Mitteln geführt werden müsse, als dies ein in anerkannter Ausübung seiner Regierung stehender Souverän hätte thun können.

Die Mittel des Königs für diesen Kampf waren fast hoffnungslos, dennoch aber ließ er den Muth nicht sinken und wurde keinen Augenblick in seinem Entschlusse schwankend.

Er besaß der gewaltigen Macht der preußischen Regierung gegenüber nichts als eine Hand voll treu ergebener und zu jedem Wagnisse bereiter Offiziere, seine finanziellen Mittel beschränkten sich in jenem Augenblick auf die verfügbaren und allmählich in Sicherheit gebrachten Bestände der Kron- und Chatoullekasse, welche allerdings immerhin noch bedeutend genug waren und jedenfalls für so lange ausreichten, bis die eingeleiteten Verhandlungen zu einer Herausgabe des gesammten königlichen Vermögens an den König oder an die Agnaten geführt haben würden.

Es kam nun darauf an, den verbindenden Faden mit der großen europäischen Politik und dem Gange

der Weltgeschichte herzustellen, und nachdem mit dem Ende des Jahres 1866 die Verhandlungen über die künftige Stellung der hannoverischen Armee in der vorher ausgeführten Weise ihren Abschluß erreicht hatten, befahl mir der König, nunmehr nach Paris zu gehen, um dort seine Sache zu vertreten und den Gang der Ereignisse zu überwachen.

Damit begann denn jene Zeit des wundersamen politischen Spiels, in welchem der Kaiser Napoleon bald auf die eine, bald auf die andere Weise bemüht war, die besten Karten in seine Hand zu bringen, und in welchem er dennoch endlich in unbegreiflicher Verblendung alle Atouts seinem Gegner auslieferte, seine Krone verlor und in der Hand der Vorsehung zum Werkzeuge wurde, das neue Deutsche Reich aufzurichten, das in großer nationaler Einigung bestimmt ist, alle schmerzlichen Gegensätze zu versöhnen und die wehmüthigen und bittern Erinnerungen der Vergangenheit in eine große und glückliche Zukunft hinüberzuführen.

Druck von F. A. Brockhaus in Leipzig.





